

Vera Moser
Inga Pinhard (Hrsg.)

6/2010

**Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung
in der Erziehungswissenschaft
Care – Wer sorgt für wen?**

Verlag Barbara Budrich



Jahrbuch der
Frauen- und Geschlechterforschung
in der Erziehungswissenschaft

herausgegeben von

Sabine Andresen

Rita Casale

Edgar Forster

Edith Glaser

Vera Moser

Annedore Prengel

Barbara Rendtorff

Beirat

Birgit Althans, Berlin

Eva Borst, Mainz

Eva Breitenbach, Osnabrück

Bettina Dausien, Bielefeld/München

Isabell Diehm, Bielefeld

Hannelore Faulstich-Wieland, Hamburg

Carola Iller, Heidelberg

Marita Kampshoff, Schwäbisch Gmünd

Margret Kraul, Göttingen

Andrea Liesner, Hamburg

Susanne Maurer, Marburg

Astrid Messerschmidt, Darmstadt

Inga Pinhard, Frankfurt

Folge 6/2010

Vera Moser
Inga Pinhard (Hrsg.)

Care – Wer sorgt für wen?

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills, MI 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<https://portal.dnb.de> abrufbar.

© 2010 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht
unter der Creative Commons Lizenz Attribution-ShareAlike 4.0 International
(CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung
unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
www.budrich.de



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen
Download bereit (<https://doi.org/10.3224/86649323>).
Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen
werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-86649-323-0 (Paperback)
eISBN 978-3-86649-692-7 (PDF)
DOI 10.3224/86649323

Umschlaggestaltung: disegno visuelle Kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Editorial

<i>Vera Moser/Inga Pinhard</i> Care: Wer sorgt für wen?.....	11
---	----

Gastbeitrag

<i>Nel Noddings</i> Care Ethics, Caregiving, and Global Caring.....	17
--	----

Beiträge

<i>Micha Brumlik</i> Ethische Gefühle: Liebe, Sorge und Achtung.....	29
<i>Marianne Friese</i> Die ‚Arbeit am Menschen‘. Bedarfe und Ansätze der Professionalisierung von Care Work.....	47
<i>Sabine Toppe</i> Care-Ethik und Bildung – Eine neue ‚Ordnung der Sorge‘ im Rahmen von Ganztagsbildung?.....	69
<i>Elisabeth Tuidler/Katrin Huxel</i> Männlichkeit und die Übernahme von care work im Migrationskontext.....	87
<i>Anne-Christine Kunstmann</i> Familiale Pflege als Angelegenheit der Frauen? Diskursive Deutungen zur Zukunft der Altenfürsorge und -pflege.....	99

Aus der Forschung

<i>Celine Camus</i> Is von der Leyen really going too far?.....	121
<i>Hildegard Macha/Susanne Gruber</i> Spielplatz der Exzellenz: Die Kultur der Sorge an Hochschulen.....	135
<i>Anke Spies</i> In Sorge um die ‚Kinder von morgen‘? – ein pädagogisch motiviertes Instrument und seine Konsequenzen.....	149
<i>Susanne Gruber/Dieter Jaufmann</i> Kindertagesbetreuung: Eine strategische Variable bei innerfamiliären und gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen.....	151

Tagungsberichte

<i>Heike Kahlert</i> Doing family – doing difference (Hannover 2007).....	181
<i>Erna Appelt/Maria A. Wolf</i> Who Cares? Betreuung und Pflege in Österreich – eine geschlechterkritische Perspektive (Innsbruck 2009).....	186
<i>Thomas Viola Rieske/Irina Schmitt</i> Gender: Regulation and Resistance in Education (London 2009).....	189
<i>Laura Nina Paul</i> Care und Migration (Frankfurt 2009).....	196

Rezensionen

<i>Vera Müncher</i> Rezension zu: Martina Heitkötter/Karin Jurczyk/Andreas Lange/Ute Meyer-Gräwe (Hrsg.): Zeit für Beziehungen?.....	203
<i>Veronika Magyar-Haas</i> Rezension zu: Bettina Hünersdorf: Der klinische Blick in der sozialen Arbeit. Sytemtheoretische Annäherungen an eine Reflexionstheorie des Hilfesystems.....	208

Inhalt	7
<i>Sebastian Winter</i>	
Rezension zu: Claudia Bruns: Politik des Eros.....	213
<i>Mechthild Bereswill</i>	
Rezension zu: Hans Günther Homfeldt/Wolfgang Schröder/Cornelia Schweppe (Hrsg.): Soziale Arbeit und Transnationalität.....	216
AutorInnenhinweise	219
Zum Jahrbuch Frauen und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft	223
Ankündigung der nächsten Bände	
Band 7.....	224
Band 8	226

Editorial

Care - Wer sorgt für wen?

Vera Moser/Inga Pinhard

Care - Wer sorgt für wen? Diese, auf den ersten Blick so simple wie praktische Frage, hat ungeahnte soziale, politische, philosophische und identitätsbezogene Dimensionen, die in vielfältigen gegenwärtigen Diskursen und Programmatiken wirksam werden. Mit dem diesjährigen Themenheft des Jahrbuches für Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft wird dieses so komplexe, wie brisante Themenfeld innerhalb ausgewählter Fragestellungen aus unterschiedlichen Perspektiven analytisch bearbeitet und anknüpfend an aktuelle Debatten um ‚Care‘ und ‚Caring‘, die sich nicht zuletzt in der Vielzahl an Tagungen zu diesem Thema widerspiegeln (vgl. die Tagungsberichte in diesem Band), kritisch reflektiert.

Die aktuelle deutsche Debatte um neue Betreuungsformen für Kleinkinder einerseits und die Folgen einer alternden Gesellschaft andererseits, wirft unweigerlich erneut die Frage nach ‚Care‘, also danach wer Sorgetätigkeiten wie, wo und warum übernimmt, auf. Diese Fragestellungen sind und waren zwar immer Gegenstand erziehungswissenschaftlicher Forschung, sie stellen sich jedoch in einem inzwischen veränderten sozialen Kontext, der eine Reflexion und Revision feministischer Konzeptionen von Care Ethik oder Ethik des Caring notwendig macht, neu. Traditionelle Geschlechter- und Generationenarrangements verschieben sich, doch wie und wo werden diese neu verhandelt? Etabliert sich eine neue ‚Ordnung der Sorge‘ und wie schlägt sich diese im institutionellen Feld von Pflege, Erziehung und Bildung nieder? Die fragilen Trennlinien zwischen Öffentlichkeit und Privatheit scheinen neu gezogen zu werden, Privates wird öffentlich, Öffentliches privat. Wird hierbei vielleicht das ehemals Private zum Illegalen, denkt man an den wachsenden Bereich häuslicher Schattenwirtschaft? Von Interesse sind insbesondere die diskursiven Aushandlungsprozesse um Geschlecht, Migration, Klasse und Care, die sich in Praktiken widerspiegeln, sowie ihre Wirkungen auf Geschlechterbilder und institutionelle Arrangements. Und: Wie können schließlich unter diesen Bedingungen neue Ansätze einer Care-Ethik, wie sie von Joan Tronto (1993), Nel Noddings (1984, 2010) und Eva Kittay (1999) im US-amerikanischen Kontext oder von Elisabeth Conradi (2001) in Deutschland diskutiert werden, aussehen?

Die Frage der Sorge und des Sorgens gehörte bereits unmittelbar in die Anfänge der Frauenbewegung und wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert vielfach unter der Formel der „Geistigen Mütterlichkeit“ diskutiert, gerade auch um für die Möglichkeit einer außerhäuslichen Arbeitstätigkeit bürgerlicher Frauen zu kämpfen. Zugleich reproduzierten diese Debatten allerdings auch klassenbezogene Abgrenzungen, denn für nicht-bürgerliche Frauen stell-

te sich die Frage eines ehrenamtlichen oder eher symbolisch bezahlten Engagements im Kontext ‚Geistiger Mütterlichkeit‘ wohl nicht. Das Thema ‚Care‘ diente dabei als Vehikel, um bezahlte Erwerbsarbeit, vor allem aber auch akademische Berufstätigkeit für gebildete Frauen gesellschaftlich zu legitimieren, doch gleichzeitig war damit auch unmittelbar eine Neujustierung von Weiblichkeitskonzepten verknüpft: Denn, so die Argumentationsfigur, wenn Frauen die Sorge und Versorgung für und von Familienmitgliedern qua Natur zufalle, dann müsse diese Eigenschaft doch auch außerhalb des familialen Feldes zur Geltung kommen können. Fragen individueller weiblicher Selbstverwirklichung, eng gebunden an Berufstätigkeit, werden gerade in diesen frühen Debatten verwoben mit dem gesellschaftlichen Nutzen dieser - und hier wurde sehr essentialistisch argumentiert - weiblichen Fähigkeiten. Dieser Versuch neue Wirkungs- aber auch Machtbereiche abzustecken war nicht allein mit der Frage nach der Zuständigkeit für den Bereich ‚Care‘ im Kontext verwandtschaftlicher oder auch semi-professioneller Beziehungen verknüpft, sondern forderte auch ein grundlegende Revision des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit heraus. Auch die zweite Frauenbewegung in den 1970er Jahren war zentral mit der Frage der Sorge und des Sorgens verknüpft: Wer sorgt für die Kinder, während die Studierendenrevolte Bedingungen einer veränderten Gesellschaft aushandelte? Die berühmte Tomate von Helke Sanders hat sich hierfür symbolisch in die Geschichtsbücher eingeschrieben. Die Frage, ob sich weibliche Sorgekompetenzen im Kampf um neue Geschlechterrollen als positiv (weibliches affidamento, weibliches Arbeitsvermögen oder weibliche Moral) bestimmen lassen sollten, oder ob sie als geschlechtsunabhängige, gesellschaftliche Aufgabe verhandelt werden mussten, war Gegenstand dieser Debatten. Und auch der gesellschaftliche Stellenwert sorgender Arbeit wurde entlang der Frage der Entlohnung thematisiert.

Von hier aus war es allerdings äußerst plausibel, ‚Care‘ als eine zentrale Dimension sozialer Beziehungen und damit auch als Thema gerechtigkeitsphilosophischer Diskurse zu platzieren. ‚Care‘ hat damit inzwischen auch eine sehr abstrakte Dimension erreicht, wenn es beispielsweise wie bei Martha Nussbaum (1995,1999) darum geht herauszufinden, welche grundlegenden menschlichen Bedürfnisse - gar universal - postuliert werden können, für deren Entfaltungsmöglichkeit eine Gesellschaft Sorge zu tragen hat und dieses als Kerngeschäft humaner Gesellschaften deklariert.

Andererseits ist das Thema ‚Care‘ vor dem Hintergrund der Frage nach so genannten ‚Work-Life-Balances‘ soziologisch in das Rampenlicht getreten, wo nicht nur die praktischen Fragen von so genannten Care-Aufgaben zwischen den Geschlechtern neu ausgehandelt und Möglichkeiten institutioneller Kinderbetreuung oder Altenpflege diskutiert werden, sondern prinzipiell das Verhältnis von privaten und beruflichen Zeitverhältnissen in Frage steht. Die renommierte Studie von Arie Russel Hochschild ‚Keine Zeit. Wenn die Firma

zum Zuhause wird und Zuhause nur Arbeit wartet‘ (2006) hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Räume des Wohlfühlens sich verschoben haben: die traditionelle Trennung von privater und instrumenteller Welt, die in der Habermasschen Tradition der Frankfurter Schule von Bedeutung war, scheint sich offenbar umzukehren, wenn zunehmend ‚emotionale Intelligenz‘ oder so genannte ‚soft skills‘ am Arbeitsplatz eine Rolle spielen und Zuhause vor allem Managementqualitäten zur Geltung kommen. Und was bedeuten diese Entwicklungen für das Geschlechterverhältnis? Dient Gendermainstreaming in erster Linie der Schaffung ausreichender Betreuungsmöglichkeiten von Kindern, wie es insbesondere die Familienpolitik formuliert, die damit gerne auch bevölkerungspolitische Instrumente verknüpft (wie beispielsweise einkommensabhängige Elterngelder) oder bedeutet Geschlechtergerechtigkeit etwas anderes und wo wird diese ausgehandelt? Im je einzelnen Fall?

Und noch ein weiterer Strang ist von Bedeutung: Welche gesellschaftliche Aufmerksamkeit wird ‚Care‘ zuteil, wenn Pflegedienste innerhalb knappst bemessener Zeitbudgets ‚operieren‘ und vorwiegend (z.T. auch illegale) MigrantInnen diese Tätigkeiten zu dumping-Löhnen übernehmen (sollen)? Welche Beziehungsverhältnisse werden hier inwiefern professionalisiert und inwiefern verändern sich soziale Beziehungen allgemein, wenn ‚Care‘ als vorwiegend professionelle Aufgabe erscheint?

An diesen Themenfeldern wird eines deutlich: Kaum eine andere Thematik ist mit der Frage der Geschlechter- und Generationengerechtigkeit so zentral verknüpft wie das Thema ‚Care‘ - denn diese Thematik berührt den Kern humaner Gesellschaften. Welche Universalien lassen sich hier formulieren hinsichtlich individueller Bedürfnisse, sorgender Beziehungen, sorgender Tätigkeiten und sorgender Verpflichtungen? Kurz: In was für einer Welt wollen wir leben und wie sind darin die Geschlechter verortet?

Literatur

- Conradi, Elisabeth (2002): Take Care. Grundlagen einer Ethik der Achtsamkeit. Frankfurt am Main.
- Hochschild, Arlie Russell (2006): Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Wiesbaden.
- Kittay, Eva Feder (1999): Love’s Labor. Essays on Women, Equality and Dependency. New York.
- Kittay, Eva Feder (Hg.)(2002): The Subject of Care. Feminist Perspectives on Dependency. Lanham/Boulder/New York.
- Noddings, Nell (1984): Caring. A feminine Approach to Ethics and Moral education. Berkeley.

Noddings, Nell (2010): *The Maternal Factor. Two Paths to Morality*. Berkeley.

Nussbaum, Martha / Glover, Jonathan (Hg.) (1995): *Women, Culture and Development. A Study of Human Capabilities*. Oxford.

Nussbaum, Martha (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Frankfurt am Main.

Tronto, Joan (1993): *Moral Boundaries. A Political Argument for an Ethic of Care*. New York.

Gastbeitrag

Care Ethics, Caregiving, and Global Caring

Nel Noddings

Abstracts

The dyad 'carer' and 'being cared for' is the basis for Nel Noddings' care ethics, conceptualized as a relational ethic. Revisiting feminist discussions on care and the basics of care ethics, it is outlined that caring and caregiving have to be discussed as different but yet related concepts. Furthermore, focus is given to the attempt to apply care ethics to global citizenship and particularly the problems of world poverty. In both cases special attention is given to the application of care theory to education.

Die Literatur, die sich mit Care-Ethiken beschäftigt, ist seit ihren Anfängen vor 25 Jahren (Gilligan 1982; Noddings 1984) inzwischen deutlich angewachsen - neue Arbeiten sind insbesondere in den Gebieten der Philosophie, den feminist studies, der Psychologie, Theologie und den Erziehungswissenschaften vorgelegt worden: Innerhalb der Philosophie ist die Untersuchung, inwiefern Care-Ethik auf grundlegende Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der personalen Ethik neue Antworten geben kann (Held 2006, Noddings 2002a, 2010; Slote 2007), von besonderem Interesse. Die Verknüpfung von Empathie und Care zur Aufklärung moralischer Entwicklung ist insbesondere in den sozialpsychologischen Arbeiten von Hoffmann (2000) thematisiert worden. Im Bereich der Theologie hat Ruth Groenhout (2004) die feministischen Care-Ethik-Konzepte mit denen von Augustinus verglichen. Innerhalb der Erziehungswissenschaften hat es zudem eine breite Auseinandersetzung mit Themen der Care-Ethik gegeben (Eaker-Rich/Van Galen 1996; Noddings 2002b, 2005; Pang 2001; Schussler/Collins 2006). Zwei Themenstellungen haben in diesem Zusammenhang in jüngerer Zeit zugleich Interesse und Verwirrung ausgelöst, die im nachstehenden Beitrag genauer untersucht werden sollen: Einerseits der Kontext von ‚Sorge‘ und ‚Versorgungsleistung‘ und andererseits die Fragen nach dem Zusammenhang von Care-Ethiken und global citizenship. Beide Aspekte sollen, nach einer kurzen Einführung in die wesentlichen Diskussionslinien der Care-Ethiken, für die erziehungswissenschaftliche Debatte fruchtbar gemacht werden.

The literature on care ethics has grown substantially from its origins (Gilligan, 1982; Noddings, 1984) over the last twenty-five years. New work has appeared in philosophy, feminist studies, psychology, religion, and education. In philosophy, there is an on-going attempt to describe the ways in which care ethics can address the broad problems of social justice and personal ethics (Held, 2006; Noddings, 2002a, 2010; Slote, 2007). In psychology, the connection between care and empathy has been explored to promote work on moral development (Hoffman, 2000). In religion, Ruth

Groenhout (2004) has described the similarities and differences between caring as a feminist concept and caring as discussed in the work of Augustine. And, of course, much work has appeared in education (Eaker-Rich and Van Galen, 1996; Noddings, 2002b, 2005; Pang, 2001; Schussler and Collins, 2006).

Two important recent themes have created both interest and confusion. One such theme is the frequent conflation of caring with caregiving. I will give considerable attention to that theme here. The second appears in work attempting to apply care ethics to global citizenship and, especially, to the problems of world poverty, and we will look at that carefully also. In discussing both of these themes, I will give special attention to the application of care theory to education. Before tackling these themes, however, I'll provide a brief introduction to the fundamental ideas of care ethics.

1. Basics of Care Ethics

Care ethics is a relational ethic. Instead of emphasizing individual moral agents and the principles to which each must adhere, it starts with the dyad (carer, cared-for). All of us begin life in relation, and it is within relation that we become recognized individuals. Relation is, then, ontologically basic, and the caring relation is morally basic. Care ethics is primarily interested in the establishment, maintenance, and enhancement of caring relations. The relation is prior even to the description of caring as a virtue; a person may be described as "caring" if that person regularly establishes and maintains caring relations. Within the caring relation, in any given encounter, one party acts as carer and the other as cared-for. Notice that these are not permanent, fixed roles. In mature relationships, we expect parties to exchange places regularly. I may be carer in one encounter and cared-for in the next. This will be important in our discussion of caregiving. Some feminist thinkers fear that women who embrace care ethics will become mired in caregiving – that caring will be a one-way street with women doing all of the caring. But even in relations that are necessarily unequal (parent-infant, teacher-student, physician-patient) both parties contribute definitively to the relation. (A, B) as a caring relation may be described as follows:

A, the one-caring, is non-selectively attentive, receptive to B. It is through this open attention that carers detect what B is experiencing. The idea is to find out what B is going through, to listen to B's expressed need. As nearly as possible, A puts her own projects and needs temporarily aside. In describing this form of attention, Simone Weil wrote: "The soul empties itself

of all its own contents in order to receive into itself the being it is looking at..." (1977, p.115). Realistically, it is not possible to "empty our souls," but it is possible to put our own projects aside and quiet our own values until we've heard what the cared-for is going through.

As a result of listening and really hearing B, A experiences motivational displacement; that is, A is empathetically moved to respond to the need expressed by B. In its emphasis on emotion or feeling, care ethics resembles the approach of David Hume and Francis Hutcheson – philosophers sometimes labeled "moral sentimentalists." Human beings are motivated by feeling, not simply by reason. There are, of course, times when A cannot respond positively to the need expressed by B. A may disapprove of B's project, or she may not have the resources to satisfy B's need. In any case, however, she will try to respond in a way that preserves the caring relation. In actually responding to B, A may have to exercise a high level of instrumental and/or critical thinking.

B, the cared-for, contributes to the relation by acknowledging A's efforts to care. This response need not be one of gratitude, and it may not even be clearly directed at A. For example, a student may happily pursue a line of study endorsed by his teacher, A, without making a verbal comment of acknowledgment to A, but A sees the effect and is encouraged in maintaining the relation. Similarly, infants contribute substantially to the parent-child relation by smiling, wriggling, and reaching out. Patients often contribute to the nurse-patient relation with a sigh of relief and smile. We do not credit the student, infant, or patient with moral virtue, but we nevertheless recognize their contribution to supporting and sustaining the caring relation. If B does not acknowledge A's attempt to care, there is no caring relation. This does not mean that A should not be given credit for trying, but the effort to care does not in itself make the encounter or episode a caring relation. There are two parties in a caring relation.

Concentration on the relation and the contributions of both parties makes care ethics distinctly different from traditional approaches to ethics. In teaching, we might describe another difference – one between virtue-caring and relational-caring (Noddings, 2006). Although there are probably few pure types, the distinction is a familiar one. Virtue-caring teachers usually decide before meeting particular students what it is that all students must learn and how they must behave. They are "caring" in the sense that they want the best for their students and act conscientiously to support their progress. Relational-caring teachers are more likely to listen to their students and work – at least to some degree – with their expressed needs. This is a very important distinction.

Care ethics is oriented toward needs, not rights. It does not reject the powerful concept of rights, but it recognizes needs as primary. Historically, the expressed needs of groups have led to demands for rights but, even when

rights have been granted, they are sometimes taken away. The interests of those in power sometimes override the formerly accepted rights of others. Although the rights have been removed or suppressed, the needs remain. In care ethics, the attention of carers is directed to the expressed needs of the cared-for. When such needs can be satisfied without harm to others in the web of care, both carer and cared-for benefit because the relation is strengthened. For example, when teachers listen to students and work sympathetically with them to achieve mutually agreed-upon goals, the work of both teachers and students is facilitated; in relation, they are working together, not in opposition.

In everyday life, especially in education, we work with both expressed and assumed needs. The enterprise of schooling itself assumes that the young need to know certain things. The curriculum is built on a set of needs assumed by the culture in which schooling takes place. We assume, for example, that children *need* to know how to read, write, speak clearly, and compute; that they need to know something about the history of their nation and what it means to be a citizen of that nation. Within each domain of study, we make many more assumptions about what students *need* to know. But for care ethicists, expressed needs are equally important. As we listen to students, new needs are identified, some assumed needs are dropped entirely, and many are modified. Needs are identified and assessed within circles of care, in caring encounters.

2. Caring and Caregiving

Caring and caregiving are two different but related concepts. In the ethics of care, caring describes a way of moral life, one that may be invoked in every human encounter. Caregiving points to a kind of work – paid or unpaid. Most of us associate caring with caregiving, but we know that there are people – “caregivers” – who do not seem to care. The now classic example is Nurse Ratchett in *One Flew Over the Cuckoo’s Nest*. As a nurse, she was supposed to care for her patients, but she clearly did not. We can find more examples in both literature and real life – the notorious Mengele in Nazi concentration camps, the American doctors in the Tuskegee syphilis studies, the father of Ernest Pontifex in Butler’s *The Way of all Flesh*, the teachers (Bingo and Sim) in Orwell’s account of his early schooling, and many, many more.

It is understandable that feminist scholars have given much attention to the problems of caregiving. Such work has been for centuries the work of women, and concern with the plight of women who do this work is rightly a feminist project. In attending to this problem, some writers observe the

distinction between caring and caregiving, and some do not. A few concentrate on one element of care ethics, the meeting of needs. Diemut Bubeck (1995), for example, limits caring to situations of dependency. Under her definition, one person cares for another only if she satisfies a need that he cannot meet himself, and her attitude in doing whatever is done to meet the need is irrelevant. As Virginia Held notes, however, this way of looking at caring is alien to care ethics. For Held (and for me), “an important aspect of care is how it expresses our attitudes and relationships” (Held, 2006, p.33). Indeed, as pointed out earlier, care theory is primarily interested in caring relations, and needs are identified within such relations. Moreover, it is hard to see how caregiving without care can contribute to the maintenance of caring relations.

Still, there is labor involved in caregiving, even when it is done with care (Kittay, 1999), and this labor is too often held in contempt or treated with condescension (Bianchi, Casper, and King, 2005). Probably the reason for this attitude is that care work has long been considered “woman’s work” and therefore not worth much in economic terms. This is, of course, a major issue for feminist scholars, but it is one troubled by ambiguities and paradoxes.

One paradox arises when we consider how to pay those who provide childcare. On the one hand, we want the best possible care for our children; on the other, most of us insist on “affordable” childcare, and we would not encourage our own daughters to engage in childcare as an occupation. Successful women, especially those who have managed to enter occupations once entirely the province of men, often pay their childcare workers poorly and sometimes even exploit illegal immigrants to do this work. But caring, as a moral attitude, insists that care must apply to all human encounters including those between a professional woman and her female childcare worker. Educators encounter another paradox. We want all of our students to succeed and, for many of us, that means providing opportunities for girls, as well as boys, to enter well-paid occupations. We have, therefore, worked hard (and with some success) at getting more girls interested in mathematics and science. In working at this, we often steer talented young women away from the caring professions. It is not unusual for teachers and guidance counselors to advise academically bright girls to avoid these occupations and choose more prestigious, more lucrative fields. A bright girl may, for example, be turned away from thoughts of becoming an elementary school teacher with a comment such as, “You’re too smart for that!”

Another paradox follows on the heels of this one. While we are busily encouraging girls to prepare for success in once male-dominated occupations, it rarely occurs to us to encourage more boys to enter fields such as nursing, elementary school teaching, pre-school teaching, or even social work. It worries us that girls still lag behind boys in engineering, but it doesn’t seem to worry us that boys lag behind girls in all forms of direct caregiving. This

lack of concern is especially odd when we contrast it with the widespread complaint that women still do the lion's share of domestic work—managing the household, caring for the children, cooking, cleaning, and providing support for members of the extended family.

As educators, we might decide that boys need to learn how to care and that they should have opportunities to care for others. Notice that this is an assumed need, and we have to be careful in pursuing it. If boys object, if they start bullying younger children or engaging in mean behaviors of any sort, we would certainly not allow them to work alone as “carers.” They will need careful supervision.

One way to encourage caring in our classrooms is to allow students to work together, to help one another in regular schoolwork. This is very different from the cooperative small groups designed to teach group members to fill a particular role or to cooperate in order to compete more successfully against other groups. The idea is to promote an understanding of interdependency and how we must share the tasks of caregiving.

Although people can be employed in caregiving activities without caring in the way described by care theorists, many people – perhaps most – do learn to care by engaging in caregiving. Indeed, caregiving might properly be described as the incubator of caring (Noddings, 2010). It seems reasonable to trace the caring tendencies of women to many centuries of caregiving practice. In an important sense, the female tendency to care is an evolutionary legacy. But it is also a product of socialization. Little girls experience more opportunities (or demands) to care than do their brothers. If practice in caregiving activities promotes caring, it would be wise to invite boys to engage in these activities, too.

There is, however, no guarantee that those participate in caregiving activities will embrace caring as a moral way of life. Much depends on how we teach caring, and that observation reminds us again that attitudes and motives play an important role in caring. It is not simply a matter of meeting needs – e.g., getting children involved in caregiving practices – but also of establishing the caring relations that sustain and enrich these activities.

3. Personal and Collective Responsibility

Caring as a moral way of life has two aspects: caring-for and caring-about. Caring-for is the direct, face-to-face encounter that establishes and sustains caring relations. It is the form of caring in which a carer listens, attends to expressed needs, and responds as positively as she can. The cared-for acknowledges the carer's efforts in some way, and the relation is properly

called a caring relation. In caring-about, we are moved by the needs of people at a distance – people we will never meet face-to-face and with whom we are unlikely, therefore, to establish caring relations. When we hear about starving children in Darfur, for example, we are motivated to help; we *care-about* them and want to relieve their suffering.

When we contribute money to feed people in a far-away place, we trust some organization to use our money for the purpose intended. There is usually no way for the cared-fors in such cases to respond to us and thereby complete the caring relation. Things can go wrong. The organization to which we contribute may spend far too much on administrative costs; bandits may steal the food before it reaches the hungry; the need for food may even have been exaggerated, and some other need may be more pressing than the one initially identified. When we *care-about*, we trust that our contribution will help to establish *caring-for* at the site of need. Sometimes it is hard to know whether our trust is well placed.

A question arises whether we have an obligation to care-about people at a distance and, if we do, what form that obligation takes. Peter Singer, a Utilitarian philosopher, has answered the question unequivocally. He claims that people in affluent societies have a “global responsibility” to give at least 1 % of their income to relieve the worst conditions of poverty. He writes:

„Those who do not meet this standard should be seen as failing to meet their fair share of global responsibility, and therefore as doing something that is seriously morally wrong. This is the minimum, not the optimal, donation.“ (2002, p.194)

Care ethics cannot approach world poverty and associated problems in the Utilitarian way. We see too many differences, too many contingencies, in human life to pronounce people morally wrong when they fail to satisfy an arbitrary law made absolutely universal. We even disagree with the absolutes laid down by Kant – for example his absolute rules against lying and stealing. Of course we are against most lying and stealing. But sometimes, lying is more caring than truth-telling, and we are guided by the effects our statements may have on a particular cared-for and on others in the web of care. Similarly, we are opposed to stealing, but we recognize that most of us would steal if our children were starving and we could save them by stealing food. Care ethics seeks to improve the human condition and to build on the best in human nature, but it stays close to human reality.

Consider what individuals may face when they care-about the suffering of people at a distance. Which of the many cases of suffering should I try to relieve: starving children in Darfur? Young women forced into prostitution in Cambodia? Starving or near-starving children in Haiti? Children in our own inner-cities suffering from asthma and diabetes? Girls in India forced into marriage while still children? Girls forbidden to go to school in parts of

Afghanistan and Pakistan? How do I decide where my 1% (if I can spare it) should go?

To complicate matters further, care ethics recognizes an evolutionary legacy. Human beings are so constituted that our altruism is tied to blood lines and proximity. Care ethics agrees that we should try to move beyond parochial lines, and we have great sympathy for the project of eliminating or reducing world poverty, but we do not censure or condemn our fellows when they do not give the required 1%. We need to know what they are going through and how they are responding to immediate, direct needs.

An individual family is pressed to make a host of economic decisions. All sorts of emergencies arise – a child may need expensive medical treatment, an elderly parent may need to move into assisted-living quarters, college tuition may increase considerably, their house may need extensive repairs, a relative may require a hefty loan, the family dog may need an expensive operation. When we look at this last case, we see one dramatic difficulty with the Utilitarian formulaic solution. The hundreds of dollars spent on the dog's operation might indeed save the life of a child in Africa, but the situations are not comparable. Distance and the personal obligation to *care-for* are not so easily overcome. The dog owner may rightly argue: This dog is *my* dog, and I took personal responsibility to care for her when I brought her into my home. Universal formulas applied at the level of individuals cannot be defended on moral grounds.

Although Utilitarian schemes of the sort suggested by Singer are incompatible with care ethics, his spirit of sharing resonates with caring. We have a sense that we should respond to those in great need wherever they are located. Upon learning about drastic cases of human misery, we *do* care-about the suffering and want to help. But how is this best accomplished?

It is reasonable to suggest that large-scale efforts to relieve starvation and poverty should be conducted at the national level. One collective – a nation – should respond to the needs of another collective, the group of people suffering. Many of us would willingly accept an added 1% in taxation if it were committed to the relief of global poverty. Have we contradicted ourselves here? If we are willing to accept an additional tax, why not simply pledge the 1% every year and give through some reputable charity?

I don't think there is a contradiction in the suggestion that we move this obligation to the collective level. Governments do not undergo the sort of immediate contingencies experienced by individuals and families. If things go badly for a lengthy period of time, governments might have to rethink their priorities, but they are generally in a better position to balance their contributions. There should be more stability in a collective commitment than an individual one. Indeed, most affluent nations give much more generously of their national incomes than does the United States where, it seems, anything done "collectively" comes under sharp suspicion. Looked at from

the perspective of the individual, the collective plan has at least two other merits. First, it relieves individuals of some of the moral angst that arises when they recognize great need, feel motivational displacement, and yet cannot respond without hurting those closest to them. This angst is real among people who embrace caring as a moral way of life. It was noted half a century ago by Anne Morrow Lindbergh:

„The inter-relatedness of the world links us constantly with more people than our hearts can hold...My life cannot implement in action the demands of all the people to whom my heart responds...Our grandmothers, and even – with some scrambling – our mothers, lived in a circle small enough to let them implement in action most of the impulses of their hearts and minds.“ (1955, pp.124-125)

Lindbergh captured the problem. We obviously cannot *care-for* everyone, and we can easily become overwhelmed in our efforts to *care-about*. Some recent research has shown that college students show less concern about social justice after taking a course on the subject than students who do not experience such a course. Why? It may be, as some observers suggest, that the students studying poverty begin to fear for their own economic futures. I think it is more likely, however, that they are suffering the anxiety described by Lindbergh; they are just overwhelmed by the size and scope of the problems. The more they learn, the more helpless they feel. Probably most of them would gladly pay an extra tax and be relieved of some individual obligation. Collective responsibility is one way to make economic morality more manageable for individuals. A second merit of the collective approach is that nations have the capacity (if they will use it) to join in the establishment of circles of care in locations all over the world, and it is within such circles that needs may be accurately identified. It is not a matter of assuming that needs exist, going into another nation, and taking over to solve their problems. It is, rather, the challenge to find ways of transforming our genuine caring-about into something close to caring-for (Noddings, 2010).

4. Concluding Remarks

Caring and *caregiving* are not synonymous. One can be a cold, uncaring caregiver. Nonetheless, practice in caregiving probably promotes the skills and attitudes we associate with caring. Caregiving may be thought of as the incubator of caring, and all children should have carefully supervised opportunities to engage in caregiving activities. As feminists, we should also work to improve the economic and social condition of those who provide the labor of caregiving. Because it is impossible for any human being to *care-for* everyone, we must find a way to *care-about* the problems of people we cannot

reach individually. I've suggested that this should be a collective enterprise, in part to achieve some stability in giving and, in part, to relieve individuals from feeling overwhelmed by the many demands on their desire to care. It remains a major problem for ethicists and political theorists to find effective ways to translate *caring-about* into *caring-for*.

References

- Bianchi, Suzanne M., Casper, Lynne M., & King, Rosalind Berkowitz (Eds.). (2005). *Work, family, health, and well-being*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Bubeck, Diemut (1995). *Care, gender, and justice*. Oxford: Oxford University Press.
- Eaker-Rich, Deborah and Van Galen, Jane (Eds.). (1996). *Caring in an unjust world*. Albany: State University of New York Press.
- Gilligan, Carol (1982). *In a different voice*. Cambridge: Harvard University Press.
- Groenhout, Ruth E. (2004). *Connected lives: Human nature and an ethics of care*. Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Held, Virginia (2006). *The ethics of care: Personal, political, and global*. Oxford: Oxford University Press.
- Hoffman, Martin (2000). *Empathy and moral development: Implications for caring and justice*. New York: Cambridge University Press.
- Kittay, Eva Feder (1999). *Love's labor: Essays on women, equality, and dependency*. New York: Routledge.
- Lindbergh, Anne Morrow (1955). *Gift from the sea*. New York: Random House.
- Noddings, Nel (1984). *Caring: A feminine approach to ethics and moral education*. Berkeley: University of California Press.
- Noddings, Nel (2002a). *Starting at home: Caring and social policy*. Berkeley: University of California Press.
- Noddings, Nel (2002b). *Educating moral people*. New York: Teachers College Press.
- Noddings, Nel (2005). *The challenge to care in schools*, 2nd ed. New York: Teachers College Press.
- Noddings, Nel (2006). Caring as relation and virtue in teaching. In: Rebecca Walker and Philip J. Ivanhoe (Eds.), *Working virtue*. Oxford: Oxford University Press.
- Noddings, Nel (2010). *The maternal factor: Two paths to morality*. Berkeley: University of California Press.
- Pang, Valerie Ooka (2001). *Multicultural education: A caring-centered, reflective approach*. New York: McGraw-Hill.
- Schussler, D. and Collins, A. (2006). An empirical exploration of the who, what, and how of school care. *Teachers College Record* 108(7): 1460-1495.
- Singer, Peter (2002). *One world: The ethics of globalization*. New Haven: Yale University Press.
- Slote, Michael (2007). *The ethics of care and empathy*. New York: Routledge.
- Weil, Simone (1977). *Simone Weil reader*, ed. G.A. Panichas. Mt Kisco, NY: Moyer Bell Limited.

Beiträge

Ethische Gefühle: Liebe, Sorge und Achtung

Micha Brumlik

Die Frage inwieweit ein Konzept der Liebe einer philosophischen Ethik der Sorge, deren Fokus bislang stark auf das Phänomen der Akzeptanz von und der Verpflichtung in Abhängigkeit gerichtet war, wesentliche Impulse geben kann ist der Ausgangspunkt dieses Beitrags. Erich Fromms normatives Konzept karitativer Liebe wird vorgestellt, um dann aus sozialpädagogischer Perspektive Martha Nussbaums Verbindung von Liebe und - beziehungsweise als - „Capability“ im Rückgriff auf den US-amerikanischen Pragmatismus und Walt Whitmann kritisch zu diskutieren. Ziel ist schließlich pädagogische Konsequenzen aus einer nicht spekulativen, sondern empirisch beglaubigten Realität von Care und Liebe zu entfalten, für die Fragen der Liebesfähigkeit, der Achtung und des Vertrauens wesentlich sind.

Ethical Emotions: Love, Care and Respect

Can a concept of love be an innovative enhancement for a philosophical ethics of care, so far particularly focusing on the phenomenon of respect for and the commitment in dependency? The author discusses this question beginning with Erich Fromm's normative concept of charitable love, followed by a critical rethinking of Martha Nussbaum's idea of love as capability from a pedagogical perspective. Thereby becoming apparent how close these thoughts are related to basic ideas of US-American pragmatism and notably the poet Walt Whitman. The objective of this article is to develop pedagogical consequences out of a empirically proved reality of care and love closely connected to questions of the capability to love, respect and confidence.

Die Liebe hat in der Entwicklung der pädagogischen Theorie in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg eine entweder nebensächliche oder doch abseitige Rolle gespielt. Zwar stand am Beginn sozialarbeiterischer Bemühungen durch die Kirchen in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts der Begriff der „christlichen Liebestätigkeit“ durchaus noch Pate, zwar mochten die geschlechtspolaren Überlegungen zu einer „sozialen Mütterlichkeit“ Assoziationen und Konnotationen dieses Begriffs niemals aufgeben, gleichwohl schien eine theoretisch konsistente und entsprechend handlungspraktisch folgenreiche Bestimmung dieses Begriffs nicht möglich. Das wurde erst anders, als sich Herman Nohl der Sache annahm und in seiner „Theorie des pädagogischen Bezugs“ den pädagogischen Eros durchaus erwähnte - teils, so darf man vermuten, angetan vom männerbündischen Eros der Jugendbewegung, wie ihn Hans Blüher predigte, teils, wie Dorle Klika zeigen konnte (Klika

2000), in direkter Übernahme von Theoremen der frühen psychoanalytischen Pädagogik: in diesem Falle August Aichhorns und dessen Lehre von der pädagogischen Bedeutung der Übertragungsbeziehung. Zuletzt hat sich Sabine Seichter dieser Thematik in einer gründlichen Studie gewidmet - eine Untersuchung, die im Wesentlichen vom Verschwinden dieses Konzepts handelt, aber doch auch dessen normative Bedeutsamkeit noch einmal umreißt (Seichter 2007). Infrage steht nun, ob das althergebrachte, bereits veraltet wirkende Konzept der „Liebe“ zumindest in dem Bereich, den seit einiger Zeit eine von Carol Gilligan und Nel Noddings (Noddings 1984) inspirierte Ethik der Sorge - als gleichberechtigter Gegenpart zu kantianischen Ethiken der Gerechtigkeit - noch einmal systematisch rehabilitierbar ist. Tatsächlich hat vor allem die philosophische „Ethik der Sorge“ in den letzten Jahren insbesondere das Phänomen der Akzeptanz von und Verpflichtung in Abhängigkeit thematisiert (vgl. Feder Kittay/Feder 2002), dabei jedoch die Frage, ob und in welchem Ausmaß es dazu einer nicht nur wohlwollenden, sondern auch liebenden Einstellung bedarf, weitgehend übergangen. In der (analytischen) Philosophie ist die „Liebe“ als moralisches Gefühl inzwischen ein intensiv und ernsthaft behandeltes Thema (Velleman 2008, Delaney 2008) und auch die (Mikro)soziologie sowie die Psychologie haben sich der Thematik angenommen (Bierhoff/Grau 1999, Corsten 1993, Hahn/Burkart 1998, Illouz 2007).

Im folgenden soll nun zunächst anhand eines klassischen Textes, nämlich Erich Fromms „Kunst des Liebens“, ein normatives Konzept karitativer Liebe dargestellt und untersucht werden (1) um dann in einer (sozial)pädagogischen Perspektive unter Bezug auf die Philosophin Martha Nussbaum „Liebe“ als „Capability“ unter dem Blickwinkel konstitutiver menschlicher Bedürftigkeit in den Blick zu nehmen (2). Diese Perspektive basiert wesentlich auf Erfahrungen und Theoremen des amerikanischen Pragmatismus - es war insbesondere der Dichter Walt Whitman, dem wir die Denkmöglichkeit von „Liebe“ als eines leidenschaftlichen, universalistischen Gefühls demokratischer Solidarität verdanken (3). Darauf und auf der Kohlberg/Gilligan Debatte basierende pädagogische Konsequenzen sollen die alles andere als spekulative, sondern empirisch beglaubigte Realität von „Care“ und „Liebe“ verdeutlichen (4), während der letzte Abschnitt den Versuch unternimmt, die kantianische Kardinaltugend der Achtung genetisch auf gemeinsame Wurzeln mit der „Liebesfähigkeit“ hin zu untersuchen. Am Ende, so soll sich zeigen, basiert beides auf der prekären menschlichen Möglichkeit, im Generationenverhältnis „Vertrauen“ (Hartmann/Offe 2001) zu begründen und zu entfalten (5).

1. Liebe ohne Leidenschaft: Erich Fromm

Beim Blick auf die strukturellen Eigenschaften der Liebe, die ja in ihren ganz unterschiedlichen Bezügen - geschlechtliche Liebe, Gattenliebe, Eltern- und Kindesliebe, Nächstenliebe, Fernsten- und Feindesliebe, die Liebe zu Gott, zu analysieren ist - bleibt undeutlich, in welchem Sinn gehaltvoll von der Liebe als Tugend gesprochen werden kann: Tugenden sind - so die anfangs gegebene Definition - individuelle Kompetenzen, sich bezüglichlicher Wertzumutungen so verhalten zu können, dass die Möglichkeit eines im weitesten Sinne glücklichen Lebens möglich scheint. In welchem Sinn kann also Liebe als Tugend bezeichnet werden - zumal dann, wenn eine sozialwissenschaftlich ausweisbare Theorie der Tugend nicht ohne weiteres auf die im Glauben verheißene Glückseligkeit im Jenseits bauen kann (vgl. Brumlik 2002, S. 204f)?

Für eine Rekonstruktion der „Liebe“ als Tugend in diesem Sinne ist Erich Fromms Essay „Die Kunst des Liebens“ aus dem Jahr 1956 mit all seinen Stärken und Schwächen beispielhaft. In philosophischer Hinsicht nimmt Fromm - wie der späte Freud - die Platonische Ontologie der Liebe als „vis unitiva“ auf, unterscheidet sich aber von Freud durch einen entschiedenen Einspruch gegen dessen vermeintlichen Reduktionismus, der vor allem die geschlechtliche Liebe nur als Triebspannung ansähe. Für Fromm ist Liebe jenes Streben, jene Macht, in der die Menschen danach trachten, ihre letzten Endes tödliche Vereinsamung zu überwinden. Dass Fromm die Liebe - und zwar genau - im hier definierten Sinn als Tugend ansieht, wird an einer Erläuterung deutlich, in der er sich gegen die landläufige Vermutung verwahrt, dass es bei der Liebe in erster Linie um eine wie auch immer geartete Bindung an eine Person ginge:

„Sie ist eine Haltung, eine Charakterorientierung, welche die Bezogenheit eines Menschen zur Welt als Ganzem und nicht nur zu einem einzigen Objekt der Liebe bestimmt. Wenn jemand nur eine einzige andere Person liebt und ihm alle anderen Menschen gleichgültig sind, dann handelt es sich bei seiner Liebe nicht um Liebe, sondern um eine symbiotische Bindung oder einen erweiterten Egoismus“ (Fromm 1993, S. 66).

Liebe, reife Liebe wird in dieser normativen Sicht zu einer Vereinigung, bei der die Integrität und Individualität der Partner gewahrt bleibt und die somit die Gestalt einer aktiven Kraft annimmt. Der Aktivitätscharakter der Liebe jedoch - und darauf muss Fromm besonderen Wert legen - ist nicht so zu verstehen, dass es dabei um angestrengte Eingriffe in die äußere Welt geht, sondern um eine gesteigerte Form der Aufmerksamkeit, eine Aktivität der Seele, wie sie in der Meditation zu finden ist, um eine Haltung also bezüglich der dem Menschen innewohnenden Kräfte, „ohne Rücksicht darauf, ob damit eine äußere Veränderung bewirkt wird oder nicht“ (Fromm 1993, S. 35). Mit diesem Erläuterungsvorschlag stellt sich Fromm - hier unter Rückgriff auf

Spinozas Affektenlehre - in die stoische Tradition, der ja alles darauf ankam, nicht zum Sklaven der eigenen Gefühle zu werden. Liebe wäre als Leidenschaft missverstanden: „Sie ist etwas, das man in sich selbst entwickelt, nicht etwas, dem man verfällt“ (Fromm 1993, S. 35) Liebe gerät zur Bereitschaft zum Geben, zu einer Haltung, in der der Liebende seine Abhängigkeit, seine narzisstischen Größenphantasien, seine Kontrollbedürfnisse, den Wunsch andere auszubeuten oder ihre Zuneigung zu horten, überwunden und damit zugleich eine Reihe von Charakterzügen entwickelt hat, die ethischer, ja geradezu moralischer Natur sind: Fürsorge, Verantwortungsgefühl, Respekt vor dem anderen und Erkenntnis. In einer ethischen, auf die Erläuterung des Tugendbegriffs zielenden muss insbesondere die Erkenntnis (womöglich im Sinne der „prudentia“ des Thomas) Interesse auf sich ziehen. Diese Erkenntnis ist nicht mit einem natur- oder sozialwissenschaftlichen Verfahren zur Sicherung wahrer Aussagen zu verwechseln, die notfalls auch durch Zerstörung oder Bedrängung einer Person zu erzielen wäre. Vielmehr stellt sich Fromm die Erkenntnis, die in der Liebe waltet, als einen Akt mystischer Erleuchtung dar:

„Im Akt der Vereinigung erkenne ich dich, erkenne ich mich, erkenne ich all die anderen, und ich ‚weiss‘ doch nichts. Ich erkenne auf die einzige Weise, in welcher dem Menschen die Erkenntnis des Lebendigen möglich ist: im Erleben von Einheit und nicht aufgrund des Wissens, das mir mein Verstand vermittelt“ (Fromm 1993, S. 46).

Die mystische Deutung der Liebe als Form höherer Erkenntnis erlaubt es schließlich, sie als eine ethische Charakterhaltung zu verstehen, die sich auf alle und nicht nur auf einen einzigen Menschen bezieht (Fromm 1993, S. 67). Von diesem Grundverständnis der Liebe als einer wesentlich altruistischen Haltung lassen sich dann Kindesliebe, Nächstenliebe und auch die Liebe zu Gott konsistent konstruieren, während bei der „Selbstliebe“, vor allem aber bei der erotischen Liebe charakteristische Schwierigkeiten entstehen. Während Nächstenliebe das fürsorgliche und verantwortliche Verhältnis zwischen Gleichen benennt, geht es der Mutterliebe um die selbstlose Zuneigung zu einem heranwachsenden Kind. Während die erotische Liebe auf Einswerdung zielt, geht es bei der Mutterliebe gerade um die Bereitschaft zur Ent-Zweigung. Ob es sich bei der Mutterliebe um echte Liebe gehandelt hat, zeigt sich für Fromm endlich daran, ob eine Mutter fähig ist, zudem noch ihren Mann, ihre Nächsten, ja alle menschlichen Wesen zu lieben. Aus diesen Festlegungen wird klar, warum Fromms äußerstes Misstrauen der erotischen Liebe gilt. Als das Verlangen nach vollkommener Vereinigung mit einer anderen Person kann sie nicht anders als exklusiv sein, womit sie sich als die „trügerischste Form der Liebe“ (Fromm 1993, S. 75) erweist. Als Kriterium für die Echtheit dieser trügerischsten aller Formen von Liebe schlägt Fromm die Fähigkeit vor, dass der Mensch aus innerstem Wesen heraus liebt und den anderen im innersten Wesen seines Seins erfährt (Fromm 1993, S. 79) -

womit ein zweites Mal eine nicht näher bestimmbare, nur metaphorisch ausdrückbare, eher mystische Qualität zur Lösung eines mit den traditionellen Mitteln der Psychologie offensichtlich nicht mehr lösbaren Problems aufgeboten wird. Das hier aufgebotene Kriterium für die Echtheit der Liebe kommt - sofern man an einer sozialwissenschaftlichen Aufklärung der Phänomene der Tugend interessiert ist - einer Bankrotterklärung gleich.

Fromms Begriff der Liebe ist mithin aktivistisch, universalistisch und mystisch - der entgegen gesetzte, wohl eher sowohl den Alltagserfahrungen als auch ihren literarischen Formungen entsprechende Begriff versteht Liebe als einen Zustand, der passiv und partikular ist und auf feststellende Wahrnehmung zielt: Liebe als Leidenschaft. Es scheint, als ob der Versuch, Liebe als Tugend zu verstehen, nur um den Preis möglich ist, ihre leidenschaftlichen Charakteristika für unwesentlich zu erklären. Das Problem der Validität einer solchen Begriffsbildung ist das eine, die Frage, ob sich Tugend und Leidenschaft überhaupt sinnvoll aufeinander beziehen lassen, das andere. Sollte sich nämlich zeigen lassen, dass Tugend und Leidenschaft, anders als es die stoische Tradition will, keine Gegensätze sein müssen, wäre der Boden dafür bereitet, Liebe in einem ebenso umfassenden wie der alltäglichen Erfahrung entsprechenden Sinn als Tugend zu verstehen. Dazu ist es unumgänglich, sich von einer rein psychologischen Betrachtungsweise zu lösen und die Liebe als ein - paradoxes - Interaktionsgeschehen in den Blick zu nehmen, was übrigens schon Augustinus im Blick hatte:

„(...) ich suchte, das Lieben Liebend, was ich lieben könnte, und hasste den kummerfreien Weg, auf dem es keine Fallen gibt. Lieben und geliebt zu werden, war mir erhöhte Lust, wenn ich auch des Liebenden Leib genoss“ (Augustinus 1987, S. 97).

In Fromms Perspektive lässt sich diese Haltung, die Augustinus selbst später zugunsten einer umfassenden Gottes- und Menschenliebe aufgab, kaum anders denn eine masochistisch-symbiotische Einstellung kennzeichnen. Daran wird jedoch deutlich, dass Fromms Kritik am vermeintlichen Reduktionismus Freuds halbiert ist: sein extrem normativer Begriff der Liebe gipfelt in einem nicht mehr ausweisbaren Mystizismus, während alle Leidenschaften, die dieser Form der Liebe nicht entsprechen, pathologisiert werden. Zudem lässt der aktivistische, anti-leidenschaftliche Begriff der Liebe, der sie ganz und gar auf eine zwar universalistische, aber doch subjektive Haltung verkürzt, die wohl wesentliche Erfahrung der Reziprozität offen. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass nach Fromm in der reifen Liebe Integrität und Individualität der Partner erhalten bleiben. Fromm versucht die Liebe zu entparadoxalisieren: die von ihm bevorzugte, wohlwollende und verantwortliche Haltung anderen gegenüber verbleibt ebenso stark einem Subjekt-Objekt-Schema verhaftet wie die von ihm als instrumentell abgelehnte Form einseitigen sexuellen Begehrens. Allerdings: Sogar Fromm kann nicht entgehen, dass es sich bei der misstrauisch beäugten

erotischen Liebe, ja sogar bei der menschlichen Natur insgesamt um paradoxe Größen handelt:

„Wir alle sind eins - und trotzdem ist jeder von uns ein einzigartiges, nicht wiederholbares Wesen. In unserer Beziehung zu anderen wiederholt sich das gleiche Paradoxon. Insofern wir alle eins sind, können wir jeden auf die gleiche Weise im Sinne der Nächstenliebe lieben. Aber insofern wir auch alle voneinander verschieden sind, setzt die erotische Liebe gewisse spezifische, höchst individuelle Momente voraus, wie sie nur zwischen Menschen und keineswegs zwischen allen zu finden sind“ (Fromm 1993, S. 80).

Fromms Überlegungen enden mit dem beinahe resignativen Eingeständnis, dass beide Auffassungen der Liebe, diese, die sie als einen ethisch begründeten Willensakt ansieht, und jene, die in ihr eine hoch idiosynkratische Zuneigung vermutet, zutreffen - genauer, dass wohl beide Auffassungen nicht die ganze Wahrheit für sich beanspruchen können. Mit diesem gewiss zutreffenden Hinweis auf allseits vorfindliche Mischungsverhältnisse hat Fromm jedoch den eigenen Anspruch, eine ethisch begründete Theorie des Liebens zu entwerfen, aufgegeben: der Wunsch oder die Hoffnung, dass aus der hochindividualisierten erotischen Liebe eine universalistische Haltung ableitbar ist, lässt sich nicht einlösen und muss daher - unter dem Primat der Ethik - eher zu einer Last denn zu einer Hoffnung werden. Liebe als Leidenschaft entfällt damit als moralische Größe. Ob sie wenigstens eine ethische Rolle spielen kann - etwa so, dass sie Inbegriff des Lebensglücks ist und damit Beweggründe schaffen kann, sich für Verhältnisse einzusetzen, in denen Glück möglich wird, wäre eine andere Frage. Auf diese Weise jedenfalls wäre der von Fromm angestrebte, aber nach eigener Auskunft nicht durchhaltbare Kurzschluss zwischen erotischer Liebe und Menschheitsliebe vermieden. In der Pädagogik jedenfalls, zumal in der Sozialpädagogik hatte die Kritik an der politisch unbeweglichen und inkonsequenten karitativen Liebestätigkeit zum Ende jeder Reflexion über die Liebe geführt und ist an ihre Stelle eine nüchterne Analyse professioneller Erfordernisse getreten.

2. Liebe als „Capabili“?

So ist es um die Sache still geworden und trat die rationale Analyse sozialstruktureller, Armut in jeder Form begünstigender Disparitäten ebenso in den Vordergrund wie der Versuch, sich mit einer möglichst dünnen, formalen Begründung von Bildungs- und Erziehungszielen - meist war es das der Emanzipation - zu begnügen. Zwar schwappten gelegentliche Überbleibsel aus der Reformpädagogik - etwa Korczaks Schrift „Wie man ein Kind lieben soll“ (Korczak 1998) in die Debatte, doch alles in allem blieb der Begriff fremd: entweder als total romantisch für untauglich oder als Überbleibsel eines kari-

tativen Verständnisses von Sozialarbeit im Zeitalter der Professionalität für obsolet erklärt. Das scheint sich derzeit zu ändern. Daher wende ich mich einem neueren Versuch zu, der nachweisen möchte, dass romantische, individualisierte und reziproke Liebesbeziehungen notwendige Bedingungen einer gelungenen, demokratischen Vergemeinschaftung sind. In ihrem im Jahre 2001 erschienen Buch „Upheavals of thought. The intelligence of emotions“ (Nussbaum 2001) ist Martha Nussbaum, bisher als eine der führenden, politisch allemal links stehenden Neoaristotelikerinnen bekannt geworden und derzeit die wesentliche Theoriebasis der vor allem in der akademischen Sozialpädagogik vertretenen „Capability approach“ (Otto/Ziegler 2008), nicht weniger gelungen, als eine neuartige Theorie der Gefühle und - auf dieser Basis - eine Theorie der Liebe als - wenn man so will - demokratischer Tugend vorzulegen. Martha Nussbaum, die als eine der hervorragendsten Kennerinnen und Interpretinnen der klassischen Tradition sowie als eine auch politisch kraftvolle Erneuerung dessen gelten kann, was man als „linken“ Neoaristotelismus bezeichnen muss, ist freilich eine Philosophin, die sich ihrer Herkunft und Verankerung im philosophischen Feminismus stets bewusst war (Nussbaum/Glover 1995), wenngleich sie stets unnachgiebig darauf beharrte, dass auch eine feministische Philosophie, die sich der Ungerechtigkeiten einer auf ungleichen Status von gender beruhenden Gesellschaft bewusst ist, allgemeinen Rationalitätsansprüchen zu genügen hat (Antony/Witt 1994).

Nussbaum, die ihre systematischen Einsichten aus einer genauen Rezeption der antiken Tradition gewinnt, bezeichnet ihren eigenen Ansatz als „neostoisch“. Die Stoiker, bekanntlich die am meisten verbreitete Schule der nachplatonischen Philosophie, die auch das frühe christliche Denken wesentlich beeinflusste, vertraten nach Nussbaum zwei wesentliche Positionen. Zum einen waren sie davon überzeugt, dass Gefühle nicht bloße, blinde Affektäußerungen sind, sondern dass Menschen beim Haben von Gefühlen stets und notwendigerweise eine Bewertung von Objekten ihrer Umgebung abgeben - wobei es sich um Dinge, Handlungszusammenhänge, Personen oder auch soziale Prozesse oder Strukturen handeln kann. Indem Gefühle somit immer auch einen Urteilsaspekt beinhalten, sind sie begründbar oder verwerflich, auf jeden Fall einer rationalen Analyse ihres Geltungsanspruchs fähig. Diesen Teil der stoischen Theorie übernimmt Nussbaum ausdrücklich. Zum andern aber waren die meisten - keineswegs alle - Stoiker zugleich der Auffassung, dass Gefühle, die bewertend auf Objekte reagieren, die das Subjekt nicht völlig unter Kontrolle hat, die innere Freiheit eines Subjekts beeinträchtigen. Wahrhaft frei ist nach dieser Lehre nur, wer sich von der Bedeutung aller möglichen äußeren Objekte weitgehend frei gemacht hat und seine Freiheit im Sinne einer weitgehenden Autarkie, die zwar zur Autonomie führen kann, mit ihr aber nicht identisch ist, genießen kann. Diesen Teil der stoischen Lehre lehnt Nussbaum aus grundsätzlichen anthropologischen Erwägungen her-

aus ab: überzeugt von fundamentalen, durch das Faktum der Geburtlichkeit und Kindlichkeit gekennzeichneten Existenzweise der menschlichen Gattung, kann sie zu keinem anderen Schluss kommen, als dass das stoische Ideal in gewisser Weise sinnlos, da unter keinen Umständen zu verwirklichen ist. Normativ kann es dann unter diesen Bedingungen nur noch zum Ideal einer intersubjektiv vermittelten Autonomie, aber nicht mehr zu einer solipsistisch verwirklichten Autarkie kommen. Vor der Folie der anthropologisch angelegten Geburtlichkeit und damit Hilflosigkeit der jeweils Neugeborenen wird dann der Sinn der Gefühle umso deutlicher: Während sich im reinen, im theoretischen Denken der erwachsen gewordene Geist selbst genießt, sind alle Gefühle Reaktionen oder Bestrebungen im Hinblick auf Personen oder Objekte, die der Kontrolle unseres Denkens nicht unterliegen. Indem wir - in einer ungeheuren Mannigfaltigkeit von Reaktionsweisen - verschiedenste Gefühle wie Liebe, Hass, Scham, Schuld, Peinlichkeit, Vergnügen, Gelassenheit, Melancholie, Heiterkeit, Stolz etc. leben - geben wir damit uns und anderen zu verstehen, in welcher spezifischen Position wir uns selbst jeweils zu bestimmten Objekten sehen und wie wir diese Objekte selbst und unsere Beziehung zu ihnen bewerten. Im Unterschied zum analytischen, zergliedernden Denken - das hat der Soziologe Jürgen Gerhards schon vor Jahren gezeigt (Gerhards 1999) - funktionieren Gefühle spontan und vorgängig und nicht bewusst und nachträglich, sie fungieren holistisch und nicht auf einzelne Strukturen oder Bestandteile bezogen und sind - wiederum im Unterschied zu einem analytischen Gedanken - immer schon da. Gefühle fungieren vorgängig und spontan und erfüllen damit im evolutionären Kontinuum eine wichtige Funktion: sie sparen Zeit und ermöglichen schnelles und ökonomisches Reagieren und sind damit im Grundsatz - keineswegs in jedem Einzelfall - rational. Wenn jede Handlung als Reaktion auf eine noch nicht erfahrene Herausforderung erst umständlich begründet werden müsste, wäre das Überleben von Tier und Mensch in vielen Fällen gefährdet. Damit ist der stoische Einwand, dass fehlgeleitete Gefühle, Leidenschaften, eine oftmals freiheitsgefährdende Rolle spielen, noch keineswegs vom Tisch, sondern lediglich - gegen die klassischen Stoiker, die an die Beherrschung aller Gefühle glaubten - das theoretische und vor allem praktische Dilemma umso schärfer gekennzeichnet.

Wenn Gefühle bewertende Urteile enthalten, stellt sich die Frage nach den Wertmaßstäben. Hier vertritt Nussbaum als Aristotelikerin die Auffassung, dass es sich hierbei um die - natürlich stets gesellschaftlich vermittelten - Kriterien eines gelingenden Lebens handelt, die sich die Individuen zu eigen gemacht haben. Nussbaum spricht hier mit einem griechischen Ausdruck von „Eudaimonie“: Gefühle sind somit die oft zunächst körpersprachlich auftretenden bewertenden Urteile über Objekte und Zustände, die nicht in unserer Kontrolle sind und zwar vor dem Hintergrund einer Matrix von Lebenszielen, die man sich jedoch - das macht eine weitere Schwierigkeit aus - nicht klar

und eindeutig und hierarchisch geordnet vorstellen darf. Nussbaums feministischer Aristotelismus bindet die Erfahrung des Kontrollverlusts und der darauf erfolgenden Reaktion plausibel an die hypothetisch unterstellten Erfahrungen des Neugeborenen, das aus der Geborgenheit und kontrollierten, narzisstischen Umwelt des mütterlichen Uterus in eine nicht mehr verlässliche und kontrollierbare Umwelt getrieben wird. Man mag darin eine Wiederbelebung von Otto Ranks Theorie des Geburtstraumas oder der Überlegungen Melanie Kleins sehen, das neuerdings durch neonatologische Forschung wieder einigen Zuspruch erhält, Nussbaum als Professorin für antike Philosophie hält es lieber mit dem römischen Atomiker und Materialisten Lukrez, er lebte im ersten Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung, der in seinem Lehrgedicht „De rerum natura“ die condition humaine so darstellt:

„Weiter dann das Kind: wie der Schiffer, den rasende Wogen warfen an Land, liegt es nackt am Boden, stumm und bedürftig jeglicher Hilfe des Lebens, sobald in des Lichtes Bereiche, es aus der Mutter Leib die Natur mit Wehen geschleudert, füllt mit traurigem Schrein die Gegend, wie billig für einen, dem soviel Leid im Leben bleibt durchzustehen. Aber das vielerlei Vieh wächst auf, die Herden und Tiere, und es bedarf keiner Klapper, und keinem braucht man zu bieten, gütiger Ammen zärtliches, kindlich verhaltenes Geplauder, und sie suchen nicht wechselndes Kleid nach Lage des Himmels, endlich bedarf es nicht der Waffen, nicht ragender Mauern, um das Ihre zu schützen, da allen selber die Erde alles reichlich erzeugt und Natur, der Meister in allem“ (Lukrez 1973, S. 369)

Dieses Stück materialistischer Anthropologie nimmt wesentliche Einsichten nicht nur der pädagogischen Anthropologie im Sinne etwa Portmanns vorweg, sondern verweist durch den differenzierenden Blick auf Tier und Mensch auch auf die Entstehung der Kultur aus der Erfahrung des (absoluten) Mangels. Gefühle, so können wir jetzt noch einmal wiederholen, artikulieren den Mangel, wurzeln im lebensgeschichtlichen Nullpunkt der Geburt (vgl. Wulf/Hänsch/Brumlik 2008) und haben mithin immer schon eine Vorgeschiede, eine - gewiss revidierbare - Deutung. Aus diesen bewerteten Erfahrungen des Mangels und seiner Bewältigung formt sich dann ein eudaimonistischer Lebensplan, innerhalb dessen die Wertigkeit von Objekten und ihren Beziehungen zu den Menschen im Sinne einer nicht hierarchischen, sondern gelegentlich durchaus inkonsistenten Logik festgelegt ist. Gefühle zu haben und gegebenenfalls zu reflektieren, zu bilden, zu entwickeln und somit zu verändern, heißt damit immer auch, die Textur eines Lebensplans - heute spricht man gerne von Identität - zu verändern oder eben zu bekräftigen.

Von dieser allgemeinen Theorie der Gefühle kann Nussbaum dann entwickeln, welche Gefühle für ihre auf Gleichheit und Gerechtigkeit abzielende Sozialtheorie besonders wesentlich sind: es handelt sich um das Mitleid (compassion) sowie um die „Liebe“. Hier sei nur nebenbei erwähnt, dass Nussbaum eine Einfühlungstheorie des Mitleids in dem Sinne, dass man sich um die Behebung von Übeln im Falle des Leidens anderer bemüht, weil man unter unhaltbaren Zuständen sozialer oder persönlicher Art ebenso leidet wie

die Bemitleideten, ablehnt und stattdessen ihren „eudaimonistischen“ Ansatz auch hier umsetzt: das Leiden anderer berührt uns dann und motiviert uns dann zum helfenden Handeln, wenn diese anderen in unserem eigenen „Lebensplan“ eine bedeutsame, wenn nicht herausragende Rolle spielen, wenn also ihr Leid unsere Vorstellungen von einem guten und gelungenen Leben beeinträchtigt. Die Einwände gegen diese psychologisch wohl realistische Konzeption, die nicht mit blankem Egoismus oder Hedonismus gleichzusetzen ist, liegen auf der Hand: es scheint, als hätten die Leidenden von sich aus kein Anrecht auf die Behebung ihres Unglücks, sondern nur insoweit unsere Aufmerksamkeit finden. Da Nussbaum - die ansonsten eine an basalen menschlichen Möglichkeiten, die ein gleichsam natürliches Streben nach Entfaltung beinhalten, orientierte Gesellschaftstheorie vertritt - vor allem an der Frage individueller und kollektiver Handlungspotentiale interessiert ist, muss sie zur Kenntnis nehmen, dass es gesellschaftlich keine Übereinkunft darüber gibt, welche Menschen oder Gruppen von Menschen uns besonders angehen oder angehen sollten (Nussbaum 2001, S. 297f).

3. Liebe, Universalismus und Demokratie : Walt Whitman

Wenn man so will, geht es Nussbaum schließlich um die Frage, welche persönlichen Gefühlsdispositionen es ermöglichen, die auf diese so treffende Diagnose folgende Melancholie zu überwinden. Sie optiert dabei für die Idee eines „demokratischen Begehrens“, eines „democratic desire“, d.h. für eine bestimmte Ausgestaltung der ja auch erst sich historisch herausgebildeten Form der romantischen Liebe, wie wir sie in Deutschland seit der Zeit des Sturm und Drang kennen. Um das verständlich zu machen, schreitet Nussbaum, die ja Philosophin und keine Sozialwissenschaftlerin ist, noch einmal in einem großen Bogen die Geschichte der Liebe, wie sie sich in der Geschichte des Abendlandes ausdrückt, ab. Beginnend mit den ältesten philosophischen Überlegungen zur Liebe, nämlich bei Platon, der die sinnliche Liebe lediglich für die erste Stufe einer Leiter der Erkenntnis des Guten und Schönen hielt, geht sie den Wandlungen dieses Konzepts bei Augustinus, der den Gedanken der Selbstgenügsamkeit des Liebenden aufgegeben hat und dessen Bedürftigkeit und intersubjektive Verflochtenheit, wenngleich noch in theologischer Perspektive festgehalten hat, über Dante, Emily Bronte, Gustav Mahler nach, um schließlich bei dem amerikanischen Dichter Walt Whitman (er ist uns Pädagogen indirekt durch die häufigen Anspielungen auf sein Werk in dem Film „Der Club der toten Dichter“ vertraut) anzugelangen.

Walt Whitman 1819-1892, radikaler Demokrat so gut wie Abolitionist in der Frage der Sklaverei, Feminist und beinahe bekennender Homosexueller, war nicht nur der Barde Präsident Lincolns, sondern auch der Sänger der Idee eines Amerika, das allen Menschen Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit bringen sollte. Im Werk Whitmans wird die seit der platonischen und auf sie folgenden christlichen Philosophie betriebene Abwertung der leiblichen Liebe aufgehoben und umgekehrt sowie der Gedanke einer emanzipatorischen Körperlichkeit proklamiert. Indes muss auch Nussbaum fragen: „What does desire have to do with democracy, with racial equality, with the equality of men and women?“ (Nussbaum 2001, S. 663)

Es scheint, als ob dem von Whitman in seinen Gedichten immer wieder beschworenen Begehren, das nicht mehr zwischen Männern und Frauen, Schwarzen und Weißen unterscheidet, eine egalisierende und universalisierende Kraft zugeschrieben wird, wobei freilich die Frage offen bleibt, ob es sich hier nicht lediglich um entgrenzte Lüsternheit handelt, die die Würde der begehrten anderen nicht achtet. Tatsächlich war Whitman alles andere als ein sadescher Libertinist. 1860 widmete er einer Prostituierten die folgenden Zeilen:

„No till the sun excludes you, do I exclude you/Not till the waters refuse to glisten for you and the leaves rustle for you, do my words refuse to glisten and rustle for you“ (Nussbaum 2001, S. 671).

Tatsächlich predigte Whitman in seiner Dichtung eine diesseits gerichtete zivile Religion der Liebe und der Demokratie, eine Lehre, die er in seinem Gedichtband „Leaves of Grass“ niedergelegt hat, wo es in der Ballade „Vom fischförmigen Paumanok - es handelt sich um Long Island - geh ich aus“ in der 12. Stanze heißt:

„Nun, Demokratie! In deiner Nähe dehnt sich jetzt eine Kehle und sing freudvoll. Ma femme! Für das Geschlecht nach uns und vor uns, Für die Gegenwärtigen und die, die noch kommen sollen, juble ich jetzt und bin bereit, Hymnen zu jauchzen,[...] Ich werde Selbstgefühl ausströmen und zeigen, wie es allem zugrunde liegt, und ich will der Sänger der Persönlichkeit sein Und von Mann und Weib werde ich zeigen, daß ein jedes nur des anderen gleichen ist; Und ihr, Geschlechtsorgane und Zeugungsakte! Konzentriert euch in mir, da ich entschlossen bin, mit mutiger und heller Stimme auszusprechen, daß ihr erhaben seid.....“ (Whitman 1986, S. 25)

Im weiteren setzt sich Whitman auch der Erfahrung von Endlichkeit und Sterblichkeit, dem factum brutum des Todes aus, einem factum brutum, das als das wahre Wesen der Seele den Leib aufscheinen lässt und damit für eine radikal diesseitige Welthaltung plädiert. Nichts soll mehr auf das Jenseits verschoben werden, Whitmans Evangelium fordert den von ihm besungenen „Comrade“ auf:

„An zwei Hoheiten sollst du mit mir Anteil haben, und an einer dritten, die, noch glänzender, mit ihnen zugleich sich erhebt: Die Hoheiten der Liebe und der Demokratie und die Hoheit der Religion...“ (Whitman 1986, S. 24)

So bleibt abschließend nur noch die Frage zu beantworten, was das alles mit Pädagogik, zumal mit Sozialpädagogik zu tun hat.

4. Pädagogische Konsequenzen : Spätfolgen der Kohlberg/Gilligan Debatte

Sie ist grundsätzlich leicht zu beantworten. 1890 hatte Jane Addams (vgl. Pinhard 2009) ein seit längerem bestehendes Missionshaus in ein „settlement house“ - wir würden heute von einem sozialpädagogischen Nachbarschaftszentrum sprechen - umgewandelt und zum Mittelpunkt einer progressiven Sozialpolitik in Chicago gemacht. Es waren Hull House und die Erfahrung von dessen Unterstützungsaktionen, die in Dewey - so ein Biograph - einen geradezu messianischen Enthusiasmus entzündeten. John Dewey, der klar erkannt hatte, dass ein Engagement seinerseits seine Stellung in der Universität von Chicago, die er nüchtern als kapitalistische Institution erkannte, erschweren würde, debattierte in jenen Tagen mit Addams über das marxistische Prinzip des antagonistischen Klassenkampfes und musste sich von ihr sagen lassen, dass - wenn Jesus tatsächlich die Wechsler gewaltsam aus dem Tempel getrieben habe - dies die Ursache für all das Falsche im Christentum war, das noch folgen sollte. Addams vertrat die These, dass nur ein Jesus, der seinen Glauben verloren hatte, derlei tun konnte. Unabhängig von exegetischen Fragen können wir festhalten, dass sowohl Dewey als auch Addams sich dem verpflichtet sahen, was damals als „social gospel“ bezeichnet wurde: eine Transformation des jüdischen und christlichen Leibesgebots in Institutionen tätiger Nächstenliebe und Solidarität. Whitmans Dichtung war unter den leitenden Personen von Hull House - fast nur Frauen - bestens bekannt.

Professionstheoretisch steht hinter alledem eine sozialisationstheoretische Frage: lässt sich zeigen, dass erfüllte und allemals reziproke erotische Erfahrungen in Jugend und Adoleszenz dazu disponieren, solidarische, nicht mehr egozentrisch verengte und der Fernstenliebe offene Haltungen zu entfalten? Das ist ein Thema, das die empirische Moralpsychologie durchaus beschäftigt hat und in der Kohlberg- Gilligan-Debatte paradigmatische Ausmaße annahm. Indes: Nach Jahren der Diskussion zeichnet sich ein anderer Ausgang der klassisch gewordenen Kohlberg-Gilligan-Debatte ab (Horster 1998). Während in der ersten Runde Kohlbergs Verteidiger gegen eine missverständlich rezipierte Carol Gilligan darin recht behielten, dass es keine

wesensmäßigen Unterschiede in der Moralentwicklung zwischen Männern und Frauen gibt, die „andere Stimme“ also nicht differentialpsychologisch zu lesen war, konnten sie mit ihrer weitergehenden Behauptung, dass Gilligans an realen Lebensproblemen von Frauen deutlich werdende beziehungsorientierte Moral nicht lediglich eine Anwendungsform von Prinzipien war, nicht reüssieren. Dabei wurden insbesondere aus der in Ergänzung und Kritik an Lawrence Kohlberg von Carol Gilligan ausgeführten Moralforschung an Frauen und Mädchen weitgehende Konsequenzen gezogen (Nagl-Docekal/Pauer-Studer 1993, Pauer-Studer 1996, Horster 1998). Die erste Runde der Auseinandersetzung zwischen Kohlberg und Gilligan um eine „ethics of care“ ging bekanntlich an Kohlberg und seine Verteidiger, namentlich Jürgen Habermas, aber auch Gertrud Nunner-Winkler (Nunner-Winkler 2001). Die Ursache dafür lag in einer von Gilligan selbst ungenügend ausgearbeiteten Reflexion auf die universale Bedürftigkeit der Gattung Mensch, die dem Missverständnis Vorschub leisten konnte, dass es sich bei der zu entfaltenden „ethics of care“ lediglich um ein Bereichs- und Anwendungsproblem handele, das das, worum es beim „moral point of view“ (Baier 1974) gehe, schon im Ansatz verfehle.

Gilligan behielt also - so unhaltbar ihre Ergebnisse und Methoden im Einzelnen auch waren (Nunner-Winkler 1995) - im Grundsätzlichen sowohl mit ihrer Skepsis gegenüber dem Erkenntniswert rein theoretischer Dilemmata als auch mit ihrer Betonung der Wichtigkeit affektiver sozialer Bindungen recht. Mit den durch Forschung und theoretischer Weiterentwicklung des sozialkognitivistischen Paradigmas hervortretenden Elementen emotionaler Motivation, affektiv getönter Beziehungen wie Freundschaften und einer auf Loyalität und Bindung beruhenden Beziehungsmoral ist die Frage nach der Rolle „moralischer Gefühle“ auch in dem ansonsten als ausgesprochen kognitivistisch geltenden genetischen Strukturalismus in den Mittelpunkt gerückt. Das grundlegende moralische Gefühl ist indessen das des Vertrauens, während in unserer Gesellschaft sowohl politisch als auch philosophisch die Würde des Menschen als höchster Wert ausgezeichnet wird. Aber auch dieser Wert wurzelt in einem Gefühl, in einem moralischen Gefühl.

Der moraltheoretische Einwand, wonach es bei Gilligans Forschungen und Ergebnissen und der auf sie folgenden Debatte „lediglich“ um Motivations-, nicht aber um Geltungs- oder gar Begründungsfragen ginge, ist vor dem Hintergrund der hier angesprochenen Theorie moralischer Gefühle neu zu bewerten. Wenn es nämlich richtig ist, dass die Lehre vom „naturalistischen Fehlschluß“ und der strikten Distinktion von Sein und Sollen nicht fraglos gilt (Frankena 1974), und es zweitens zutrifft, dass für das moralisch grundlegende Gefühl des Vertrauens gar nicht mehr anzugeben ist, ob es sich dabei um eine kognitive oder affektive Fähigkeit handelt (Baier 1986, S. 100), dann ist absehbar, dass aus einer Neubesinnung auf jene existentiellen Verhältnisse,

unter denen moralische Haltungen und ihre Voraussetzungen entstehen, auch eine neue Konzeption von Ethik entstehen kann.

Inzwischen wird klar, dass Solidarität und Gerechtigkeit in einem Begriff des formal „Guten“ aufeinander verwiesen sind, also in einem Wissen über die konstitutionelle Versehrbarkeit von Wesen, die ihre Identität nur in der Entäußerung an interpersonale Beziehungen ausbilden und in Verhältnissen subjektiver Anerkennung stabilisieren können (Wingert 1993). Mit dieser Einsicht taucht die Frage einer „ethics of care“ wiederum auf, jedoch nicht mehr als Anwendungs-, sondern als Begründungsproblem. Erst wenn deutlich wird, dass ein intersubjektives und intergenerationelles Leben in Vertrauen und Selbstachtung mehr ist als nur die subjektive Voraussetzung von Gerechtigkeit und Autonomie, nämlich ein Zweck in sich selbst, wäre eine pädagogische Ethik mehr als nur eine Ethik pädagogischer Verhältnisse.

Die pädagogischen Verhältnisse aber sind Verhältnisse zwischen Wesen, deren affektive Dispositionen ihnen nicht beliebig zur Verfügung stehen, affektive Dispositionen, die sie als mehr oder minder stabile phylogenetische Fundamente mitbringen. Sie entfalten sich oder misslingen eben sich in der Grundhaltung des Vertrauens oder ihrem Fehlen. In der für jedes soziale Zusammenleben unabdingbaren Verwiesenheit auf Vertrauen wird ersichtlich, dass Menschen sich prinzipiell zur Sicherung ihrer Lebensumstände nicht selbst genügen können - was für jene Menschen, die noch nicht einmal jenes geminderte Maß an wechselseitiger Abhängigkeit und relativer Autonomie erreicht haben, das dem Erwachsenenstatus zugeschrieben wird, in besonderem Maße gilt: für Babys, Kinder und Heranwachsende. Diese Einsicht hat die lange Zeit in einer systematischen Moralphilosophie nicht ernst genommene philosophische Anthropologie schon vor Jahren in vorbildlicher Klarheit formuliert.

„Wir bedürfen zur Befriedigung unserer Bedürfnisse nicht nur jeweils dieser und jener Dinge, die wir uns durch eigenes Handeln selbst verschaffen können, sondern wir bedürfen stets auch des Zusammenwirkens mit anderen, sind aufeinander angewiesen - obzwar zugleich einander im Wege. Anders gesagt: Wie bedürfen nicht nur der Güter, sondern auch der Mitmenschen. Dem ist hinzuzufügen: Wir sind auf andere angewiesen nicht allein, um mit ihrer Hilfe zu den Gütern zu gelangen, derer wir bedürfen, sondern wir sind auch aufeinander angewiesen, um z.B. miteinander zu reden, unsere Situation zu besprechen, einander Geborgenheit zu gewähren, um im wechselseitigen Vertrauen unser menschliches Leben zu bestehen“ (Kamlah 1973, S. 95). Es scheint der Logik der Sache geschuldet, dass diese Perspektive jüngst auch von der angelsächsischen Moralphilosophie entfaltet wird (MacIntyre 2001). Soziales Handeln basiert daher auf Vertrauen, Vertrauen aber ist ohne Leiblichkeit nicht zu verstehen.

5. Moralische Gefühle und Leiblichkeit

Dieses Vertrauen ist indes mehr als nur eine intersubjektive Beziehung zwischen zwei Menschen, sondern erweist sich als ein vielfältig verflochtenes Netz von akzeptierten Abhängigkeiten unterschiedlicher Intensität, das sehr wesentlich das Unterfutter dessen darstellt, was auch als „moralische Atmosphäre“ von Beziehungen oder Institutionen bezeichnet wird. Eine inter- und transgenerationelle, eine pädagogische Ethik wird insbesondere auf die Qualität dieser moralischen Atmosphäre zu achten haben. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die im Handeln angelegte Zukünftigkeit auf die Basis allen Handelns, den menschlichen Leib verweist. Handeln und Vertrauen sind demnach wesentlich leibbezogene Existenzialien. Es ist in letzter Instanz der Leib, der Vertrauen und Scham miteinander verklammert. Scham als Komplement des Vertrauens tritt stets dann auf, wenn basale Normen des Vertrauens verletzt werden. Scham, und das unterscheidet sie in besonderer Weise von der auf das Handeln zurechenbaren Schuld, kann auch und gerade dann entstehen, wenn Menschen ohne jede Handlung, nur durch Leiden zu Opfern der Willkür anderer geworden sind. Beispielhaft dafür steht die sexuelle, auf den nackten Körper bezogene Scham. Scham vermögen wir andererseits dann zu empfinden, wenn nicht wir selbst, sondern andere, dritte und vierte Personen, denen wir uns in irgendeiner Weise zugehörig fühlen, als basal angesehene Normen verletzt haben. Scham ist damit jenes moralische Gefühl, das wie kein anderes auf Normativität und Intersubjektivität zugleich bezogen ist. Solche aus der Bibel, aus der allgemeinen Verhaltensforschung und aus der Kulturgeschichte bekannte Nähe des Schamgefühls zur menschlichen Leiblichkeit ist keineswegs ein Nebenaspekt. Nicht nur ist Scham in ihrer Artikulation und Expression besonders auf leibliche Repräsentationen wie Erröten oder Verhüllen bezogen, nein, der eigene oder fremde Leib ist zugleich in seiner Existenz und in seinen sozialen, symbolischen Grenzen Anlass zur Scham. Es war die Philosophie der Aufklärung, zumal Immanuel Kants, die die nach dem Nationalsozialismus geschaffene deutsche Verfassung, das Grundgesetz wesentlich prägte. Als oberstes Prinzip der Tugendlehre weist Kant in der Metaphysik der Sitten folgendes aus: „Nach diesem Prinzip ist der Mensch sowohl sich selbst als andern Zweck und es ist nicht genug, dass er weder sich selbst noch andere bloß als Mittel zu brauchen nicht befugt ist, sondern den Menschen überhaupt sich zum Zwecke zu machen, ist des Menschen Pflicht.“ (Kant 2008, S.29)

Einen Menschen als Zweck seiner selbst zu betrachten, bedeutet, ihn in mindestens drei wesentlichen Dimensionen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, zu tolerieren, sondern auch anzuerkennen, d.h. nicht nur hinzunehmen, sondern zu bejahen: in der Dimension körperlicher Integrität, personaler Identität und soziokultureller Zugehörigkeit. Dieser Anerkennung

korrespondiert ein Demütigungsverbot. Die „Würde“ eines Menschen ist - wie der israelische Philosoph Avishai Margalit gezeigt hat - der äußere Ausdruck seiner Selbstachtung, also jener Haltung, die Menschen ihrem eigenen Menschsein gegenüber einnehmen, und die Würde ist die Summe aller Verhaltensweisen, die bezeugen, dass ein Mensch sich selbst tatsächlich achtet (Margalit 2002). Diese Selbstachtung wird verletzt, wenn Menschen die Kontrolle über ihren Körper genommen wird, sie als die Person, die sie sprechend und handelnd sind, nicht beachtet oder ernst genommen bzw. wenn die Gruppen oder sozialen Kontexte, denen sie entstammen, herabgesetzt oder verächtlich gemacht werden - sie also beschämt werden. Mit dem Begriff der „Würde des Menschen“ wird lediglich ein Minimum angesprochen, der kleinste gemeinsame Nenner nicht von Gesellschaften, sondern von jenen politischen Gemeinwesen, von Staaten, die wir als „zivilisiert“ bezeichnen.

Bei alledem ist die Einsicht in die Würde des Menschen nicht auf kognitive, intellektuelle Operationen beschränkt, sie ist mehr oder gar anderes: Das Verständnis für die Würde des Menschen wurzelt in einem moralischen Gefühl. Dieses Gefühl ist moralisch, weil es Beurteilungsmaßstäbe für Handlungen und Unterlassungen bereitstellt, es ist indes ein Gefühl, weil es sich bei ihm nicht um einen kalkulatorischen Maßstab, sondern um eine umfassende, spontan wirkende, welterschließende Einstellung handelt. Wer erst lange darüber nachdenken muss, ob einem oder mehreren Menschen die proklamierte Würde auch tatsächlich zukommt, hat noch nicht verstanden, was „Menschenwürde“ ist. Es handelt sich beim Verständnis der Menschenwürde also um ein moralisches Gefühl mit universalistischem Anspruch, das unter höchst voraussetzungsreichen Bedingungen steht.

Die Anerkennung der Integrität anderer ist an die Erfahrung eigener Integrität und Anerkennung, die sich in Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung artikuliert, gebunden.

Niemand kann Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung entfalten, der nicht seinerseits in allen wesentlichen Bezügen toleriert, akzeptiert und respektiert worden ist. Selbstgefühl, Selbstrespekt und Selbstachtung sind die logischen und entwicklungsbezogenen Voraussetzungen dafür, Einfühlung, Empathie in andere entfalten zu können.

Daraus folgt, dass das Empfinden für Menschenwürde unter den Voraussetzungen des Akzeptiertseins des Kindes im Sinne des von Erik Erikson ausgesprochenen Urvertrauens bzw. des von der Psychoanalyse in den Blick genommenen „Glanzes im Auge der Mutter“, also unter Bedingungen einer nicht als fragmentarisch erfahrenen vorsprachlichen Sozialisation ebenso steht wie unter der Bedingung von peer group bezogenen Sozialisationsformen, die Individuierung und Anerkennung ermöglichen: gehaltvolle Freundschaften und individualisierte, romantische Liebe. Aber auch dann ist noch nicht gesichert, dass auch ein Verständnis für Menschenwürde im Allgemei-

nen gegeben ist - auch unter den genannten Bedingungen ist nicht auszuschließen, dass zwar ein Gefühl für die Würde und Integrität partikularer Gruppen entwickelt wird, die Menschheit als Ganze, alle Menschen jedoch noch kein Gegenstand des Respekts geworden sind.

Über eine reine Gerechtigkeitsorientierung hinaus muss es auch bei Tätigen in pädagogischen Professionen ein Minimum affektiver Bildung im Sinne einer Achtung, die auch „Care“ ist, vorausgesetzt werden.

Literatur

- Antony, Louise M. / Witt, Charlotte (Eds.) (1994): *A Mind of One's Own. Feminist Essays on Reason and Objectivity*. Martha Nussbaum Review, in: *The Times Literary Supplement* XLI 1994, p. 59 - 63.
- Augustinus, Aurelius (1987): *Bekenntnisse*. Frankfurt am Main.
- Baier, Annette (1986): *Trust and Antitrust*. *Ethics* 96 (2), S. 231-260.
- Baier, Kurt (1974): *Der Standpunkt der Moral*. Düsseldorf.
- Bierhoff, Hans W. / Grau, Ina (1999): *Romantische Beziehungen. Bindung, Liebe, Partnerschaft*. Bern.
- Brumlik, Micha (2002): *Bildung und Glück. Versuch einer Theorie der Tugenden*. Berlin, Wien.
- Corsten, Michael (1993): *Das Ich und die Liebe. Subjektivität, Intimität, Vergesellschaftung*. Opladen.
- Delaney, Neil (2008): *Romantische Liebe und Verpflichtung aus Liebe: Die Artikulierung eines modernen Ideals*, in: Honneth, Axel / Rössler, Beate (Hrsg.): *Von Person zu Person. Zur Moralität persönlicher Beziehungen*. Frankfurt am Main, S. 105-140.
- Feder Kittay, Eva / Feder, Ellen K. (2002): *The subject of Care. Feminist Perspectives on Dependency*. Boston.
- Frankena, William K. (1974): *Der naturalistische Fehlschluß*. In: Grewendorf, Günter/Meggle, Georg (Hg.): *Seminar: Sprache und Ethik. Zur Entwicklung der Metaethik*. Frankfurt am Main.
- Fromm, Erich (1993): *Die Kunst des Liebens*. Zürich.
- Gerhards, Jürgen (1999): *Soziologie der Emotionen*. Weinheim.
- Hahn, Kornelia/Burkart, Günter (Hg.) (1998): *Liebe am Ende des 20. Jahrhunderts. Studien zur Soziologie intimer Beziehungen*. Opladen.
- Hartmann, Martin/Offe, Claus. (Hg.) (2001): *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*. Frankfurt am Main.
- Horster, Detlef (Hg.) (1998): *Weibliche Moral - ein Mythos?* Frankfurt am Main.
- Illouz, Eva (2007): *Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt am Main.
- Kamlah, Wilhelm (1973): *Philosophische Anthropologie - Sprachliche Grundlegung und Ethik*. Mannheim.
- Kant, Immanuel (2008): *Metaphysische Anfangsgründe der Tugendlehre*. Hamburg..

- Klika, Dorle (2000): Herman Nohl. Sein „Pädagogischer Bezug“ in Theorie, Biographie und Handlungspraxis. Köln, Weimar, Wien.
- Korczak, Janusz (1998): Wie man ein Kind lieben soll. Göttingen.
- Lukrez (1973): De rerum natura. Welt aus Atomen. Lateinisch/Deutsch, Stuttgart.
- Margalith, Avishai (2002): Politik der Würde. Berlin.
- MacIntyre, Alasdair (2001): Die Anerkennung der Abhängigkeit. Hamburg.
- Noddings, Nel (1984): Caring: A Feminine Approach to Ethics and Moral Education. University of California Press, Berkeley.
- Nagl-Docekal, Herta / Pauer-Studer, Herlinde (1993): Jenseits der Geschlechtermoral. Frankfurt am Main.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1995): Gibt es eine weibliche Moral?, in: dies. (Hg.): Weibliche Moral. Die Kontroverse um eine geschlechtsspezifische Ethik. München, S. 147-161.
- Nunner-Winkler, Gertrud (2001): Moralische Bildung, in: Wingert, L. / Günther, K. (Hg.): Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit. Frankfurt am Main, S. 314-343.
- Nussbaum, Martha / Glover, Jonathan (Hg.) (1995): Women, Culture and Development. A Study of Human Capabilities. Oxford.
- Nussbaum, Martha (2001): Upheavals of Thought. The Intelligence of Emotions. Cambridge.
- Otto, Hans Uwe / Ziegler, Holger (Hrsg.) (2008): Capabilities - Handlungsbefähigung und Verwirklichungschancen in der Erziehungswissenschaft. Wiesbaden.
- Pauer-Studer, Herlinde (1996): Das Andere der Gerechtigkeit. Moraltheorie im Kontext der Geschlechterdifferenz. Berlin.
- Pinhard, Inga (2009): Jane Addams: Pragmatismus und Sozialreform. Pädagogische Theorie und Praxis der Progressive Era. Budrich.
- Seichter, Sabine (2007): Pädagogische Liebe. Erfindung, Blütezeit, Verschwinden eines pädagogischen Deutungsmusters. Paderborn. 2007.
- Velleman, J. David (2008): Liebe als ein moralisches Gefühl, in: Honneth, Axel / Rössler, B. (Hrsg.): Von Person zu Person. Zur Moralität persönlicher Beziehungen. Frankfurt am Main, S. 60-104.
- Whitman, Walt (1986): Grashalme. Stuttgart.
- Wingert, Lutz (1993): Gemeinsinn und Moral. Frankfurt am Main.
- Wulf, Christoph/Hänsch, Anja/Brumlik, Micha (Hg.)(2008): Das Imaginäre der Geburt. Praktiken, Narrationen und Bilder. München.

Die „Arbeit am Menschen“. Bedarfe und Ansätze der Professionalisierung von Care Work

Marianne Friese

Abstracts

Die ‚Arbeit am Menschen‘ wird innerhalb eines modernisierungstheoretischen Zugriffs in ihrem Professionalisierungsprozess skizziert. Dabei treten in einer historischen Dimension zwei zu professionalisierende Spannungsfelder in den Blick: ‚Care‘ als Beziehungsangebot und Care als Pfllegetätigkeit, die in Standards beruflicher Tätigkeit gegossen werden sollten. Ein solches Modell könnte der zunehmenden Prekarisierung von Care-Tätigkeiten entgegenwirken.

„Working with people“. Necessities and concepts of the professionalization of care work

The concept 'working with people' will be outlined as a process of professionalization of 'care' within the theory of modernization. Two areas of conflict, historically speaking, are particularly of interest – namely 'care' as being the giver of an interpersonal relationship, and 'care' as an occupation. Both should be an integral part of the modern vocation of care. Such a model could act against the increasingly precarious care professions.

Ausgangslage: Modernisierungsfallen und Potentiale

Care Work¹ oder die „Arbeit am Menschen“ markiert eine Fragestellung, die in der deutschen Berufsgeschichte eine höchst ambivalente Positionierung charakterisiert: das Verhältnis von Beruf und Geschlecht, das im berufspädagogischen Diskurs wie auch in der gesellschaftlichen Entwicklung der Moderne² als Spannungsverhältnis zwischen Ermöglichung und Verhinderung

-
- 1 Der Begriff Care wird mit Bezug zur feministischen Debatte im Sinne von sorgender Arbeit auf personenbezogene Dienstleistungsberufe (traditionelle Frauenberufe) und somit auf Care Work bezogen. Nähere begriffliche und theoretische Erläuterungen werden im 3. Kapitel im Kontext von Professionalisierung ausgeführt.
 - 2 Der Modernisierungsbegriff bezieht sich auf geschichtswissenschaftliche (Wehler 1995) und bildungssoziologische Modernisierungstheorien (Berger/Hradil 1990, Beck 1993) mit Blick auf epochale Transformationsprozesse von der „einfachen“ zur „reflexiven“ Moderne (Beck 1993: 55 ff), die sich im Zuge des Wandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft in einem widersprüchlichen Prozess von

gelesen werden kann. Dieses Spannungsverhältnis lässt sich aus historischer Perspektive des 18. Jahrhunderts an einer Anekdote des deutschen Dichters Kleist über den Komponisten Bach illustrieren: „Bach, (...) als seine Frau starb, sollte zum Begräbnis Anstalten machen. Der arme Mann aber war gewohnt, alles durch seine Frau besorgen zu lassen; dergestalt, dass da ein alter Bedienter kam und ihm für den Trauerflor, den er einkaufen wollte, Geld abforderte, er unter stillen Tränen, den Kopf auf einen Tisch gestützt, antwortete: sagst meiner Frau“. Der Autor Greiner fragt: „Heißen wir nicht alle Bach? Die Frau ist tot, da ist niemand mehr, der uns unser Selberhandeln und Selberdenken abnähme. Waren wir nicht gewöhnt, alles durch den richtigen Begriff von Politik besorgen zu lassen?“ (Zeit vom 8.11.1996).

Zwei Punkte regen zum Weiterdenken an. Von Interesse ist erstens, dass der Autor in der von Bachs Frau erbrachten „Besorgung des Alltags“ die Grundidee eines emanzipatorischen Bildungsbegriffs verortet: Selberhandeln und Selberdenken – ein Prinzip der europäischen Aufklärung, das den Subjektstatus des autonomen Individuums begründet, von dem Frauen zugleich auf Basis des Naturalismus systematisch ausgeschlossen wurden. Er nimmt zweitens einen Perspektivwechsel vor, indem er die Sorgearbeit der Frau mit dem Begriff der Politik verbindet. Gerät in dieser Lesart das „Private als Politisches“ in den Blick, ist aus berufspädagogischer Perspektive von Bedeutung, wie die im Privaten erworbenen Kompetenzen von Frauen, anders gesagt: „Care-Kompetenzen“ als „heimliche Ressourcen“ in Prozesse der Verberuflichung und Strukturierung von Arbeit eingeflossen sind. Zu erinnern ist zweitens, dass die von Bachs Frau erbrachte Leistung exemplarisch jene im pädagogischen Jahrhundert konstruierte Bildungsaufgabe repräsentiert, die schon im soziologischen Dialog des 19. Jahrhunderts von Georg Simmel und Marianne Weber (vgl. Wobbe 1997) im Begriff der „subjektiven Kultur des Hauses“ gewürdigt wird. Die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts schließt zur Begründung der „Frauenberufe“ in den Bereich Erziehung, Soziales, Pflege und Hauswirtschaft mit dem Konstrukt der „weiblichen Kulturaufgabe“ an. Die damit entstandene Geschlechtsattributierung von Arbeit und Beruf umschreibt Hedwig Dohm im Zuge der kritischen Auseinandersetzung mit der „wissenschaftlichen Emancipation der Frau“ (Dohm 1977) bereits im Jahre 1894 mit dem Begriff der „weiblichen Magdseligkeit“.

Genau dieses Konstrukt fließt in die historische Konstitution von Ausbildung und Beruf ein. Berufspädagogische Wurzeln für diese Entwicklung finden sich bereits in Ansätzen der Gesindekultur und Ausbildung der weiblichen Dienstboten seit dem 18. Jahrhundert, die auf dem pädagogisch-philosophischen Konzept der Geschlechterdifferenz und dem ideologischen Konstrukt der „weiblichen Kulturaufgabe“ beruhen. Werden schon mit der Indus-

Rückentwicklungen und Fortschritt vollziehen. Hinsichtlich personenbezogener Arbeit werden diejenigen Entwicklungen analysiert, die strukturelle Risiken erneut befestigen wie auch historische Neuorientierungen beinhalten.

triepädagogik analog zu den Gemeinschaftstugenden und staatsbürgerlichen Pflichten der Männer die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten und Mutterpflichten der Frau explizit zum berufsförmig ausgestalteten Faktor konzipiert, setzt sich diese geschlechtlich gebundene Ausbildungs- und Berufsstruktur mit der Institutionalisierung der Berufsbildung Anfang des 20. Jahrhunderts fort.

Mit dem von Kerschensteiner entwickelten Konzept eines „Sonder“-Berufsschulsystems für Mädchen, in dem die „staatsbürgerliche Erziehung des Mädchens mit der Erziehung zum Weibe zusammenfällt“ (Mayer 1992) vollzieht sich die Trennung der Geschlechter und Einordnung in zwei Berufsbildungssysteme und damit verbunden in unterschiedliche Wertesysteme. Während die männliche Facharbeiterausbildung mit der Orientierung am Berufsprinzip und der Entwicklung spezifischer Qualitätsstandards in der dualen Ausbildung vollzogen wird, mündet die Ausbildung für haushaltsnahe, pflegerische und soziale Frauenberufe auf der normativen Basis der Kulturaufgabe der Frau vornehmlich in vollzeitschulische Formen, die durch einen geringen Status an Standardisierung, formaler Bildung, Professionalisierung, niedriger Wertschätzung und Entlohnung gekennzeichnet sind. Historisch sind mit dieser Entwicklung Ausbildungs- und Berufskonzepte konstituiert, die aus den spezifischen Arbeitsanforderungen und ihrem Charakter als Sorgearbeit abgeleitet und mit der Vergeschlechtlichung von Berufsarbeit ohne berufspolitische Integration der Ausbildung auf der Ebene des Fachberufs institutionalisiert werden.

Genau dieses historische Konstrukt der weiblichen Kulturaufgabe und ihre Übertragung auf personenbezogene Erwerbsarbeit führen zu Modernisierungsfallen (vgl. Friese 1995), die sich gegenwärtig im Zuge der Globalisierung von Arbeit verstärken. Mit der Expansion der Dienstleistungsgesellschaft kündigen sich zugleich Umstrukturierungen von Berufsfeldern sowie neue Kompetenz- und Professionsbedarfe an, die für theoretische Fundierungen und bildungspolitische Aufwertungen personenbezogener Arbeit nutzbar gemacht werden können.

Die gegenwärtige Expansion des Dienstleistungssektors beruht wesentlich auf der Ausweitung personenbezogener Dienstleistungen im tertiären Sektor und der steigenden Nachfrage nach marktförmig erbrachter Arbeit im Feld der Betreuung und Versorgung des Alltags (vgl. Friese 2007). Diesen wachsenden Bedarfen des Arbeitsmarktes steht eine Beschäftigungsstruktur gegenüber, die im Spannungsfeld eines dynamischen quantitativen Wachstums und fehlender Qualität in personenbezogenen Ausbildungsberufen und Erwerbsfeldern verläuft. Diese Entwicklung ist in der berufspädagogischen Professionsdebatte bislang unzureichend in den Blick geraten; anders gesagt: eher nach dem Prinzip „Schwamm drüber“ erfolgreich vom Tisch gewischt worden.

Der folgende Beitrag greift diese Desiderate auf. Ziel ist es, empirische

Entwicklungen und theoretische Ansätze für die Dekonstruktion von traditionellen Frauenberufen zur Professionalisierung personenbezogener Dienstleistungsberufe aufzuzeigen. Dazu werden erstens empirische Befunde der Ausbildungs- und Beschäftigungsentwicklung zwischen ökonomischem Wachstum und arbeitsmarktpolitischer Prekarisierung dargestellt. Mit Blick auf Modernisierungsoptionen werden zweitens professionstheoretische Perspektiven personenbezogener Dienstleistungsarbeit, drittens konzeptionelle Ansätze zur Kompetenzentwicklung sowie viertens professionspolitische und ordnungsrechtliche Strategien der beruflichen Bildung diskutiert.

1. Personenbezogene Dienstleistungsberufe im Spannungsfeld von Wachstum und Prekarisierung

Mit dem in den letzten Jahrzehnten vollzogenen tiefgreifenden Strukturwandel der Wirtschaftsbereiche in Deutschland ist eine deutliche Ausdehnung des Dienstleistungssektors vollzogen, während der primäre und sekundäre Sektor in seiner wirtschaftlichen Bedeutung sinkt. So ist die Bruttowertschöpfung in den letzten vier Dekaden im Dienstleistungssektor von rund 50% im Jahr 1970 auf rund 70% im Jahr 2007 gestiegen (Bildungsberichterstattung 2008, S. 22 ff). Diese Dynamik des tertiären Sektors ist wesentlich durch das Wachstum personenbezogener Dienstleistungen bedingt. Seit den 1970er Jahren bis 2010 ist gegenüber den Beschäftigungsverlusten in produktionsorientierten und primären Dienstleistungen ein Beschäftigungswachstum von 6,5% in personenbezogenen Dienstleistungen zu verzeichnen (Becker 2006, S. 18). Während die Zahl der Erwerbstätigen in Wissens- und Informationsberufen zwischen 1995 und 2006 um 5 % zurückgegangen ist, hat sie in personenbezogenen Berufen um 10 % zugenommen (Bildungsberichterstattung 2008, S. 223). Die folgende Grafik verdeutlicht die Beschäftigungsentwicklung im tertiären Sektor nach Berufsgruppen und Geschlecht im Zeitraum von 1995-2006.

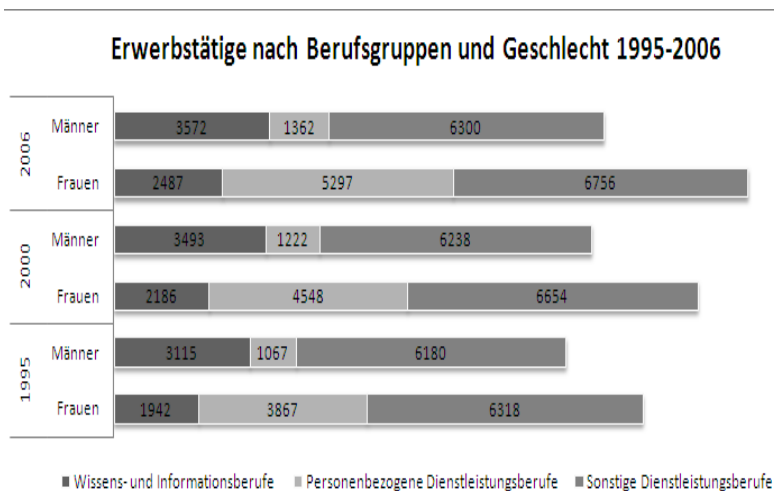


Abb. 1: Eigene Darstellung nach Bildungsberichterstattung 2008, S. 223

1.1. Ökonomisches Bedeutungswachstum

Dieses Wachstum vollzieht sich zum einen aufgrund demografischer Veränderungen wie den steigenden Anteil älterer Menschen und deren Bedarf nach Unterstützung bei der alltäglichen Versorgung sowie auf den kulturellen Wandel von Familie und Lebenswelt. Ein entscheidender Motor ist zum anderen die steigende Erwerbsarbeit von Frauen, speziell von Frauen mit Kindern, die eine „hauswirtschaftliche Versorgungslücke“ (vgl. Ketschau 2003) hinterlässt und dynamisch wachsende Bedarfe an familienunterstützenden Dienstleistungen hervorbringt (vgl. Schupp/Schäfer 2005). Von ökonomischer Bedeutung sind zudem Umstrukturierungen im Gesundheits- und Sozialwesen sowie eine dynamische Entwicklung von Rationalisierung und Vermarktlichung haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit.

Mit dieser Entwicklung gehören die personenbezogenen Dienstleistungen mit rund 7 Mio. Beschäftigten in den Feldern Erziehung, Gesundheit, Betreuung, Pflege, Beratung und Versorgung hinsichtlich der Arbeitsplätze, ihres Umsatzes und Beitrages zum Sozialprodukt zu den Gewinnern der gegenwärtigen und zukünftigen Wirtschaftsentwicklung und stellen einen relevanten Wirtschaftszweig dar. Zu betonen ist, dass die Expansion der Dienstleistungsgesellschaft nicht im Bereich der Informationstechnologien, sondern im haushaltsnahen, personenbezogenen Dienstleistungssektor stattfindet.

Personenbezogene Dienstleistungsberufe stellen zugleich mit 75 bis 85 Prozent Frauenanteil an den Beschäftigten ein typisches weibliches Tätigkeitsfeld dar (vgl. Karsten 2004). Dabei differenziert sich der Frauenanteil in den verschiedenen Berufsfeldern: Unterschiedlichen Berechnungen zufolge wird beispielsweise im Jahre 2001 in personenbezogenen Dienstleistungsberufen insgesamt ein Frauenanteil von 71,3 Prozent, in den Gesundheitsberufen 77,8 Prozent, in den Sozial- und Erziehungsberufen 66,0 % festgestellt (vgl. Liebig/Karla 2003, S. 115). Den höchsten Frauenanteil haben Dienstleistungen in privaten Haushalten mit ca. 95 Prozent (vgl. Schupp 2005).

Somit beruht auch die allgemeine Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit mit 42 Prozent Frauenanteil an allen Erwerbstätigen (vgl. Karsten 2004) wesentlich auf den Zuwachsraten in personenbezogenen Dienstleistungsberufen. So ist im Bereich der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe in einem Zeitraum von 25 Jahren die Anzahl der von Frauen besetzten Arbeitsplätze um 2,4 Mio. gestiegen, drei von vier Stellen sind von Frauen besetzt worden. Im Bereich der Freien Wohlfahrtspflege ist die Anzahl der Beschäftigten in den Jahren zwischen 1970 und 2000 um annähernd 170 Prozent gestiegen (vgl. Liebig/Karla 2003, S. 23). In den personenbezogenen Dienstleistungsberufen der Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe stieg die Anzahl der Beschäftigten von 1950 bis 2001 um mehr als das Vierfache. Insgesamt erhöhte sich die Anzahl der Beschäftigten von ehemals 4 Prozent auf 12,4 Prozent. In den sozialen bzw. sozialpflegerischen Berufen fand der stärkste Beschäftigungszuwachs statt. Im Bereich der Gesundheits- und sozialen Berufe sind zusammengenommen im Zeitraum zwischen 1976 und 2000 1.472.000 Stellen geschaffen worden (vgl. Liebig/Karla 2003, S. 27).

Dieser strukturelle Wandel der Beschäftigungssituation zugunsten personenbezogener Segmente spiegelt sich ebenfalls in der Ausbildungssituation wider. Gegenüber den wachsenden Problemen des Einstiegs in das duale System zeichnet sich gegenwärtig in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen, die außerhalb des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) sowie der Handwerksordnung (HwO) geregelt sind, ein erhöhter Zuwachs ab (vgl. Bildungsberichterstattung 2008), wobei der Frauenanteil mit ca. 70 % deutlich überwiegt (vgl. BMBF 2009). So verzeichnen Berufsfachschulen seit Ende der 1990er Jahre ein kontinuierliches Wachstum von 22 %. Diese Dynamik beruht vorrangig auf der Ausweitung personenbezogener Ausbildungsbereiche, die seit dem Jahr 2000 um 40 % angestiegen sind, insbesondere in den Bereichen Gesundheits- und Krankenpflege, Erzieherinnen und Krankenpflegerinnen sowie sozialpflegerische Berufe (Bildungsberichterstattung 2008, S. 104 ff).

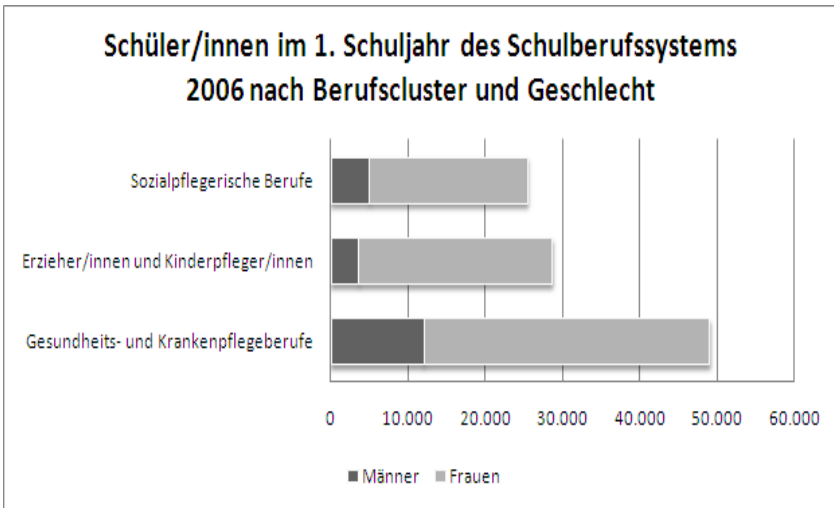


Abb. 2: Eigene Darstellung nach Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 281

Verbunden mit dem quantitativen Wachstum sind strukturelle Veränderungen der Wirtschaftssektoren, die auf qualitativen Veränderungen des Systems personenbezogener Dienstleistungen beruhen (vgl. Fegebank 2004). Ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor ist das Wachstum und die veränderte Organisation des Dritten Sektors, der sich durch eine zunehmende Verschränkung von institutionell-professioneller Vergesellschaftung und informeller Vergemeinschaftung auszeichnet (vgl. Liebig/Karla 2003, S. 19). Die kontinuierlichen Strukturveränderungen bestehen in der Neuverteilung personenbezogener Dienstleistungen zwischen Gemeinde, Markt, Staat und Drittem Sektor, einer Pluralisierung und Säkularisierung der Trägerlandschaft, der Liberalisierung des Verhältnisses zwischen Produzenten und Konsumenten, einer Ökonomisierung der Träger und Entstaatlichung im Gesundheits- und Pflegebereich sowie der Verberuflichung von informeller und ehrenamtlicher Arbeit. Diese sektoralen Veränderungen befördern auch einen gesellschaftlichen Wandel von Arbeit, der die zwei dualen Arbeitssphären, Erwerbsarbeit und Privatarbeit, an der Schnittstelle von lebenswelt- und reproduktionsbezogener Arbeit verschränkt. Hier liegen Optionen für einen begrifflichen und kulturellen Perspektivwechsel auf Arbeit mit neuen Qualifizierungsanforderungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

1.2. Arbeitsmarktpolitische Prekarisierung

Diese Potenziale der Wachstumsentwicklung und Frauenbeschäftigung relativieren sich durch eine qualitative Analyse der Beschäftigungsstrukturen, die sich durch einen zunehmenden prekären Status auszeichnen. Kennzeichnend hierfür sind ein wachsender Anteil an teilzeitbeschäftigten Frauen, der in personenbezogenen Dienstleistungen sowohl deutlich über dem männlichen Anteil als auch über dem weiblichen Teilzeitarbeitsmarkt allgemein liegt; eine deutliche Überrepräsentanz von Frauen in niedrigen Einkommensgruppen sowie eine steigende Zahl von arbeitslos gemeldeten Personen in personenbezogenen und sozialen Berufen (vgl. Liebig/Karla 2003, S. 116).

Signifikant für personenbezogene Segmente ist die Zunahme befristeter Arbeitsverträge und deregulierter Beschäftigungsverhältnisse verbunden mit einer Verdrängung in den Bereich „einfacher Dienstleistungen“ sowie in den Niedriglohnsektor mit Löhnen zwischen 6 und 10 € (bei Differenzen zwischen West- und Ostdeutschland). Im europäischen Vergleich ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland seit 1995 mit rund 45 % stark angestiegen (Bosch/Weinkopf 2006, S. 29). Die Zunahme von Niedriglöhnen vollzieht sich in allen Beschäftigungsformen, wobei insbesondere unregelmäßige Beschäftigungsverhältnisse und sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigte betroffen sind (vgl. Kalina/Weinkopf 2008) sowie Wirtschaftszweige im personenbezogenen Dienstleistungsbereich (vgl. Schupp 2005).

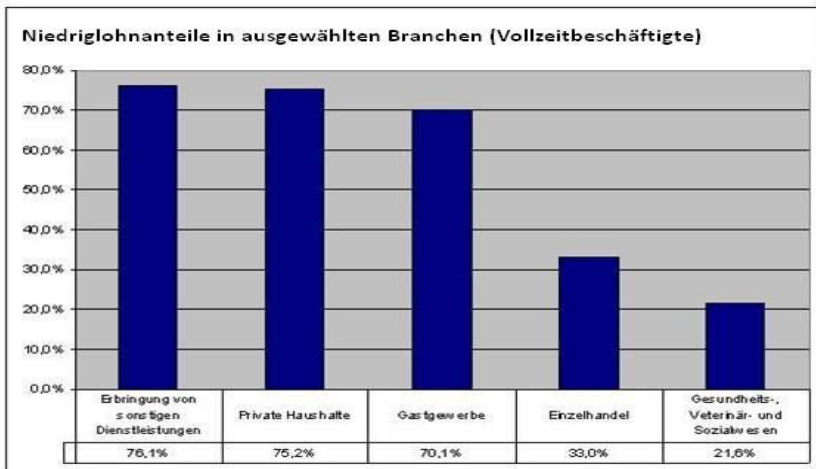


Abb. 3: Bosch-Weinkopf 2006, S.15

Im Zuge dieser Entwicklung entstehen zugleich neue Verdrängungseffekte innerhalb der Beschäftigtenstruktur. Zwar sind sozial- und bildungsbenachteiligte Gruppen wie gering qualifizierte Personen (45,6%), junge Menschen unter 25 Jahren (56,3%), Ausländer und Ausländerinnen (38,9%) sowie Frauen (30,5%) überdurchschnittlich hoch von Niedriglöhnen betroffen. Jedoch wächst auch die Gruppe der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung im Niedriglohnbereich zunehmend. Lag der Anteil der formal Qualifizierten im Niedriglohnbereich 1995 noch bei 58,6% (ausgenommen FH/Uni-Abschlüsse), so sind es 2006 bereits 67,5%. Demgegenüber ist im gleichen Zeitraum der Prozentsatz der gering Qualifizierten unter den Niedriglohnbeschäftigten von 33,5% auf 26,4% gesunken (vgl. Kalina/Weinkopf 2008, S. 9). Eine Folge dieser strukturellen Verschiebungen ist, dass gering Qualifizierte um Arbeitsplätze mit einer geringen Entlohnung inzwischen mit fachlich qualifizierten Personen konkurrieren, was eine Verdrängung der niedrigen durch höhere Qualifikationsebenen zur Folge hat (vgl. Brandherm 2007, Weinkopf 2007).

	Kategorie	1995	2000	2006
Qualifikation ³	Ohne Berufsausbildung	31,0	35,2	45,6
	Mit Berufsausbildung	13,6	17,8	23,1
	Universität/Fachhochschule	6,3	6,1	6,1
Geschlecht	Männer	7,4	9,9	14,2
	Frauen	25,0	26,6	30,5
Alter	unter 25	28,8	42,3	56,3
	25 – 34	13,9	17,8	25,1
	35 – 44	12,3	14,7	19,6
	45 – 54	13,5	14,9	16,5
	55+	17,7	16,5	22,0
Nationalität	Deutsche	14,5	16,6	20,8
	Ausländer/innen	20,1	27,4	38,9
Gesamt (Deutschland)		15,0	17,5	22,2

Abb. 4: Entwicklungen im Segment der Einfacharbeit 1995-2006: Institut für Arbeit und Qualifikation 2008, S.7

Dieser Prozess der Verdrängung im Segment der Einfacharbeit verstärkt sich durch die gestiegenen Qualifikations- und Kompetenzanforderungen sowie eine Zunahme an Komplexität im Zuge der Globalisierung und Technisierung. Aus ökonomischer Perspektive werden vor dem Hintergrund der vergleichsweise hohen Lohnnebenkosten am Standort Deutschland die Arbeitskosten für Einfacharbeit als zu hoch und damit als nicht effizient eingeschätzt (vgl. Goltz et al. 2008; Bildungsberichterstattung 2008; DIHK 2006).

Entsprechend hoch ist das Arbeitslosenrisiko im Segment der Einfacharbeit. Gegenüber dem allgemeinen Rückgang der Erwerbslosen ist die Zahl der erwerbslosen gering Qualifizierten deutlich angestiegen. 2005 lag die Arbeitslosenquote in der Gruppe der gering Qualifizierten bei 26% und somit rund 14% über dem Durchschnitt der Arbeitslosenquote insgesamt (vgl. BMBF 2008, S. 169).

Ein weiterer Effekt dieser Beschäftigungsstrategie ist die Zunahme illegaler Beschäftigung und Konkurrenz durch den Schwarzarbeitsmarkt mit Niedriglöhnen bis zu unter 6 €, wobei vornehmlich Frauen ohne Berufsausbildung sowie Migrantinnen in privaten Haushalten rekrutiert werden (vgl. Rerrich 2006, S. 36 ff). Wird die Schattenwirtschaft in Deutschland bislang noch von Handwerksleistungen rund um den Hausbau dominiert, stehen schon an zweiter Stelle Dienstleistungen für Familien. Nach einer jüngsten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IDW 2009) werden in Deutschland derzeit in 4,5 Millionen Haushalten Arbeitskräfte beschäftigt, wovon 95 Prozent nicht angemeldet sind. Demgegenüber arbeiten in Deutschland im Jahre 2005 nach der Europäischen Arbeitskräfteerhebung nur 0,6 Prozent aller Beschäftigten in Privathaushalten (EU-15-Durchschnitt 1,4 Prozent) in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Mit Blick auf das Marktpotenzial Familien unterstützender Dienstleistungen wird eingeschätzt, dass in Deutschland an Stelle der illegalen Beschäftigungsverhältnisse 300.000 – 400.000 Vollzeitäquivalente mit ca. 1,04 Milliarden Arbeitsstunden pro Jahr als realistisch betrachtet werden können.

2. Berufspädagogische Versäumnisse und Handlungsoptionen

Dieses hohe Potenzial für eine reguläre Beschäftigung im Bereich Familien unterstützender und personenbezogener Dienstleistungen wie auch der Fachkräftebedarf wird in der arbeitsmarktpolitischen und berufspädagogischen Debatte nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Im öffentlichen Interesse der Dienstleistungsdebatte stehen vornehmlich die informations- und kommunikationstechnischen Dienstleistungen; Subventionen kommen diesen Bereichen in wesentlich höherem Umfang zugute. Im Unterschied zu europäischen Nachbarländern, die schon seit den 1980er Jahren familien- und steuerpolitische Erleichterungen sowie Unterstützung für die Gründung von professionellen Agenturen für Familien unterstützende Dienstleistungen geschaffen haben, befindet sich die Debatte in Deutschland am Anfang.

Beleuchtet man die Qualifikationsnachfrage und Qualifikationsbedarfe in personenbezogenen Dienstleistungsberufen, stellen sich erhebliche Diskre-

panzen zwischen Professionalisierung und Prekarisierung heraus. Von berufspädagogischer Bedeutung ist, dass gegenüber der fehlenden Qualität hohe Bedarfe an fachlicher Qualifikation bestehen. Sowohl in privaten Haushalten als auch im öffentlichen Dienstleistungssegment wie etwa in der Altenpflege steigt die Nachfrage nach hoher beruflicher Qualifizierung und standardisierter Facharbeit, während die Nachfrage nach nicht formal Qualifizierten auch auf Einfacharbeitsplätzen sinkt. Dabei stellen sich aufgrund der parallelen Entwicklungen einer steigenden Frauenerwerbsarbeit und einer „älter werdenden“ Gesellschaft insbesondere neue Schnittstellen zwischen den Berufsfeldern Hauswirtschaft sowie Gesundheit/Pflege heraus.

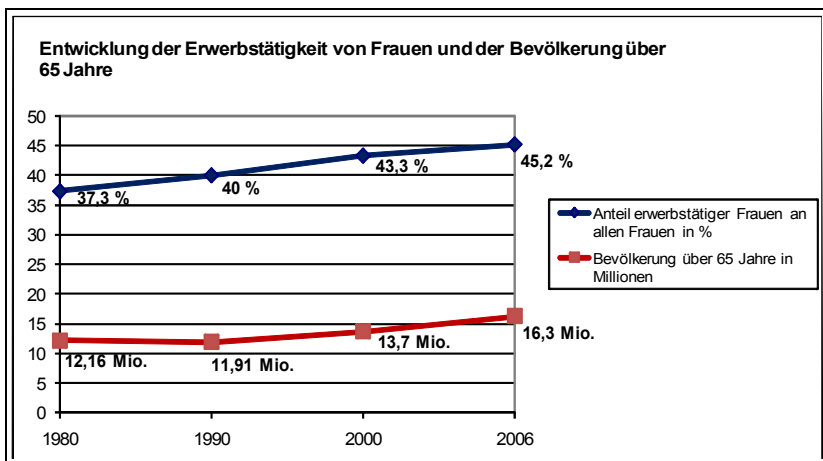


Abb. 5: Eigene Darstellung nach Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2009

In Deutschland werden im Jahre 2005 insgesamt 2,13 Millionen Pflegebedürftige verzeichnet. Differenziert nach Versorgungsart werden 68 % der Pflegebedürftigen zu Hause (ausschließlich durch Angehörige und durch ambulante Pflegedienste) versorgt und 32 % in Heimen (Statistisches Bundesamt 2008). Diese Entwicklung führt zu erheblichen Qualifikations- und Professionsbedarfen, der die Abdrängung personenbezogener Arbeit in den Bereich der Einfacharbeit diametral entgegen steht. In dieser Situation konkurrieren gering qualifizierte auf Arbeitsplätzen mit einer geringen Entlohnung mit fachlich qualifizierten Personen.

Die in klassischen Dienstleistungstheorien wie von Fourastier (1954) prognostizierte Vollbeschäftigung in der Dienstleistungsgesellschaft, die er in dem „kollektiven Hunger nach Tertiärem“ begründet sieht, ist bislang nicht eingetreten. Im Gegenteil: Das für moderne Industriegesellschaften charakteristische „Mismatch-Problem“, nach dem der wachsende Bedarf an qualifi-

ziertem Personal trotz hoher Arbeitslosigkeit nicht gedeckt ist, setzt sich im Feld personenbezogener Dienstleistungen fort. Dabei werden insbesondere gering qualifizierte Personen zu Verlierern des Strukturwandels und es werden Prozesse der historisch bedingten Dequalifizierung, Semi-Professionalität und Marginalisierung in personenbezogenen Dienstleistungen dramatisch verstärkt. Dieses führt im Rahmen transnationaler Migrationsprozesse und einer Globalisierung von Arbeit zu neuen sozialen Ungleichheiten, die entlang geschlechts-, klassen- und ethnizitätsspezifischer Linien verlaufen (vgl. Rerrich 2006, Lutz 2008). Aus dieser Perspektive der Beschäftigungsstrukturen bleiben personenbezogene Tätigkeiten geschlechtsattributierte Frauenberufe. Die Dienstleistungsgesellschaft läuft Gefahr, sich im Zuge der Globalisierung zu einer neuen Dienstbotengesellschaft zu entwickeln, deren beschäftigungs-politische Strukturen an vorindustrielle und industrielle Verhältnisse einer Dienstbotenklasse mit sozial und ethnisch diskriminierenden Komponenten anknüpfen.

Gleichwohl liegen neben diesen beschäftigungspolitischen Risiken auch gesellschaftliche Modernisierungspotenziale, die durch drei Entwicklungen befördert werden: erstens durch den historischen Wandel von Arbeit und personenbezogener Dienstleistung an der Schnittstelle von Lebenswelt und Beruf, der neue begriffliche und theoretische Revisionen erfordert; zweitens aufgrund der damit einhergehenden neuen Qualifikationserfordernisse und Professionsbedarfe und drittens auf der Basis berufspädagogischer Reformen, die es ermöglichen, neue Konzepte für Kompetenzentwicklung und Professionalisierung an der Schnittstelle von Lebenswelt und Beruf zu entwickeln. Verbunden mit Dekonstruktionen struktureller Ungleichheiten des Geschlechterverhältnisses und der sozialen Differenzen zwischen Frauen eröffnen sich neue Wege für Professionalisierung und Kompetenzentwicklung in der beruflichen Bildung.

3. Professionalisierung von Care Work: theoretische Präzisierungen

Vor dem Hintergrund der historischen Struktur der Ideologisierung und Naturalisierung von Care Work ist es bedeutsam, personenbezogene Dienstleistungsarbeit im Kontext von Professionstheorien begrifflich und theoretisch präziser zu definieren. Dabei geht es erstens um die begriffliche Erfassung von personenbezogener Dienstleistung als bezahlte, marktförmig erbrachte Arbeit sowie die Berücksichtigung von sozialen und kommunikativen Leistungen, die im gesellschaftlichen Kontext von Arbeitsmarkt- und Berufsbil-

dungssystem erbracht werden. Es werden zweitens neue Parameter benötigt, die dem Prozesscharakter personenbezogener Arbeit entsprechen und ihre spezifische Wertschöpfung aufgreifen. Die traditionelle Kategorisierung in produktive (unternehmensbezogene) und unproduktive (konsum- und personenorientierte) Dienstleistungen verhindert, dass berufliche Tätigkeiten zur Versorgung und Betreuung des Alltags entsprechend ihrer Bedeutung für die Funktionsfähigkeit moderner Gesellschaften anerkannt werden (vgl. Thiessen 2004).

Die Komponente marktförmig erbrachter Tätigkeiten ist drittens mit Fragen des moralischen Handelns im Beruf zu verbinden. Hat diese Komponente zwar für alle Berufe Gültigkeit, ist sie genuin an personenbezogene „Arbeit am Menschen“ gebunden. Für diese Perspektiven sind diejenigen Ansätze von Care (vgl. Tronto 2000, Conradi 2001) hilfreich, die ein doppeltes Anliegen verfolgen: Fürsorgende Tätigkeiten werden einerseits hinsichtlich ihrer ethischen und handlungstheoretischen Dimension beschrieben, andererseits kann damit gesellschaftlich notwendige Arbeit gefasst und nach ihrer arbeitsmarktlichen und sozialpolitischen Gestaltung kritisch hinterfragt werden. Mit dem Ansatz Care werden Aspekte fürsorglicher Arbeit sowie ihre gesellschaftliche Gestaltung verbunden, so dass die Konfliktlinie von Fürsorge und Vermarktung verringert werden kann. Diese Verbindung stellt ein konstitutives Merkmal von Professionalisierung in personenbezogenen Dienstleistungen dar.

Professionalisierung ist nicht lediglich als Strategie der sozialen, sondern auch als geschlechtsexklusive Schließung von Kompetenz- und Berufszugängen zu charakterisieren. Als zentrales Desiderat in der deutschen Professionsdebatte kann die Ausblendung der Segmentierung von Erwerbsarbeit entlang der Geschlechterlinien und die Konstruktion vom Sorgen als unentgeltlich erbrachte Familienarbeit oder semi-professionelle berufliche Tätigkeit (vgl. Rabe-Kleberg 1997) identifiziert werden. Dieses Defizit gilt nicht weniger für den Bereich der Ausbildung. Vor dem Hintergrund der vollzeitschulischen Ausbildungsstrukturen außerhalb der Rechtsordnung des dualen Systems hat das für die deutsche Berufsbildung konstitutive Prinzip der Beruflichkeit für personenbezogene Dienstleistungsberufe bislang noch keine Gültigkeit. Im Unterschied zu den seit den 1950er Jahren in der angelsächsischen Debatte begründeten klassischen Professionstheorien, die zunächst an medizinischen und juristischen Tätigkeiten orientiert sind, und in Folge der in Deutschland seit den 1980er Jahren intensiv geführten professionstheoretischen Debatte, die im Kontext funktionalistischer, machtheoretischer sowie interaktionistischer Ansätze auch pädagogische Handlungsfelder in den Blick nimmt (vgl. Dewe 2006), entsteht gegenwärtig vor dem Hintergrund der Wissensgesellschaft ein handlungs- und wissensbasierter Professionsbegriff, der auf das Können, Wissen und Tun der beruflichen Handelnden rekurriert. Dabei soll Professionalisierung nicht lediglich im Sinne einer berufspolitischen Strategie

berücksichtigt werden, sondern als ein Prozess, der an das beruflich handelnde Individuum und seine berufsbiografisch erworbenen Kompetenzen sowie an sein Handeln im und seine Beziehung zum Beruf gebunden ist (vgl. Degenkolb 2007).

Diese handlungstheoretische und wissensbasierte Perspektive, die zunehmend auch für Professionalisierung und Berufskultur im Lehrberuf (vgl. Terhart 1996) in Anspruch genommen wird, kann auch für Professionalisierungsansätze in personenbezogenen Dienstleistungsberufen genutzt werden. Gegenüber dem semi-professionellen Status von personenbezogenen Tätigkeiten und ihrem Etikett von Laientätigkeit, Diffusität und fehlender Standardisierung muss Professionalisierung in personenbezogenen Bereichen an den beruflichen Handlungsfeldern ansetzen, wobei Qualifikations- und Tätigkeitsprofile sowohl merkmals- und sachbezogene Zuschreibungen wie auch interaktionistische und strukturlogische Konzepte verbinden müssen.

Personenbezogene Arbeit setzt professionstheoretisch ein „Arbeitsbündnis“ (Oevermann 1996) zwischen Leistungserbringern und Nutzern zwingend voraus. Die für Professionen allgemein geltenden Störpotentiale und Paradoxien (vgl. Schütze 1996) gelten für personenbezogene Bereiche in doppelter Weise: zum einen durch ein höchst ambivalentes Gefüge von Liebe, Fürsorge und Macht (vgl. Brückner 2001), zum anderen durch ein gravierendes Spannungsverhältnis zwischen den Bedürfnissen der Nutzer und den ökonomischen Anforderungen des Sozial- und Gesundheitssystems (vgl. Evans/Hilbert 2006). Aus dieser Perspektive können machttheoretische Ansätze, die einen Zusammenhang von Expertise und Autonomie für die Bestimmung von Professionen zugrunde legen, für Professionsansätze in personenbezogenen Bereichen hilfreich sein. Geht es darum, professionelle Normierungen durch die Verbindung von zwischenmenschlichen Fähigkeiten des Sorgens und fachlich-methodisch ausgewiesenen Kompetenzen zu verbinden, kann eine „Fürsorgerationalität“ (Waerness 2000) zugrunde gelegt werden, die auf Verständigung und Abstimmung von Bedürfnissen und Sichtweisen ausgerichtet ist und zu deren Ausübung ausreichende Spielräume in der Gestaltung der Arbeitssituation zu schaffen sind. Neu zu gestalten sind zugleich Berufsstrukturen, die soziale Ungleichheiten überwinden.

4. Kompetenzentwicklung: konzeptionelle Präzisierungen

Von zentraler Bedeutung für Professionalisierung in personenbezogenen Dienstleistungen ist drittens die Präzisierung des Kompetenzbegriffs, die vor dem Hintergrund der komplexen Qualifikationsanforderungen vorzunehmen ist. Der Kompetenzbegriff und die vielfältigen Beschreibungen von Kompe-

tenzentwicklung, Kompetenzmessung und Kompetenzförderung (vgl. Walkenhorst et al. (Hg.) 2009) sind in der gegenwärtigen Fachdebatte zwar keineswegs einheitlich geklärt. Gleichwohl kristallisiert sich in der berufspädagogischen Debatte ein Leitbild heraus, das Kompetenzbildung von zwei Seiten bestimmt: von der Situation im Kontext bildungsökonomischer Anforderungen und der Person hinsichtlich ihrer Bedürfnisse und Kompetenzen. Diese Perspektive zielt auf kompetentes Verhalten, das die eigenen Ressourcen, Fähigkeiten und Möglichkeiten ebenso wie die vorhandenen Umgebungsressourcen wie Personen, Organisationen und Umwelt integriert (vgl. Erpenbeck/Heyse 1999).

Mit diesem ist das für die Pädagogik originäre Spannungsfeld zwischen Brauchbarkeit und Bildung zwar nicht aufgehoben, jedoch gemindert (vgl. Friese 2007a). In der Berufspädagogik leitet dieser Ansatz mit den KMK-Handreichungen von 1996 einen Paradigmenwechsel ein, der Kompetenz im Unterschied zur Qualifikation, die an Verwertbarkeit und Bildungsnachfrage orientiert ist, auf den individuellen Lernerfolg und die Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln in beruflichen, gesellschaftlichen und privaten Situationen bezieht. Eine solche Lesart von Kompetenz kann mit hohem Gewinn für personenbezogene Berufsfelder in Anspruch genommen werden, wird doch historisch erstmals auch der Bereich des Privaten bildungspolitisch thematisiert und damit das Verhältnis von Lebenswelt und Beruf neu in den Blick gerückt. Es besteht die Möglichkeit, die bislang im berufspädagogischen Diskurs vernachlässigten Alltags- und Lebensführungskompetenzen für die Berufsbildung und für personenbezogene Ausbildungsfelder neu auszugestalten.

In diesem Kontext kommt der begrifflichen und curricularen Präzisierung von Sozialkompetenz eine besondere Bedeutung zu (vgl. Friese 2002a). Hier ist eine Differenzierung hinsichtlich der unterschiedlichen Berufsfelder vorzunehmen, die zu einer Entmystifizierung beziehungsbezogener Fähigkeiten führt. Dazu bietet es sich an, die begriffliche Fassung und didaktische Ausdifferenzierung von Sozialkompetenz hinsichtlich der Unterscheidung von „Service“ als produktbezogene Dienstleistung und „Care“ als personenbezogene Dienstleistung zu fundieren. Die Förderung von kommunikativer und interaktionaler Kompetenz und die Kompetenz, prozessuale Aspekte von Qualität zu unterstützen, setzt ein spezifisches Verständnis von beruflicher Handlungskompetenz voraus: Zielt „Dienstleistung am Menschen“ generell darauf, die „Arbeit des Menschen an sich selbst“ zu fördern sowie berufliche Handlungsfähigkeit und Alltagskompetenzen zu stärken, wird Sozialkompetenz zugleich als Bestandteil von Fachkompetenz wirksam. Die in der Berufspädagogik neu zu verzeichnende Sensibilität für die Anerkennung und Zertifizierung von fachübergreifenden und sozialen Fähigkeiten, von Interaktions- und Kommunikationskompetenzen, von Sorgearbeit und Care, eröffnet die Möglichkeit,

bislang verdeckte Potenziale der „Arbeit am Menschen“ in Professionsstrategien der beruflichen Bildung zu implementieren.

5. Standardisierung und Flexibilisierung: Berufspädagogische Neuerungen

Als ein wesentliches Hindernis der Professionalisierung in personenbezogenen Ausbildungen gelten die uneinheitlichen Ausbildungsstandards sowie die Unterdifferenzierung der Qualifikationsprofile, deren Ausgestaltung entweder vollständig in der Kulturhoheit der Länder oder in den einstellenden Instanzen liegt (vgl. Friese 2007). Probleme liegen in der Heterogenität und Zersplitterung der Ausbildungsordnungen sowie in der fehlenden Praxis und Förderung beruflicher Handlungskompetenz in vollzeitschulischen Ausbildungen. Von hoher Priorität für die Zukunftsgestaltung sind die Vereinheitlichung und Bereinigung der Ausbildungsordnungen und Berufsbezeichnungen, die Neujustierung und Tarifgestaltung personenbezogener Dienstleistungstätigkeiten, auch unter Berücksichtigung von Interaktionsanforderungen. Dringlich ist ebenso die Entwicklung und Implementation von geeigneten Instrumenten zur Qualitätssicherung, die differenzierte Arbeitsprozesse und Tätigkeiten, Kundennachfrage wie auch Dienstleistungs- und Marktorientierung in den beruflichen Bildungsauftrag einbeziehen

Für diese Perspektive bietet die Novellierung des deutschen Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von 2005 Reformoptionen an. Wurde im bildungspolitischen Diskurs mit Blick auf die Passung zwischen Ausbildungsplatz suchenden Absolventen und den Bedarfen der Wirtschaft seit Ende der 1990er Jahre die Dualisierung aller Berufsausbildungen unterhalb der Hochschule nach dem Berufsbildungsgesetz gefordert, haben sich mit der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes von 2005 weitere Öffnungen und Reformoptionen heraus kristallisiert. Insbesondere die Einbeziehung vollzeitschulischer Ausbildung in das Berufsbildungsgesetz und die Zulassung von Berufsfachschulabsolventen durch Kammerorganisationen stellen wichtige Meilensteine der Reform dar. Weiter gehende Innovationen bietet gleichwohl die Neuordnung des schweizerischen Berufsbildungsgesetzes (BBG) im Jahre 2004 mit der Integration der Gesundheitsberufe in die Bundeskompetenz.

Angesichts der veränderten Anforderungen an interdisziplinäre und fachübergreifende Kompetenzen und Umgestaltungsprozesse im Erwerbsbereich sind darüber hinaus neue Qualifikationsprofile in enger Verzahnung von beruflicher Aus- und Weiterbildung herzustellen. In personenbezogenen Segmenten kann die curriculare Gleichzeitigkeit von Basis- und Teilkompetenzen sowie Zusammenführung in gemeinsame Kernqualifikationen und Spezialisie-

zungsmöglichkeiten in Form von „Berufsfamilien“ (vgl. Heß/Spöttl 2008) professionswirksam sein. Dieses gilt aufgrund des demografischen Wandels für Schnittstellen zwischen den Berufsfeldern Hauswirtschaft und Pflege ebenso wie für Verbindungen zu Feldern der sozialen Arbeit, die sich zunehmend aufgrund der steigenden Bedeutung von frühkindlicher Bildung und sozialpädagogischer Beratung heraus kristallisieren. Für eine curriculare Neuschneidung sind horizontale Durchlässigkeiten zwischen den Berufsfeldern und zugleich notwendige fachliche Spezialisierungen zu ermöglichen, die den komplexen Anforderungen in den jeweiligen Berufsfeldern gerecht werden und Anschlussstellen für die berufliche Fort- und Weiterbildung herstellen.

Darüber hinaus sind weitere Reformmöglichkeiten auszuloten und umzusetzen. Hierzu gehören die Implementierung von neuen Praxisorten in der vollzeitschulischen Ausbildung und Verbesserung der Lernortkooperation, die Anerkennung und Stärkung von Ausbildungsverbänden, die Anerkennung von erworbenen Abschlüssen und vorberuflichen Qualifikationen, die Integration und Zertifizierung von modularisierten Elementen sowie zeitflexiblen Ausbildungsmodellen in die berufliche Aus- und Weiterbildung wie beispielsweise die Teilzeitberufsausbildung für junge Mütter, die eine Umsetzung von Work-Life-Balance auch für die biografische Statuspassage der Ausbildung ermöglicht (vgl. Friese 2008).

Die Neuerungen des Berufsbildungsgesetzes und die neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik zur Flexibilisierung der Berufsbildung sind in der gegenwärtigen berufspädagogischen Debatte durchaus umstritten. Zu Recht bestehen Zweifel hinsichtlich kurzfristiger Nutzbarmachung für den Arbeitsmarkt und Aushöhlung des deutschen Berufsprinzips. Gleichwohl sind auch die Vorteile einer besseren Durchlässigkeit in Ausbildungsverläufen zu sehen, die insbesondere den häufig durch Familienpflichten entstehenden biografischen Brüchen von Frauen im Bildungsverlauf entgegen kommen. So werden Perspektiven eröffnet, eine zeitlich flexible qualifizierte Ausbildung zu absolvieren, die mit den individuellen biografischen Anforderungen und Familienaufgaben vereinbar ist, sowie Anschlussmöglichkeiten zur Weiterbildung herstellt.

Schließlich kommt auch der Frage der Anerkennung von informellen und nicht formal erworbenen Kompetenzen und Familienkompetenzen erhöhte Bedeutung zu. Aus berufspädagogischer Perspektive liegen hier Chancen und Risiken für personenbezogene Dienstleistungsberufe: Risiken hinsichtlich der erneuten Tradierung eines naturalistisch begründeten weiblichen Arbeitsvermögens, das unreflektiert für kurzfristige Qualifizierungen in Assistenten- und Helferinnenberufen verwendet wird; Chancen hinsichtlich der Anerkennung und fachlichen Fundierung lebensweltlich erworbener Kompetenzen sowie ihre Anerkennung und Zertifizierung für berufliche Abschlüsse. Gelingt es, in der beruflichen Aus- und Weiterbildung adäquate didaktische Reflexionsräume und Erfassungsinstrumente im Rahmen von Kompetenzförderung und

Curricula zur Verfügung zu stellen, können informelle und lebensweltlich erworbene Kompetenzen eine wichtige Basis für fachliche Anerkennung und Qualifizierung sowie Durchlässigkeiten bilden. Berufsbiografisch eröffnen sich damit Optionen, personenbezogene Berufsbildung mit dem Konzept der „Bildung im Lebenslauf“ zu verbinden.

Fazit und Entwicklungsperspektiven

Das System personenbezogene Dienstleistungsberufe zeichnet sich durch ein facettenreiches Spannungsverhältnis von arbeitsmarkt- und professionspolitischen Risiken sowie Modernisierungsoptionen aus. Soll dieses nicht länger nach dem Motto „Schwamm drüber“ nur oberflächlich bereinigt und der Wandel zur Tertiarisierung als Modernisierungsfaktor genutzt werden, sind Qualifikations-, Kompetenz- und Professionsstandards auf der Basis differenzierter Analysen von Berufsfeld- und Zielgruppenprofilen zu entwickeln sowie durch curriculare, didaktische und ordnungsrechtliche Neuerungen zu implementieren.

Unverzichtbar sind darüber hinaus theoretische und berufspolitische Konzepte, die auf eine Entmystifizierung personenbezogener Tätigkeiten in einem traditionell weiblich konnotierten Berufsbereich sowie auf die Überwindung der beschäftigungspolitischen Problemlagen entlang der Dimensionen class-race-ethnicity zielen. Eine ordnungsrechtliche und arbeitsmarktpolitische Regulierung der Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht auch Chancen für die längst überfällige Reformulierung des Arbeits- und Berufsbegriffs, der lebensweltliche Bezüge und versorgende Tätigkeiten in berufliche Kompetenzbereiche und Arbeitsgestaltungsprozesse einbezieht sowie didaktisch-curricular ausdifferenziert.

Die aufgezeigten theoretischen und berufspädagogischen Ansätze verdeutlichen Optionen der beruflichen Bildung, die für die historisch längst überfällige Neujustierung von Care Work neu ausgestaltet werden können. Damit sind tragfähige Ansätze zur Professionalisierung personenbezogener Berufsbildung auf der Ebene der bislang formal nicht vorhandenen Fachberuflichkeit geschaffen. Diese Perspektive steht keineswegs im Gegensatz zu der gegenwärtig intensiv geführten Debatte um die Akademisierung und Lehramtsausbildung in personenbezogenen Bereichen. Vielmehr sind Strategien aufgezeigt, neben der dringend notwendigen Stärkung auf Hochschulebene auch in der fachberuflichen Ausbildung neue Professionskonzepte zu entwickeln und zukunftsfähig auszugestalten.

Mit diesen Perspektiven ist ein doppelter Modernisierungspfad eingeleitet. Die Ansätze aus personenbezogenen Feldern können für weitere berufs-

pädagogische Handlungsfelder und Zieldimensionen nutzbar gemacht werden sowie für die Modernisierung eines traditionell vernachlässigten Berufsbeereichs, der einen relevanten Beitrag für die Weiterentwicklung der Dienstleistungsgesellschaft leistet.

Literatur

- Baethge, Martin/Wilkens, Ingrid (Hg.) (2001): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert. Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung. Opladen.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a. M..
- Becker, Wolfgang (Hg.) (2006): Ausbildung in den Pflegeberufen. Weichen stellen für die Zukunft in Theorie und Praxis. Bd. 1. Empirische Begründung, theoretische Fundierung und praktische Umsetzung der „dualisierten“ Ausbildungen für Altenpflege und Gesundheits- und Krankenpflege, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Berufliche Bildung. Bonn.
- Berger, Peter/Hradil, Stefan (1990): Die Modernisierung sozialer Ungleichheit und die neuen Konturen ihrer Erforschung. In: Dies. (Hg.) Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Soziale Welt, Sonderbd. 7. Göttingen, S. 3-24.
- Bildungsberichterstattung (Autorengruppe) (2008): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hg.) (2008): Berufsbildungsbericht 2008. Bonn/Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2009): Berufsbildungsbericht 2009. Bonn/Berlin.
- Bosch, Gerhard/Weinkopf, Claudia (2006): Mindestlöhne - eine Strategie gegen Lohn und Sozialdumping? In: Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeit und Sozialpolitik, Gesprächskreis Sozialpolitik, Referat Internationale Politikanalyse: Sozialer Ausgleich in den alten und neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union: Tagung des Steuerungskreises "Europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell" der Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation. Bonn, S. 26-35.
- Brandherm, Ruth (2007): Nicht so einfach! Situation und Perspektiven der einfachen Arbeit. In: WISO direkt, Juni 2007. (Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2007).
- Brückner, Margrit (2001): Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Liebe, Fürsorge und Gewalt. In: Brückner, Margrit/Bönisch, Lothar (Hg.), Geschlechterverhältnisse. Gesellschaftliche Konstruktionen und Perspektiven ihrer Veränderung. Weinheim, München, S. 119-178.

- Conradi, Elisabeth (2001): *Take Care. Grundlagen einer Ethik der Achtsamkeit.* Frankfurt/New York.
- Degenkolb, Alexandra (2007): *Professionsverständnis und berufliches Handeln von Lehrkräften im sozialpädagogischen Ausbildungsbereich. Eine empirische Untersuchung zur Kompetenzentwicklung in beruflichen Vollzeitschulen.* Berlin.
- Dewe, Bernd (2006): *Professionsverständnisse – eine berufssoziologische Betrachtung.* In: Pundt, Johanne (Hg.), *Professionalisierung im Gesundheitswesen. Positionen – Potenziale – Perspektiven.* Bern, S. 23-35.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (Hg.) (2006): *Chancen nutzen, Hemmnisse beseitigen. Beschäftigung Geringqualifizierter in Deutschland.* Berlin.
- Dohm, Hedwig (1977) (1894): *Die wissenschaftliche Emancipation der Frau.* Berlin (Reprint Zürich).
- Evans, Michaela/Hillbert, Josef (2006): *Die Gestaltung von Arbeit und Qualifizierung: Schlüsselherausforderung und Achillesferse für die Zukunft der Gesundheitswirtschaft.* In: Pundt, Johanne (Hg.), *Professionalisierung im Gesundheitswesen. Positionen – Potenziale – Perspektiven.* Bern, S. 193-212.
- Erpenbeck, John/Heyse, Volker (1999): *Die Kompetenzbiographie. Strategien der Kompetenzentwicklung durch selbstorganisiertes Lernen und multimediale Kommunikation.* Münster, New York, München, Berlin.
- Fourastier, J. (1954): *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts.* Köln.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Hg.) (2006): *Gesetzliche Mindestlöhne auch in Deutschland?* Bonn.
- Friese, Marianne (1995): *Modernisierungsfallen im historischen Prozeß. Zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit in einem gewandelten Europa.* Berliner Journal für Soziologie, Heft 2, S. 149-162.
- Friese, Marianne (2002): *Dienstbotin. Genese und Wandel eines Frauenberufs.* In: Claudia Gather et al. (Hg.): *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel.* Münster, S. 223-237.
- Friese, Marianne (2002a): *Identifizierung, Förderung und Bewertung von Sozial- und Methodenkompetenzen in personenorientierten Dienstleistungsberufen.* In: Pätzold, Günter/Walzig, Tobias (Hg.), *Methoden- und Sozialkompetenzen – ein Schlüssel zur Wissensgesellschaft? Theorien, Konzepte, Erfahrungen. Dokumentation der Beiträge zu den 12. Hochschultagen Berufliche Bildung in Köln mit dem Rahmenthema „Berufsbildung in der Wissensgesellschaft: Globale Trends – Notwendige Fragen – Regionale Impulse“.* Bd. 20. Bielefeld, S. 69-81.
- Friese, Marianne (2007): *Berufliche Handlungskompetenz, Qualitätsentwicklung und Professionsstrategien in personenbezogenen Dienstleistungen.* In: Kaune, Peter/Rützel, Josef/Spöttl, Georg (Hg.): *14. Hochschultage Berufliche Bildung. Berufliche Bildung, Innovation und soziale Integration.* wbv-Verlag. Bielefeld, S. 179-196 (und CD-Rom S. 6-18).
- Friese, Marianne (2007a): *Kompetenzentwicklung in der Berufspädagogik. Neue Wissensformen und Weiterungen pädagogischer Professionalität.* In: Gießener Hochschulgesellschaft (Hg.), *Giessener Universitätsblätter, Jg. 40, Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen, S.63-71.*
- Friese, Marianne (2008): *Kompetenzentwicklung für junge Mütter. Förderansätze der beruflichen Bildung.* Bielefeld.

- Galbraith, John Kenneth (1974): *Wirtschaft für Staat und Gesellschaft*, Droemer/Knauer. München/Zürich.
- Goltz, Marianne/Christe, Gerhard/Bohlen, Elise (2008): *Chancen für Jugendliche ohne Berufsausbildung. Problemanalysen – Beschäftigungsfelder – Förderstrategien*. Freiburg.
- Greiner, Ulrich (1996): Warum erregen sich die deutschen Schriftsteller in einer Nebensache (Rechtschreibung) und schweigen in der Hauptsache? *Zeit-Online*. Hamburg. <http://www.zeit.de/1996/46/thema.txt.19961108.xml?page=2> (Stand: 09.12.2009).
- Heß, Erik/Spöttl, Georg (2008): Kernberufe als Baustein einer europäischen Berufsbildung. In: *BWP. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 37. Jg., H. 4/2 2008, S. 27-30.
- IDW (Institut der Deutschen Wirtschaft), 2009: *Arbeitsplatz Privathaushalt – Ein Weg aus der Schwarzarbeit*. Berlin. http://www.iwkoeln.de/Portals/0/pdf/pressemappe/2009/pm_24.2.2009_Tabellenanhang.pdf (Stand: 09.12.2009).
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Mio. Beschäftigte betroffen. In: *IAQ-Report 2008-01*. Duisburg-Essen, S. 1-11.
- Karsten, Maria-Eleonora (2004): Personenbezogene soziale Dienstleistungen auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit. In: Barbara Fegebank/Heinrich Schanz (Hg.): *Arbeit – Beruf – Bildung in Berufsfeldern mit personenorientierten Dienstleistungen*. Berufsbildung konkret, Bd. 7. Baltmannsweiler, S.22-38.
- Kettschau, Irmhild (2003): Familienarbeit als Zeitkonflikt. In: *Hauswirtschaft und Wissenschaft*, 51. Jg., H. 4, Sonderheft „50 Jahre Hauswirtschaft und Wissenschaft“, S. 171-178.
- Liebig, Reinhard/Karla, Esther (2003): *Entwicklungsfaktoren und –dynamiken des Dritten Sektors als Arbeitsmarkt*. Dortmund.
- Lutz, Helma (2008): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Farmington Hills.
- Mayer, Christine (1992): ... und dass die staatsbürgerliche Erziehung des Mädchens mit der Erziehung zum Weibe zusammenfällt. Kerschensteiners Konzept einer Mädchenbildung. In: *Zeitschrift für Pädagogik*, 39. Jg., Nr. 5, S. 771-791.
- Oevermann, Ulrich (1996): *Theoretische Skizze einer revidierten Theorie professionellen Handelns*. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt a.M., S. 70-182.
- Rabe-Kleberg, Ursula (1997): *Professionalität und Geschlechterverhältnis. Oder: Was ist „semi“ an traditionellen Frauenberufen?* In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt a.M., S. 276-302.
- Rerrich Maria S. (2006): *Die ganze Welt zu Hause. Cosmophile Putzfrauen in privaten Haushalten*. Hamburg.
- Schütze, Fritz (1996): *Organisationszwänge und hoheitsstaatliche Rahmenbedingungen im Sozialwesen: Ihre Auswirkung auf die Paradoxien des professionellen Handelns*. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): *Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns*. Frankfurt a.M., S. 183-275.

- Schupp, Jürgen (2005): Quantitative Verbreitung von Erwerbstätigkeit in privaten Haushalten – aktuelle Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Präsentation im Rahmen des Workshops des Arbeitskreises „Dienstleistungen und die Vermarktlichung des Haushalts“ im Institut Arbeit und Technik am 9./10.06.2005. Gelsenkirchen.
- Schupp, Jürgen/Schäfer, Andrea (2005): Familienunterstützende Dienstleistungen (FUD) – Wachstum, Beschäftigung, Innovation. Berlin.
- Terhart, Ewald (1996): Berufskultur und professionelles Handeln bei Lehrern. In: Combe, Arno/Helsper, Werner (Hg.): Pädagogische Professionalität. Untersuchungen zum Typus pädagogischen Handelns. Frankfurt a.M., S. 448-471.
- Statistisches Bundesamt (2008): Pflegebedürftige heute und in Zukunft. Wiesbaden. <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/TopNav/Impressum.psm!jsessionid=4889E7879479BEFC339-BA52C6E7D8C3C.internet> (Stand: 09.12.2009).
- Thiessen, Barbara (2004): Re-Formulierung des Privaten. Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit. Opladen.
- Tronto, Joan (2000): Demokratie als fürsorgliche Praxis. In: Feministische Studien extra. Fürsorge – Anerkennung – Arbeit, 18.Jg., S. 25-42.
- Waerness, Kari (2000): Fürsorgerationalität. In: Feministische Studien, Bd. 18, Sonderheft. Fürsorge, Anerkennung, Arbeit, S. 54-66.
- Walkenhorst, Ursula/Nauerth, Annette/Bergmann-Tyacke, Inge/Marzinik, Kordula (Hg.) (2009): Kompetenzentwicklung im Gesundheits- und Sozialbereich. Bielefeld.
- Wehler, Hans-Ulrich (1995): Die Gegenwart als Geschichte. Essays. München.
- Weinkopf, Claudia (2007): Gar nicht so einfach?! Perspektiven für die Qualifizierung, Arbeitsgestaltung und Entlohnung. In: FES (Hg.): Perspektiven der Erwerbsarbeit: Einfache Arbeit in Deutschland. Bonn, S. 25-34.
- Wobbe, Theresa (1995): Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft. Frankfurt a.M., New York.

Care-Ethik und Bildung – Eine neue „Ordnung der Sorge“ im Rahmen von Ganztagsbildung?

Sabine Toppe

Abstracts

In aktuellen Bildungsdebatten wird im Sinne eines Paradigmenwechsels nicht nur formeller Bildung sondern gerade auch nicht-formeller und informeller Bildung ein wachsender Stellenwert für die Lebensgestaltung und Zukunftschancen von Heranwachsenden zugeschrieben. Dabei müssen die Bereiche öffentlicher und privater Verantwortung für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im Verständnis gesellschaftlicher Teilhabe neu diskutiert werden. Ziel dieses Beitrags ist es, der möglichen Ausgestaltung einer neuen „Ordnung der Sorge“ im Rahmen von Ganztagsbildung nachzugehen. Im Ergebnis erscheint die Ganztagsbildung als möglicher Ort für einen gelingenden Umgang mit zwischenmenschlichen Sorgetätigkeiten, im Sinne einer Konzeptualisierung von Care als gerechte und fürsorgliche Organisation des Sorgens.

Care Ethics and Education – a new „Order of Caring“ in the Context of Whole-Day-Schooling

Current debates on education show a paradigm shift in focussing not only on formal education but also emphasizing the significance of non-formal and informal education for questions concerning how to lead a life and future prospects of the young generation. The author discusses how to apply her model of a new “order of caring” regarding whole-day-schooling.

1. Krisen im Bildungssystem – Herausforderungen an Sorgearbeit?

Ein mehrfaches Beben erschütterte in den vergangenen Jahren die Bildungslandschaft in Deutschland. Es begann mit den Ergebnissen internationaler Vergleichsstudien, insbesondere den PISA-Untersuchungen (vgl. z.B. Deutsches PISA-Konsortium 2001), die den deutschen Schülerinnen und Schülern Mittelmäßigkeit in ausgewählten Kompetenzen bescheinigte. Gleichzeitig wurde im Zuge der Bildungsvergleiche die Tatsache breit thematisiert, dass sich das deutsche Bildungssystem international nach wie vor durch eine extreme Unfähigkeit auszeichnet, schicht- bzw. milieubedingte

Bildungsbenachteiligung zu mindern und im Gegenteil im hohen Maße dazu beiträgt, soziale Ungleichheiten zu verstärken und zu zementieren (PISA-Konsortium Deutschland 2004, S. 225ff.). Und schließlich führen Debatten über das Generationenverhältnis und die alternde Gesellschaft zu einem besorgten bio- wie bildungspolitischen Blick auf die abnehmenden Geburtenzahlen insbesondere von Akademikerinnen, die vor allem in Zusammenhang mit unzureichenden Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Kindern und Erwerbsarbeit und einem Defizit an öffentlichen Betreuungs- und Erziehungsangeboten für Kinder unter zehn Jahren interpretiert werden. Der demografische Wandel bedroht, so die Argumentation, mit der Erosion sozialer Sicherungssysteme gleichzeitig die „Erhaltung der Humanressourcen der Gesellschaft“ und „die Erhaltung von Fürsorge für andere“ (Bertram 2005, S. 2); das Bildungssystem wird in diesen Debatten mit anderen Institutionen wie Familie, Berufsbildung und Arbeitsmarkt kontextualisiert.

Vor diesem Hintergrund lässt sich aktuell eine Bildungsdebatte beobachten, die sich im Rahmen einer „als krisenhaft gedeuteten Entwicklung im Bildungssystem“ und der Legitimationsfigur der Teilhabe an Bildung als Menschenrecht (Vogel 2008, S. 18), angesichts eines nicht abgeschlossenen Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft (Böhnisch/ Schröer 2001), sich wandelnder Familienstrukturen, Generationenverhältnisse und Geschlechterrollen sowie wachsender Bildungsanforderungen kontrovers mit der Frage eines „kooperativen Bildungsauftrags von Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe“ (Böllert 2008) beschäftigt. Mit Blick auf Veränderungen in den Lebensentwürfen von Frauen und Männern, auf heterogene Kindheiten und Auslagerungen von Sorge, Erziehung und Betreuung aus dem häuslichen in den öffentlichen Bereich steht zunehmend der gesamte Prozess von Bildung, Betreuung und Erziehung auf dem Prüfstand und muss – unter Infragestellung eines tradierten Bildungsverständnisses, das Bildung mit schulischer Bildung bzw. formaler Bildung gleichgesetzt – „neu justiert werden, wenn nicht die soziale Vererbung von Bildung zu einem unverrückbaren Fundament der sozialen Spaltung werden soll“ (Rauschenbach 2008, S. 3). Der konservative Bildungsbegriff in der Tradition bildungstheoretischen Denkens seit dem Neuhumanismus einerseits und die Orientierung an leistungsorientierten kognitiven Kompetenzen andererseits ist hier zu überwinden zugunsten eines ganzheitlichen, subjektbezogenen wie bildungsbiografischen Ansatz, der sich auf die Gesamtpersönlichkeit bezieht und die Erweiterung der Lebenskompetenz und Handlungsfähigkeit im Blick hat – im Sinne eines Paradigmenwechsels, neben Orten und Prozessen formeller Bildung auch denen nicht-formeller und informeller Bildung einen wachsenden Stellenwert für die Lebensgestaltung und Zukunftschancen von Heranwachsenden zukommen zu lassen. Gelingende Bildung, die Lebenskompetenz für alle Bereiche zum Ziel hat, ist nicht bereits durch ein schlichtes Ineinandergreifen von formalen, non-formalen und informellen Bildungsanteilen ermöglicht.

In einem solchen erweiterten Bildungsbegriff ist die Frage der Trennlinie zwischen öffentlicher und privater Verantwortung für das gelingende Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen im Sinne gesellschaftlicher Teilhabe neu zu diskutieren: Die private und professionelle Sorgearbeit – im Verständnis von Care als Fürsorge, Umsorgen, Sorgetragen als ethischem Anspruch und zwischenmenschlicher Haltung, informell und professionell ausgeübter Fürsorgetätigkeit, informeller und professioneller sozialer Tätigkeit – und ihre Anerkennung als gesellschaftlicher Aufgabe erhalten hier einen neuen Zuschnitt als öffentliches Thema, insbesondere auch mit Blick auf neue Konturen von Geschlechterverhältnissen und Alltagsarrangements.

2. Ganztagsbildung und Sorge

Ein Ort, wo diesen Themen aktuell besondere Bedeutung zukommt, ist die Debatte um den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen, von denen Bildung und Betreuung als zentrale Leistungen erwartet werden. Debatten um Ganztagsschulen haben eine lange Tradition in Deutschland, entgegen einer Vielzahl anders lautender Annahmen (vgl. Ludwig 2005). Seit einiger Zeit wird das Thema, auch unter dem mit einem umfassenden konzeptionellen Bildungsanspruch verbundenen Begriff der „Ganztagsbildung“ mit Nachdruck verfolgt und ist quasi zu einer „diskurstragenden Begrifflichkeit“ geworden (Redaktion Widersprüche 2008, S. 3), im Sinne von Hoffnungen auf politische und kulturelle Reformen, im Verständnis heterogener Bewältigungsansätze im Problemfeld sozialer und kultureller Gerechtigkeit (vgl. Grasse/Ludwig/ Dietz 2006) und als Projektionsfolie für soziale Veränderungen im Rahmen mehr oder weniger vernetzter Institutionen aus dem Bildungs- und Sozialbereich. In der Entgegenstehung eines organisationsbezogenen Bildungsbegriffs geht die subjektorientierte Ganztagsbildung von der „Annahme einer Einheit von Ausbildung und Identitätsbildung im Kindes- und Jugendalter durch Qualifikation und Partizipation“ aus (Andresen 2005, S. 9).

Mein Zugang zu der Frage nach einer möglichen neuen „Ordnung der Sorge“ im Rahmen von Ganztagsbildung, im Sinne einer Verschiebung von Sorgetätigkeiten im Wechselspiel von öffentlicher und privater Sphäre und besonders einer zunehmenden Auslagerung von privater Sorgezeit für Kinder in einen öffentlichen Ganztagsbereich, entwickelte sich in einem aktuellen Forschungsvorhaben, das sich mit der Frage der Bedeutsamkeit von familialen Leitbildern und Geschlechterrollenstereotypen in Diskursen zur Kinder- und Jugendarmut in Deutschland, ihren Erscheinungsformungen und Funktionen für aktuelle Debatten über öffentliche und private Erziehung und Bildung

beschäftigt (vgl. Toppe 2009). Im Mittelpunkt des Projekts steht eine diskursanalytische Untersuchung der Familien-, Sozial- und Bildungsberichterstattung in Deutschland, die sich am genderperspektivisch erweiterten Lebenslagenansatz (Enders-Dragässer/Sellach 2002) in Verbindung mit dem Konzept von Teilhabe- und Verwirklichungschancen (Capability-Ansatz) von Amartya Sen und Martha Nussbaum orientiert. Angeregt wurde ich zu der Auseinandersetzung mit Norm(alis)ierungen von Familie (vgl. Foucault 1983) innerhalb von Armuts- und Familiendiskursen durch Ergebnisse eines Forschungsprojektes zu Wahrnehmungen und Deutungsmustern von Kinderarmut an Grundschulen, in dem Auswirkungen von Armut primär als Folge „unangepassten“ elterlichen Verhaltens gedeutet wurde und somit das Versagen der Familienerziehung, insbesondere der Mütter, eindringlich proklamiert wurde. Diese Diskurse um Armut und Schule rekurren auf dem normativen Leitbild der Normalfamilie mit ihren traditionellen Geschlechterarrangements.

Insofern berücksichtigt das Projekt insbesondere familiäre Leitbilder und Geschlechterstereotypen in der Analyse nationaler Konzeptionen sozialer Sicherung und berührt dabei die aktuellen Debatten der Ganztagsbildung sowie die Frage einer Neuverteilung von öffentlicher wie privater Sorge. Erste Ergebnisse in diesem Rahmen bilden die Basis dieses Beitrags, verbinden mit daran anknüpfenden Ergebnissen anderer Untersuchungen. Innerhalb der Thematisierung von Ganztagsbildung, so eine Forschungshypothese, entfaltet sich eine Dynamik sozialen Wandels im Spannungsfeld von tradierten Bildungsvorstellungen einerseits und Erziehungsräumen im Verständnis eines erweiterten sozialpädagogischen Bildungsbegriffs (vgl. Braun 2006) andererseits: Vor dem Hintergrund überlappender Lebenswelten zwischen Familien und schulischen Ganztagssettings gilt es, die Entgrenzung des Schulischen und das Eindringen in kindliche wie üblicherweise traditionell geschlechtlich sortierte familiäre Lebenswelten ebenso zu bewältigen wie die Verschiebung familialer, geschlechtsspezifischer Zuständigkeiten und Aufgaben von der Familie an die Schule.

Der nicht unumstrittene Begriff Ganztagsbildung hat sich inzwischen weitgehend etabliert als theoretisches Verständnis einer systematischen Zusammenführung von Familie, Schule und außerschulischen Institutionen wie der Jugendhilfe als bislang weitgehend unabhängig voneinander agierenden und dabei immer wieder innerhalb der Bildungsdebatte hierarchisierten gesellschaftlichen Bildungsorten (Coelen/ Otto 2008, S. 19ff.). Ganztagsbildung begreife ich in diesem Sinne als „Chiffre für einen gesellschaftstheoretisch fundierten Konzeptvorschlag, der Möglichkeiten zur Identitätsentwicklung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen u.a. in Jugendeinrichtungen und Schulen auf Basis der institutionellen Eigenheiten – und damit ihrer bildungsrelevanten Strukturprinzipien – im Rahmen einer räumlich begrenzten, regionalen oder lokalen Bildungslandschaft fasst“ (Ebd., S. 17). Ganztagsbil-

dung bildet hier nicht nur den Theorierahmen für die Organisationsform Ganztagschule, mit einer primär anvisierten zeitlichen oder fachlichen Bündelung von Lernerfahrungen, sondern stellt auch den Zugang zu subjektiven Handlungsbefähigungen und gelingenden Entfaltungen von Möglichkeitspotentialen von Kindern in heterogenen Bildungsprozessen in den Vordergrund. Dabei wird die Bildungsdebatte zwangsläufig zu einer Betreuungsdebatte, wobei der Begriff „Betreuung“ im Sinne von „care“ hier über eine zeitweilige Zuständigkeitsverlagerung von der Familie an öffentliches Personal hinausgeht und umfassender verstanden werden muss als dies in der landläufigen Ganztagschuldebatte üblich ist. „Betreuung im Sinne von *care* umfasst Zuwendung, Sorge um den Aufbau von Bindungen und persönlichen Beziehungen und in der Ganztagschule eben auch die individuelle Förderung der einzelnen Kinder und Jugendlichen. Betreuung ist somit weit mehr als nur ein verlässliches Angebot, wie es in der Tradition einer Bewahrpädagogik verstanden wird“ (BMFSFJ 2006, S. 13). Es handelt sich hier wesentlich um eine Neuverteilung von Sorgearbeit zwischen Familie, d.h. in der Regel den Müttern und Frauen, und öffentlichen Bildungs- und Betreuungsinstanzen.

3. Care und Ethik

Die Richtung, in der Care organisiert wird, sagt etwas über die vorherrschende Ethik einer Gesellschaft aus, sowohl in Bezug auf das Verständnis von Lebensinhalten und Lebensqualität, als auch bezüglich des Umgangs von Menschen miteinander und fokussiert damit insgesamt auch die Realisierung von Humanität. Care oder Fürsorge stellt damit eine Dimension gesellschaftlicher Lebensqualität dar, die im „Sorgen für die gemeinsame Welt“, wie Hannah Arendt es nannte (1993, S. 24), besteht, auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene, denn öffentliche demokratische Praxis wurzelt in der Erfahrung privater Bindungen. Das Konzept Care fungiert nicht zuletzt als gesellschaftskritischer Ansatz im Kontext der Analyse postindustrieller Wohlfahrtsstaaten und ihrer sozialen, ökonomischen und demografischen Herausforderungen. Maria Bitzan bezeichnet Care-Arbeit in diesem Zusammenhang auch als „Scharnier zwischen Öffentlichkeit und Privatheit (...), das je nach gesellschaftlichem Bedarf flexibel eingestellt wird“ (Bitzan 2002, S. 32).

Ziel dieses Beitrags ist es, einer möglichen aktuellen Neujustierung dieses Scharniers zwischen Öffentlichkeit und Privatheit und der möglichen Etablierung bzw. Ausgestaltung einer neuen „Ordnung der Sorge“ im Rahmen von Ganztagsbildung nachzuspüren, verbunden mit einer veränderten privaten und öffentlichen Aufgabenverteilung des „Sorgens“, einer Verschiebung traditioneller Geschlechter- und Generationenarrangements und einer spezifi-

schen Professionalisierung der Sorgearbeit. Die Care-Ethik bietet sich in diesem Rahmen als spezifisches und gleichzeitig kritisch zu reflektierendes moraltheoretisches Reflexions-Instrumentarium an (Gilligan 1982), um besonders die Geschlechterdimension in die Betrachtung von Ganztagsbildung und Sorge zu integrieren. Das Anliegen der Care-Ethik ist, nach Ruth Großmaß unter Bezugnahme auf Gilligan, die Beschreibung einer „Moral des fürsorglichen Blicks auf Andere und des Ernstnehmens von Eingebundensein in Beziehungen“ (Großmaß 2006, S. 322). Dies impliziert die Sichtbarmachung des Verhältnisses von privaten Sorgetätigkeiten und öffentlichen Dienstleistungen sowie des Zusammenhangs zwischen Sorgetätigkeiten und Bürgerrechten (vgl. Brückner 2003, S. 162). Die Care-Ethik geht hier von asymmetrischen Beziehungen aus und verlangt stets auch die Besonderheiten des Anderen im Blick zu behalten. Care-Ethik bezieht sich dabei nicht nur auf die professionelle Hilfeleistung, sondern auch auf die alltäglichen Formen des Caring. Die Differenzen zwischen beiden Formen des Helfens werden nicht geleugnet, sie lassen sich aber innerhalb derselben Kategorien – Wahrnehmung des Hilfebedarfs, Verantwortungsübernahme, helfende Interaktion, Resonanz – thematisieren. Die professionelle (Für-)Sorge verfügt über eine die alltägliche Hilfe überschreitende Handlungs- und Fachkompetenz, aus der sich auch besondere Verantwortlichkeiten ergeben.

4. Care im Zusammenhang von Gesellschaft und einem veränderten Bildungsverständnis

Die vermeintlich weichen Themen „Geschlecht bzw. Gender“ und „Alltag“ haben, so Karin Jurczyk, einen harten Kern, nämlich „die Teilung von Arbeit und damit auch von Status, Macht und Anerkennung sowie die Verfügung über Geld, Zeit und Raum“ (Jurczyk 2007, S. 159). Diese Teilungen bilden wesentliche Dimensionen gesellschaftlicher Strukturen, „die sich entlang der Kategorien Geschlecht, Ethnie und Klasse bzw. Schicht ausdifferenzieren“ und damit entscheidend die Qualität alltäglichen Lebens von Frauen und Männern, Kindern und Jugendlichen in den öffentlichen und privaten Bereichen bestimmen. Dabei steht mit der steigenden Erwerbsintegration von Frauen nicht nur die Frage auf der Agenda, wer Hausarbeit und Fürsorgearbeit übernimmt und welche wohlfahrtsstaatlichen und institutionellen Arrangements sich derzeit entwickeln bzw. denkbar oder erforderlich sind, sondern auch, welche bislang privat erbrachten Versorgungs-, Betreuungs- und Bildungsleistungen ersetzt, ergänzt oder verlagert und damit möglicherweise anders bewertet werden.

Vor dem Hintergrund einer einseitigen Betonung notwendiger Qualifika-

tionserfordernisse von Arbeitskräften in einer sich globalisierenden Wirtschaft und einem verkürzten Verständnis der sogenannten Wissensgesellschaft, das Bildungsprozesse auf Informationsmanagement reduziert, zählt unter dem Gesichtspunkt ihrer Zweckmäßigkeit und Verwertbarkeit bei den Bildungsleistungen die nicht-formelle Bildung deutlich weniger als formelle Bildung. Dass „in Lohnarbeitsverhältnissen geregelte Arbeit mehr zählt als Beschäftigungen, dass Produktion mehr zählt als Reproduktion, herstellende Arbeit mehr als Fürsorge, Pflege und Care“ sind nach Hans Thiersch „Ungleichgewichtigkeiten, die ebenso auf das Verständnis unserer Gesellschaft als Produktionsgesellschaft zurückgehen wie auf jene patriarchalen Gesellschaftsmuster, nach denen traditionell weibliche Aufgaben nachrangig gehandelt werden“ (Thiersch 2002, S. 70). Wurde die Solidarität zwischen den Generationen in der Industriegesellschaft im Wesentlichen lange dadurch aufrechterhalten, dass die Fürsorge für andere auf die Hausfrau und Mutter konzentriert war, während sich der Vater und Haupternährer voll seinem Beruf hingeben konnte, ist nach Hans Bertram dieses traditionelle Modell „an den Erfordernissen der Wissensgesellschaft zerbrochen, weil diese sich im globalen Wettbewerb bewähren muss, und dafür die Kompetenzen und das Humanvermögen aller Gesellschaftsmitglieder unabhängig von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit und Alter benötigt“ (Bertram 2005, S. 3). Dabei scheint Bertrams Schlussfolgerung, eine eindeutige Zuordnung zur Geschlechterrolle sei in solchen Gesellschaften nicht mehr aufrechtzuerhalten, mit Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten zumindest zweifelhaft (vgl. Macha 2006): So sind die Interaktionen zwischen öffentlichen und privaten Bereichen nach wie vor durch eine wirksame geschlechtshierarchische Arbeitsteilung gekennzeichnet, bei der – trotz faktischer Variationen – private Care-Leistungen (materieller, emotionaler und kognitiver Art) immer noch weitgehend in der Hand von Frauen liegen und im Bereich der Erwerbsarbeit Männer dominieren – nicht nur quantitativ, sondern vor allem hinsichtlich ihrer Aufstiegschancen. Sowohl der Erwerbs- als auch der Bildungsbereich basiert auf entsprechenden Normalitätsannahmen im Hinblick auf Arbeitsteilung, Formen privaten familialen Lebens und die Lebensführung von Männern und Frauen. Die Forschungslage zeigt jedoch, dass immer noch wirksame Normalitätsannahmen durch eine erhebliche faktische Diversität von Lebensformen und Lebensführungen konterkariert werden und so zu Reibungsverlusten und neuen Anforderungen beitragen.

Der gegenwärtige, in sich widersprüchliche soziale Wandel, der sich als „doppelte Entgrenzung“ von Erwerbsarbeit und Familie – beide durchzogen von einer partiellen Entgrenzung der Geschlechterverhältnisse – beschreiben lässt, stellt besonders die Erbringung verlässlicher Sorgearbeit in Familien vor neue Herausforderungen. So zeigen empirische Untersuchungen über den Familienalltag, dass familiäre Arbeit unter diesen Bedingungen oftmals „am Limit“ erbracht und zunehmend prekär wird. Ausgangspunkt ist, dass die Ge-

schlechterverhältnisse sich auf heterogene und widersprüchliche Weise modernisiert haben. Diese Widersprüchlichkeiten und Heterogenitäten der Geschlechterverhältnisse betreffen institutionelle Rahmungen, alltägliche Praktiken, Einstellungen und kulturelle Leitbilder. Die Entgrenzung im erwerbstätigen und familiären Leben spiegelt sich mit Blick auf die Geschlechterrollen vor allem in Veränderungen der kulturellen Leitbilder und Einstellungen wider: „Nicht nur die „natürliche Ordnung“ der Geschlechter wird aufgeweicht, auch ein „modernes“ Rollenverständnis gewinnt an Bedeutung. Durch die steigende Berufsorientierung von Müttern verändert sich das Bild der „guten“ Mutter, und ähnlich wandelt sich das Leitbild der Väterlichkeit von dem „Haupternährer“ zum „aktiven Vater“. Das sich verbreitende Zweiverdienermodell (adult worker model) für beide Geschlechter fordert potenziell eine Integration von Fürsorgearbeit auch in den Lebensverlauf von Männern“ (Jurczyk/ Oechsle 2006, S. 13). Doch auch wenn sich Paarbeziehungen durch Angleichung der Bildungschancen und eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen verändert haben, so bleibt das Problem, dass fürsorgliche Arbeit in der Familie von Gesellschaft und Individuen gering geschätzt wird.

Was bedeutet in diesem Zusammenhang die seit dem 11. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2002) viel beschworene gemeinsame öffentliche und private Verantwortung für die Erziehung, Betreuung und Bildung von Kindern, wenn wir mit Ilona Ostner davon ausgehen, dass Europa generell Abschied nimmt vom „full-time-mothering“ und eine Erosion des staatlich gestützten Maternalismus stattfindet (Ostner 2009)? Löst die Ganztagsbildung zumindest ein Stück weit die Tücken der Anerkennung für Care Work, indem sie für Bildung und Betreuung zuständig ist? Die Ganztagsbildung zielt auf Bildungsprozesse, die klar über tradierte Vorstellungen schulischer Bildung hinausgehen. Wenn Bildung ganzheitlich angelegt sein und die Bildungsmodalitäten ineinander greifen sollen, sind Verbindungslinien in Form von personellen und strukturellen Verknüpfungen zwischen den Bildungsorten und Lernwelten für Kinder und Jugendliche nötig. Eine so verstandene Ganztagsbildung bedeutet, dass sich die grundlegenden Erziehungs-, Lern- und Bildungsorte im Sinne konkreter Kooperationen von Familie, Jugendhilfe und Schule produktiv aufeinander beziehen. Erforderlich ist hier die Verständigung über ein diesbezüglich verbindendes Bildungsverständnis.

Bildung, in Deutschland traditionell primär mit schulischem Lernen gleichgesetzt, erhielt seine Plausibilität bislang durch die Annahme eines (potenziell ohne Brüche) verlaufenden Normalarbeitslebenslaufs. Aktuell steht eine subjektbezogene, bildungsbiografische Perspektive im Mittelpunkt bildungspolitischer Diskussionen und Reformen, ohne dabei unbedingt institutionelle Voraussetzungen und Gegebenheiten außer Acht zu lassen. Wichtige Aspekte eines in diesem Sinne erweiterten Bildungsbegriffs sind: Bildung als Selbstkonstitution des Subjekts durch Aneignung von Wirklichkeit, Selbstbestimmung und Mitverantwortung – damit erfährt der Zusammenhang von Bil-

dung und Lebensführung bzw. von Bildung und Lebenskompetenz sowie der Blick auf die sozialen Bedingungen von Bildung (vgl. Mack 2009, S. 299) erhöhte Aufmerksamkeit. Wenn Bildung verstanden wird als Prozess der aktiven Aneignung von Welt durch das sich bildende Subjekt und mitgedacht wird, dass Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen „abhängig sind von den sozialen Verhältnissen, in denen sie aufwachsen, und dem öffentlichen Angebot an Bildung und deren Qualität“, drängt sich die Frage auf, „wie ein Zusammenspiel von Bildungsorten und Lernwelten so gestaltet werden kann, dass es alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihren sozialen Verhältnissen und den regional unterschiedlichen Bedingungen des öffentlichen Angebots – bestmöglich fördert“ (Ebd., S. 302).

5. Ganztagsbildung, Familienbilder und Geschlechtertypisierungen

Mehr und mehr versteht sich die Institution Schule inzwischen als Lern- und Lebensort und fängt an, „Schüler und Schülerinnen nicht nur als Lernende zu sehen, sondern auch in ihren anderen lebensweltlichen Bezügen ernst zu nehmen“ (Böllert 2008, S. 22). Dies geschieht besonders als Reaktion auf vielschichtige strukturelle Kritik im Hinblick auf die schulische Reproduktion sozialer Ungleichheit und vor dem Hintergrund der Wandlungsprozesse von Familie. Auf dem Weg von der Unterrichtsschule zu einem „Haus des Lernens und Lebens“, in gegenwärtigen Konzeptionen von Schule als umfassende (und auch sorgende) Lebenswelt verstanden, geht es um die Frage nach dem (Mischungs-)Verhältnis einer der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen förderlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Die Konjunktur der Ganztagsdebatten spiegelt sich in diesem Zusammenhang in einer wachsenden Zahl von wissenschaftlichen Abhandlungen und Projekten wider, in denen die Modelle zur Ganztagschule aus unterschiedlichen Perspektiven weiterentwickelt werden: Als Reaktion auf die negativen Ergebnisse der internationalen Leistungstests im Sinne einer Rückgewinnung des internationalen Ansehens des deutschen Bildungssystems oder auch im Interesse eines „Nachholens“ internationaler Selbstverständlichkeiten standen lange bildungspolitische Perspektiven im Vordergrund, die Ganztagschule als historisch gewachsene und dadurch nicht mehr sonderlich zu begründende Normalform von Schule umfassen. Inzwischen haben sozial- und arbeitsmarktpolitische Begründungsstrategien für einen Ausbau ganztägiger schulischer Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsformen an Bedeutung gewonnen, und im weiterführenden Verständnis von „Ganztagsbildung“ wird die Ganztagschule als Schlüsselbegriff in der gegenwärtigen Bildungsdebatte mit einer Reihe von Hoffnungen zur

Lösung gesamtgesellschaftlicher Problemstellungen verbunden (Bock u.a. 2006), die neben Leistungssteigerungen an Schulen besonders die schulische Reproduktion sozialer Ungleichheit (Krais 2003) und die Wandlungsprozesse von Kindheit und Familie (Richter 2008) im Blick haben. Insbesondere die zunehmende Erwerbsorientierung von Müttern, aber auch die Verbreitung von Ein-Eltern-Haushalten führt zu einem höheren Bedarf an ganztägigen Betreuungsangeboten und verschärft den Konflikt um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Vorherrschend sind derzeit zwei sozialpolitische Legitimationszugänge in den Ganztagsdiskursen:

1. Zum einen wird das Angebot längerer Betreuungszeiten bzw. eine Sicherstellung der Betreuung von Kindern vor und nach dem Unterricht als unbedingt notwendig erachtet, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erhöhen bzw. den Müttern eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, die über eine Beschäftigung von wenigen Stunden am Tag hinausgeht. Der aufgrund gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen in Familien und Wirtschaft konstatierte gestiegene Bedarf an Betreuung kann so in Verbindung mit Bildungsambitionen sinnvoll gedeckt werden. Durch die Ermöglichung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit wird zusätzlich zum gleichberechtigten Zugang von Frauen zum Erwerbsarbeitsmarkt die Erhöhung des Haushaltseinkommens von Familien und damit wiederum der Abbau familialer Armut angestrebt. Letztendlich sollen hier im Sinne einer Modernisierung von Familienpolitik sowie neuer „time politics“ und „time policies“ im Hinblick auf Kinderpflege und Erziehung zusätzlich biopolitische Hoffnungen erfüllt werden im Sinne einer Sicherung des Humankapitals durch eine Steigerung der Geburtenzahlen (Hagemann 2006). Mit der Einrichtung von Ganztagssschulen wird so auf Veränderungen der ökonomischen Strukturen und des generativen Verhalten der Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten reagiert. Helga Zeiher weist in diesem Zusammenhang auf die Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Zeit hin und macht deutlich, dass die Zeit, die Erwachsene in der Familie für die Arbeit an und mit Kindern einsetzen, davon abhängig ist, „welche Ansprüche die (übrige) Arbeitswelt an ihre Zeit stellt (Zeiher 2005, S. 202).

2. Zum anderen geht es wesentlich darum, mit der Einrichtung von Ganztagssschulen soziale Folgen von Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und auf Veränderungen der soziokulturellen Bedingungen des Aufwachsens von Kindern zu reagieren, die als „Effekt spezieller familiärer Milieus entstehen“ (Kolbe/Reh 2009, S. 40). In sozialpolitischer Hinsicht sollen hier die kognitiven Anregungsdefizite bildungsferner Milieus mit dem Ziel größerer Bildungsgerechtigkeit und geringerer Armutsrisiken ausgeglichen und Familien durch die Gestaltung entsprechender Lernprozesse und Umgebungen entlastet werden. Fritz-Ulrich Kolbe und andere beziehen sich hier auf die Ganztags-schule als einer Art Ersatzfamilie, „in der Schule zum Ersatz eines ganzheitli-

chen basalen Sozialisationsraums der Familie wird oder in der Schule zumindest Defizite eines anregungsarmen familiären Bildungsmilieus durch das Angebot eines anderen Lernens (...) kompensiert werden sollen“ (Kolbe u.a. 2009, S. 16). Ganztagschule steht hier für eine Kompensation elterlicher bzw. besonders mütterlicher Erziehungsdefizite und für die Ermöglichung einer „besseren“ Erziehung, verknüpft mit offener oder versteckter Abwertung von Familien und besonders Müttern. Betreuung wird in Deutschland häufig immer noch im Sinne des Subsidiaritätsprinzips gesehen. „Die Notwendigkeit einer nicht familiären Betreuung ergibt sich nur in den Fällen, in denen die Familie ‚versagt‘“ (Deckert-Peaceman 2008, S. 57). Zum Ausgleich erzieherischer und emotionaler Defizite in den Familien wird die Ganztagschule von Bildungs- und Sozialpolitik einerseits als sorgende, bisher übliche sozialisatorisch bedeutsame Grenzen überschreitende „Gegenwelt“ entworfen, andererseits konstruiert man sie „als ein pädagogisch gestaltetes und sinnvolles Freizeitangebot, das den Kindern ermöglicht, auch nachmittags etwas zu lernen und Defizite eines anregungsarmen familiären Bildungsmilieus auszugleichen“ (Kolbe/ Reh 2008, S. 44).

Die in diesen Gestaltungsprozessen anklingenden Familienleitbilder und Geschlechtertypisierungen haben Einfluss auf die Familien- und Sozialpolitik, und umgekehrt, und können so letztendlich zu der grundlegenden Frage der öffentlichen und privaten Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern führen. So lässt der sogenannte „PISA-Schock“ die politische und wissenschaftliche Diskussion für einen verstärkten Ausbau einer ‚vergesellschafteten Kindheit‘ plädieren, bei dem Debatten um die Probleme ‚berufstätiger Eltern‘ konkret zu einem verstärkten Ausbau von Ganztagschulen geführt haben. Parallel dazu führt die zunehmende Brüchigkeit wohlfahrtsstaatlicher Hilfs- und Unterstützungsleistungen allgemein zu einer Verschiebung gesellschaftlicher Anforderungen ins Private und zu einer mehr oder weniger offen programmatisch verankerten (Re-)Formulierung der Kompensation sozialer Risiken durch die Familie. Ohne die Familie und die aus ihr erwachsenen Kompetenzen und Aktivitäten, oder um mit Foucault zu sprechen, ohne das Verständnis von Familie als ‚Relais moderner Regierungsformen‘ (Foucault 2007), scheint der (Sozial-)Staat nach wie vor allein dazustehen. „Familie soll das bringen und ersetzen, was im gesellschaftlichen Leben nicht (mehr) erreichbar scheint: Soziale Bindung und sozialen Rückhalt, Gegenseitigkeit und existenzielles Vertrauen“ (Böhnisch 2002, S. 112). Dabei zeigen die Gegenwart sowie die Geschichte in Deutschland, dass hier Normalitätsunterstellungen und -konstrukte im Bereich von Familie und Elternrollen eine Bedeutung haben, mit einem erkennbaren Trend zur Individualisierung von Familie und zur Moralisierung familiärer Beziehungen sowie ideologisch untersetzten Verengungen der Debatten insbesondere um Mutterschaft. Vor dem Hintergrund der viel beschworenen Heterogenität familialer Lebensarrangements und einer damit verbundenen propagierten Vervielfältigung von Problemla-

gen haben wir es so auf der einen Seite mit dem Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Garantien und der politisch geforderten Verantwortlichkeit von Familien für die aktive eigene Risikoabsicherung zu tun, und auf der anderen Seite beobachten wir einen Paradigmenwechsel in der Bildungsdiskussion, in welchem Orten und Prozessen formeller Bildung gemeinsam mit denen nicht-formeller und informeller Bildung – in Form von Ganztagsbildung – ein entsprechender Stellenwert für die Lebensgestaltung und Zukunftschancen von Kindern zugesprochen wird.

6. Care-Ethik, Ganztagsbildung und die Geschlechterfrage

Mit dem zeitlich erweiterten Bildungs- und Betreuungsangebot werden in ganztägigen Bildungsarrangements Reproduktionsleistungen, die bisher traditionell den Familien bzw. den Müttern zugeschrieben wurden, stärker öffentlich institutionalisiert und verantwortet. Besonders für die Lebensentwürfe von Frauen erhält die Auslagerung von Sorge / Care im Spannungsfeld von Privatheit und Öffentlichkeit eine spezifische Dynamik. Zuständigkeiten für Aufmerksamkeit, Fürsorge, Verantwortung und Kompetenz im Sinne einer Care-Ethik werden stärker an öffentlich verantwortete Bildungsorte delegiert, gesellschaftliche Teilhabe verändert sich dadurch, zumindest vom Konzept her, mit einer besonderen Öffnung des Optionsrahmens für Frauen hinsichtlich ihrer privaten Lebensführung und ihrer beruflichen Möglichkeiten. Zusätzlich will die Ganztagsbildung die Bildungsleistungen von Schule, Familie, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gleichaltrigengruppe so bündeln, verknüpfen und aufeinander beziehen, dass etwaige Benachteiligungen aufgrund sozialer Herkunft ausgeglichen werden können. Über die Verantwortungskategorie, über Fairness-Kriterien und mit dem spezifischen Blick auf Ganztagsbildung als „Chance für Kinder aus belasteten Familien“ ist Care besonders mit Gerechtigkeitsüberlegungen und Fragen sozialer Verantwortlichkeit sowie der Anerkennung von Sorgetätigkeiten (vgl. Fraser 2001) im Bildungssystem verbunden. Politisch wie sozial ist es mit Blick auf die Vielfalt von Gerechtigkeits- und Fürsorgeansprüchen von Sorgeleistenden wie Sorgebeanspruchenden notwendig, einen „welfare mix“ zwischen staatlichen, marktwirtschaftlichen, gemeinnützigen und familialen Akteurinnen und Akteuren auszuhandeln. Nach Margrit Brückner gehören dazu „die Freiheit, Sorgeaufgaben zu übernehmen oder nicht zu übernehmen, sowie die Entscheidungsfreiheit, private oder professionelle Sorge zu beanspruchen, respektive Mischformen auszuhandeln“ (Brückner 2004, S. 15). Kritisch in den Blick zu nehmen sind hier die geschlechtshierarchischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse, die

durch die Zeitpolitik eines spezifischen Sozial-, Betreuungs- und Bildungssystems produziert werden.

Was die „Anwendungsfelder“ von Fürsorge oder Sorgearbeit betrifft, unterscheidet Nel Noddings, nicht ohne Hinweis auf den Konflikt zwischen Gerechtigkeit und Fürsorglichkeit, im Bereich Erziehung und Schule zwischen direkter Fürsorge und fürsorglichem Verhalten bzw. Fürsorgeauftrag, wobei letzteres nicht unbedingt eine fürsorgliche Beziehung mit einschließt (Noddings 2009, S. 107). In der Verknüpfung von Fürsorgetheorie und Erziehung fragt sie danach, was es heißt, „ein fürsorglicher Lehrer oder eine fürsorgliche Lehrerin zu sein?“ (Ebd., S. 112) Sie stellt hier den Beziehungscharakter von Fürsorglichkeit in den Mittelpunkt, der besondere Aufmerksamkeit und Sensibilität für die Bereitstellung eines förderlichen Milieus in schulischen Situationen erfordert, in dem Fürsorglichkeit gedeihen kann: „Fürsorglichkeit erfordert Kompetenz“, stellt sie kurz und knapp fest, und „der Aufmerksamkeit, die sie voraussetzt, muss ein wirksames Handeln folgen“ (Ebd., S. 113). Die Herstellung fürsorglicher Beziehungen in Schulen durch Lehrkräfte entsteht als Reaktion auf ein „breites Spektrum der von Schülerinnen und Schülern artikulierten Bedürfnisse, einschließlich intellektueller Bedürfnisse nach kritischem Denken“ (Ebd.). Sie problematisiert, dass fürsorgliche Lehrerinnen und Lehrer es auch mit Identitätsproblemen in Bezug auf Rasse, Geschlecht und Sexualität zu tun haben, „aber sie leiten Bedürfnisse für ihre Schüler und Schülerinnen nicht vollständig aus einer solchen Identität ab; sie müssen auf die artikulierten Bedürfnisse hören“ (Ebd.). Sorgende und Sorgeempfangende müssen die Sorgebeziehung mit ihren Dimensionen von Macht und Ohnmacht, Abhängigkeit und Unabhängigkeit aushalten können. Solche Sorgebeziehungen setzen sensibilisierende Handlungsrahmungen voraus, die auf Kompetenzen und Empathiefähigkeit beruhen und Fachkenntnisse sowie lebensweltliche Fertigkeiten einschließen.

Sorgen, Dasein für andere und mit anderen ist traditionellerweise eine weibliche, private und vorwiegend als Belastung thematisierte Aufgabe, wobei über die Randbedingungen des Sorgens in der Regel anderswo entschieden wird. Auch wenn die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen und die Vervielfältigung der Formen des Zusammenlebens zwischen den Geschlechtern und Generationen zu einem gewandelten Familienleitbild in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie (adult worker model) geführt hat, lastet der größte Teil häuslicher Sorge weiterhin auf den Frauen. Es fehlt eine „public culture of care“ (Hochschild 1995) im Sinne einer gleichberechtigten öffentlichen Anerkennung weiblich konnotierter Sorgetätigkeit, welche – geschlechtsunabhängig – private, zivilgesellschaftliche und sozialstaatliche Sorge in Beziehung setzt, zwischenmenschliche Angewiesenheit sowie die Organisation von Fürsorglichkeit anerkennt und die Geschlechtsgebundenheit von Sorgearbeit sowie ihre untergeordnete Stellung gegenüber den dominieren-

den, männlich konnotierten Autonomievorstellungen auflöst. Ganztagsbildung beinhaltet die Möglichkeit einer öffentlichen Kultur des Sorgens, die im Rahmen eines vorsorgenden Wohlfahrtsregimes und aufeinander abgestimmter Formen privater und öffentlicher Sorge „der Vielfalt der Lebensformen und den unterschiedlichen Wünschen im Spannungsfeld von Fürsorge und Selbständigkeit Rechnung trägt“ (Brückner 2009, S. 39). Ganztagsbildung kann so dazu beitragen, die mangelnde sozial- und bildungspolitische Absicherung von Familienarbeit leistenden Frauen und die fehlende gleichberechtigte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern zu ersetzen, ohne allerdings grundlegend geschlechtshierarchische Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse im Rahmen eines spezifischen gesellschaftlichen Sozial-, Betreuungs- und Bildungssystem in Frage zu stellen. Die Notwendigkeit geschlechterdemokratischer Leitbilder, die die Fähigkeit zur „generativen Sorge als geschlechterübergreifende Gemeinschaftsaufgabe“ (Ebd., S. 40) transportieren, in Familien wie in öffentlichen Erziehungs- und Bildungsinstitutionen, wird dadurch nicht abgelöst.

7. Eine neue Ordnung der Sorge im Rahmen von Ganztagsbildung?

„Die traditionelle Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre muss neu gefasst werden“, fordert Margrit Brückner mit Blick auf die Notwendigkeit einer geschlechterdemokratischen Verzahnung beider Sphären (ebd., S. 46). Aus dem Blickwinkel internationaler Publikationen erscheint die Diskussion in Deutschland um Kinderbetreuung und -erziehung außerhalb der Familie oder um die Länge der Schulzeit stark ideologisiert. Traditionalisten halten unter der immer wieder bevorzugt angebrachten Berufung auf die These einer besonderen Bindung zwischen Mutter und Kind am Vorrang der mütterlichen Betreuung und an der Begrenzung des Unterrichts auf den Vormittag fest und scheuen auch nicht vor Appellen an die Schuldgefühle von Müttern zurück, um sie in ihren Karriere- oder Jobbestrebungen zu verunsichern. „Dagegen plädieren progressive Pädagogen aufgrund der Resultate neuer Studien für die positiven Effekte einer guten Kinderbetreuung und die Verlängerung der Schulzeit auf den ganzen Tag, um jungen Frauen weitere Berufstätigkeit zu ermöglichen“ (Jarausch/ Allemann-Ghionda 2008).

Was vor diesem Hintergrund die Ganztagsbildung betrifft, so ist hier durchaus von Chancen einer neuen Ordnung der Sorge zu sprechen: Es soll ein neues, für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen förderliches Mischungsverhältnis von Bildung, Betreuung und Erziehung erreicht werden. Als bildungspolitische Hoffnungen stehen dahinter der Wunsch nach indivi-

duellen, besseren Förderungsmöglichkeiten schwächerer und leistungsstärkerer Schüler/innen (Stichwort „Mehr Zeit zum Lernen“), die kompensatorische Funktion und Aufgabe institutioneller Erziehung bei mangelnden Bildungskompetenzen der Eltern, reformpädagogische Zugänge unter dem Stichwort „Schule als Lebensraum“ bzw. „Lebensgemeinschaftsschule“ und die Verstärkung sozialen Lernens durch außerunterrichtliche Veranstaltungen, AGs, Projekte usw. Die Ganztagschule im spezifischen Verständnis von Ganztagsbildung erscheint hier als „neuer“ Ort in den vielfältigen Reaktionen auf den Wandel im Zusammenleben der Generationen und der Geschlechter und für den – gelingenden – Umgang mit zwischenmenschlichen Sorgetätigkeiten, im Sinne einer Konzeptualisierung von Care als gerechte und fürsorgliche Organisation des Sorgens. Hier liegt eine Möglichkeit vor, Care zu einem öffentlichen Thema zu machen, die gesellschaftliche Bedeutung von Care Tätigkeiten aufzuzeigen und die Anerkennung von Care als gesellschaftlich zu berücksichtigende Aufgabe einzufordern. Sorgen hat so zumindest die konzeptionelle Chance, von Geschlechtszuweisung befreit zu werden und Anerkennung im Sinne von Sorgetätigkeit als Arbeit und als sozialer Beitrag zu erfahren. Der Spannungsbogen von Sorge als Frage der Macht und der Gerechtigkeit, neben Fragen der Kompetenz und des Vertrauens, bleibt dabei bestehen, ebenso das Ungleichgewicht zwischen der Verantwortlichkeit einerseits und der Macht andererseits über die Rahmenbedingungen.

Literatur

- Andresen, Sabine (2005): Bildung vor neuen Herausforderungen in Ganztagsystemen. In: *Sozialextra* 9/2005, Wiesbaden, S. 6-10
- Arendt, Hannah (1993): Was ist Politik? Fragmente aus ihrem Nachlass. Hrsg. von Ursula Ludz, München
- Bertram, Hans (2005): Nachhaltige Familienpolitik, “Care” und kindliche Entwicklung. Impulspapier zur Initiative Lokale Bündnisse für Familie. August 2005
- Bitzan, Maria (2002): Sozialpolitische Ver- und Entdeckungen. Geschlechterkonflikte und Soziale Arbeit. In: *Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, Heft 84, 22. Jg., S. 27-42
- Bock, Karin/ Andresen, Sabine/ Otto, Hans-Uwe (2006): Zeitgemäße Bildungstheorie und zukunftsfähige Bildungspolitik. Ein „Netzwerk Bildung“ als Antwort der Kinder- und Jugendhilfe. In: Otto, Hans-Uwe/ Oelkers, Jürgen (Hrsg.): *Zeitgemäße Bildung. Herausforderung für Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik*, München, Basel, S. 332-347
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2002): 11. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation von Kindern und die Leistungen der Kinderhilfen in Deutschland, Bonn

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2005). Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht – Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, Bonn
- Böhnisch, Lothar (2002): Sozialpädagogik der Lebensalter, Weinheim
- Böhnisch, Lothar/ Schröer, Wolfgang (2001): Pädagogik und Arbeitsgesellschaft, Weinheim
- Böllert, Karin (2008): Bildung ist mehr als Schule – Zum kooperativen Bildungsauftrag von Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe. In: Böllert, Karin (Hrsg.): Von der Delegation zur Kooperation. Bildung in Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden, S. 7-31
- Braun, Karl-Heinz (2006): Bildungshorizont und Erziehungsräume von Gestaltungsbildung, Umriss eines nachhaltigen Reformkonzeptes für die Zweite Moderne. In: Wetzel, Konstanze (Hrsg.): Ganztagsbildung – eine europäische Debatte: Impulse für die Bildungsreform in Österreich, Wien, S. 161-186
- Brückner, Margrit (2003): Care. Der gesellschaftliche Umgang mit zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Sorgetätigkeiten. In: neue praxis 33. Jg., S. 162–171
- Brückner, Margrit (2004): Der gesellschaftliche Umgang mit menschlicher Hilfsbedürftigkeit. Fürsorge und Pflege in westlichen Wohlfahrtsregimen. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Heft 2 (2004), S.- 7-23
- Brückner, Margrit (2009): Die Sorge um die Familie – Care im Kontext Sozialer Arbeit und öffentlicher Wohlfahrt. In: Beckmann, Christian u.a. (Hrsg.): Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. Neue Praxis Sonderheft 9. Lahnstein, S. 39-48
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen u. Jugend (2006): Ganztagschule - eine Chance für Familien: Kurzfassung des Gutachtens des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Bonn
- Coelen, Thomas (2002): „Ganztagsbildung“ – Ausbildung und Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen durch die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendeinrichtungen. In: Neue Praxis, 2002, Heft 1, S. 53-66
- Coelen, Thomas/ Otto, Hans-Uwe (2008): Zur Grundlegung eines neuen Bildungsverständnisses. In: Dies. (Hrsg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung. Das Handbuch, Wiesbaden, S. 17-25
- Deckert-Peaceman, Heike (2008): Mehr Zeit in der Schule. Aktuelle Reformbaustellen der Grundschule in ihrer Auswirkung auf Institutionen und Kindheit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 110 / Dezember 2008, Bielefeld, S. 55-66.
- Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2001): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen
- Enders-Dragässer, Uta/ Sellach, Brigitte (2002): Weibliche "Lebenslagen" und Armut am Beispiel von allein erziehenden Frauen. In: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald

- (Hrsg.): Weibliche Lebenslagen und soziale Benachteiligung. Frankfurt/New York, S. 18-44
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit, Frankfurt/Main
- Foucault, Michel (2007): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Nachdruck, Frankfurt a. M.
- Fraser, Nancy (2001): Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt a. M.
- Gilligan, Carol (2002): In a different voice. Psychological Theory and Women's Development. Massachusetts
- Grasse, Alexander/ Dietz, Berthold, Ludwig, Carmen (2006): Soziale Gerechtigkeit: Reformpolitik am Scheideweg, Wiesbaden
- Großmaß, Ruth (2006): Die Bedeutung der Care-Ethik für die Soziale Arbeit. In: Dungs, Susanne/ Gerber, Uwe/ Schmidt, Heinz/ Zitt, Renate (Hrsg.): Soziale Arbeit und Ethik im 21. Jahrhundert, Leipzig, S. 319-328
- Hagemann, Karin (2006): Between Ideology and Economy: The „Time Politics“ of Child Care and Public Education in the Two Germanys. In: Social Politics 13, no. 1, S. 217-260
- Hochschild, Arlie Russell (1995): The Culture of Politics: Traditional, Postmodern, Cold-modern and Warm-modern Ideals of Care. In: Social Politics, Vol.2, 3, S. 331-346
- Jarusch, Konrad H./ Allemann-Ghionda, Cristina (2008): Die Zeitpolitik der Kinderbetreuung und Grundschulziehung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Nr. 23/ 2008, Thema: Vor- und Grundschule
- Jurczyk, Karin (2007): Geschlechterverhältnisse und Alltagsarrangements – Neue Konturen der Teilung von Zeit und Arbeit. In: Mückenberger, Ulrich/ Timpf, Siegfried (Hrsg.): Zukünfte der europäischen Stadt: Geschlechterverhältnisse und Alltagsarrangements — Neue Konturen der Teilung von Zeit und Arbeit, Wiesbaden, S. 159-213
- Jurczyk, Karin/ Oechsle, Mechtild (2006): Das Private neu denken. Umbrüche, Diskurse, offene Fragen. In: ZiF-Mitteilungen 4-2006, S. 7-18
- Kolbe, Fritz-Ulrich/ Reh, Sabine (2008): Der Erfolg der Ganztagschule – reformpädagogische Ideen, pädagogische Praktiken der Individualisierung und politische Konstellationen. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 110 / Dezember 2008, Bielefeld, S. 39-54
- Kolbe, Fritz-Ulrich/ Reh, Sabine/ Idel, Till-Sebastian/ Fritzsche, Bettina/ Rabenstein, Kerstin (2009): Ganztagschule als symbolische Konstruktion – Analysen und Falldarstellungen aus schultheoretischer Perspektive. Zur Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Ganztagschule als symbolische Konstruktion – Fallanalysen zu Legitimationsdiskursen in schultheoretischer Perspektive, Wiesbaden, S. 11-20.
- Krais, Beate (2003): Perspektiven und Fragestellungen der Soziologie der Bildung und Erziehung In: Orth, Barbara/ Schwietring, Thomas/ Weiß, Johannes (Hrsg.): Soziologische Forschung: Stand und Perspektiven, Opladen, S. 81-93
- Ludwig, Harald (2005): Die Entwicklung der modernen Ganztagschule. In: Ladenthin, Volker/ Rekus, Jürgen (Hrsg.) (2005): Die Ganztagschule: Alltag, Reform, Geschichte, Theorie, Weinheim, S. 261-277

- Macha, Hildegard (2006): Work-Life-Balance und Frauenbiographien. In: Schlüter, Anne (Hrsg.): Bildungs- und Karrierewege von Frauen, Opladen, S. 17-32)
- Mack, Wolfgang (2009): Von der Konfrontation zur Kooperation. Bildungstheoretische Begründungen einer neuen Form der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. In: Prüß, Franz/ Kortas, Susanne/ Schöpa, Matthias (Hrsg.): Die Ganztagschule: von der Theorie zur Praxis, Weinheim, S. 295-305
- Noddings, Nel: „Care“. In: Andresen, Sabine/ Casale, Rita / Gabriel, Thomas/ Horlacher, Rebekka/ Larcher Klee, Sabina/ Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Handwörterbuch Erziehungswissenschaft. Weinheim/Basel, S. 106-118
- Ostner, Ilona (2009): Care Regimes in Europa – Institutionen der Anerkennung. Vortrag auf der Tagung des DJI „Doing Family“ am 4. November 2009 in Berlin
- PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.) (2004): PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland- Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs, Münster
- Rauschenbach, Thomas (2008): Bildung in Deutschland. Chancen und Herausforderungen. Vortrag auf dem Böll-Forum der Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen am 12.09.08 in Dortmund.
- Redaktion Widersprüche (2008): Editorial. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 110 / Dezember 2008, Bielefeld, S. 3-11
- Richter, Martina (2008): Familien und Bildung. In: Böllert, Karin (Hrsg.): Von der Delegation zur Kooperation. Bildung in Familie, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Wiesbaden, S. 33-46
- Thiersch, Hans (2002): Bildung – alte und neue Aufgaben der Sozialen Arbeit. In: Münchmeier, Richard/ Otto, Hans – Uwe/ Rabe – Kleberg, Ursula (Hrsg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben, Opladen, S. 57-71
- Toppe, Sabine (2009): Rabenmütter, Supermuttis, abwesende Väter? – Familien(leit)bilder und Geschlechtertypisierungen im Kinderarmutsdiskurs in Deutschland. In: Villa, Paula-Irene/Thiessen, Barbara (Hrsg): Mütter – Väter: Diskurse, Medien, Praxen, Münster, S. 107-123
- Vogel, Peter (2008): Bildung, Lernen, Erziehung, Sozialisation. In: Coelen, Thomas/ Otto, Hans-Uwe (Hrsg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung. Das Handbuch, Wiesbaden, S. 118-127
- Zeiger, Helga (2005): Der Machtgewinn der Arbeitswelt über die Zeit der Kinder. In: Hengst, Heinz/ Zeiger, Helga (Hrsg.): Kindheit soziologisch, Wiesbaden, S. 201-226

Männlichkeit und die Übernahme von care-work im Migrationskontext

Elisabeth Tuidier/Katrin Huxel

Abstracts

Das in Deutschland vorherrschenden Bild von „dem Migranten“ ist einerseits durch Gewalt und patriarchale Einstellungen sowie andererseits durch Ehre und einer Verantwortung gegenüber der Großfamilie bestimmt. Diesen dominanten Bildern über Männer mit Migrationsbiographie entgegen zeigen wir in unserem Beitrag anhand eines biographischen Interviews wie der Migrationskontext als Aushandlungs- und Möglichkeitsraum fungiert. In diesem kann sich Männlichkeit zum einen in Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Normen und Zuschreibungen und zum anderen durch die Übernahme von care-work neu konstituieren.

Masculinity and the assumption of the responsibility of care work in the context of migration

The prevailing image of “the male migrant” in Germany is shaped by the notion of violence and patriarchal attitudes on one hand, as well as honour and responsibility concerning the extended family on the other. This article argues against these dominant concepts of men with biographies of migration and shows, based on biographical interviews, how the context of migration is constructed as space of negotiations and possibilities. Within this, masculinity can be newly constituted in two ways: through rethinking prevailing norms and attributions and assuming the responsibility of care work.

1. Das Bild von „dem Migranten“

„Warum sollte er [Maqsođ] auf die einzige Macht, die er besitzt, auf die Macht des Mannes, mit der er als Sohn über Schwester und Mutter verfügt, über jede Frau und auch seine zukünftige - warum sollte er ausgerechnet auf diesen Respekt verzichten? (...) Jungs wie Maqsođ wissen, dass einzig die Tradition ihrer Heimat sie in Deutschland zu umhertrennten Herrschern macht.“ (Reich in: Stern 33/2006: 37)

Was in dieser Darstellung in einem Stern-Artikel von 2006 beispielhaft deutlich wird, ist das vorherrschende Bild von „dem Migranten“, das in weiten Teilen der (medialen) deutschen Öffentlichkeit und auch der wissenschaftlichen Forschung von Vorurteilen durchzogen ist. Während in den 1960er und

1970er Jahre die Figur des „Gastarbeiters“ prägend war, also desjenigen Ausländers, der heute kommt und morgen wieder gehen soll, können die 1980er Jahre mit „Kulturdifferenz“ und dem damit diskursiv immer verbundenen „Kulturkonflikt“ gelabelt werden. Erst Ende der 1990er Jahre erfolgte ein Perspektivenwechsel, denn Deutschland hatte sich endlich als „Einwanderungsland“ anerkannt und damit eröffnete sich ein neuer Fokus hin zur Thematisierung von Rassismus, Macht und Gewalt in Ausländerrechts- und Flüchtlingsfragen.

Von Frauen, von Arbeitsmigrantinnen, war in den 60ern kaum die Rede, und wenn von ihnen die Rede war, dann als „Weib und Mutter“ oder als „in der Fremde Zurückgebliebene“. Mit den 80er Jahren veränderte sich zwar die Wahrnehmung von Frauen mit Migrationsbiographie, diese folgte aber - und tut dies in weiten Teilen bis heute - dem Bild der in jeder Hinsicht abhängigen Ehefrau. Denn trotz gegenläufiger empirischer Befunde werden ausländische Frauen immer wieder zu Hausfrauen und Müttern stilisiert, obwohl ihre Erwerbsbeteiligung bereits Anfang der 1970er mit rund 70% weitaus höher als diejenige der deutschen Frauen (mit 47%) lag.

Ende der 1990er Jahre trat die Radikalisierung v.a. von Männern mit Migrationsbiographie in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das Projekt des „Multikulturalismus“ - in Deutschland ohnehin nur von einer kleinen Gruppe Engagierter ernsthaft betrieben und nie politisches Programm - wurde für gescheitert erklärt und mediale Diskursivierungen folgten nun der Gleichsetzung: „Migrationshintergrund=gewaltbereit=kriminell=religiös=fundamentalistisch. Das Geschlechterverhältnis und damit die Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit erhält nun in den ethnisierenden Diskursen als Ort der Zuschreibung herausragende Bedeutung (vgl. dazu Gemende u.a. 2007; Tunc 2009). Dominante Themen dieses ethnisierenden Geschlechterdiskurses sind: „Ehrenmord“, „Zwangsheirat“ und „Gewalt gegen Frauen“. Dabei wird davon ausgegangen, dass „Mädchen bzw. Frauen hilflose Opfer einer misogynen Unterdrückung seien und einer totalen Kontrolle durch despotische Väter, Brüder, Ehemänner oder andere, männliche Verwandte unterlägen. [...] Bezogen auf Jungen bzw. Männer ist die Wahrnehmung [...] vom Klischeebild des ‚Macho‘ oder ‚Pascha‘ vorstrukturiert.“ (Weber 2005: 154)

In dem „Bild von dem Migrant“ wird der Männlichkeitsentwurf von ethnisierten Männern als durch Gewalt, Drogen, Frauenverachtung und protziges Auftreten durchdrungen skizziert. Zugleich sei die Maskulinitätsnorm - v.a. junger Türken - bestimmt von sog. traditionellen Werten wie Ehre, einer Beschützerfunktion und Versorgungsverantwortung gegenüber der Großfamilie. An der kaum bzw. erst in den letzten Jahren bearbeiteten Schnittstelle von Migrations- und Väterforschung führt Michael Tunc das Stereotyp der öffentlichen Negativdiskurse in Hinblick auf den türkischstämmigen Mann und Vater aus: „Speziell der Vater aus der Türkei gilt als strenger, patriarchal-

autoritärer Typ, der nicht integrierbar und im Wesentlichen darauf bedacht ist, die Ehre seiner Familie auch unter Anwendung von körperlicher Gewalt zu schützen, die weiblichen Mitglieder der Familie unterdrückt und die Integration der Ehefrauen und Töchter verhindert.“ (Tunc 2007: 34) In der Wahrnehmung von „fremden Männlichkeiten“ dominiert dabei die Wahrnehmung des ethnisch, kulturell, national 'Anderen'. Entgegen diesen Bildern über „den Migranten“ möchten wir in unserem Beitrag der Frage nachgehen, wie sich Männlichkeit im Migrationskontext durch die Übernahme von care-Aufgaben (neu) konstituiert. Den Migrationskontext möchten wir dazu als Verhandlungs- und Aushandlungsraum definieren, in dem sowohl Geschlecht und das Geschlechterverhältnis als auch die ethnische Zugehörigkeit in Frage gestellt werden. Speziell in den Arbeits- und Familienverhältnissen, so unsere weitere These, können - und müssen zum Teil - Anpassungen, Verschiebungen und Umdefinitionen von Bindungen und Zugehörigkeiten erfolgen. Denn die Effekte der Migration und das Leben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland wirken sich auf die Konstitution von Männlichkeit aus:

„Der eingewanderte Mann bleibt nicht der Mann, der er vor der Einwanderung war. (...) Seine vormals hegemoniale Männlichkeit kann sich in eine marginalisierte verkehren, die noch hegemoniale Tendenzen aufweisen kann, aber gesellschaftlich keine Autorität mehr besitzt und der normativen Kontrolle, vorwiegend des eigenen Geschlechts unterliegt.“ (Herwartz-Emden 2000: 38)

Diese Thesen werden wir am Beispiel von Auszügen aus einem biographischen Interview veranschaulichen.

2. Migration und Care

Auf der sozialstrukturellen Ebene erfahren nach Deutschland Migrierte eine Dequalifizierung und Aberkennung im Herkunftsland erworbener Bildungszertifikate, sie erwerben in Deutschland signifikant niedrigere Bildungsabschlüsse und sie brechen häufiger die (Haupt)Schule ab (King/Koller 2006; Diefenbach 2007). Im Ergebnis sind Migranten häufiger als ihre deutschen männlichen Kollegen von Arbeitslosigkeit und von Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt betroffen und sie arbeiten häufiger in den unteren Segmenten des Arbeitsmarktes, der von schlechter Bezahlung und hoher Prekarität gekennzeichnet ist, d.h. sie arbeiten in der Leiharbeit und den Minijobs, den 400€-Jobs und der Zeitarbeit; Darüber hinaus ist Männern mit Migrationsbiographie - entsprechend geschlechtsspezifischer Zuschreibungen - der ethnisch segmentierte Arbeitsbereich der schlecht bezahlten und oftmals illegalisierten care-Arbeit weitgehend verschlossen.

In der Migrations- und auch in der Transmigrationsforschung werden die „globalen Betreuungsketten“ (Hochschild 2000) sowohl als push- als auch als pull-Faktor der Migration verhandelt. Denn es ist einerseits die Verantwortlichkeit von Müttern für das soziale und emotionale Wohl und das Überleben der Kinder, also die Ausübung von care, das als einer der spezifischen Wanderungsgründe für Frauen behandelt wird. Andererseits ist es, wie bspw. Arlie Hochschild oder Saskia Sassen zeigen, gerade die weibliche Arbeitskraft, die in der globalen Ökonomie gefragt ist. Denn Migrantinnen sind in der neuen globalen Dienstleistungsindustrie v.a. als „neue Dienstmädchen“ (Lutz 2007) notwendig, da die steigende Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frauen in den Industrieländern zu einem wachsenden Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der privaten Haushalte geführt hat. Es ist, so Lutz, *la putzfrau*, die die ehemalige von Gisela Bock und Barbara Duden entzauberte „Arbeit aus Liebe“ (Bock/Duden 1977) als care-takerin in westlichen und deutschen Haushalten übernimmt. Dabei wird die reproduktive Arbeit von einer weiblichen Hand an eine andere übergeben - care bleibt aber weiblich konnotiert.

Carlota Solé u.a. (2007) resümieren zur Übernahme von care-Aufgaben im Migrationskontext zwei Szenarien: Die Migration des Mannes, des Vaters, entspricht der Geschlechterzuschreibung als Familienernährer und -versorger. Wenn allerdings die Frau (und Mutter) den Migrationsprozess initiiert und dadurch zur Familienernährerin wird, kann dies auf ihrer Seite einen Prozess des *Empowerments* auslösen. Es kann über das *Empowerment* hinaus auch die traditionelle Rolle des Mannes völlig in Frage gestellt werden, oder wie Sonia Parella es formuliert: „The hegemonic patriarchal model is thrown into crisis.“ (2008: 10). Die Migration stellt in jedem Fall einen Wendepunkt für die Familien- und Geschlechterkonstellationen dar.

Die eingangs skizzierten diskursiven Zuschreibungen an ethnisierte Männlichkeiten implizieren eine patriarchale und despotische Männlichkeits- und Vaterschaftskonzeption; Die dargestellten sozialstrukturellen Benachteiligungen von Migranten weisen wiederum darauf hin, dass Männer mit Migrationsbiographie hegemoniale Konstruktionsmodi von Männlichkeit (vgl. Scholz 2004), nämlich Brotverdiener und Familienernährer zu sein, nicht anwenden können. Männer mit Migrationsbiographie verfügen über geringeres ökonomisches, kulturelles (Bildungskapital) und weniger soziales Kapital. Anja Weiß (2001) begründet die niedrigere Position von Migrierenden im sozialen Raum auch darüber, dass das Kapital ethnisierter Minderheitenangehöriger, bspw. in Form von Sprachkompetenzen, delegitimiert und entwertet wird. Wir möchten nun im nächsten Teil unseres Beitrages die Frage aufgreifen, wie sich die Übernahme von care-work im Migrationskontext verändert und welche Auswirkungen dies auf Männlichkeit hat. Anhand eines biographischen Interviews wollen wir zeigen, dass Männlichkeit im Migrationskontext sich sowohl in der Auseinandersetzung mit den Normen und Zuschreibungen der Ankunftsgesellschaft (=Deutschland) als auch in Ausein-

andersetzung mit den Normen und Erwartungen der Herkunftsgesellschaft herstellt. Männlichkeit in der Migrationssituation zeichnet eine mehrfache Zugehörigkeit und damit zusammenhängend eine Auseinandersetzung mit anderen Männern und Vätern aus, wie es auch Michael Tunc am Beispiel einer biographischen Erzählung nachzeichnen konnte: „Ich weiß nicht, also, ob viele türkische Väter [2] gleich Ehemänner, ob die halt, vor ihren Frauen flüchten zu Hause, oder, nur also viel, so mit den Kindern irgendwas machen, also ich hab noch nie [lacht] nen türkischen Vater gesehen also, ist selten, noch nie wär zu viel gesagt, aber, das die da, sich aufs Fahrrad setzen und mit ihren Kindern, fahren, hab ich nicht.“ (Hakan in Tunc 2009: 122)

Die Biographieforschung fokussiert individuelle Lebensgeschichten vor dem Hintergrund, dass in der „Konkretheit des individuellen Falls Allgemeingültiges [...] verborgen“ ist (Alheit 1992: 20). Sie zielt darauf, die Spuren des gesellschaftlichen Allgemeinen in den einzelnen Biographien zu rekonstruieren, denn die methodologische Basisannahme der Biographieforschung ist, dass den Erzählungen generative Strukturen „in einer gemeinsam geteilten Wirklichkeit“ (Rosenthal/Fischer-Rosenthal 2003: 457) zugrunde liegen, die in der Interaktion zwischen dem Forschenden und dem Erzählenden belebt, aufgedeckt und wissenschaftlich rekonstruiert werden können. Dabei wird eine Dialektik von Individuellem und Gesellschaftlichem vorausgesetzt, die in der biographischen Analyse in den Blick genommen wird. Denn Biographieforschung analysiert das Zusammenspiel von sozialer Struktur und kollektivem Regelsystem einerseits und individueller Sinnkonstruktion im spezifischen (Forschungs-) Setting andererseits. Es geht demnach um die Frage, wie Individuen gesellschaftliche und milieuspezifische Bedingungen zu einem je spezifischen historischen Zeitpunkt sich aneignen und verarbeiten und um deren Reaktualisierung im Forschungssetting (vgl. Fischer-Rosenthal/Rosenthal 1997: 405).

3. Biographie im Migrationskontext: das Beispiel Mustafa

Mustafa wird 1944 in einer der Provinzhauptstädte Süd-Ost-Anatoliens geboren, er absolviert eine Lehramts-Ausbildung und heiratet 1968. Zum Zeitpunkt des Interviews ist er 59 und seine Frau 54 Jahre alt.

Nachdem das jüngere der beiden Kinder an Masern starb, entscheiden sich er und seine Frau zur Migration nach Deutschland und sie stellen Anträge dafür. Mustafas Frau erhält als erste ihre Ausreisewilligung und geht nach Süddeutschland. Mustafa bleibt zusammen mit der ältesten Tochter in der Türkei.

Der im Oktober 1973 verhängte Anwerbestopp durchkreuzt die Pläne der

Familie, denn es wird plötzlich unklar, ob und wie Mustafa zu seiner Frau nach Deutschland kommen kann. Bereits 1974 verfügt er über ein gültiges Studentenvisum für die Einreise, das ihm aber nicht erlaubt einer bezahlten Tätigkeit nachzugehen. Nach einigen Jahren in Deutschland erhält Mustafa die Möglichkeit, als Lehrer - zunächst im muttersprachlichen Ergänzungsunterricht - zu arbeiten. Auch seine Frau erhält schließlich die Lehrbefugnis. Heute sind beide an deutschen Schulen als Lehrkräfte tätig. Sie haben zwei erwachsene Töchter, die älteste Tochter ist mit einem deutschen Mann verheiratet und arbeitet als Ärztin, die jüngere Tochter studiert.

Mustafa muss - verursacht durch die besonderen Umstände der Migrationssituation - im Interview seine Präsentation von Männlichkeit immer wieder umdeuten und anpassen. In der Türkei ist er nach der Migration seiner Frau eine Zeitlang quasi alleinerziehender Vater, in Deutschland kann er die Aufgabe des Familien(mit)ernährers zeitweise nicht oder nur unzureichend ausfüllen. Die migrationsbedingten äußeren Umstände schränken also seine Möglichkeiten, sich an hegemonialen Konstruktionsmodi zu orientieren, ein. Mustafa erlebt gerade die Einschränkungen der Anfangszeit in Deutschland als entwertend und verbalisiert diese Erfahrung folgendermaßen:

„Für eine 30 jährige Mann, der Lehrerausbildung in der Türkei abgeschlossen hat, nach Deutschland kam, du bist erst einmal als Nichts-Wissender, Nicht-Nützlischer eh, eh abgestempelt, ne? Und obwohl dass du weißt, du kannst aber das nicht erzählen, was du kannst, da weißt du gar nichts. Du bist dumm, du bist wirklich stumm, du kannst nichts.“

Schon seine ersten Erfahrungen in Deutschland bettet er also in den Kontext von Männlichkeit ein, indem er sich eindeutig als „Mann“ positioniert. Aber als „30 jähriger Mann“ wird er durch die Migration entmachteter, deklassiert und „abgestempelt“. Wie im Folgenden gezeigt wird, referiert Mustafa in seiner Erzählung immer wieder auf seine männliche Position, dabei wird die Vielschichtigkeit seiner Vorstellungen, aber vor allem seines (Er)Lebens von Männlichkeit im Kontext seiner biographischen Erfahrungen deutlich.

4. Männlichkeit in der biographischen Erzählung

Wie eben gezeigt, thematisiert Mustafa seine Männlichkeit einerseits als entwertet und von hegemonialen Konstruktionsmodi ausgeschlossen. Seine biographische Bearbeitung der Phase, in der seine Frau die Familienernährerin war, zeigt, dass er sich einerseits ‚auf ein Nichts‘ reduziert erlebte. Andererseits gelingt ihm jedoch eine erfolgreiche Anpassung an diese strukturellen und biographischen Bedingungen und eine Transformation seines ‚doing masculinity‘ und der familiären Arbeitsteilung. Doch nicht erst aufgrund der

strukturellen Anforderungen wird Mustafa zum ‚modernen‘, Geschlechter gerecht denkenden Mann (vgl. Zulehner/Volz 2009). Er präsentiert sich über die Reaktion auf diese veränderten Anforderungen hinaus in einer ‚partnerschaftlichen Männlichkeit‘ und führt seine geschlechtergerechte Einstellung auf seine eigene Erziehung zurück. Damit verortet er sie in der Türkei, revidiert das vorherrschende Türkei-Bild in Deutschland und bezieht insbesondere indirekt auch Position gegen in Deutschland dominante Vorstellungen des türkischen Familienpatriarchen:

„Als wir uns kennen gelernt haben und auch heirateten und ehm, das eh was ich von Mama gelernt habe, hat das in der Ehe auch das praktiziert. Das, für mich ist es ehm keine Problem, bei Haushalt zu helfen zum Beispiel (ja). Ehm für mich ist es absolut, ich hab damit überhaupt kein Problem, wenn, eh, bedingt ihre Beruf und meine Frau woanders hingehen muss, und eh, der andere zusammenkommen und nachfolgen muss und eh, Seminare machen muss, und entweder hast du für deine Partner vertrauen oder hast du das nicht, ob sie berufstätig ist oder kein berufstätige Partner ist.“

Mustafas Auseinandersetzung mit traditionellen Rollenvorstellungen und seine Umdeutung dieser sprechen für einen Wandel von Geschlechterverhältnissen, wie sie Volz und Zulehner (1998, 2009) festgestellt haben: es erfolgt eine (langsame) Abkehr vom Alleinernährermodell und eine Hinwendung zur Übernahme von Haus-, Familien- und Erziehungsarbeit (=care).

Obwohl Mustafa im Rahmen seiner Selbstbeschreibung dominante Diskurse über ‚den türkischen Mann/Vater‘ nicht bestätigt, greift er an anderer Stelle affirmativ auf diese diskursiven Figuren zurück. Er entwirft ein Bild von ‚typischen türkischen Familien‘, demonstriert in langen argumentativen Passagen sein Expertenwissen über ‚Türken in Deutschland‘ und betont, worin er und seine Familie sich von diesen unterscheiden. Im folgenden Interviewauszug beschreibt Mustafa die Reaktionen anderer aus der Türkei Migrierter auf seinen Erziehungsstil, deren autoritären und an Verboten orientierten Erziehungsstil und stellt dem seine eigene, im Gegensatz dazu liberale und offene Einstellung gegenüber:

“Euer Kind, habe ich gehört geht mit Jungs in die Stadt.’ (mhm) Davor, vor diese Rufmord einfach haben die Angst. Und eh, die haben so große Angst, und dann verlieren die halt den Maßstab bei dem Verbot. Und eh, dann sagen die verbieten dir alles. Und eh, ob die damit wirklich alles erreichen oder erreichen können, das eh, das bezweifle ich sehr stark. Wir haben das eh, ich kann sagen, wir haben das nicht so gemacht. Eh, das eh, jetzt kommt dann auch. Ich kann so eine Sache erzählen, die G. hat jemand kennengelernt, der weder Türke noch Muslime ist, und eh den ja, er ist ein Deutscher und ist auch eine Christ und eh, ja jetzt eh, aber habe ich am Anfang unseres Gesprächs auch erzählt, und für mich solche Sachen keine Rolle spielen, das die Entscheidung unserer Tochter ist (ja).“

Mustafa präsentiert den Umgang in der eigenen Familie, z.B. die Arbeitsteilung zwischen ihm und seiner Frau oder die Kindererziehung, als different von anderen türkischstämmigen Familien. Über diese Abgrenzung von

‚anderen Türken‘ und der Darstellung der eigenen Lebensweise als ‚abweichend‘ davon kann Mustafa sich - den herrschenden Diskursen über türkische Männer/Väter zum Trotz - als ‚moderner‘, an Care-work partizipierender Mann und aktiver Vater, aber auch als weltlich orientierter Türke und Muslim darstellen.

In Mustafas gesamter biographischer Selbstbeschreibung spielt Vater-schaft eine große Rolle. Schon früh führt er seine Töchter in die Erzählung ein, thematisiert die eigenen Erziehungsvorstellungen, aber auch die Entwicklungen und Erlebnisse seiner Kinder. Er wählt damit zentrale Themen, die auf der inhaltlichen Ebene nicht unbedingt für die narrative Konstruktion von Männlichkeit typisch sind. So stellt Scholz (2004) fest, dass Männlichkeit im Interview auf der inhaltlichen Ebene eher durch die De-Thematisierung familiärer Bereiche hergestellt wird. In Mustafas Fall findet die narrative Konstruktion von Männlichkeit jedoch auch und gerade in der Präsentation als Vater statt. Er betont dabei seinen hohen Bildungsanspruch, den er an seine Töchter hat und der sich beispielhaft in folgender Geschichte ausdrückt:

„Als die R. diese von zehn in die elf kam auf dem Gymnasium, ich hab der R. gesagt: ‚R., du musst hier kein Abitur machen, wenn du keine Lust hast, machste keins. Und aber wenn du jetzt beginnst in der elf, ich verlange von dir vernünftige Abitur. Weil du die Kapazitäten hast. Du bist nicht dumm und ne so nicht irgendwie so larifari in die Schule gehen, nach drei Jahren ‚Komm, Papa, ich hab nicht geschafft!‘. Aber du kannst in diese drei Jahren auch eine Ausbildung machen.“

In dieser Erzählung zeigt sich Mustafas aktive Teilnahme an der Erziehung seiner Töchter. Er ist nicht einfach ‚nur‘ Familienernährer, sondern aktiv an zentralen Fragen der Erziehung beteiligt. Er spricht mit seiner Tochter, verhandelt mit ihr, stellt aber auch Ansprüche. Wie oben inszeniert er sich als partnerschaftliche Autorität und zeigt, dass seiner Erziehung demokratische Prinzipien zugrunde liegen und seine Töchter selbst Entscheidungen über ihr Leben treffen. Mustafa betont in dieser Sequenz einerseits sein Interesse an der Bildung seiner Tochter, andererseits gesteht er ihr aber auch zu, sich anders zu entscheiden. Mit der Präsentation als aktiver Vater mit demokratischen Erziehungsprinzipien und auch durch die Betonung seines Bildungsinteresses nimmt Mustafa erneut eine Abgrenzung zu anderen türkischstämmigen Männern mit Migrationsbiographie vor, die er aus einer Expertenposition heraus nicht nur als streng (s.o.), sondern auch als wenig an Bildung interessiert und wenig ehrgeizig beschreibt. Wieder referiert er damit auf Figuren dominanter Diskurse der Mehrheitsgesellschaft, von denen er sich und seine Familie abgrenzt.

Doch Mustafa grenzt die eigene Familie nicht nur von anderen „ausländischen Familien“ ab, sondern unter Umständen auch von deutschen, wie er in folgender Erzählung andeutet:

„Na ja, eine andere Sache, als wir an der S.-Straße wohnten, das eine Sechsfamilienhaus da

und da gegenüber wohnte eine andere Familie und eine deutsche Familie, wir waren nur eine einzige ausländische Familie von diese sechs. Und eh, unsere Kinder mussten ihre Hausaufgaben machen, während die anderen Kinder draußen spielten. Sagte unsere Nachbarin zu mir direkt, sagte: 'Ja, Mustafa du setzt deine Kinder unter Druck, du musst ein bisschen wie hier erziehen' und so dann, sie sagte: „Mein Gott und bei so einem Wetter, deine Kinder drin sitzen müssen und lernen müssen.' Ich sagte: 'Eh, ich habe nicht gesagt, dass sie nicht nach draußen gehen können, hab ich nie meine Kinder unter Druck so gesetzt. Aber ich hab gesagt, lediglich nur klargemacht, wir sind nicht um Urlaub machen nach Deutschland gekommen.'“

Neben einer weiteren Betonung der Bildungsorientierung Mustafas spricht diese Stelle von Problemen mit strukturellen und direkten rassistischen Anwürfen, denen sich die Familie ausgesetzt sah. Mustafa spricht im Interview erst spät von Problemen, die sie in Deutschland hatten und er erwähnt erst nach Stunden diskriminierendes Verhalten Deutscher ihnen gegenüber. In dieser Stelle scheinen jedoch die Ansprüche und unausgesprochenen Erwartungen auf, mit denen sich die „einzige ausländische Familie“ in der Nachbarschaft konfrontiert sah. Mustafas Insistieren auf den schulischen Fleiß seiner Töchter, sein hohes Bildungsinteresse muss auch vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Erwartungen an und Klischeebilder von ‚Ausländerfamilien‘, von denen sich Mustafa, wie schon gezeigt, deutlich abgrenzt, gesehen werden. Diese Erwartungen und Klischees wirken sich direkt auf die Familie aus, zum Beispiel in der übergriffigen Einmischung der Nachbarin in Erziehungsfragen, und sie drohen den schulischen Erfolg zu behindern, wenn z.B. die Grundschullehrerin seine Tochter als nur ‚vielleicht fürs Gymnasium geeignet‘ einschätzt:

„Als die G. in der Grundschule, also mit der Grundschule fertig wurde, die hatte ganz nette Zeugnis, also kann ich dann dir auch zeigen, weil ich alles aufbewahrt habe, und das Kind hat, glaube ich, keine 3, keine einzige 3 auf ihrem Zeugnis, nur 1 und 2. Dennoch schrieb ihre Lehrerin ‚vielleicht fürs Gymnasium geeignet‘ aufs Zeugnis. Darauf habe ich die sie unterrichtende Kollegin angesprochen, ich habe gesagt, das ist irgendwie so widersprüchlich Zeugnis und Beurteilung. Ich sagte zu ihr: 'Du hast dieses Zeugnis geschrieben, das Kind hat nur Einsen und Zweien, was muss man haben, dass man aufs Gymnasium gehen kann?'“

Mustafa setzt sich für die Belange seines Kindes ein und bezieht gegen die offensichtlich ungerechte und rassistische Beurteilung Stellung. Die besondere Dramatik dieser Situation, die sich letztlich aus der Migration ergibt, fordert hierbei ein besonders deutliches Eingreifen und ermöglicht Mustafa eine ganz klare Positionierung als aktiver Vater.

Mustafa präsentiert sich in seiner biographischen Erzählung als verantwortungsvoller Familienvater. Diese Selbstpräsentation steht in seiner Erzählung gleichberechtigt neben der beruflichen Identität und der Selbstinszenierung als Experte für in Deutschland lebende Türken. Er vermittelt ein Bild von Vaterschaft, das nicht von der Aufgabe des Ernährers sondern vielmehr

von der des Erziehers geprägt ist. Im großen Interesse an der Bildung seiner Kinder zeigt sich seine Fürsorge. Denn Bildung stellt für ihn den Schlüssel zu einem selbstbestimmten und emanzipiertem Leben dar. Anders ausgedrückt: Mustafa investiert seine Zeit in die Übernahme von care-Aufgaben weil er damit das kulturelle Kapital der Kinder, aber auch das der Familie aufstocken und damit eine höhere Anerkennung in Deutschland wahrscheinlicher machen kann.

5. Fazit

Vaterschaft wird, so können wir am Beispiel Mustafas sehen, von Männern der ersten Generation nicht nur im Sinne einer Versorger- und Ernährerrolle verstanden, ebenso wenig treten sie nur als autoritäre Patriarchen in Erscheinung. Wie auch in der Mehrheitsgesellschaft finden sich unter Männern mit Migrationsbiographie unterschiedlichste Formen gelebter Männlichkeiten und Vaterschaft(en). Diese sind jedoch nicht ausschließlich individuell geprägt und Ergebnis familiärer Aushandlungsprozesse, sondern sie sind beeinflusst von den strukturellen Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft Deutschland und von diskursiven Effekten. Im Migrationskontext sind diskursive Zuschreibungen, Stereotype und Ethnisierungen wirkmächtig und beeinflussen ebenso wie (migrations)politische Einschränkungen die Konstruktion von Geschlecht sowie die Aufteilung von Arbeit und die Übernahme von care-Verpflichtungen in der Familie. Eine Migration wirkt sich so auch auf das Er- und Ausleben von Vaterschaft und die Übernahme von care-work aus. Väter mit Migrationshintergrund wollen Zeit mit ihren Kindern verbringen, sie sind v.a. am Bildungsweg ihrer Kinder interessiert (vgl. dazu auch Westphal 2000). Durch die Ausübung von Erziehungsaufgaben wird von ethnisierten Männern aber auch innerhalb der Familie nicht das Modell von Männlichkeit in Frage gestellt. Es ist vielmehr die Alltagspraxis, das alltägliche „doing papa“ in dem sich Umbruchprozesse und Neukonstruktionen vollziehen. Am Beispiel der biographischen Erzählung Mustafas wollten wir zeigen, wie sich Männlichkeit im Migrationskontext durch die Übernahme von care-Aufgaben neu konstituiert. Neben den neuen Herausforderungen, mit denen Männer im Migrationskontext konfrontiert werden und dem Aus Handlungsraum, der sich dadurch in Hinblick auf die Gestaltung von Geschlechterverhältnis und Erziehungsvorstellungen ergibt, verweist gerade das Beispiel Mustafas auch darauf, dass das dominante Türkei-Bild revidierungsbedürftig ist. In der Überwindung des Kulturverständnisses, das von Kulturkonflikt und Modernitätsdifferenz geprägt ist, wollten wir hier eine Perspektive auf Männlichkeiten im Migrationskontext anbieten, in der die

Machtverhältnisse und dementsprechende Rassismuserfahrungen in der Einwanderungsgesellschaft fokussiert werden und zugleich eine Reproduktion der Marginalisierung überwunden wird, indem Vaterschaft und care-Aufgaben in die Konstruktion von (fremden) Männlichkeiten miteinbezogen wird.

Literatur

- Diefenbach, Heike (2007): Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem. Wiesbaden: VS.
- Erel, Umut (2003): Migrantinnen zwischen Anerkennung und Abqualifikation. In: Steyerl, Hito/Gutierrez Rodriguez, Encarnacion (Hrsg.): Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Köln: Unrast Verlag, S.108-128.
- Farrokhzad, Schahrzad (2006): Über Exotinnen, Unterdrückte und Fundamentalistinnen. Zur Konstruktion der „fremden Frau“ in den Medien. In: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Wiesbaden: VS-Verlag 2006, S. 53-86.
- Gemende, Marion/Munsch, Chantal/Weber-Unger Rotino, Steffi (Hrsg., 2007): Eva ist emanzipiert, Mehmet ist ein Macho. Zuschreibungen, Ausgrenzung, Lebensbewältigung und Handlungsansätze im Kontext von Migration und Geschlecht. Weinheim: Juventa.
- Herwartz-Emden, Leonie (2000): Einwandererfamilien: Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation. Osnabrück: Rasch Verlag.
- Hochschild, Arlie Russel (2000): Global Care Chains and Emotional Surplus Value. In: Hutton, Will/Giddens, Anthony (Hrsg.): On the Edge. Living with global capitalism. London: Jonathan Cape, S. 130-146.
- Huth-Hildebrandt, Christine (2001): Das Bild von der Migrantin. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.
- Huxel, Katrin (2008): Ethnizität und Männlichkeitskonstruktionen. In: Baur, Nina/Luedtke, Jens (Hrsg., 2008): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeit in Deutschland. Opladen: Barbara Budrich, S. 65-78.
- King, Vera/Koller, Hans-Christoph (Hrsg., 2006): Adoleszenz-Migration-Bildung. Bildungsprozesse Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund Wiesbaden: VS.
- Lutz, Helma (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen & Farmington Hill: Verlag Barbara Budrich.
- Lutz, Helma (2009): gender mobile? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen. In: dies. (Hrsg.): gender mobile? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 8-27.

- Parella, Sónia (2008): An Approach to the Transnational practices of Latina Migrants in Spain and its Impact on Transnational Homes. Vortrag gehalten auf dem 1st ISA Forum of Sociology, Barcelona, 5.-8. September 2008, S. 1-25.
- Scholz, Sylka (2004): Männlichkeit erzählen. Lebensgeschichtliche Identitätskonstruktionen ostdeutscher Männer. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Solé, Carlota/Parella, Sónia/Cavalcanti, Leonardo (2007): Los vínculos económicos y familiares transnacionales. Los migrantes ecuatorianos y peruanos en España. Madrid.
- Spies, Tina (i.E.): Subjektpositionen im Diskurs. Eine intersektionelle Analyse von Biographien im Kontext von Migration, Männlichkeit und Kriminalität. Unveröff. Dissertation, Universität Kassel.
- Terkessidis, Mark/Yasemin Karakaşoğlu (2006): Gerechtigkeit für die Muslime. In: DIE ZEIT 6, Februar 2006, S.49.
- Tunc, Michael (2008): „Viele türkische Männer fliehen von zu Hause“. Mehrfache ethnische Zugehörigkeiten und Vaterschaft im Spannungsfeld von hegemonialer und progressiver Männlichkeit. In: Potts, Lydia/Kühnemund, Jan (Hrsg.): Mann wird man. Geschlechtliche Identitäten im Spannungsfeld von Migration und Islam. Bielefeld: transcript. S. 105-132.
- Tunc, Michael (2007): Väter mit Migrationshintergrund zwischen Skandalisierung und Vernachlässigung. Umriss einer Väterarbeit in der Migrationsgesellschaft. In: Migration und Soziale Arbeit, Jg. 29, Heft 1, S. 33-40.
- Tunc, Michael (2006): Vaterschaft in der Migrationsgesellschaft im Wandel. In: Promotionskolleg 'Kinder und Kindheiten im Spannungsfeld gesellschaftlicher Modernisierung' (Hrsg.): Kinderwelten und institutionelle Arrangements. Modernisierung von Kindheit. Wiesbaden: VS.
- Volz, Rainer/Zulehner, Paul (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. Ein Forschungsprojekt der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands und der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft <<http://www.nomos.de>>.
- Weber, Martina (2005): Apartheid im Schulhaus? Konstruktion ethnischer und geschlechtlicher Grenzen im Schulalltag. In: Spies, Anke/Stecklina, Gerd (Hrsg.): Die Ganztagschule. Herausforderungen an Schule und Jugendhilfe. Band 1: Dimensionen und Reichweiten des Entwicklungsbedarfs. Bad Heilbrunn: Klinkhard, S. 149-171.
- Weiß, Anja (2001): Rassismus wider Willen. Ein anderer Blick auf eine Struktur sozialer Ungleichheit. Opladen: Leske und Budrich.
- Westphal, Manuela (2000): Vaterschaft und Erziehung. In: Herwartz-Emden, Leonie (Hrsg.): Einwandererfamilien. Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation. Osnabrück: Rasch, S. 121-204.
- Yildiz, Erol (2006): Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft. In: Butterwege, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Massenmedien, Migration und Integration. Wiesbaden: VS, S. 37-53.
- Zulehner, Paul/ Volz, Rainer (1998): Männer im Aufbruch - Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie ihre Frauen sie sehen. Ostfildern: Schwabenverlag

Familiale Pflege als Angelegenheit der Frauen? Diskursive Deutungen zur Zukunft der Altenfürsorge und -pflege

Anne-Christine Kunstmann

Abstracts

Aufgezeigt wird, dass und wie familiäre Pflege und Fürsorge für hilfsbedürftige alte Angehörige diskursiv als „Angelegenheit der Frauen“ interpretiert und institutionalisiert wird, ohne die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren. In diesem Beitrag wird dies durch eine Re- und Dekonstruktion der These verdeutlicht, die Zukunft der Altenfürsorge und -pflege sei prekär, weil Frauen in ihrer Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung nachlassen würden. Kritisch diskutiert werden dabei die Orientierung an der traditionellen Generationenethik, die Verknüpfung von Generationen- und Geschlechtervertrag, die Modernisierung von Lebensentwürfen, die Dilemmata rationaler Lebensplanung, sowie die Konflikte pflegender Frauen.

Familial care – an issue for women? Discursive interpretations of the future of care and caring for the elder generation

How and why familial care for needy older relatives in different discourses is mainly discussed, analysed and accordingly institutionalized as issue of women without even bringing up questions on gender equality or justice is critically analysed in this article. In re- and deconstructing this assumption, it becomes clear that the future of care work for the elder generation is getting more and more difficult because women become increasingly unwilling to take responsibility. The author discusses traditional concepts of an ethics of generations as well as the interdependence of gender and intergenerational contracts. Furthermore the modernisation of concepts of living, the dilemma of rationally planning the individual future as well as the conflicts of care giving women are carefully reconsidered.

Die Frage „Wer sorgt für wen?“ scheint sich im Kontext der Altenfürsorge und -pflege relativ leicht beantworten zu lassen, ist doch die diskursive Auseinandersetzung der letzten Jahre durch zahlreiche Gewissheiten geprägt, die sich auf diesen Aspekt beziehen:

Weitgehender Konsens besteht erstens hinsichtlich der quantitativen Dimension familialer Fürsorge und Pflege im Vergleich zur institutionellen Ver-

sorgung alter pflegebedürftiger Menschen (z.B. Höhn 1995¹). Bereits vor Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes wurde trotz aller Kontroversen übereinstimmend angenommen, die Familie sei als zentrale Institution der sozialen Integration sowie der emotionalen und instrumentellen Unterstützung älterer Menschen anzusehen. Seitdem wird der Mythos von leichtfertig in Institutionen abgeschobenen, pflegebedürftigen und/oder alten Menschen empirisch kontinuierlich widerlegt (z.B. Stat. Bundesamt 2008).

Als gesichert gilt zweitens die Annahme, dass eine Aufteilung der Pflegeverantwortung selten erfolgt, also primär eine Hauptpflegeperson die Fürsorgeverantwortung und die Pflege alter Menschen in der Familie übernimmt (z.B. BMFSFJ 2002). Nebenpflegepersonen aus dem sozialen Umfeld der Pflegenden, vor allem die EhepartnerInnen der Pflegenden und die eigenen Kinder, würden die Hauptpflegeperson lediglich indirekt, zeitlich begrenzt oder sporadisch unterstützen (z.B. Landtag NRW 2005). Gleichzeitig bleibe auch nach der Etablierung der Unterstützungsleistungen durch das Pflegeversicherungsgesetz die Inanspruchnahme formeller Hilfe unerwartet gering. Drei Viertel aller informellen Pflegearrangements, so z.B. Jansen (1999), hätten nur bei der Begutachtung zur Einstufung und im Rahmen der Pflichteinsätze nach § 37 SGB XI Kontakte zu professionell Pflegenden.

Als unbestritten gilt drittens das von Blinkert/Klie (1999) als „Weiblichkeit der Hilfe“ bezeichnete Phänomen, mit dem prägnant veranschaulicht wird, dass die Hauptpflegeperson in der Familie zumeist eine pflegende Frau, eine Tochter, Ehefrau, Schwiegertochter, Mutter, Schwester oder Tante, ist (z.B. Schneekloth/Wahl 2005). Gegenüber der Bedeutung, die pflegenden Frauen zukomme, trete die der Männer, die vor allem als (Ehe-)Partner pflegen (z.B. Franke 2006; Meyer 2006), insgesamt deutlich zurück (kritisch dazu z.B. Langehennig 2009).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Hilfe für und die Pflege von alten Menschen diskursiv als Form familialer Fürsorge dar, die als Pflegedual organisiert und geschlechtsspezifisch strukturiert ist².

Der Diskurs beschränkt sich jedoch nicht darauf, Erkenntnisse zur Frage „Wer sorgt für wen?“ zu dokumentieren, sondern stabilisiert und (re-)produziert die genannte Figuration der Altenfürsorge als Fürsorge und Pflege durch Frauen. Hier sind neben manifesten Interventionen, z.B. durch das Pflegeversicherungsgesetz (vgl. z.B. Gröning/Kunstmann/Rensing 2004), auch diskursive Deutungen wirkmächtig, die theoretische Argumentationen und die Interpretation empirischer Erkenntnisse konturieren und konnotieren. Indem explizite Äußerungen im Diskurs unterschwellig mit Bedeutungszuweisungen ver-

1 Zugunsten der Lesbarkeit werden hier und im Weiteren lediglich exemplarische Quellen genannt; zur differenzierten Analyse des Diskurses familialer Altenfürsorge und -pflege vgl. Kunstmann (2010).

2 Zu den Problematiken, die aus dieser Konstellation der familialen Pflege resultieren vgl. z.B. Gröning/Kunstmann (2008).

knüpft und so implizit mit spezifischen Wertungen aufgeladen werden, regulieren diese diskursiven Deutungen, auf welche spezifische Weise Wissen zu verstehen und umzusetzen ist. Wie insbesondere die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechterforschung zeigen, ist die Auseinandersetzung mit diskursiven Deutungen zudem vielfach deshalb entlarvend, weil es weniger argumentative Beschränkungen, sondern spezifische Interpretationen sind, durch die alternative Forschungsfragen und Wissenszusammenhänge marginalisiert und ausgegrenzt werden. Im Kontext der Debatten zur Zukunft der Altenfürsorge zeigt sich hierzu, dass der Diskurs den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit nicht problematisiert. Stattdessen werden normativ aufgeladene Bilder vom Alter und Altern, von der Familie und insbesondere von der Frauenrolle reproduziert, die über einseitige Verantwortungszuschreibungen und eine Semantik der Krise ihre Wirkung in einem machtvollen patriarchalisch geprägten Diskurs entfalten. Hier zeigt sich einmal mehr, dass die populäre Feminisierung von Diskursen kritisch beurteilt werden muss.

Dass die pflegerische Fürsorge für hilfebedürftige alte Angehörige diskursiv als ‚Angelegenheit der Frauen‘ interpretiert und institutionalisiert wird, ohne die Frage der Geschlechtergerechtigkeit zu thematisieren, wird im Weiteren beispielhaft anhand der Re- und Dekonstruktion der These verdeutlicht, die Zukunft der Altenfürsorge und -pflege sei prekär, weil die Frauen in ihrer Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme nachlassen würden³.

1. Die These von der sinkenden Pflegebereitschaft der Frauen

Während, so die Argumentation, sich die Rahmenbedingungen der familialen

3 Eine Feminisierung des ‚Problems Altenfürsorge‘ lässt sich aus sämtlichen relevanten Diskurssträngen ableiten, wenn z. B. berücksichtigt wird, dass der Diskurs einerseits vorrangig geschlechtsneutral, z. B. auf rechtlicher Ebene oder im Kontext der Belastungen infolge der Altenfürsorge von der ‚Hauptpflegeperson‘ sowie in den Debatten zur Altenhilfe und der Beratung von ‚den pflegenden Angehörigen‘ spricht – andererseits aber konkrete, insbesondere als problematisch gedeutete, Aspekte der Altenfürsorge abweichend davon mit Fokus auf (pflegende) Frauen diskutiert werden. Hier finden sich zahlreiche Beispiele, die nicht nur belegen, dass die familiäre Pflege diskursiv als ‚Sache der Frauen‘ verstanden wird, sondern auch das diskursive Bild pflegende Frauen in spezifischer Weise konturieren (drastisch z.B. Grond 2000). Thematisiert wird u. a. die geringe Nutzung professioneller Unterstützung, die als Zeichen fehlender Wahrnehmung von Belastungsgrenzen gedeutet wird oder die Mutter-Tochter-Beziehung die als (zumindest tendenziell) pathologisch interpretiert und zur allgemeinen Folie der Einschätzung von Pflegebeziehungen wird oder die Thematik gewaltförmiger Pflegebeziehungen, die als Gewalt durch pflegende Töchter problematisiert wird. Zur differenzierten Analyse der zentralen Diskursstränge vgl. Kunstmann (2010).

Altenfürsorge durch demografische Entwicklungen sowie den Strukturwandel des Alters und der Familie tendenziell verschlechterten und sich die Anforderungen im Kontext familialer Pflege dadurch vergrößerten und verschöbten (z.B. BMFSFJ 2006), führe der Wertewandel in modernen Gesellschaften gleichzeitig dazu, dass sich nicht nur die Möglichkeiten einer Übernahme von familialer Fürsorgeverantwortung verringerten, sondern auch die Bereitschaft zur Pflege sinke (z.B. Blinkert/Klie 2008). In dieser Argumentation wird die Logik der modernisierungstheoretischen Diskussion zu den krisenhaften Folgen des strukturellen Wandels der Familie - im Sinne einer ‚schwindenden‘ sicherheits- und sinnstiftenden Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungsmuster, ‚zerbrechender‘ familialer Beziehungen und verminderter solidarischer Bindungen zwischen Familienmitgliedern (z.B. Beck 1986; Beck/Beck-Gernsheim 1994) - mit einer an ökonomischen Ideologien orientierten Debatte verknüpft: Die Altenfürsorge werde nicht mehr ‚zu jedem Preis‘ übernommen, je nach Milieuzugehörigkeit variere die Pflegeorientierung, vor allem der sozioökonomische Status und damit verbundene Formen der Lebensführung würden die Entscheidung für oder gegen die Übernahme von Fürsorge- und Pflegeverantwortung maßgeblich beeinflussen und insbesondere in den an Bedeutung gewinnenden liberalen Milieus sei die Bereitschaft zur Pflege gering (z.B. Blinkert/Klie 2004).

Ausgehend von dieser Argumentation wird befürchtet und prognostiziert, das ‚familiale Pflegepotential‘ werde zukünftig erodieren. Diese Prognose prägte die diskursive Auseinandersetzung bereits in den 1990er Jahren und bleibt weiterhin aktuell, wie beispielsweise der Fünfte Altenbericht (BMFSFJ 2006) zeigt, in dem die familiäre Hilfe für ältere Menschen als wichtigste Unterstützungsinstanz gewürdigt und gleichzeitig konstatiert wird, angesichts des Wandels familialer Strukturen sei unklar, mit welcher Perspektive familiäre Solidarität langfristig ‚einkalkuliert‘ werden könne (vgl. z.B. auch Landtag NRW 2005; Blinkert/Gräf 2009).

Für die Annahme der erodierenden familialen Altenfürsorge ist die These zentral, insbesondere Frauen seien immer weniger bereit, die Rolle der Pflegeperson in der Familie zu übernehmen. Postuliert wird erstens, Veränderungen der Geschlechterrollen und des Geschlechterverhältnisses im Kontext zunehmender Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen würden zu einem Wandel der weiblichen Normalbiografie führen (z.B. Beck-Gernsheim 1993; Becker 2008). Ergänzend wird zweitens angenommen, dieser Wandel sei mit einer weiter zunehmenden Berufsorientierung bei Frauen verbunden, was wiederum drittens eine grundsätzlich sinkende Bereitschaft zur Übernahme von Fürsorge- und Pflegeverantwortung erwarten lasse (z.B. Dallinger 1997; Meyer 2006). Dies, so wird viertens gefolgert, habe negative Konsequenzen für die Zukunft der Altenfürsorge und -pflege, weil sich empirisch zeige, dass Frauen bislang in großem Umfang die familiäre Pflege gewährleis-

ten, gleichzeitig aber eine relative Unvereinbarkeit von Beruf und Pflege bestehe (z.B. Landtag NRW 2005; Schneekloth/Wahl 2005).

Dieser Argumentationsstrang leitet aus der Erosion traditioneller Geschlechterrollen direkt eine Erosion der Generationenbeziehungen ab, weil Generationenfürsorge primär als Tradition bzw. als Ausdruck traditioneller Lebensverhältnisse verstanden und von einer Kopplung des Generationenvertrags und des Geschlechtervertrags ausgegangen wird. Diese Interpretation wird allerdings im Diskurs kaum expliziert. Die Debatten zur (Zukunft der) familialen Altenfürsorge und -pflege rekurren vielmehr implizit auf eine traditionelle Generationenethik, die beispielsweise Schultheis (1993) mit einem ‚archaischen Gabentausch‘ vergleicht oder als ‚totalen Tatbestand‘ diskutiert. Den eingängigen und vordergründig plausiblen Argumenten liegt letztlich die Ideologie zugrunde, nur traditionelle familiäre Verhältnisse seien geeignet die Generationenfürsorge sicherzustellen.

2. Orientierung an der traditionellen Generationenethik: Die Kopplung von Generationen- und Geschlechtervertrag

Die Generationenethik sei, so Schultheis (1993), einerseits naturhaft angelegt, weil Generationenbeziehungen eine Form schicksalhafter Verbundenheit darstellen würden. Die teilweise unbewusste Verbundenheit und moralische Solidarität zwischen den Generationen bedürfe hinsichtlich ihrer Begründung und Legitimation entsprechend keines Rückgriffs auf ein Drittes, ihr sozialer Sinn entstünde aus sich selbst heraus. Er spricht von einer ‚urwüchsigen Gemeinschaftsbeziehung‘, die einer ‚Deshalb-Ethik‘ folge. Aus dieser ‚schicksalhaften‘ sozialen Verbundenheit leiteten sich Formen der Solidarität und des Austausches ab, die gleichzeitig uneigennützig und obligatorisch seien. Andererseits aber sei die Generationenethik hinsichtlich ihrer Form, mit dem Fokus auf Namen und Besitz, historisch patriarchal konstruiert. Sie sei insofern strukturell ungerecht, weil sie nicht auf Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit im Generationenverhältnis basiere, sondern die Macht der älteren über die jüngere Generation tradiere. Unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen sei eine solche Generationenethik nicht tragfähig.

In der modernen, stärker der Codierung der Liebe folgenden Ausprägung, werde die historisch verankerte Form des Generationenverhältnisses durch staatliche Einflüsse überlagert, weil sich die Generationenbeziehung nicht auf den Code der Liebe reduzieren lasse, die Stabilität der Solidaritätsbeziehungen nicht von individuellen Einstellungen und Moralitäten abhängig sein könne. Der Staat stelle sich quasi als moralisch-rechtlich regulierende und stabilisie-

rende Instanz zwischen die Generationen und regele die Abstammungsbeziehung z.B. über die Sozialversicherung oder das Erbrecht. Diese rechtlichen Interventionen im Generationenverhältnis basierten „ganz maßgeblich auch auf einem im Modell der bürgerlichen Kernfamilie prototypisch zum Ausdruck kommenden impliziten ‚Geschlechtervertrag‘“, in dem die Männer in ihrer Rolle als Beitragszahler die „Träger des sozialstaatlichen Generationenverbandes“ seien und die Frauen „abgesichert durch die zivilrechtlichen Unterhaltspflichten des ‚Ernährers‘, die Solidarpflichten“ in der Familie übernahmen (Schultheis 1993, 432).

Mit dieser Perspektive verbindet sich erstens die Annahme, nicht die auf Liebe und Zuneigung basierenden Beziehungen, sondern die funktional-rechtlichen Bedingungen und Institutionalisierungen wirkten stabilisierend auf das Generationenverhältnis. Die Altenfürsorge erscheint unter diesen Bedingungen nicht als Ausdruck der Solidarität oder als Ausdruck von Bindungen und Reziprozität, sondern als ein Vollzug gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen, der assoziiert ist mit Ideen der Ehre und des Erbes, des Anstands und der Abstammungslinie (Gröning/Kunstmann/Rensing 2004). Die Ethik der Generationenbeziehungen wird durch diese Argumentationsstruktur auf theoretischer Ebene funktionalistisch verengt und als vorrangig institutionell verankert interpretiert. Modernisierungsbedingte Veränderungen werden nicht als Zugewinn von Freiheit und Gerechtigkeit, sondern einseitig als Ausdruck der Krise interpretiert. Die suggerierte Alternativlosigkeit traditioneller Formen der Solidarität zwischen den Generationen mündet in eine sozialpolitische Resignation, weil die strukturellen Veränderungen unumkehrbar sind.

Zweitens stabilisiert diese Sichtweise auf die Ethik der Generationenbeziehungen deren ‚traditionelle‘ patriarchale Struktur, weil konstatiert wird, der Generationenvertrag ruhe nicht nur auf der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Generationen, sondern auch auf der zwischen den Geschlechtern. Konstatiert wird, wenn die tradierte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung fragil werde, erodiere auch die Sicherheit des Generationenvertrags. Die Übernahme von Fürsorgeverantwortung durch Frauen wirkt aus dieser Sicht als ‚eine Art Geschlechtsschicksal‘ (Schultheis 1993). Dabei wird vollständig ausgeblendet, dass die traditionelle Generationenethik nicht nur im Hinblick auf das Generationenverhältnis, sondern auch hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses strukturell ungerecht ist. Mit einer geschlechtersensiblen erziehungswissenschaftlichen Position ist diese Vorstellung unvereinbar.

Die Orientierung an einer traditionellen Generationenethik wird im Diskurs zur familialen Altenfürsorge und -pflege mit modernisierungstheoretischen Argumentationen verknüpft. Diesen zufolge führen Individualisierungs- und Modernisierungsprozesse in besonderem Maße zu einem Strukturwandel des weiblichen Lebens, der bruchlos in eine steigende Erwerbsorientierung und -tätigkeit der Frauen münde. Diese Annahme wird in den Debatten zur fa-

milianen Pflege weder hinterfragt noch empirisch fundiert, sondern erscheint trotz der Widersprüche und Spannungen, die beispielsweise der feministische Diskurs hierzu problematisiert, evident. Hier zeigt sich, wie halbiert und gefährlich eine wissenschaftliche Argumentation ist, die ihre Vorannahmen nicht offenlegt und glaubt, auf eine systematische Analyse aus der Geschlechterperspektive verzichten zu können.

3. Die Modernisierung von Lebensentwürfen und das Dilemma rationaler Lebensplanung

Im Rahmen der Auseinandersetzung um die Wirkung von Modernisierungsprozessen thematisiert Beck bereits 1986 Widersprüche und Spannungen zwischen den freiheitlichen Prinzipien der ‚zweiten Moderne‘ und den durch Entfremdung, Machtinteressen, Disziplinierungs- und Exklusionsmechanismen geprägten institutionellen Bedingungen der ‚ersten Moderne‘. Bezogen auf die Situation von Frauen spricht Beck hier von einem ‚modernen Ständeschicksal‘, von einer ‚halbierten Moderne‘, in der Frauen qua Geschlecht vom Zugang zu zentralen Institutionen der Gesellschaft und vom Zugang zu Ressourcen ausgeschlossen seien. Chancen einer ‚nachholenden Modernisierung‘ beurteilt Beck insofern pessimistisch, als er annimmt, eine Gleichstellung der Geschlechter sei „nicht in institutionellen Strukturen zu schaffen, die die Ungleichstellung von Frauen und Männern voraussetzen“ (Beck 1986, 181).

Der feministische Diskurs akzentuiert diese Diagnose im Kontext der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der familialen Fürsorge:

Diezinger (1991) spricht hinsichtlich der Erwerbsintegration von Frauen bei gleichzeitiger Einbindung in die Strukturen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung von einer ‚kontrollierten Individualisierung‘, die angesichts einer patriarchal geprägten Definition von Liebe auf der Voraussetzung eines ‚harmonischen Ungleichgewichts‘ im Geschlechterverhältnis basiere. Jurczyk (2001) interpretiert Veränderungen im Hinblick auf die alltägliche Lebensführung analog als ‚patriarchale Modernisierung‘, die Gruppen von Frauen differenziere und die Sorgearbeit zwischen diesen (Frauen-)Gruppen ungleich verteile.

Pfau-Effinger (2001) problematisiert Modernisierungsprozesse mit dem Fokus auf eine Gleichzeitigkeit der Förderung von Gleichstellung und Erwerbsintegration einerseits sowie der bestehenden Arbeitsteilung und widersprüchlichen kulturellen Leitbildern andererseits. Ausschließlich von Frauen, präzisiert Richter (2002, 102), würden „Vereinbarungsleistungen zwischen verschiedenen Aspekten, zwischen einer familienbiografischen und einer berufsbiografischen Orientierung weiblicher Identität, gefordert“.

Geissler/Oechsle (1996) argumentieren, solange die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die von Institutionen erhalten blieben, sei trotz einer zunehmenden Erwerbsintegration von einer einseitigen und widersprüchlichen Modernisierung des Frauenlebens auszugehen. Frauen seien zudem in besonderem Maß auf biografische Selbststeuerung angewiesen, da eine Institutionalisierung der ‚doppelten Lebensführung‘ als Normalbiografie noch ausstehe. Ungleichheiten hinsichtlich Chancen und Status würden angesichts der modernisierungstheoretischen Überbetonung von Wahlmöglichkeiten sowie der damit parallel etablierten Prinzipien der Selbststeuerung, Selbstkontrolle und Selbstverantwortung als Deutungsmuster zur modernen Lebensführung auch im Alltag zunehmend als Folge individueller Entscheidungen verstanden. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern würde sowohl modernisierungstheoretisch als auch faktisch (insbesondere von der jüngeren Frauengeneration) ‚eher als ‚Altlast‘ wahrgenommen, die sich im Zuge weiterer Modernisierungsprozesse gleichsam von selbst auflösen wird, denn als anhaltende und strukturell bedingte soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern‘ (Oechsle/Geissler 2004, 201).

Auch und insbesondere die hierarchisierte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung erscheine auf individueller Ebene zunehmend als Folge rationaler Lebensplanung (Wetterer 2003). Ein Grund dafür sei, dass das Prinzip der Arbeitsteilung in Paarbeziehungen zunehmend nach dem komparativen Modell erfolge: Wer sich bislang im Lebenslauf stärker auf marktvermittelte Erwerbstätigkeit spezialisiert habe und deshalb ein höheres Einkommen und bessere Aufstiegschancen habe, werde sich noch weiter auf Erwerbstätigkeit konzentrieren, während der Partner/die Partnerin sich zunehmend auf Aufgaben im Reproduktionsbereich beziehe. Eine berufsbezogene Gleichberechtigung (mit entsprechenden Chancen der Aufteilung familienbezogener Aufgaben) in familialen Paarbeziehungen wirke angesichts der Bedingungen des Arbeitsmarktes demgegenüber zunehmend irrational. Wetterer (2003) spricht angesichts dieser vordergründig rationalen Aushandlungsprozesse von einer ‚rhetorischen Modernisierung‘, die zur Konsequenz habe, dass sich die Lebensläufe von Frauen immer stärker als Aneinanderreihung von Entscheidungen im Sinne eines rationalen Verzichts auf berufliche Entwicklung darstellen.

In den Debatten zur familialen Altenfürsorge werden die genannten strukturellen Restriktionen und die damit potentiell für pflegende Frauen verbundenen Dilemmata nicht exponiert problematisiert. Vielmehr wird die scheinbare Rationalität der Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse im Kontext der pflegerischen Verantwortungsübernahme diskursiv flankiert und forciert. Hier sind primär rechtliche Regelungen, z.B. durch die Konstruktion der Rolle der ‚Hauptpflegeperson‘ im Pflegeversicherungsgesetz, zentral (vgl. hierzu z.B. Gröning/Kunstmann/Rensing 2004; Kunstmann 2010), die gezielt und direkt Einfluss auf die Gestaltung der familialen Altenfürsorge im Sinne der

traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nehmen. Einflussreich ist aber auch die diskursiv zunehmend bedeutsame utilitaristische Perspektive auf die familiäre Pflege. Hier werden Kosten-Nutzen-Rechnungen zumeist nicht explizit auf das Geschlechterverhältnis bezogen, sondern vordergründig ‚geschlechtsneutral‘ als prinzipiell wesentlich für die individuelle Entscheidung zwischen Berufstätigkeit und Pflege thematisiert (z.B. Blinkert/Klie 2004). Zentral erscheinen in der darauf bezogenen Argumentation insbesondere die so genannten Opportunitätskosten der Fürsorgeverantwortung, die in konkreten - dann allerdings im Diskurs zumeist nicht mehr ‚geschlechtsneutral‘ gedeuteten Entscheidungssituationen - zum Tragen kommen würden: z.B. „wenn eine gutverdienende Tochter sich vor die Wahl gestellt sieht, sich für oder gegen eine häusliche Versorgung eines nahen Angehörigen zu entscheiden“ (Dech 2009, 76). Familiäre Beziehungen werden utilitaristisch gedeutet, die Frage der Geschlechtergerechtigkeit im Kontext der familialen Altenfürsorge zu stellen, wirkt durch die Orientierung an der vordergründig rationalen Entscheidungsgrundlage, die ökonomische Kriterien bieten, obsolet. Die Bedeutung der strukturellen Rahmenbedingungen der häuslichen Pflege, insbesondere damit verbundener Ambivalenzen und Widersprüche, gerät dadurch aus dem Blick.

4. Konflikte für pflegende Frauen - Paradoxien durch Normorientierung?

Statt einer Problematisierung strukturell bedingter Dilemmata zeigt sich in den Debatten zur familialen Pflege, dass die Konflikte und Probleme, die mit der Entscheidung für oder gegen die Übernahme der Pflegeverantwortung potentiell verbunden sein oder aus der Entscheidung resultieren können, individualisiert und letztlich feminisiert werden.

Deutlich wird dies beispielsweise, wenn abweichend von der diskursiv üblichen geschlechtsneutralen Rhetorik, im Kontext ‚neuer‘, modernisierungsbedingter Konflikte explizit die Situation (potentiell) pflegender Frauen fokussiert wird. Seit inzwischen etwa 20 Jahren werden hier vor allem die Ambivalenzen bezüglich der Motivation zur Übernahme der Pflegeverantwortung problematisiert, von denen angenommen wird, sie resultierten aus der Gleichzeitigkeit einer Orientierung an traditionellen und modernen Rollen(-Erwartungen) (z.B. Grond 2000; Becker 2008). Argumentiert wird, die Chancen der Modernisierung durch Optionen im Rahmen der Selbststeuerung bedeuteten für Frauen nicht selten die Konfrontation mit widerstreitenden Normen der Verpflichtung und Selbstverwirklichung. Hinsichtlich der Frage der Pflegeverantwortung würden sich die Divergenzen zwi-

schen Ansprüchen auf gesellschaftlicher wie individueller Ebene in der Lebensrealität der (potentiell pflegenden) Frauen konkretisieren. Zwar wird einerseits konstatiert, die Motivation zur Übernahme von Pflegeverantwortung variere zwischen den dichotomisierten Motiven ‚Pflicht versus Neigung‘ (Schütze 1989), andererseits wird problematisiert, konflikthaft wirke, dass in der Entscheidungssituation traditionelle Einstellungen und Orientierungen der Frauen, den veränderten (eigenen und an Frauen gerichteten) Erwartungen gegenüberstünden (z.B. Geister 2004; Becker 2008).

Auffällig ist hier, dass die Übernahme von Pflegeverantwortung nicht vorrangig als ethisch begründet oder auf emotionaler Bindung basierend interpretiert, sondern als weitgehend unreflektiertes normkonformes weibliches Rollenhandeln gedeutet wird. Hier liegt die Vorstellung nahe, der familiäre Zusammenhalt gründe sich primär auf Konventionen. Die Entscheidung zur Übernahme von Fürsorgeverantwortung scheint seitens der Frauen keine Konsequenz aktiver Aushandlungsprozesse, sondern passiven Erduldens zu sein. Die Pflege wird aus dieser Perspektive zum sozialen Ort, an dem sich die Reproduktion der weiblichen Rolle durch (implizit unreflektiertes) Rollenhandeln vollzieht und institutionalisiert. Dass sich die Frage der Entscheidung zur Pflege den Frauen und nicht der ganzen Familie stellt, wird implizit vorausgesetzt, diskursiv nicht problematisiert und dadurch reproduziert.

Problematisch ist zudem, dass sich mit den genannten diskursiven Deutungen (implizit) das Bild des bindungslosen, individualisierten Menschen der Moderne verbindet, der funktionale Ansprüche an die Familie richtet und deren Ansprüche funktional erfüllt oder zurückweist. Die Übernahme fürsorglicher oder pflegerischer Verantwortung wäre demzufolge erstens als Zeichen der ‚Restsolidarität‘ vormoderner Lebensformen zu verstehen und zudem zweitens mit modernen Lebensentwürfen weitgehend unvereinbar (z.B. Blinkert/Klie 2004, 2008). Die Bedeutung der guten Beziehungen und der emotionalen Nähe zu den pflegebedürftigen Familienmitgliedern als Grund für die Übernahme der Pflege und als tragfähige Basis der Fürsorgeverantwortung wird durch diese Interpretation diskursiv marginalisiert. Gleichzeitig werden nicht nur die Fürsorge bzw. die Pflege entwertet, sondern auch die Entscheidung der Pflegenden und letztlich die Pflegenden selbst: Die einen, weil mit ihnen das Bild der ModernisierungsverliererInnen assoziiert wird und die anderen, weil sie dem überwunden geglaubten Klischee der ‚abschiebenden Familie‘ zu entsprechen scheinen.

Indem schließlich angenommen wird, traditionelle Zuschreibungs- und Aneignungsprozesse würden durch Modernisierungsprozesse teilweise aufgelöst, wird ein zweifaches Dilemma konstatiert: Nicht nur die Ambivalenzen durch eine gleichzeitige Orientierung an ‚traditionellen‘ und ‚modernen‘ Rollen(-Erwartungen), sondern auch die Beibehaltung einer Orientierung an bislang gültigen Rollen und Erwartungen sei mit erheblichen Konflikten für die (potentiell) pflegenden Frauen verbunden. Letztlich wird problematisiert, bei-

de Orientierungen würden zu Risiken in der und durch die Pflege führen (z.B. Wilz 2002), die im Extrem in die Ausübung von Gewalt münden könnten (z.B. Grond 2000). Die strukturellen Bedingungen der Pflege geraten bei dieser Interpretation vollends aus dem Blick, die Pflege wirkt so, als sei sie immer riskant – sowohl für die Pflegenden selbst als auch für die Pflegebedürftigen. Der durch diese Deutungen produzierte Pessimismus erscheint als nicht auflösbar.

Hier wird eine eindimensionale, gleichwohl diskursiv bedeutsame Perspektive auf die Pflege und die Pflegenden eingenommen, die unberücksichtigt lässt, dass Konflikte zwischen widersprüchlichen Erwartungen primär dann erwartbar sind, wenn die Pflege – traditionell als ‚Frauensache‘ angelegt – trotz gleichzeitiger ‚moderner‘ Anforderungen in der alleinigen Verantwortung der Frauen liegt. Dieser Zusammenhang wird in der Diskussion zur Vereinbarkeitsproblematik von Erwerbstätigkeit und Pflegeverantwortung besonders deutlich.

Bitte fragen Sie jederzeit, falls etwas unklar ist oder Dinge auftauchen, die hier nicht behandelt sind!

5. Erwerbstätigkeit und Pflege – Ein Vereinbarkeitsproblem für Frauen?

Dass die Thematik der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege analog zur Frage der Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit implizit und/oder explizit als Thema betrachtet wird, das vorrangig Frauen betrifft, zeigt sich z.B. daran, dass die Vereinbarkeitsproblematik überhaupt erst durch die postulierte zunehmende Erwerbsorientierung der Frauen in den Fokus des Diskurses gerät: „Die Frauenerwerbsquote steigt. Dadurch gewinnt das Thema der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege an Bedeutung“ (Landtag NRW 2005: 102; auch BMFSFJ 2001). Die gesamte Debatte zur Vereinbarkeitsproblematik ist zudem dadurch gekennzeichnet, dass der linear gedachte Zusammenhang zwischen Modernisierung und Frauenerwerbstätigkeit sowie der postulierte Zusammenhang zwischen zunehmender Erwerbsorientierung und sinkender Bereitschaft zur Übernahme von Pflegeverantwortung zwingend wirken; beide Zusammenhänge werden nicht reflektiert und nicht empirisch fundiert, sondern schlicht unterstellt. Entgegen der diskursiven Deutung zeigt sich beispielsweise empirisch, dass die Altenfürsorge und Pflege im historischen Vergleich noch nie in so großem Umfang gewährleistet worden ist wie derzeit (z.B. Stat. Bundesamt 2008; Schneekloth/Wahl 2005), Verantwortung in Familienbeziehungen also weiterhin übernommen wird und somit eher davon auszugehen wäre, dass

Familien sich im Modernisierungsprozess strukturell transformieren, ohne ihre ethischen Praxen aufzugeben. Der entscheidende epochale Wandel durch Modernisierungsprozesse, so wäre unter dieser Perspektive anzunehmen, würde sich nicht als Pluralisierung von Familienformen darstellen, sondern sich im Binnenverhältnis der Familie vollziehen und sich auf die an den Werten der Partnerschaftlichkeit und Gerechtigkeit orientierte Umgestaltung innerfamiliärer Beziehungen beziehen (Gröning/Kunstmann 2008). Zwar könnte dann konstatiert werden, dass diese Umgestaltung im Alltag des familialen Zusammenlebens nicht konfliktfrei umgesetzt wird, z.B. wenn Familien unvorbereitet, überfordert oder hilflos auf Veränderungen reagieren, weil sie mit Veränderungen konfrontiert werden, ohne sich an Vorbildern orientieren zu können oder weil adäquate Bewältigungskompetenzen oder Unterstützungsangebote fehlen. Ein Krisenszenario schwindender Solidarität leitet sich aus diesem Verständnis familialer Veränderungen jedoch nicht ab. Vielmehr könnte die Übernahme von Fürsorgeverantwortung als sozio-kulturelle Entwicklungsaufgabe verstanden werden, die zeitgemäße, moderne und nicht nur traditionelle Ausgestaltungen erfordert. Die stabilisierende Wirkung der o.g. diskursiven Deutungen manifestiert sich hier gleichwohl insofern, als die Spannung zwischen Theorie und Empirie bislang zu keiner Revision des theoretischen diskursiven Rahmens oder zur Integration alternativer Interpretationen geführt hat.

Aus den genannten Annahmen und der zusätzlichen Prämisse, die Bereitschaft der Männer zur Übernahme der Elternpflege werde sich nicht wesentlich erhöhen (z.B. Landtag NRW 2005) sowie dem Postulat einer relativen Unvereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege, leitet der Diskurs einen direkten Zusammenhang zwischen der Frauenerwerbstätigkeit respektive der Vereinbarkeitsproblematik und der zukünftigen Stabilität der Altenfürsorge ab (z.B. Blinkert/Gräf 2009). Dass die konstatierte Problematik lediglich dann plausibel ist, wenn erstens ein Antagonismus von Beruf und Fürsorge sowie zweitens die Alleinverantwortung der Frauen für Fürsorge und Pflege vorausgesetzt wird und dass drittens beide Deutungen patriarchalen Paradigmen entsprechen, wird als Verstehenszusammenhang der familialen Pflege diskursiv ausgeblendet.

Die Orientierung am patriarchalen Paradigma eines Antagonismus von Beruf und Fürsorge wird im Diskurs weder begründet noch werden die Konsequenzen dieser Perspektive problematisiert. So werden beispielsweise arbeitsmarktpolitische Dimensionen in dieser Debatte ebenso ausgeblendet wie Dimensionen, die speziell das Geschlechterverhältnis im Kontext von Erwerbstätigkeit und Fürsorge betreffen (kritisch dazu z.B. Gröning 2009). Gleichwohl wird durchgängig von einer ‚Spannung‘ zwischen Beruf und Pflege insofern ausgegangen, als angesichts der pflegebedingten Belastungen eine (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit mit einer intensiven Pflegetätigkeit kaum vereinbar zu sein scheint (z.B. Dallinger 2001; Blinkert/Klie 2004, 2008). In weiten

Teilen der Argumentation werden die Belastungen durch die Pflege allerdings so stark gewichtet und/oder ‚die Berufstätigkeit‘ so deutlich mit der Idee der Vollzeitberufstätigkeit assoziiert, dass der Begriff der ‚Spannung‘ eher als ein Euphemismus wirkt, der die diskursive Deutung einer ‚Unvereinbarkeit‘ verschleiern soll. Hierfür spricht auch, dass die Vereinbarung von Pflege und Beruf diskursiv weder als Alternative auf Dauer noch als Alternative zur und bei Vollzeitberufstätigkeit gedacht (Gröning 2009), also außerhalb des Modells ‚männlicher Berufsorientierung‘ interpretiert wird.

Analog zu den Prämissen des Diskurses wird nicht die Alleinverantwortlichkeit der Frauen für die Altenfürsorge und -pflege reflektiert, sondern werden lediglich die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege problematisiert: Pflegenden (berufstätige) Frauen sollen entlastet werden, um dadurch die familiäre Pflege zu stabilisieren. Es wird eine rein funktionale Perspektive auf die Altenfürsorge und die (potentiell) Pflegenden eingenommen: Frauen werden aus dieser Sicht zur ‚Versorgungsressource‘ (Geister 2004), die sich verringernde ‚Fürsorgeteile‘ oder das ‚schrumpfende ‚Töchter-Pflegepotential‘ werden diskutiert (BMFSFJ 2002), es wird eine ‚Rekrutierungsproblematik‘ konstatiert (Blinkert/Klie 1999), angesichts derer es zukünftig gelte, bei sinkendem oder erodierendem ‚informellem Pflegepotential‘ (Blinkert/Klie 2004) bzw. mit geringerem ‚Humankapital‘ die ‚demografische Alterslast‘ (Kaufmann 2006) zu bewältigen. Mit dieser funktionalen Perspektive, die Fürsorge als zweckrationale Form der Zuwendung begreift und die Lebenswirklichkeit der Pflegenden auch sprachlich negiert, verbindet sich das Plädoyer für eine Ausweitung ambulanter und teilstationärer Angebote zur Versorgung Pflegebedürftiger im Rahmen eines Pflege-Mix (z.B. Blinkert/Klie 2004, 2008; Meyer 2006).

Unter dem Einfluss dieser diskursiven Deutungen werden geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Übernahme familiärer Pflegeverantwortung zwar als empirische Tatsache deskriptiv zur Kenntnis genommen und eindimensional als Risiko für die Zukunft der Altenfürsorge problematisiert, eine kritische Analyse dieses Aspektes familiärer Pflege im Hinblick auf Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit bleibt jedoch marginal. Dadurch bleibt die gesamte Debatte zur Vereinbarkeitsproblematik – und zwar unter dem Vorzeichen eines Umbruchs der weiblichen Normalbiografie durch Modernisierungsprozesse – von einer Retraditionalisierungsdynamik geprägt, die hinter der griffigen These verschwindet, die (erwartete) Frauenerwerbsquote sei sowohl ein Indikator für die Bereitschaft als auch für die Möglichkeit familiärer Fürsorge- und Pflegeverantwortung. Die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit der Altenfürsorge stellt sich dann als ein Dilemma dar, das lediglich in den Varianten einer Pflegeübernahme durch Frauen in der Familie oder einer Versorgung in Institutionen⁴ lösbar scheint.

4 Da auch in den Institutionen zur Versorgung Hilfebedürftiger hauptsächlich Frauen

6. Perspektiven der Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit im Kontext familialer Altenfürsorge und -pflege

Diskursiv wird die Altenfürsorge und -pflege weniger als familiäre Aufgabe, sondern (implizit) als ‚Angelegenheit der Frauen‘ verstanden. Gleichwohl hat dieser Fokus bislang nicht zu einer explizit frauenorientierten Ausrichtung der Auseinandersetzung führt. Gerade weil vorausgesetzt wird, dass es meist die Frauen sind, die Pflegeverantwortung übernehmen, scheint es obsolet zu sein, diesem Umstand ein explizites Erkenntnisinteresse entgegenzubringen - dass mit der geschlechtsneutralen ‚Hauptpflegeperson‘ zumeist eine pflegende Frau gemeint ist, wird in der Regel nicht reflektiert. Fragen zu konkreten Bedingungen der Pflegearrangements, in denen Frauen pflegen, die z.B. verschiedenen Generationen angehören, in unterschiedlichen familialen Konstellationen leben und unterschiedliche emotionale Beziehungen und Bindungen zu den Hilfebedürftigen haben, Fragen zu spezifischen Anforderungen, mit denen pflegende Frauen konfrontiert sind, und insbesondere Fragen zu ihrem Erleben, zur Bedeutung der Pflege in ihrer Biografie und dem subjektiven Sinn der Übernahme von Fürsorge- und Pflegeverantwortung bleiben im Forschungszusammenhang marginal. Die Lebenswelt der pflegenden Frauen bleibt trotz der Fülle an Publikationen zur Thematik familialer Altenfürsorge und -pflege diskursiv quasi unsichtbar.

Gleichzeitig wird die Vorstellung der Altenfürsorge und -pflege als ‚Angelegenheit der Frauen‘ zum generellen selbstevidenten Deutungsmuster im Diskurs. Sämtliche Probleme und Konflikte im Kontext der Pflege scheinen primär Frauen zu betreffen, sie erscheinen gleichzeitig funktional lösbar und/oder wirken als persönliches Scheitern. Die Familie wird parallel eher im Umfeld der ‚eigentlichen Pflegebeziehung‘ zwischen Pflegebedürftigen und (weiblichen) Pflegenden verortet, wodurch eine Polarisierung zwischen den Pflegenden und ihren Familien forciert und letztlich die Dualisierung der Pflegebeziehung, also eine höchst problematische Pflegekonstellation, institutionalisiert wird. Solange die Bedeutung der Familie, der familialen Beziehungsstrukturen und Bindungen im Hinblick auf die Pflegeverantwortung nicht oder nur unzureichend reflektiert werden, führt dies in Konsequenz dazu, dass eine Transformation familialer Verantwortung im Sinne eines egalitären Verständnisses von Generationenfürsorge jenseits der alleinigen Verantwortung auf Kosten der (pflegenden) Frauen unterbleibt. Vielmehr werden dadurch, dass die Prämisse einer ‚Weiblichkeit der familialen Pflege‘ allen Argumentationen und Interpretationen (implizit) zugrunde liegt, Asymmetrien im Generationen- und Geschlechterverhältnis

arbeiten, ist die Pflege auch hier eine ‚Angelegenheit der Frauen‘.

im Kontext von Fürsorge und Pflege letztlich stabilisiert. Die Chance einer ‚Kulturalisierung‘ der familialen Pflege gerade durch Modernisierungsprozesse wird mit der erneuten Festschreibung der Fürsorgeverantwortung als ‚weibliches Schicksal‘ negiert.

In Abgrenzung zu den genannten diskursiven Deutungen betonen feministische Positionen, dass eine Diskussion der Konflikte um die Übernahme von Fürsorgeverantwortung nicht ohne eine Kritik an der Dichotomisierung der Gesellschaft in eine private und eine öffentliche Sphäre und nicht ohne eine Kritik an dem hierarchisierten Geschlechterverhältnis sowie den daraus resultierenden Konsequenzen für die Lebensführung von Frauen und Männern thematisiert werden kann (z.B. Jurczyk 2001; Wetterer 2003; Oechsle/Geissler 2004; Dierks 2005). Ausgangspunkt der Argumentation ist auch hier der empirische Befund, dass überwiegend Frauen die Verantwortung für die Fürsorge und Pflege in Familien übernehmen. Während dieser jedoch im Kontext der These, der Generationenvertrag ruhe auf einem Geschlechtervertrag (Schultheis 1993), unreflektiert und mit weiteren Prämissen verbunden zur impliziten Basis oben genannter Deutungen wird, thematisieren die feministischen Diskussionsbeiträge diesen Umstand explizit. Mit Blick auf die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die strukturierende Wirkung auf die Lebensentwürfe und Lebensläufe von Frauen und Männern haben, sowie mit dem Fokus auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und einer damit verbundenen Entwertung der Fürsorge(-Arbeit), werden Erklärungsansätze formuliert, die statt des Umbruchs der weiblichen Normalbiografie das Geschlechterverhältnis analysieren und patriarchale Paradigmen problematisieren.

Gleichzeitig relativieren diese Ansätze die postulierte einseitige Orientierung der Frauen an der Erwerbsarbeit ebenso, wie die konstatierten Chancen durch diese Orientierung. Zudem gilt nicht ausschließlich oder primär die Erwerbsorientierung oder die Erwerbstätigkeit der Frauen als Ursache für Konflikte im Kontext der Übernahme von Fürsorgeverantwortung. Vielmehr wird betont, dass die patriarchal strukturierten gesellschaftlichen Bedingungen der Umsetzung einer Vereinbarung von Beruf und Familie entgegenstehen, wodurch die Interpretation das dialektische Spannungsfeld zwischen Beruf und Fürsorge fokussiert. Während innerhalb des Diskurses familialer Altenfürsorge primär die Integration der Pflege in die Berufsbiografie angesichts der mit der Fürsorge verbundenen Belastungen problematisiert wird, konstatiert die feministische Argumentation, strukturelle Bedingungen würden nicht nur prinzipiell die Möglichkeiten einer Vereinbarkeit von Fürsorgeverantwortung und Erwerbstätigkeit begrenzen, sondern auch deren geschlechtergerechte Gestaltung. Dies wiederum verweist auf die Notwendigkeit, im Kontext der Altenfürsorge parallel zur Frage der Generationengerechtigkeit auch die der Geschlechtergerechtigkeit zu

thematisieren. Eine Perspektive, die diskursiv allerdings bislang nahezu unbedeutend ist.

Gleichwohl leitet sich aus der Dekonstruktion diskursiver Aussagen und Deutungen die These ab, dass die Zukunft der Altenfürsorge und -pflege nur gesichert werden kann, wenn eine Konstituierung von Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit gelingt. Mit dieser These verbindet sich das Plädoyer für einen prinzipiell anderen Interpretationsrahmen familialer Sorgearbeit, durch den Fürsorglichkeit und Solidarität als Ausdruck emotionaler Bindung und ethischer Praxis im Kontext der Pflege verstehbar werden, ohne Fragen der Gerechtigkeit, auf familialer ebenso wie auf gesellschaftlicher Ebene, auszuklammern. Anknüpfungspunkte hierzu bietet die Care-Debatte, die verschiedene Aspekte der Fürsorge, insbesondere deren emotionale und ethische Dimensionen, einbezieht und die Kultur des Sorgens mit engem Bezug zur Konstruktion des Geschlechterverhältnisses reflektiert: Zum einen, so z.B. Brückner (2009) werde ‚Care‘ weitgehend der privaten Sphäre und damit den Frauen zugewiesen und zum anderen werde in den Diskursen zur Fürsorge eine gesellschaftliche Definition von Abhängigkeit zugrunde gelegt, der eine von Sorgetätigkeit befreite, männlich konnotierte Unabhängigkeit gegenüber gestellt werde. Brückner betont, einerseits suggeriere die Ausgrenzung des Sorgens aus dem öffentlichen Diskurs eine ‚Naturhaftigkeit‘ der Fürsorge, andererseits marginalisiere und entwerte der öffentliche Diskurs die Sorge und die Sorgenden. Diese mangelnde Anerkennung bis hin zur Entwertung von Sorgetätigkeiten verweise auf einen unvollständigen Demokratisierungsprozess. Brückner (2009) plädiert dafür, dass „Sorgen als gesellschaftliche und zwischenmenschliche Aufgabe nur verstanden werden kann, wenn die bisher eher getrennt wahrgenommenen sozialpolitischen und handlungsbezogenen Aspekte des Sorgens im Kontext gesellschaftlicher Strukturen zusammen gedacht werden“, und führt weiter aus, „dass sich eine Kultur des Sorgens, die diesen Namen auch verdient, nur dann entwickeln kann, wenn sie als unabdingbarer Teil des demokratischen, einschließlich geschlechterdemokratischen Projektes gesehen wird“ (Brückner 2009, 19). Zentral für diese Argumentation ist die Interpretation von Abhängigkeit und Hilfebedürftigkeit als existentielle Bedingung des menschlichen Seins.

Vor allem Nussbaum (z.B. 2002, 2003) nimmt ‚Care‘ zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen zur Gerechtigkeit und würdigt damit die Phasen extremer und asymmetrischer Abhängigkeiten im Leben: „(...) jede reale Gesellschaft ist eine fürsorge-spendende und eine fürsorge-empfangende Gesellschaft und muss daher Wege finden, um mit diesen Fakten menschlicher Bedürftigkeit und Abhängigkeit klarzukommen, Wege, die vereinbar sind mit der Selbstachtung der Fürsorgeempfänger und die den Fürsorgespender nicht ausbeuten“ (Nussbaum 2003, 183). Nussbaum leitet aus dieser Prämisse erstens die Anforderung ab, das kulturelle Bild bindungsloser Unabhängigkeit zu revidieren. Sie hält zweitens eine Erweiterung des Produktivitätsbegriffs und

drittens die Abkehr eines auf ausschließlich reziproker Austauschprozesse und Beziehungen beruhenden Denkens für unabdingbar. Ein utilitaristisches, modernisierungstheoretisches und funktionales Denken im Kontext familialer Altenfürsorge und Pflege ist aus dieser Perspektive als ideologisch verkürzt zurückzuweisen, weil es quasi seelenblind bleibt, weil es ethische Aspekte der menschlichen Würde und des Personenseins vernachlässigt und weil es strukturell ungerechte Bedingungen der Fürsorge institutionalisiert.

Literatur

- Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.
- Beck, U./Beck-Gernsheim, E. (Hrsg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a. M.
- Beck-Gernsheim, E. (1993): Familie und Alter: Neue Herausforderungen, Chancen und Konflikte. In: Naegele, G./Tews, H. P. (Hrsg.) (1993): Lebenslagen im Strukturwandel des Alters. Alternde Gesellschaft – Folgen für die Politik. Opladen (158-169)
- Becker, R. (2008): Beratung von pflegenden Angehörigen: Eine queer-feministische Diskursanalyse. Kasseler Gerontologische Schriften. Bd. 45. Kassel
- Blinkert, B./Klie, Th. (1999): Pflege im sozialen Wandel: eine Untersuchung über die Situation von häuslich versorgten Pflegebedürftigen nach Einführung der Pflegeversicherung. Hannover
- Blinkert, B./Klie, Th. (2004): Solidarität in Gefahr? Pflegebereitschaft und Pflegebedarfsentwicklung im demografischen und sozialen Wandel. Hannover
- Blinkert, B./Klie, Th. (2008): Die Versorgungssituation pflegebedürftiger Menschen vor dem Hintergrund von Bedarf und Chancen. In: Bauer, U./Büscher, A. (Hrsg.) (2008): Soziale Ungleichheit und Pflege. Beiträge sozialwissenschaftlich orientierter Pflegeforschung. Gesundheit und Gesellschaft. Wiesbaden (238-255)
- Blinkert, B./Gräf, B. (2009): Deutsche Pflegeversicherung vor massiven Herausforderungen. In: Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen 442. 3. März 2009 (23 Seiten)
- Brückner, M. (2009): Kulturen des Sorgens über die Grenzen hinweg? In: Jansen, M. M. (Hrsg.) (2009): Pflegendes und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden (9-28)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2001): Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege. Schriftenreihe des BMFSFJ. Bd. 106, I. Stuttgart u. a.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2002): Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen. Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft – Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin
- Dallinger, U. (1997): Ökonomie der Moral. Konflikte zwischen familiärer Pflege und Beruf. Opladen
- Dallinger, U. (2001): Erwerbstätige Pflegepersonen älterer hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in der Bundesrepublik Deutschland: Partizipation im und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben. In: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2001): Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege. Schriftenreihe des BMFSFJ. Bd. 106,1. Stuttgart u. a. (123-169)
- Dech, H. (2009): Wie können häusliche Pflegearrangements wirksam durch ehrenamtliche und professionelle Angebote unterstützt werden? In: Jansen, M. M. (Hrsg.) (2009): Pflegende und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität. Polis 49. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. Wiesbaden (75-88)
- Dierks, M. (2005): Karriere! – Kinder, Küche? Eine explorative Studie zur Verrichtung der Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern aus der Perspektive von Frauen. [Zugl.: Hamburg, Universität, Dissertation, 2005.] Wiesbaden
- Diezinger, A. (1991): Frauen: Arbeit und Individualisierung. Chancen und Risiken. Opladen
- Geissler, B./Oechsle, M. (1996): Lebensplanung junger Frauen. Zur widersprüchlichen Modernisierung weiblicher Lebensläufe. Weinheim
- Geister, Ch. (2004): „Weil ich für meine Mutter verantwortlich bin“. Der Übergang von der Tochter zur pflegenden Tochter. Bern u. a.
- Grond, E. (2000): Wenn Eltern wieder zu Kindern werden. In: Tackenberg, P./Abt-Zegelin, A. (Hrsg.) (2000): Demenz und Pflege. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Frankfurt a. M. (40-53)
- Gröning, K. (2009): Generationenbeziehungen und Generationenfürsorge in modernen Zeiten. In: Jansen, M. M. (Hrsg.) (2009): Pflegende und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. POLIS 49. Wiesbaden (29-42)
- Gröning, K./Kunstmann, A.-C. (2008): Sorge für die alten Eltern und familiäre Entwicklung. Eine kritische Betrachtung der sozialrechtlichen und wissenschaftlichen Diskurse zur Situation der pflegenden Familien. In: Bauer, A./Gröning, K. (Hrsg.) (2008): Gerechtigkeit, Geschlecht und demografischer Wandel. Frankfurt a. M. (89-133)
- Gröning, K./Kunstmann, A.-C./Rensing, E. (2004): In guten wie in schlechten Tagen. Konfliktfelder in der häuslichen Pflege. Frankfurt a. M.
- Höhn, M. (1995): Häusliche Pflege... und sich selbst nicht vergessen. Was pflegende Angehörige wissen sollten. Köln
- Jansen, B. (1999): Informelle Pflege durch Angehörige. In: Jansen, B./Karl, F./Radebold, H./Schmitz-Scherzer, R. (Hrsg.) (1999): Soziale Gerontologie. Ein Handbuch für Lehre und Praxis. Weinheim u. a. (604-628)

- Jurczyk, K. (2001): Patriarchale Modernisierung: Entwicklungen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und Entgrenzungen von Öffentlichkeit und Privatheit. In: Sturm, G./Schachtner, Ch./Rausch, R./Maltry, K. (Hrsg.) (2001): Zukunfts(t)räume. Geschlechterverhältnisse im Globalisierungsprozess. Königstein (163-187)
- Kaufmann, F.-X. (2006): Wie Familien zu helfen wäre. In: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (MGFFI) (Hrsg.) (2006): Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft. Düsseldorf (117-124)
- Kunstmann, A.- C. (2010): Familiäre Verbundenheit und Gerechtigkeit. Fehlende Perspektiven auf die Pflege von Angehörigen – Eine Diskursanalyse. Wiesbaden Landtag NRW (Hrsg.) (2005): Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquête-Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
- Langenhennig, M. (2009): Männer in der häuslichen Angehörigenpflege – Forschungsbefunde, Forschungsartefakte, Forschungsperspektiven. In: Jansen, M. M. (Hrsg.) (2009): Pflegende und sorgende Frauen und Männer. Aspekte einer künftigen Pflege im Spannungsfeld von Privatheit und Professionalität. Hessische Landeszentrale für politische Bildung. POLIS 49. Wiesbaden (43-58)
- Meyer, M. (2006): Pflegende Angehörige in Deutschland. Ein Überblick über den derzeitigen Stand und zukünftige Entwicklungen. Reihe Gerontologie. Bd. 10. Münster
- Nussbaum, M. (2002): Konstruktion der Liebe des Begehrens und der Fürsorge. Stuttgart
- Nussbaum, M. (2003): Langfristige Fürsorge und soziale Gerechtigkeit. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 2003, 2 (179-198)
- Oechsle, M./Geissler, B. (2004): Modernisierungstheorien: Anregungspotentiale für die Frauen- und Geschlechterforschung. In: Becker, R./Kortendiek, B. (Hrsg.) (2004): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden (196-203)
- Pfau-Effinger, B. (2001): Wandel wohlfahrtsstaatlicher Geschlechterpolitiken im soziokulturellen Kontext. In: Heintz, B. (Hrsg.) (2001): Geschlechtersoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 41 (487-511)
- Richter, M. (2002): Exkurs: In der Pflege spiegeln sich Frauenthemen wider. In: Klie, Th. (Hrsg.) (2002): Wohngruppen für Menschen mit Demenz. Hannover (100-106)
- Schneekloth, U./Wahl, H.-W. (Hrsg.) (2005): Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten (MuG III). Repräsentativbefunde und Vertiefungsstudien zu häuslichen Pflegearrangements, Demenz und professionellen Versorgungsangeboten. Integrierter Abschlussbericht im Auftrag des BMFSFJ. München
- Schultheis, F. (1993): Genealogie und Moral: Familie und Staat als Faktoren der Generationsbeziehungen. In: Lüscher, K./Schultheis, F. (Hrsg.) (1993): Generationsbeziehungen in „post-modernen“ Gesellschaften. Analysen zum Verhältnis von Individuum, Familie, Staat und Gesellschaft. Konstanz (415-433)

- Schütze, Y. (1989): Pflicht und Neigung. Intergenerationelle Beziehungen zwischen Erwachsenen und ihren alten Eltern – Ergebnisse einer Pilotstudie. In: Zeitschrift für Familienforschung. Jg. 1, 1989, Heft 3 (72-102)
- Statistisches Bundesamt (2008): Pflegestatistik 2007 – Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung – Deutschlandergebnisse. Wiesbaden
- Wetterer, A. (2003): Rhetorische Modernisierung. Das Verschwinden der Ungleichheit aus dem zeitgenössischen Differenzwissen. In: Knapp, G.-A./Wetterer, A. (Hrsg.) (2003): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster (286-319)
- Wilz, G. (2002): Belastungsverarbeitung bei pflegenden Angehörigen von Demenzkranken. Eine Tagebuchstudie. Psychosoziale Medizin. Bd. 8. Göttingen

Aus der Forschung

Is Ursula von der Leyen really going too far? Gender regimes and the welfare state: between conservatism and radicalism

Celine Camus

Abstracts

This article proposes to address the multiple issues challenging the provision of care facilities for children and the elderly in Germany. Is a paradigm change really taking place? Focusing on the specifics of the welfare system and considering the German feminist movements which traditionally are suspicious of state interventions and against the diminishment of femocrats initiatives, it will be argued that the degenderization of care duties might not be changing as rapidly as expected. New lines of oppression might develop that engage feminists to rethink the care issue which has evolved from one of gender and class to one of ethnicity and nationality.

Geht Ursula von der Leyen wirklich zu weit? Geschlechterordnungen im Wohlfahrtsstaat: Zwischen Konservatismus und Reform

Der Beitrag rekonstruiert die bundesdeutschen politischen Debatten bezüglich der Kinder- und Seniorenbetreuung und -versorgung und fragt nach einem möglichen Paradigmenwechsel. Hierzu werden im besonderen wohlfahrtsstaatliche und feministische Diskurse rekonstruiert, die vor allem aus machttheoretischer Perspektive die Dimensionen 'Generation' und 'Klasse' in den Blick nehmen. Demgegenüber zeigen sich aber auch neue Linien der Unterdrückung, die sich entlang der Kategorien 'Ethnizität' und 'Nationalität' entwickeln.

In a context of economical crisis, public budget constraints, globalisation and demographical changes, European countries today face multiple issues challenging the provision of their care facilities for children and the elderly. Ursula von der Leyen, the German Federal Minister of Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth (2005-2009), has been criticized for “going too far” by the members of her own political party, the Christian Democratic Union (CDU)¹. Steffen Flath, the Minister for Culture of Saxony (2004-2008), has argued that this series of reforms makes the state the only responsible institution for childcare financing. Is this paradigm change really taking place today in Germany? And does it also affect the care provision for children and the older population? This paper stresses the importance of relating childcare and elderly care issues. Both have a great impact on the

1 *Der Spiegel*, February 2007, p. 52.

(unequal) gender division of labor and directly affect the female activity rate. This is all the more true since care for children and the elderly tends to come at important times in women's careers, i.e. at the crucial early stages and at a fairly advanced stage when women are well into their fifties (Simonazzi 2009). Adopting a cross-national comparative approach and taking into account the existing literature, the purpose of this article is to provide a general understanding of the current situation in Germany. Focusing on the specifics of its welfare-system on the one hand and considering the German feminist tradition, it will be argued that the defamilization and degenderization of care duties might not be changing as rapidly as expected. On the contrary, new lines of oppression might develop and engage feminists to rethink the care issue, which has evolved from one of gender and class to one of ethnicity and nationality.

1. Care issues in the European Union

Childcare arrangements have become a central political issue and have obliged European countries to redesign their welfare states mainly for two reasons (Esping Andersen 2004): firstly, the provision of childcare services has been argued to be the main solution to bring women back into the workforce.² If the 2007 gender gap was markedly narrowed in the age class 25-54 (Eurostat 2008), many European women's professional engagement is still linked to the age of their children (Maruani 2006). Adequate, quality and affordable care facilities may therefore help women to strike a better balance between their professional career and family lives. Secondly, childcare services and pre-primary education play an important role in combatting educational disadvantages and reducing child poverty (Eurycide 2009). They produce long-term benefits by offering children the skills and experience they need to succeed in compulsory education.

The rapid expanding of this policy area has been recently on the political agenda, not because of a sudden ideal of social justice but due to the rising awareness of human capital being an important investment strategy. Although the causal relation remains complex to demonstrate, early childhood education can help the reduction of class repetition. Higher school qualifications are in turn associated with a higher economic independence and a lower dependence on the welfare system. As Jensen (2009) argues, the issue

2 The term "childcare services" refers here mainly to two major day care possibilities "Krippe" and "Kindergarten" in Germany for infants and toddlers between 0-3 years old and for pre-schoolers between 3-6 years old. For an overview of the childcare organisation in Germany see Ondrich et al. (1998) and Wrohlich (2005).

of female labour force participation and equality has already been on the European agenda without leading to a radical change concerning traditional childcare provision. Thus the current policy shift – besides nations that have traditionally already provided high levels of childcare facilities – represents more a wish to generate more human capital among mothers and young children than to reduce social inequalities (Evers et al. 2005).

A second urgent challenge concerning care issues relates to the ageing society in so far as dependence remains a social risk not adequately covered by current welfare systems (Pickard et al. 2007). Ageing will not only impact on pensions and health care systems. It will also increase the pressure on social and caring systems – i.e. on the relation between the family, the community, the market and the state in charge of this issue (Jacobzone 1999). Women are all the more concerned by social policy reforms since they represent two thirds of the over-60-year-old and three quarters of the over-75-year-old population (Backes et al. 2006).³ They also constitute the main proportion of the formal (from privately hired helpers to volunteers) and informal care-givers (Theobald 2006). Related to the growing number of the older population, European countries will have to increase their long-term services to assist elderly persons in need of care.

The solutions European governments are providing have been and still remain today very different. In the 1980s, we observed two tendencies referring to two different welfare models. One included cash transfers and was based on delegating care responsibility to the family. The United Kingdom and Germany were, for example, relying heavily on this model. The second one, on the contrary, removed responsibility from the private sphere and centred on care services provided by the public sector. This could be observed in Sweden and the Netherlands. Other countries such as France or Italy occupied intermediate positions, introducing public programmes to meet the costs of persons in need. In recent years however, various problems emerged with cash transfer programmes. They seem unable to face the increasing demographic demand for care on the one hand and are overstrained by a growing number of the elderly living alone, who do not benefit from free care in an multigenerational family network, and will thus increasingly apply for care subvention on the other hand. On top, the demographical tendency towards one-parent-families diminishes the capacities to provide care. Then, there is also a risk to see women of working age becoming trapped in care duties. As Simonazzi (2009) suggests, governments may face the dilemma of a higher female activity rate at the cost

3 In Germany in 2005 about 2,1 million persons were in need of care. Two thirds of this population was female. An estimation of the development of people in need of care until 2030 indicates an increase of nearly two thirds, a total of 3,4 million care-receivers with about 2,2 million women and 1,2 million men care-receivers (see Statistisches Bundesamt 2008).

of a greater reliance on informal home care. But shortcomings have also emerged in the second model, mainly because of the high costs of the public and private care service. For these reasons, the main reforms introduced since the 1990s tended not to regard these two alternatives as mutually exclusive as used to be the case. Formal and informal care services are today considered as complementary activities (Pavolini et al. 2008). These general trends raise perennial questions regarding the impact on job choices and the life of women in charge of care duties. In a context of financial and economical crises, we can expect these challenges to be even more difficult to handle and to see the quest for a more flexible labour force to crowd out other concerns, including gender equality. This nature of this challenge will be examined in the following section choosing the example of the German welfare system and delineating the particularities of its care services.

2. Germany and its principle of subsidiarity

The tremendous changes in the population structure we have just described will have far reaching consequences for all European societies – especially for those shaped by national traditions based on the principle of subsidiarity, thus delegating most of the care responsibilities to the family unit. To which extent, then, are these changes affecting Germany? An overview of the German welfare system will shed light on the question whether family policy in Germany is really designed to reassess care activities as a public responsibility. According to Esping-Anderson's typology (1990)⁴, welfare states can be categorized by four main regimes: a social-democratic (e.g., Denmark, Norway and Sweden), a conservative (e.g., Germany, Italy), a Southern European regime (e.g., Southern European countries) and a liberal regime (e.g., United Kingdom, United States). The German welfare system belongs to the conservative-corporate regime emphasizing “welfare through work” (Goodin 2001). Its conservative principles reproduce many of the features of the old Bismarckian or Imperial welfare state. These conservative aspects are apparent in the German welfare system's organizing principles and its foundation in law. It is (1) employment-centred: a system maintaining status differences; (2) corporatist, which implies that various interest groups are integrated in policy making processes; (3) committed to the principle of subsidiarity embedded in catholic social ethics which reinforces the role of the family as the provider of “first resort”; (4) a patriarchal system, centred on a male breadwinner model; and finally (5) based upon a specific

4 This typology refers to cross-national differences in the field of pension, sickness and unemployment benefits.

conceptualisation of German citizenship.⁵ In contrast, the work of Lewis (1992) proposes a three-model typology presenting the evolution of the male breadwinner model constructed through the “policy logics” in west European societies. Her results confirm that the West German welfare system has been constructed around a strong male breadwinner model. Women’s participation in the labour market was seen as detrimental to the family and child welfare. Women are primarily considered as wives and mothers and remain unequally treated through the German tax-system favouring marriages rather than families (Laisney 1999).

The German case differs from other European cases in a couple of aspects one of which is the childcare arrangements for infants and pre-schoolers. If “all-day” childcare represents the norm in most European countries, Germany is an exception and offers only a “half-day” service. This stems from the welfare-state’s strong adherence to the male breadwinner/women house maker model. In 1996 federal law voted under the Red-Green coalition guaranteed a right for a half-day care to children from three years old. The downside of this measure encouraged the cities and counties to cut their fulltime programmes into half-day services and thus double available spaces (Lang 2007). The current promises to increase childcare services do not allude to a return to full time programmes. Nevertheless, the necessity to expand childcare opening hours has recently moved to the top of the agenda. The 1992 Child and Youth Act established a right to childcare for 3-6-year-olds and was finally implemented in 1999. But the usefulness of both public and private care services remains limited by their highly restricted hours, difficult to handle for parents whose working hours are irregular. Similar problems continue when children reach school age. Not all German schools offer regular meals and they usually end very early (Braun et al. 1994).

Germany is also confronted with a unique situation: clear disparities remain between the “two Germanys” (Hagemann 2006)⁶. Childcare services developed in different socio-political contexts which explains the higher provision of public services today in the eastern part of Germany. The integration of women in the labour market was one of the central guiding principles of the former German Democratic Republic. During almost two decades – from 1972 until the reunification – the pro-natalistic family policies in East Germany were explicitly directed towards increasing fertility and supporting not only early but also *large* family formations (Geisler and

5 The construction of this typology remains the most influential contribution to the comparative welfare systems research literature but it has also been criticised for neglecting the gender dimension (see Arts et al. 2002, Misra et al. 2003).

6 For a transnational historical analysis of the differences between East and West Germany, see Hagemann (2006).

Kreyenfeld 2005).⁷ They encouraged the compatibility between work and family life to maintain the pressure on women to seek employment. In 1989, 80% of children under the age of three and 95% of children in kindergarten age were in institutional care (Kreyenfeld 2004). The societal context of West Germany of course strongly differed from the one in the East. The German tax system provided, for example, substantial tax relief for traditional family forms. Not even the German reunification has promoted any institutional change while most European countries introduced individual taxation since the 1990s. The public pension and health care system also encouraged the reproduction of traditional type families. But as Geisler and Kreyenfeld (*ibid.*) argue, this is not alone the tax and transfer system that renders the FDR a familialistic welfare regime but rather an interplay of various institutions. The support of traditional family types created an attitude where women's employment is still considered as harmful to children's education and well-being. Since the 1970s the care situation in West Germany for children under the age of three changed little. In 2008, only one of six children under three years old had a childcare place (see Kindertagesbetreuung Regional Report 2008).

Despite the many other differences that remain between East and West Germany, the fertility rate in both regions of Germany is today one of the lowest compared to other industrialized countries. Women are still working part-time in greater proportion than their European counterparts. Consequently, the present government is planning to increase public infrastructures for children (Familienbericht 2009) as the most appropriate solution to encourage especially single mothers to re-enter the labour market. Thus the rising awareness of the childcare services' long term economical benefits explains why it continued to be a salient political issue under Angela Merkel's coalition.

Confronted with the decrease of its fertility rate, Germany faces more than other countries the dilemma of the growing demand to assist the older population. Compared to other countries such as France or Great Britain, Germany is ageing faster and does not only have an old population but also an old economic system with labor, capital market and social policy institutions created in the 1950s which are today under substantial pressure (Börsch-Supan 2004). Looking at public commitment, the same tendency to contain the costs of care provision can be observed. At the beginning of the 1990s, Germany had a medium to low coverage for the elderly based above all on home care. A great number of people were covered with cash transfers; little use of service provision was made. The different elderly care policies in Europe range from the services-led model at one extreme and the informal

7 These measures included extra holidays for women with three or more children, priority access to larger housing spaces and public holiday camps, interest-free credit for married couples, child benefits, paid leave in case of a child's illness etc.

care-led model at the other (Pavolini et al. *ibid.*). Germany belongs to the informal care-led model. This can be explained by its institutional tradition grounded on the principle of subsidiarity, delegating care responsibilities to the family/women and limiting state support. Since the mid 1990s, its traditional informal care-led model has been reinforced. In May 1994, Germany's Parliament introduced the *Pflegeversicherung* (care insurance) covering the risks of long-term care for all citizens. This social insurance consists of substantial services and/or cash transfers. The beneficiary can use it to purchase professional services or to compensate informal care-givers. The German Care Insurance Act does not only promote the sector of home care in general, but contributes to an increasing provision of informal care (Holdenrieder 2003). The actual policies do not free women from family obligations. Caring for the elderly remains an unpaid/invisible contribution. Thus enabling dependent older people to stay in their own homes without providing adequate support raises the question of the long-run consequences of providing incentive for carers/women to leave the labor market and may be problematic for them to get back into the job market afterwards (OCDE 2005). The following section will discuss the supposed "paradigm change" taking place in Germany.

3. Care distribution in gender trouble?

To which extent does the present context we have just described favour the participation of women in the labour market and really reverse the gender distribution of care duties? Indeed, we observe a differently paced process. On the one hand, efforts are made to de-familiarize child-care responsibilities; although it remains debatable to which extent the increase of pre-school facilities will be sufficient to reverse the current situation. On the other hand, concerning the elderly population, the prevalent informal care-led model remains the norm. State support is essentially indirect and the beneficiaries are still in charge of finding an appropriate solution on their own. Efforts are made to maximize the articulation between formal and informal care which implies that women remain mainly responsible for the elderly. Thus, if childcare arrangements are slowly being transferred into the paid work labour, this is indeed not the case concerning the older population.

It also remains questionable whether the professionalisation of childcare activities brings women to the workplace when parental allowances are also encouraged. Exploring national differences may help to analyse the efficiency of government promises favouring women's employment. France has for example adapted child-care facilities to meet the needs of dual earner couples

and single mothers much earlier than Germany and in greater proportions. But since the mid-1980s, their right-wing governments have both introduced pronatalist “family package” schemes – the “baby year” in West Germany and the “Allocation parentale d’éducation” (APE)⁸ in France – still existing today in updated versions (Chamberlayne 1993:180). While childcare facilities are more common in France, the APE resulted in a reduced female employment rate and actually prevented working-class women from re-entering the workforce (Thalineau 2004). Contrary to the *Elterngeld*⁹ introduced in 2007 in Germany, the APE is not an income-linked allowance and remains too low to compensate for the loss of a second income. For this reason, French women who had been previously working full-time went back to work in higher proportion than in other countries. As far as the German tradition is embedded in a more conservative welfare regime, the *Elterngeld* might encourage more women than in France to stay at home, while increasing inequality between social classes. As mentioned, the amount of the German child raising allowance is related to the last net income (almost 70%) and ranges between 300 to 1’800 Euros per month. This allowance is also given after the first child birth whereas in France (since 1994) only a family with a minimum of two children was eligible for APE. Thus it remains questionable if the promises made by the current Minister of Family Affairs will really reverse the present situation.

Another urgent issue relates to the recruitment of workers to meet the growing demand in the elderly care sector which is highly gender-segregated, labour intensive, low pay and insecure.¹⁰ As mentioned earlier, new lines of oppression might develop due to the precarization of the care sector. Despite the absence of reliable data, many studies indicate that the majority of domestic workers are female and from migrant backgrounds (Lutz 2007, Döhner et al. 2007). If all European countries are confronted with this challenge, the German case differs in a couple of aspects. The pioneering German project research about the “New Maids in the Age of Globalisation” showed that domestic workers have to face a dual illegality due to an absence of residential and work permit. It implies that migrant women are excluded from the system of labour legislation and from the protection it provides (Caixeta 2005). As Helma Lutz (2002) points out, the marketization of the

8 The APE was a child rearing benefit in France introduced by the French government in 1994 to encourage economically active parents having a second child to opt for staying at home after a parental leave. A new reform was introduced in 2003-2004. Because the new child allowance (PAJE) is more recent, little literature has measured its impact on women’s labour market.

9 Parents with children born after the January, 1st 2007 have the right to receive parental allowance (“*Elterngeld*”) in Germany. For details see “bundeselterngeld und Elternzeitgesetz” in www.bmfsfj./bmfsfj/generator/BMFSFJ/gesetze,did=93110.html (01.03.09).

10 The same can be said about childcare services whether they are public or private.

elderly, child and home care – related to the withdrawal of the state – generates a new category of difference between those women who are socially equipped to employ private care workers and those women engaging in these precarious work conditions and thus “reflects the shift of exploitation and dependence from a national to an international context” (p. 91). Inequalities may also increase between households who can afford private care companies and those who cannot (Holdenrieder 2003). We can thus speak of a complex and sensitive issue challenging the societal level and feminist revendications at the same time. In a context of globalisation and transnationalization of life courses, it remains unclear and extremely problematic to know who is benefiting from the care chains involving sometimes more than two countries altogether.¹¹

But the issue is also complex for another reason. A multilayered landscape of positions and relations has to be taken into account: the “counter” feminist movement’s tradition and the femocratized political infrastructures. Indeed since the 1960s West German feminists have refrained from confusing independence with employment and emancipation with equality (Eckart 1988, Klinger 1988). This reluctance can partly be explained by the feminist movement’s critique concerning the narrowness of the Marxist-feminist discourse and its familiarity with critical theories of the Frankfurt School, without forgetting that it regarded the state as unfit to serve alternative feminist issues. During the post-war period, in reaction to Nazi family policies and to the East German gender regime which forced upon women the double burden of work and family care, there has been a strong shared belief in West Germany that the state should not intrude the private sphere. As Ute Gerhard (1999) reminds us about the German feminist movements, the “autonomous” feminist group was not asking for more equality but for freedom and self-determination. “Autonomy” was meant a liberation from women’s reproductive roles and a liberation from the nuclear family altogether. The request for both an individual and a political self-determination implied a refusal to compromise with political institutions. Thus second-wave feminists in Germany did not ask for childcare services because this claim did not fit their general vision and collective identity (Naumann 2005). They did not demand childcare public support because the *Emanzipationslogik* promoting full-time employment has never been the solution promoted by the majority of West German Feminists: “none of the capitalist societies, nor the socialist ones has ever really succeeded in

11 The research project mentioned earlier shows for example that while Polish women come in Germany “en masse” to become care providers, at the same time middle-class households in Poland employ Ukrainian women for care work. For more details about the transnational care chains between the Ukraine to Poland and from Poland to Germany see “Migration and Networks of Care in Europe. A Comparative Research Project” an EUROCORE Programme, H. Lutz 2007-2010.

accommodating parenthood and work. All give women a hard time” (Ostner 1993, 94). As Naumann explains, lobbying for childcare arrangements is a reformist project. If it may promote gender equality on the labour market, it does not address the issue of the work-centredness of modern societies. On the contrary it is assumed that all women want to work (preferably full time), that all women want to have children and that the better solution is to provide childcare facilities, so that women can work and raise children simultaneously. In fact, many German feminists strongly doubted that women could emancipate themselves and be mothers at the same time. A strong consensus among them on this issue could be observed.

As far as the Femocrats are concerned, they started integrating state bureaucracies “en masse” mainly during the 1980s. But as Lang points out, women’s policy machinery in Germany cannot be assessed clearly (2007, 141). Even after seven years of Red-Green government between 1998 and 2005, only few significant advances in gender equality took place. As already mentioned, the 1996 Federal Law granting the right to day care for children only stipulated a right of *half-day care* and only for children of more than three years of age. Another example of what could be called *half* women friendly measures is the new line of inclusion and exclusion created during Schröder’s government. The institutionalization of women’s movements privileges actors who have the socio-economical capital to interact with such a system (Lang *ibid.*). Single mothers and migrant women are for example marginalized while these groups are the most affected by the increasing needs of care services. Especially since the care worker recruitment scheme has been implemented in 2002 and legalized care workers for the elderly coming from the EU while other migrant workers are not provided with legal work permits in Germany (Lutz 2008, 45). If only few advantages have been observed, the neglect of women’s policy agencies is also the result of two main factors: the deregulation of the employment sector – mainly the service sector – and the downsizing of equality offices on a local and state level (Lang *ibid.*).

In conclusion, considering the reluctance from both public institutions and the radical feminist tradition in Germany we may wonder if the current situation will not substantially be the same in the coming years. Further comparative research is now needed to observe how in a context of economical and financial crisis, the next feminist generations will articulate their interests and transform the current welfare policies.

Acknowledgments

I would like to thank Prof. Dr. Brita Rang for useful comments on an earlier version of this paper. I am also grateful to Tanja Scheiterbauer and Katharina Weis for their remarks and Barbara Simpson for smoothing my English.

Bibliography

- Arts W. et al. (2002) “Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report” in *Journal of European Social Policy*, 12, pp. 137-159.
- Backes G. et al. (2006) “Gendered life course and Ageing – Implications on “Lebenslagen” of Ageing Women and Men” in Backes G. et al. (eds.), *Gender, Health and Ageing*, VS Verlag, Wiesbaden, pp. 29-56.
- Börsch-Supan Axel (2004) „Global ageing : issues, answers, more questions“ in http://www.mea.uni-mannheim.de/publications/meadp_055-04.pdf (10.12.2009).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2009) *Familien Report 2009* in www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/gesetze,did=93110.html (01.03.09).
- Braun M. et al. (1994) „Economic necessity or self-actualization? Attitudes toward women's labour-force participation in East and West Germany” in *European Sociological Review*, vol. 10, n°1, pp. 29-47.
- Caixeta Luzenir (2005) “Female migration, work and migrant self-organisation” in <http://prequalsteps.maiz.at/en/node/71> (13.12.2009).
- Chamberlayne P. (1993) “Women and the State: Changes in Roles and Rights in France, West Germany, Italy and Britain, 1970-1990” in Lewis J. (ed.) *Women and Social Policies in Europe*, E. Helgar Press, Hants, pp. 170-193.
- Döhner H. et al. (2007) „Migrant Workers in Home Care for Older People in Germany: The Use and Problems of Legal and Irregular Care” in <http://www.gerobilim.com/index.php?id=33> (01.03.09).
- Eckart C. (1988) “Verschlingt die Arbeit die Emanzipation? Von der Polarisierung der Geschlechtscharaktere zur Entwicklung der Arbeits-Monade” in Anders A. (ed.) *Autonome Frauen : Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*, Athenäum, Frankfurt, pp. 200-222.
- Esping-Andersen, G. (1990) *Three Worlds of Welfare Capitalism*. Polity Press, New York.
- Esping-Andersen, G. (2004) *Why we need a new welfare state*, O.U.P, Oxford.
- Evers A. et al. (2005) “Developing child-care provision in England and Germany: problems of governance” in *Journal of European Social Policy*, 15, pp. 195-209.
- EURYCIDÉ (2009) Early Childhood Education and Care in Europe in http://eacea.ec.europa.eu/about/eurydice/documents/098_en_v2.pdf, (01.03.2009).

- Gerhard U. (1999) "50 ans de politique et de mouvement des femmes en Allemagne. Alibi ou changement ?" in *Matériaux pour l'histoire de notre temps*, vol. 55, n°1, pp. 51-58.
- Goodin R. (2001) "Work and Welfare: Towards a Post-Productivist Welfare Regime" in *British Journal of Political Science*, 31, 1, pp. 13-39.
- Geisler E. and Kreyenfeld M. (2005) "Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland Eine Analyse mit den Mikrozensen 1991-2002", Max-Planck Institute for Demographic Research Working paper 2005-033 in <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2005-033.pdf> (01.03.09).
- Hagemann K. (2006) "Between Ideology and Economy: The "Time Politics" of Child Care and Public Education in the Two Germanys" in *Social Politics*, 13, 2 pp. 217-260.
- Holdenrieder J. (2003) *Comparative Evaluation of Long-Term Care Policies for the Elderly in the EU*, Peter Lang, Frankfurt.
- Jacobzone S. (1999) "Ageing and Care for Frail Elderly Persons: An Overview of International Perspectives" in *OECD Labour Market and Social Policy Occasional Papers*, n° 38, OECD Press.
- Jensen C. (2009) "Institutions and the politics of childcare services" in *Journal of European Social Policy*, 19, pp. 7-18.
- Klinger C. (1988) "Abschied von der Emanzipationslogik. Die Gründe, ihn zu fordern, zu feiern oder zu fürchten" in Anders A. (ed.) *Autonome Frauen : Schlüsseltexte der Neuen Frauenbewegung seit 1968*, Athenäum, Frankfurt, pp. 293-329.
- Kreyenfeld M. (2004) "Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey" in *Demographic Research*, n°3, 11, pp. 276-318.
- Laisney F. et al. (1999) "Work and Welfare on single Mothers in Germany" in *Economie Publique*, n°3-4, pp. 1-37.
- Lang S. (2007) "Gender Governance in Post-Unification Germany: Between Institutionalization, Deregulation and Privatization" in Outshoorn J. et al. (eds.) *Changing State Feminism*, Palgrave, New York, pp. 124-143.
- Lewis J. (1992) "Gender and the development of welfare regimes" in *Journal of European Social Policy*, 2, 3, pp. 159-173.
- Lutz H. (2007) "Domestic work" in *European Journal of Women's Studies*, vol. 14, n° 3, pp. 187-192.
- Lutz H. (2008) "When Home Becomes a Work Place: Domestic Work as an Ordinary Job in Germany ?" in Lutz H. (ed.) *Migration and Domestic Work*, Ashgate, Aldershot, pp. 43-60.
- Lutz H. (2002) "At Your Service Madam! The Globalization of Domestic Service" in *Feminist Review*, n°70, pp. 89-104.
- Maruani M. (2006) *Travail et emploi des femmes*, La Découverte, Paris.
- Misra J. et al. (2003) "Familialism and Welfare Regimes: Poverty, Employment, and Family Policies", Paper presented at the A.M.S.S.H.A. in http://www.masspolicy.org/pdf/working/WP2004_5.pdf (01.03.09).
- Naumann I. (2005) "Child care and feminism in West Germany and Sweden in the 1960s and 1970s" in *Journal of European Social Policy*, 15, 1, pp. 47-63.
- OECD (2005) "Level of residential and home care coverage" in *Policy Brief*, pp.1-8.

- Ondrich J. et al. (1998) "Care of Children in a Low Fertility Setting: Transitions between Home and Market Care for Pre-School Children in Germany" in *Population Studies*, 52, n°1, pp. 35-48.
- Ostner I. (1993) "Slow motion: Women, Work and the family in Germany", in Lewis Jane (ed.) *Women and Social Policies in Europe*, E. H. Publishing, Hants, pp.92-115.
- Pavolini E. et al. (2008) "Restructuring the welfare state: reforms in long-term care in Western European countries" in *Journal of European Social Policy*, 18, pp. 246-259.
- Pickard L. et al. (2007) "Modelling an entitlement to long-term care services for older people in Europe: projections for long-term care expenditure to 2050" in *Journal of European Social Policy*, 17, 1, pp. 33-48.
- Simonazzi A. (2009) "Home care and cash transfers. Effects on the elderly care-female employment trade-off" in <http://www.aiel.it/bacheca/SASSARI/papers/simonazzi.pdf> (01.03.2009).
- Statistisches Bundesamt (2008) *Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 2: Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2009) *Kindertagesbetreuung regional 2008 : ein Vergleich aller 429 Kreise in Deutschland*, Wiesbaden.
- Thalineau A. (2004) "Ne pas travailler après l'allocation parentale d'éducation (APE): l'activation d'une disposition sociale" in Boutiller S. et al. (eds.) *Le Travail des femmes : axes d'émancipation*, L'Harmattan, Paris, pp. 187-197.
- Theobald H. (2006) "Care Resources and Social Exclusion: A European Comparison" in Backes G. et al. (eds.) *Gender, Health and Ageing*, VS Verlag, Wiesbaden, pp. 241-266.
- Wrohlich K. (2005) *The Excess Demand for Subsidized Child Care in Germany*, D.I.W, Berlin.

Spielplatz der Exzellenz: Eine Kultur der Sorge an Hochschulen

Hildegard Macha/Susanne Gruber

Abstracts

Auf der Grundlage einer empirischen Erhebung von Gender-Mainstreaming-Prozessen an 15 deutschen Hochschulen werden Verknüpfungen von Gleichstellungspolitiken und Anstrengungen zur Entwicklung familienfreundlicher Strukturen untersucht. Dabei zeigt sich, dass sich beide Aspekte in universitären Organisationsentwicklungen gegenseitig bedingen und insofern Gleichstellungspolitik ohne eine gleichzeitige Entwicklung von ‚Kulturen der Sorge‘ nicht zu haben ist.

Play ground of excellence: Cultures of Care in German Universities

The article focuses on processes of Gender Mainstreaming at 15 universities in Germany concerning the aspects ‘equality’ and ‘care’. It can be shown that Gender mainstreaming can not be isolated from questions of care within efforts of organizational development.

1. Einleitung

„Spielplatz der Exzellenz“ – unter diesem Titel werden wir im Folgenden den Aspekt der Familienfreundlichkeit im Rahmen der gleichstellungspolitischen Entwicklungen an deutschen Hochschulen diskutieren. Dabei sind Universitäten in mehrfacher Hinsicht „Orte der Exzellenz“¹: Wissen durch Forschung zu generieren und exzellentes Potenzial – der Studierenden und der Mitarbeiter/innen – an der Hochschule zu identifizieren, zu entwickeln und auszubilden stellen die beiden zentralen Ziele der Hochschulpolitik dar.

Die Hochschulen in Deutschland sind – neben der Exzellenz – auch dem Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet, weil Frauen in der Wissenschaft weiterhin unterrepräsentiert sind (Wissenschaftsrat 2007; DFG 2008; BLK 2006). Der Begriff der Geschlechtergerechtigkeit integriert dabei wichtige Aspekte der Gleichheits- und Differenzdebatte der feministischen Forschung in einer neuen, erweiterten Perspektive. Wenn auch die Vision der

1 „Exzellenz“ wird von den Autorinnen im vorliegenden Beitrag nicht auf die „Exzellenz-Initiative“ des Bundes und der Länder fokussiert verwendet.

„geschlechtergerechten“ Universität abstrakt nicht trennscharf zu beschreiben ist, zeichnet sie sich dadurch aus, dass in ihr bzw. durch sie niemand auf Grund des biologisch festgelegten Geschlechtes eine Benachteiligung erfährt.

Durch die europaweite Einführung der Gender Mainstreaming-Strategie in der Gleichstellungspolitik wird festgeschrieben, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen ist (vgl. Krell / Mückenberger / Tondorf 2001). Mit der Gleichstellungspolitik zieht gleichzeitig die Thematik der Sorge in die Universitäten ein und wird zu einem relevanten Teilaspekt. Als Strategie zur Förderung tatsächlicher Gleichstellung berücksichtigt Gender Mainstreaming nämlich auch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Ziel, von dem letztlich beide Geschlechter profitieren. Wir können weitergehend anhand der Daten aus Forschungsprojekten zeigen, dass Gleichstellungspolitik zur Organisationsentwicklung der Hochschule führt. Dieser Gedankengang wird in unserem Beitrag entfaltet: Die Wissenschaft wird gegendert, die Kultur der Sorge wird mit der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen etabliert und dies führt „auf dem Rücken“ der durchgeführten gleichstellungspolitischen Maßnahmen zur Organisationsentwicklung der Hochschulen.

Institutionelle Arrangements der Work-Family-Balance sind aber nicht nur vor dem Hintergrund der Förderung exzellenten Potentials von besonderer Bedeutung. Eine „Ordnung der Sorge“ liegt scheinbar quer zu der oben beschriebenen Ausrichtung der Forschung an Exzellenz. Die Universität nimmt sich der „privaten“ Bedürfnisse nach der Versorgung der Kinder an und hebt damit die Dualität von privater und öffentlicher Sorge auf. Das Private wird damit politisch, greift von dem feministischen Diskurs auf den sozialstaatlichen Diskurs über und definiert Sorge als Aspekt der gesellschaftlichen Arbeit und damit der Vergesellschaftung überhaupt (Böhnisch 2009, S. 45).

Auch Hochschild (1995) und Bertram (2009) fordern, dass die historische Trennung von Care und Beruf, die eine Arbeitsteilung der Geschlechter implizierte, aufgehoben werden sollte, da sie die Exklusion von Müttern zementiert. Diese Exklusion wird von Hochschild als „traditionelles“ industriegesellschaftliches Modell der Familie bezeichnet, bei dem die Ordnung der Sorge in der Privatheit verankert war. Kinder und Alte wurden hier umsorgt und gepflegt als Leistung der Frauen an die Gesellschaft (Hochschild 1995, S. 338). Es setzte einen großen Teil der weiblichen Bevölkerung aus der industriellen Güterproduktion frei (Bertram 2009). Hochschild beschreibt weiter, wie in der historischen Entwicklung und dem durch die Bildungsreform ermöglichten Wunsch der Frauen, in die Berufswelt einzutreten, auch die Pflege von Kindern aus der Privatheit der Familie und der Nachbarschaft heraus in die „männliche“ Sphäre des Marktes überführt wurde. Hochschild stellt die Entwicklung von dem traditionellen hin zu dem als „kalt-modern“ bezeichneten Modell der Fürsorge für andere im Unternehmen oder der Universität dar.

Sie wird nach den Zeitstrukturen und ökonomischen Gesetzen des Marktes geregelt.

Dieser Prozess lässt sich nicht umkehren: Der Bildungsgrad der Frauen ist auf dem höchsten historischen Stand. Die Arbeitsteilung ist mit Recht immer stärker aufgehoben worden. Die Vereinbarkeit ist folglich für Eltern (Mütter *und* Väter) unter den Universitätsangehörigen die Voraussetzung für Exzellenz in der Forschung. Die familiengerechte Hochschule ist deshalb ein Thema, das über die Gleichstellungspolitik die Ausrichtung an exzellenter Forschung mit der Kultur der Sorge verbindet. Die Forderung nach Exzellenz zieht nach sich, dass das Potential der begabten Frauen durch gleichstellungspolitische Maßnahmen für die Hochschule erhalten werden muss und dass Eltern von der Sorge zum Teil entlastet werden. Sorge wird deshalb neu definiert werden müssen als Aufgabe, bei der Arbeitgeber, Eltern und professionelle Erzieher zusammenwirken zum Wohle der Kinder. Das Ziel ist eine größere Balance der Aufgaben der Sorge zwischen privater Verantwortung und öffentlichen Institutionen (Macha 2009).

Lange Zeit wurde die Thematik der antizipierten Unvereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für die Zielgruppe der Frauen diskutiert, die innerhalb einer "Rush-Hour of Life" (vgl. BMFSFJ 2006; Bertram u.a. 2006; Macha 2006) die Balance zwischen dem Wunsch zur Familiengründung und der Nutzung ihres exzellenten Potentials herstellen sollten. Nun rücken auch Männer in den Blick. Empirische Untersuchungen belegen, dass gerade Akademiker(innen) häufig in einer sogenannten Dual-Career-Beziehung leben und damit durch ihre Partner(in) die Herausforderungen der Balance zwischen weiblicher Karriere und Familienwünschen erfahren (vgl. Lind 2004; Metz-Göckel 2009). Die partnerschaftliche Verteilung der beruflichen und familiären Aufgaben ist allerdings auch in diesen Dual-Career-Beziehungen eher traditionell geprägt, sodass die Frauen sich für die Kinderbetreuung bzw. ihre Organisation zuständig fühlen (vgl. Strehmel 1999; Macha et al. 2000; Solga / Wimbauer 2005) und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie als belastend erleben. Erste Anzeichen des Aufweichens dieser traditionellen Geschlechterarrangements werden allerdings bereits sichtbar (vgl. Lind 2008a). Insgesamt ist also deutlich: wissenschaftliche Qualifizierung und Familiengründung zu vereinbaren, stellt sich für beide Geschlechter gleichermaßen als schwierig dar. Für Frauen führt diese (antizipierte) Unvereinbarkeit – unter anderem – eher zu einem Drop Out aus der Wissenschaft auf allen Stufen der wissenschaftlichen Karriere, oder zu einer hohen Kinderlosigkeit (vgl. Lind 2008b), während die männlichen Kollegen bislang noch häufig auf die Betreuungsleistung ihrer Partnerinnen vertrauen konnten (vgl. Wissenschaftsrat 2007).

Den institutionellen Rahmen einer Work-Family-Balance zu sichern stellt sowohl für die weiblichen wie auch – zunehmend – für die männlichen Beschäftigten einer Hochschule eine notwendige und grundlegende Basis dar

zur Gestaltung der wissenschaftlichen Karriere und der Exzellenz auf der einen, und für die Hochschule zur Umsetzung und Operationalisierung des Auftrages der Geschlechtergerechtigkeit auf der anderen Seite. Sicherlich erschöpft sich der Auftrag der geschlechtergerechten Hochschule nicht in der Etablierung familienfreundlicher Strukturen. Dennoch wird das

„Innovationspotenzial und die Zukunftsfähigkeit der Wissenschaft [...] von der Schaffung angemessener Bedingungen für eine Ausbalancierung von Familie und Wissenschaft für Wissenschaftler beiderlei Geschlechts abhängen“ (Lind 2004).

Für die Hochschulen wird es damit im Wettbewerb um den exzellenten wissenschaftlichen, weiblichen wie männlichen Nachwuchs – neben weiteren Elementen der Gleichstellungspolitik – zu einem grundlegenden Qualitätsmerkmal, Strukturen der Vereinbarkeit und damit der Sorge vorzuhalten, auszubauen und eine Kultur der Familienfreundlichkeit zu etablieren. Hierzu stellt die Hochschulrektorenkonferenz schon vor langer Zeit fest: „Familienorientierung ist ein Profilelement der Hochschule, das im Hinblick auf die Positionierung im Wettbewerb um Studierende, wissenschaftlichen Nachwuchs und junge Wissenschaftler von Bedeutung ist“ (HRK 2003). Dieses Profilelement der Hochschulen in Deutschland stellt damit den zentralen Rahmen für Geschlechterarrangements von Eltern an der Universität dar.

Die Frage stellt sich, wie sich personell, kollektiv und organisational die Organisationsentwicklung der Hochschule durch Gleichstellungspolitik mit der Kultur der Sorge vereinbaren lassen? Sind die beiden Ansätze kompatibel oder stellen sie divergierende Theorien und Strategien dar? Wie sehen sinnvolle Schritte des Entwicklungsprozesses und wie Erfolgsmomente einer etablierten Kultur der Sorge an Hochschulen aus? Wir versuchen, diese Fragen anhand der Daten aus zwei empirischen Forschungsprojekten zu beantworten.

In einer bundesweiten empirischen Erhebung zum aktuellen Stand von Gleichstellungspolitik an Hochschulen werden die Chronologie und die gleichstellungspolitischen Prozesse an den Hochschulen eingehend beschrieben und damit evaluativen Methoden zugänglich gemacht. Unter anderem wird der Bereich familienfreundlicher Anstrengungen der Hochschulen fokussiert. Hierbei zeigen die Daten sowohl den aktuellen Stand des Ausbaus der Maßnahmen, geben aber auch durch ihren Hinweis auf Best-Practice-Beispiele Möglichkeiten der Optimierung an, die für alle Hochschulen adaptierbar sind (Macha et al. 2010a). In einer Studie zum Organisationsentwicklungsprozess an der Universität Augsburg wird außerdem die Wirkung der Gleichstellungspolitik in der Organisationsentwicklung detailliert nachgewiesen (Macha et al. 2010b). Diese Optimierungsmöglichkeiten werden durch eine explorative Studie mit Eltern, die an der Universität Augsburg durchgeführt wurde, unterfüttert.

2. Das Projekt „Gender Mainstreaming an Hochschulen – Bilanzierung und Optimierung“

Von 2006 bis 2008 wurde in einem empirischen Forschungsprojekt, finanziert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, bundesweit erstmalig der aktuelle Stand der Umsetzung der Gleichstellungspolitik mit der Gender Mainstreaming-Strategie oder der Frauenförderstrategie an insgesamt 15 Kooperationshochschulen erhoben. In dem Konstrukt der „idealen Hochschule“ werden die Ergebnisse in einer Synopse gebündelt dargestellt, ohne für die einzelnen Hochschulen die Anonymität zu verletzen.

Die am Projekt teilnehmenden Hochschulen wurden als „Vorreiter“ der Gleichstellungspolitik aus Deutschland ausgewählt; zugleich wurde durch die Zusammensetzung des Samplings ermöglicht, die Daten vergleichend zwischen verschiedenen Regionen der Bundesrepublik (Nord-Süd- bzw. West-Ost-Vergleich) auszuwerten.

Die Erhebung kombiniert qualitative und quantitative Elemente in einem umfangreichen und mehrstufigen Design und generiert Daten aus verschiedenen Themenbereichen. Diese umfassen, neben einer ausführlichen Beschreibung der gleichstellungspolitischen Chronologie an den Universitäten und des aktuellen Standes von Prozessen der Gleichstellungspolitik auch Daten zur Hochschulsteuerung, zum Personal der Hochschulen, zu Lehre und Studium, zur Forschungssituation sowie speziell zu den familienfreundlichen Strukturen der Hochschulen. Die Auswertung der Daten verfolgt zwei Ziele: Zum einen wird der aktuelle Stand der Umsetzung der Gleichstellungspolitik offen gelegt, zum anderen werden für laufende wie auch für neue Prozesse Optimierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Es werden auch die so genannten „Stellschrauben“ der Prozesse sichtbar und transparent gemacht „Stellschrauben“ beschreiben einzelne Strukturelemente als Beschleunigungsfaktoren in Gleichstellungsprozessen, durch deren Wirkung die Implementierung und Verstärkung an den Hochschulen maximale Effekte zeitigen kann. Eine wesentliche Stellschraube ist etwa die frühe direkte Kooperation zwischen Frauenbeauftragter/Gleichstellungsbeauftragter und der Universitätsleitung im Gleichstellungsprozess. Auch die Familienfreundlichkeit stellt, wie in der Auswertung der Daten gezeigt werden kann, für die Gesamtprozesse der Gleichstellungspolitik eine wichtige und fundamentale Stellschraube in mehrerlei Hinsicht dar.

3. Familienfreundlichkeit und Gleichstellungspolitik – aktueller Stand der Umsetzung an den 15 Kooperationshochschulen

Insgesamt hat die Etablierung familienfreundlicher Strukturen an Hochschulen den Charakter eines „Motors“ für die gleichstellungspolitischen Prozesse. Das Thema der familienfreundlichen Gestaltung wird von allen untersuchten Hochschulen an zentraler Stelle im Rahmen der gleichstellungspolitischen Prozesse aufgegriffen und geplant. Damit zeigt sich, dass die Kultur der Sorge tief in den Strukturen der Hochschulen verankert worden ist. Zudem spielt die Einbindung der familienfreundlichen Strukturen in das gleichstellungspolitische Gesamtkonzept als Querschnittsthema eine wichtige Rolle.

Die Angebote und Maßnahmen sind dabei oft schon gleich zu Beginn der gleichstellungspolitischen Prozesse datiert. Dies kann verschiedene Ursachen haben: Zum einen kann es darauf hinweisen, dass die Aufgabe, Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, und vor allem für Kinder unter drei Jahren zu organisieren, hochschulübergreifend als so zentral erachtet wird, dass sie nahezu immer mit dem Start der Maßnahmen angegangen wird. Dabei sind der statusübergreifende Charakter familienfreundlicher Maßnahmen – gerade im Vergleich zu Maßnahmen der Frauenförderung – sowie die geschlechter- und generationenübergreifende Identifikation der Menschen an der Hochschule mit diesem Thema sehr deutlich, denn Studierende und wissenschaftliche sowie auch nichtwissenschaftliche Mitarbeiter/innen profitieren von diesen Maßnahmen. Die Diskussion um eine Kultur der Sorge an Hochschulen kann aber auch Anlass zu einer weiteren politischen Auseinandersetzung um Geschlechterarrangements werden. Diese Hypothese wird gestützt durch jüngere Prozesse des Gender Mainstreaming an den Kooperationshochschulen, die eng verwoben sind mit dem Audit „Familiengerechte Hochschule“. Hier kann beobachtet werden, dass im Kontext des Audit Gender Mainstreaming-Prozesse und -Strategien etabliert werden, ohne dies – zunächst – explizit anzustreben. Auf der Basis der erfolgreichen Kommunikationsstrukturen können dann im Folgenden weitere Thematiken aus dem Bereich der Gleichstellung aufgenommen werden. Das Thema Care ist also sowohl Motor als auch Transporteur von Gleichstellungspolitiken an Hochschulen.

Zusammenfassend ergibt sich aus der Analyse des empirischen Datenmaterials eine enge Verwobenheit der gleichstellungspolitischen Prozesse mit den Bemühungen, eine Kultur der Sorge an den Hochschulen zu implementieren. Die Etablierung familienfreundlicher Strukturen kann als Stellschraube innerhalb gleichstellungspolitischer Prozesse identifiziert werden. Sie fördert eine offene Kommunikation und ermöglicht kooperative Kommunikationsstrategien, bietet einen positiven Einstieg der Leitungsebene in gleich-

stellungspolitische Aufgaben und erhöht damit die Identifikation der Leitungsebene mit der Gleichstellungspolitik. Die Etablierung einer Kultur der Sorge kann für die gesamte Universität mit ihren männlichen wie weiblichen Angehörigen Identifikationspotenzial bieten, ermöglicht sichtbare und damit in der Öffentlichkeitsarbeit darstellbare konkrete Erfolgsprojekte, und generiert über ihre Zielgruppe auch eine große Gruppe an Multiplikatoren, die die Ideen und Erfolge der Gleichstellungspolitik in die Universität und ihr Umland weitertragen und damit positive Rückkopplungsprozesse für den gleichstellungspolitischen Prozess initiieren.

In der Feinanalyse der Angebote und Maßnahmen, die an den 15 Hochschulen des Projekts etabliert werden konnten, zeigt sich eine interessante neue Ausrichtung: Waren zunächst zu Beginn der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen vor allem Kinderbetreuungsmöglichkeiten im Fokus, so lässt sich mittlerweile ein Schwerpunkt im Bereich der strukturellen Veränderung der Gesamtorganisation Hochschule erkennen: Die Richtung geht von der Gestaltung der organisatorischen Rahmenbedingungen für Gleichstellung mit individuellen Lösungen zu einer Gesamtstruktur der Gleichstellungspolitik, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Idealfall nicht mehr als Problem definiert, sondern sie schon als Tatsache der Hochschulpolitik akzeptiert. An diesem Punkt setzen wir die Organisationsentwicklung der Hochschulen durch Gleichstellungspolitik an, denn die Veränderungen werden auf Dauer gestellt, dadurch dass sie in die Leitbilder, Zielvereinbarungen und die Grundordnungen Eingang finden. Organisationsentwicklung geschieht immer auf drei Ebenen: Der Ebene der individuellen Potentialentwicklung der Mitarbeiterinnen beim Karriereaufbau, der Ebene der kollektiven Beteiligung der Gremien und der organisationalen Ebene der Systemveränderungen der Hochschule. Es werden kollektive Akteure, Steuerungsgruppen und Gremien geschaffen, die mit der Hochschulleitung und der Frauenbeauftragten zusammen die Gleichstellungspolitik planen, Top Down durchführen und Controlling betreiben (Macha et al. 2010a).

Im Evaluationsprojekt der Augsburger Universität verfolgen wir in empirischen Verlaufs- und Strukturanalysen die Wirkung von gleichstellungspolitischen Entscheidungen in die Realität der Hochschule: Steuerungsgremien sind dann effektiv, wenn sie durch begleitende Kommunikationspolitik die Ziele und Visionen an die Mitglieder der Organisation zu vermitteln vermögen und die Identifikation mit der Organisationsentwicklung groß ist. So ergänzen sich die Prinzipien des Top Down und des Bottom Up. Die Veränderungen lassen sich messen in den steigenden Zahlen der weiblichen Mitarbeiter und Professorinnen, sind aber auch in quantifizierbaren Zielvereinbarungen ablesbar (Macha et al. 2010b).

Hier wird deutlich, dass die Gleichstellungspolitik und die Kultur der Sorge stark voneinander profitieren. Das Umdenken von der individuellen Hilfestellung für einzelne bedürftige Frauen hin zur Organisationsentwick-

lung ist auch in der Entwicklung gleichstellungspolitischer Strategien von der Frauenförderung hin zu Gender Mainstreaming belegbar. Die Übernahme der erfolgreichen Strategie des Gender Mainstreaming, nämlich die Organisationsentwicklung einer Hochschule Top Down, verfestigt und erweitert die erfolgreichen Kulturen der Sorge an Hochschulen.

Betrachtet man zusammenfassend die empirischen Ergebnisse der Gleichstellungspolitik an den Hochschulen aus dem Projekt, so ist ein positives Resümee zu ziehen. Vor allem Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren sind hochschulübergreifend vorhanden. Die Hälfte der Hochschulen bieten zudem Möglichkeiten der Ferienbetreuung für Schulkinder oder zur Betreuung von Kindern während Tagungen der Eltern an. Familienfreundliche Strukturen auf dem Campus der Hochschulen sind dabei unterschiedlich gut ausgebaut: sie reichen über explizite Stillgelegenheiten (an neun Hochschulen), oder auch Wickelmöglichkeiten in den Campusgebäuden (an fünf Hochschulen) bis hin zu Eltern-Kind-Zimmern und dem „Kinderteller“ für Gratismahlzeiten in der Mensa. Gleichzeitig wird deutlich, dass familienfreundliche Strukturen bislang noch stark fokussiert auf die Verpflichtungen durch die Betreuung von (kleinen) Kindern gedacht werden. Nur drei der Hochschulen nehmen explizit auch Themen der Sorge für Ältere auf, das „Elder Care“. Für die Zukunft ergibt sich hier also ein weiterer Handlungsbedarf.

Im Hinblick auf weitergehende Strukturen der Vereinbarkeit von Familie und Studium, wie zum Beispiel Formen des Blended Learning oder der flexiblen Studienverlaufsgestaltung für Eltern, sind die Hochschulen noch in den Anfängen. Selten sind Teilzeitstudiengänge an den Hochschulen vorgesehen, am häufigsten noch berufsbegleitend.

Gerade der Auf- und Ausbau des Bereiches der Teilzeitstudien wird nach Bologna für die Hochschulen in Zukunft ein wesentliches Profilelement für exzellente Studierende – mit und ohne Kinder. Die Zahl der Studierenden, die nicht ausreichend Zeit für ein Vollzeitstudium aufbringen, ist bereits jetzt schon sehr hoch (vgl. BMBF 2007). Die Gründe hierfür liegen sowohl im privaten (minderjährige Kinder, Pflege von Angehörigen), wie auch beruflichen Bereich (berufliche Einbindung, finanzielle Engpässe durch Studiengebühren). Insgesamt helfen flexible Formen der Studiengestaltung also verschiedenen Gruppen von Studierenden, ihr Potenzial auszuschöpfen und ein Studium abzuschließen.

Im Hinblick auf die weitere Entwicklung der familienfreundlichen Gestaltung der Hochschulen sind verschiedene Aspekte von Relevanz. Hierzu gehören zum Beispiel die intensive Diskussion und Erforschung der Karriere-mechanismen einer wissenschaftlichen Laufbahn. Eine familienfreundliche Hochschule müsste Strukturen schaffen, die es Eltern ermöglichen, mit ihren Kindern an solchen Mechanismen (z.B. Networking auf Tagungen, Gremien-zugehörigkeit oder ähnliches) teil zu haben. Gerade vor diesem Hintergrund

sind künftig sicherlich auch pädagogische Aspekte zu diskutieren: wie viel Fremdbetreuungszeit der Kinder können wir als „familienfreundlich“ vertreten, und wann gewinnt der Aspekt der beruflichen Ambitionen vor der Familien*freundlichkeit* überhand? Diese Frage muss sicherlich jede Familie bzw. jeder Elternteil für sich beantworten. In einer familienfreundlichen Kultur einer Hochschule sollten allerdings die individuellen Konzeptionen Gehör finden.

4. Konkrete Visionen: eine ideale Hochschule aus der Sicht von Studierenden und Beschäftigten

Wie aber sollte nun der „Spielplatz der Exzellenz – die familienfreundliche Hochschule“ im Ideal aussehen? Oder, um die Frage anders zu stellen: Welche Kultur der Sorge ist von den Eltern an einer Hochschule gewünscht? Jenseits aller Beschreibungen und Spekulationen sind empirisch fundierte Deskriptionen einer idealen, familiengerechten Hochschule eher wenig verbreitet. An der Universität Augsburg wurden die Beschäftigten und die Studierenden deshalb in einem explorativen Design aufgefordert, ihre Visionen und Elemente einer idealen Hochschule zu beschreiben. Diese Daten stellen eine Ergänzung zu den Anstrengungen der Hochschulen dar, zeigen sie – ohne den Anspruch der Repräsentativität oder der Übertragbarkeit – doch verschiedene Handlungsfelder, in denen kleine Veränderungen große Wirkung haben können². Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass die Eltern sehr kreative, differenzierte und konstruktive Ideen entwickelt haben. Eine Verdichtung dieses Ideenpools zu Themenblöcken stellt damit immer auch einen Verlust für die Operationalisierung der Kultur der Sorge dar. Eine Verdichtung ist jedoch für eine Analyse unerlässlich. Die Ausgangssituation an der Universität Augsburg ist die Basis für die Überlegungen zu einer idealen Hochschule. Das bestehende nahezu bedarfsdeckende Angebot an Krippenplätzen für Studierende öffnet hier den Blick der Eltern für weitere Möglichkeiten.

Eines der insgesamt acht Themen, die in einer familienfreundlichen Hochschule bearbeitet werden müssen, stellt die Organisation von Kinderbetreuung dar. Diese ist idealiter räumlich nahe gelegen, flexibel und altersübergreifend organisiert. Eine Konzentration auf die Gruppe der Krippenkinder allein entspricht aber nicht den Bedürfnissen der Eltern – auch Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder müssen Berücksichtigung finden. Zusätzlich

2 Eine quantitative Auszählung im Sinne der Überprüfung potenzieller Häufungen einzelner Kategorien ist mit dem explorativen Charakter und der Anlage der Studie jedoch nicht vereinbar.

wäre auch an Betreuungsformen, die den Eltern Reproduktionsphasen erleichtern (Betreuung während Sportangeboten z.B.), zu denken.

Während für beschäftigte Eltern vor allem Fragen der Stellenqualität im Vordergrund stehen (Qualifikationsphase bis zu einer Dauerstelle, Befristungszeiträume, genehmigter Stellenumfang, Organisation von Präsenz- und Telearbeit), haben die studierenden Eltern die Universität insgesamt im Blick. An der idealen Hochschule ist eine Kultur der Sorge etabliert, die sich sowohl in greifbarer Ausstattung (Kinderhochstühlen in der Mensa, freundliche, saubere und gut zugängliche Still- und Wickelmöglichkeiten, saubere Toiletten für Kinder), in gut organisierten Strukturen (Prüfungszeitpunkte, die auf die Betreuungsmöglichkeiten abgestimmt sind, einer Notwindelstation, Spielecken in den Bibliotheken und in der Mensa, Eltern- bzw. Spielzimmern, die sowohl einen Raum für kurze Pausen wie auch für notwendige Erledigungen mit einem leicht kranken Kind bieten) wie auch atmosphärisch (Nachmittagsprechstunden der Verwaltung, bevorzugte Behandlung von schwangeren Wartenden oder Wartenden mit kleinen Kindern) niederschlägt. Als sehr wichtiger Punkt kristallisiert sich die Bündelung aller für Eltern wichtigen Informationen in Internet-Portalen sowie ihre gezielte Verbreitung heraus. Hier wird von den Studierenden eine Geh-Struktur der Informationen gewünscht, die vor allem den Vorteil bietet, dass die individuellen zeit- und energieintensiven Aushandlungsprozesse der Komm-Struktur entfallen.

Zentrales Element dieser Informationspolitik ist eine Beratungsstelle, wie sie aktuell bereits an vielen Hochschulen etabliert ist. Als übergreifende Anlaufstellen, aber auch als Fürsprecher für die Eltern an der Hochschule, können diese Stellen ein Bindeglied zwischen den Eltern und ihren Bedürfnissen auf der einen Seite und der Hochschule in ihrem Organisationsentwicklungsprozess in Richtung auf Geschlechtergerechtigkeit auf der anderen Seite werden, von dem wiederum beide Seiten profitieren.

Die Darstellung der Ergebnisse dieser explorativen Erhebung zeigt, dass die Kultur der Sorge aus der Sicht der Eltern noch Hürden überwinden muss, bis Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Verpflichtungen an Hochschulen erreicht ist. Alle vorgebrachten Ideen zielen darauf ab, die Eltern von konkreten Benachteiligungen zu entlasten, indem erstens die Sorge um die Kinder zum Teil öffentlich organisiert wird, zweitens das Leben mit Kindern auf dem Campus vereinfacht wird, drittens aber vor allem aktuelle und künftige Nachteile, die durch ihre Fürsorgeverpflichtungen als Eltern entstehen, abgefangen werden. Kultur der Sorge bedeutet also Sorge in zweifacher Hinsicht: in der Übernahme der Fürsorgepflicht für Kinder durch den Arbeitgeber, aber auch in der Sorge um die sorgenden Eltern. Diese Sorge um die Sorgenden ist am besten über einen Organisationsentwicklungsprozess zu operationalisieren. Sie manifestiert sich in personell konkreten Instanzen ebenso wie auch in Organisationsstrukturen.

5. Fazit

Der Prozess der Organisationsentwicklung der Hochschule durch Gleichstellungspolitik und die Kultur der Sorge haben sich in der Analyse des empirischen Datenmaterials nicht nur als eng miteinander verknüpft dargestellt. Vielmehr treiben sich die Prozesse gegenseitig an, und wirken damit aufeinander als Motoren und Stellschrauben. Auch in der Geschichte der Organisation der Sorge lässt sich ein Wandel zeigen, wie ihn die Gleichstellungspolitik insgesamt vollzogen hat: von der Fokussierung auf die Beseitigung von Nachteilen für Frauen zur nachhaltigen Veränderung der Organisationsstruktur durch Gleichstellungspolitik mit dem Ziel, eine Benachteiligung idealiter erst gar nicht eintreten zu lassen. Die Hochschulen reagieren damit sowohl auf einen sich verändernden Bedarf der Betroffenen, wie auch auf die gesetzlichen Gegebenheiten. Die Effekte der Anstrengungen gehen über den Nutzen für die Betroffenen hinaus: sie sichern für die Hochschulen und weitergehend für die Gesellschaft das Potenzial der Mitarbeiter/innen und der Student/innen. Dabei stellt die (antizipierte) Unvereinbarkeit von familialen Verpflichtungen und wissenschaftlicher Karriere nicht die einzige Barriere dar – auch nicht für Frauen. Die gleichstellungspolitische Gesamtstrategie des Gender Mainstreaming bietet hier die Chance, eine neue Struktur, die Geschlechtergerechtigkeit ermöglicht, entstehen zu lassen. Dieser Reorganisationsprozess im Sinne einer familienfreundlichen Kultur benötigt neben den gleichstellungspolitischen Maßnahmen und der ideologiekritischen Aufklärung auch und vor allem Zeit. Wie sich die veränderte Struktur auf die innerfamiliären Geschlechterarrangements und die Organisation der Sorge konkret auswirken, können weitere Forschungen in einigen Jahren sicherlich deutlich machen.

Literatur

- Bertram, Hans (2006): Gutachten nachhaltige Familienpolitik - Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik, unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Bertram-Gutachten-Nachhaltige-Familienpolitik.property=pdf,bereich=rwb=true.pdf> am 23.01.2006 um 16 Uhr.
- Bertram, Hans (2009): Familienforschung und Familienpolitik: Themen, Felder und familiale Lebenslagen, in: Macha, Hildegard / Witzke, Monika: Neues Handbuch der Erziehungswissenschaften. Bd. III, Teilband 5: Familie – Kindheit – Jugend - Gender. Gütersloh.

- Böhnisch, Lothar (2009): Die neue Kultur der Sorge und die soziale Verlegenheit der Pädagogik. In: W. Melzer/ R. Tippelt (Hrsg.) (2009): Kulturen der Bildung. S. 45-52, Opladen.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg.) (2007): Die Wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn/Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg.) (2006): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Baden Baden.
- Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) (2006): Frauen in Führungspositionen an Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. Zehnte Fortschreibung des Datenmaterials. Bonn.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (2008): Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards der DFG. www.dfg.de/chancengleichheit am 24.03.2009.
- Eckart, Christel/ Senghaas-Knobloch, Eva (Hrsg.) (2000): Fürsorge – Anerkennung – Arbeit. Sonderheft Feministische Studien.
- Hochschild, Arlie Russell (1995): The Culture of Politics: Traditional, Postmodern, Cold-modern, and Warm-modern Ideals of Care. In: Social Politics, P. 331-346.
- Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (2003): Zur familienfreundlichen Gestaltung der Hochschule, http://www.hrk.de/eng/beschluesse/109_261.php am 27.03.2009.
- Krell, Gertraude / Mückenberger, Ulrich / Tondorf, Karin (2001): Gender Mainstreaming: Chancengleichheit (nicht nur) für Politik und Verwaltung. In: Krell, Gertraude (Hg.): Chancengleichheit durch Personalentwicklung. Wiesbaden, (3. Aufl.), S. 59-75.
- Lind, Inken (2004): CEWS-Newsletter Nr. 26, <http://www.cews.org>.
- Lind, Inken (2008a): Kinder als Risiko für die Hochschulkarriere?: Vereinbarkeit von Hochschulkarriere und Elternschaft II, abrufbar unter <http://www.scienceblogs.de/for-women-in-science/2008/09/kinder-als-risiko-fur-die-hochschulkarriere-vereinbarkeit-von-hochschulkarriere-und-elternschaft-ii.php>.
- Lind, Inken (2008b): Aufgeschobene Kinderwünsche, eingeschränkte Perspektiven? Zur Vereinbarkeit von Wissenschaft und Elternschaft – Ergebnisse einer aktuellen Studie. Forschung und Lehre, Heft 11/08, S. 754-756.
- Macha, Hildegard (2006): Work-Life-Balance und Frauenbiographien. In: Schlüter, A. (Hrsg.): Bildungs- und Karrierewege von Frauen. Opladen, S. 17-32.
- Macha, Hildegard (2009): Konturen einer erziehungswissenschaftlichen Theorie der Familie. In: Macha, H./ Witzke, M. (Hrsg.) Neues Handbuch der Erziehungswissenschaften. Bd. III, Teilband 5: Handbuch Familie – Kindheit – Jugend – Gender. Gütersloh, S. 9-29.
- Macha, Hildegard / Bauer, Quirin / Gruber, Susanne / Struthmann, Sandra (2010a): Gender Mainstreaming: Professionalisierung der Organisation und Potentialentwicklung der Akteure an Hochschulen. Opladen.

- Macha, Hildegard / Handschuh-Heiß, Stephanie / Magg, Marion / Gruber, Susanne (2010b): Gender Mainstreaming als Organisationsentwicklung und Potentialentwicklung. Opladen.
- Macha, Hildegard / Klinkhammer, Monika / Gehlert, Siegmund (2000): Erfolgreiche Frauen: wie sie wurden, was sie sind. Frankfurt am Main/New York.
- Metz-Göckel, Sigrid (2009): Wissenschaft als Lebensform - Eltern unerwünscht? Kinderlosigkeit und Beschäftigungsverhältnisse des wissenschaftlichen Personals aller nordrhein-westfälischen Universitäten (zusammen mit Christina Möller & Nicole Auferkorte-Michaelis). Opladen & Farmington Hills.
- Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.) (2008): Care – Black Box der Arbeitspolitik. Sonderheft Berliner Journal für Soziologie. Jg. 18, H. 2. Wiesbaden.
- Solga, Heike / Wimbauer, Christine (Hrsg.) (2005): "Wenn zwei das Gleiche tun." Ideal und Realität sozialer (Un-)Gleichheit in Dual Career Couples. Opladen.
- Strehmel, Petra (1999): Karriereplanung mit Familie: eine Studie über Wissenschaftlerinnen mit Kindern. Bielefeld.
- Wissenschaftsrat (Hrsg.) (2007): Exzellenz in Wissenschaft und Forschung - Neue Wege in der Gleichstellungspolitik. Köln.

In Sorge um die ‚Kinder von morgen‘? – Ein pädagogisch motiviertes Instrument und seine Konsequenzen

Anke Spies

Abstracts

Wenn junge Menschen vor der Einmündung in Erwerbstätigkeit Eltern werden, ist das für die Soziale Arbeit meistens ein Anlass, sich Sorgen zu machen. Seit Ende 2000 finden als Konsequenz dieser Sorge die US-Amerikanische Idee der Babysimulation vermehrt Eingang in sexualpädagogische, beraterische und allgemeinbildende Angebote die Soziale Arbeit in Kooperation mit Schule konzipiert. Die Programmatik des Instruments argumentiert mit den Schlagworten ‚Prävention‘ und ‚Kinderschutz‘, indem abschreckende Lernsettings konstruiert werden, die jugendliche Sexualität problematisieren, vor allem Mädchen und junge Frauen in benachteiligten Lebenslagen davon zu überzeugen versuchen, dass sie den Anforderungen von Elternschaft nicht gewachsen sein werden und über öffentliche Beschämungen deren Marginalisierung verfestigen.

Worrying about „the children of tomorrow“ – a pedagogically motivated instrument and its consequences

As young parenthood brings its own challenges, social pedagogic practice has been trying to find pathways in which parenthood that is judged to be too early, can be avoided. Consequently, a model born in the US called infant simulator has found its way in sexual pedagogical and counseling work in cooperation with schools. Available in Germany since 2000, this program aims at prevention and the protection of children. By means of unsettling and often off-putting simulated scenarios where problems of juveniles exuality is also explored, teenagers and young women were shown now they are not yet up to the challenge of parenthood, and how stigmatization and shame can put them into social isolation.

Der folgende Beitrag stützt sich auf quantitative und qualitative Daten und Befunde einer bundesweiten Querschnittsuntersuchung¹ (vgl. Spies 2008) der

1 Datengrundlage: Quantitative Befragung von Multiplikationseinrichtungen (N=90, Rücklaufquote 42%), qualitative Befragung von PraktikerInnen (problemzentrierte Interviews; N=27), 7 Gruppendiskussionen mit AdressatInnen unterschiedlicher Bildungsgänge (kurz vor und ein halbes Jahr nach ihrer Simulationserfahrung) sowie drei problemzentrierte Interviews mit fortbildungsverantwortlichen Fachkräften (vgl. Spies 2008).

pädagogischen Praxis mit Babysimulatoren und skizziert deren widersprüchliche Gestaltung und ihre problematischen Effekte in sozialräumlich kooperativ arbeitenden institutionellen Arrangements.

1. Ein Instrument der Sorge?

Wenn Mädchen und junge Frauen früher als es dem gesellschaftlichen Konsens entspricht, Mutter werden, stehen sie vor der Anforderung, sowohl die adoleszenten Entwicklungsaufgaben als auch die mit Elternaufgaben verbundenen Rollenanforderungen zu bestehen. Wenngleich die Jugendhilfe zu ihrer Unterstützung gem. § 19 SGB VIII ein entsprechendes Angebot (Wohnen, Betreuung, Ausbildung und Existenzsicherung) zur „doppelten Kindeswohl-sicherung“ (Friese 2008, S. 26) vorhalten muss, ist frühe Schwangerschaft in der Regel ein Anlass zur Besorgnis. Die mit früher Mutterschaft verbundenen Besonderheiten der biografischen Situation von Mutter, Kind und Vater lassen angesichts der Belastungsszenarien, denen sozialpädagogische Praxis in ihrem Alltag immer wieder begegnet, auch die Frage aufkommen, ob und wie es vielleicht möglich wäre, die als zu früh empfundenen Familiengründungen zu verhindern.

In Deutschland werden dafür seit Ende 2000 aus den USA importierte computergesteuerte Babypuppen in sieben ethnischen Besonderungsvarianten mit dem Versprechen beworben, die Zahl früher Schwangerschaften dezimieren zu können und Verantwortungsbewusstsein zu schulen. In sogenannten Elternpraktika sollen je nach verfügbarer Anzahl an Simulatoren ganze Schul-klassen, kleinere Projektgruppen aber auch Einzelpersonen die Bedürfnisse eines Säuglings kennen lernen und anschließend die Einsicht des eigenen Unvermögens formulieren: Über diverse Inszenierungsvarianten wie aktive Elternschaftssimulation und deren passive Beobachtung bzw. Begleitung, Situationen des Scheiterns, die Einkalkulation negativer Reaktionen in Familie und Peer-Kontext sowie beschämende Reaktionen bei Bewegungen im öffentlichen Raum sollen vor allem Mädchen und junge Frauen zur Einsicht gelangen, einem eigenen Kind vorläufig nicht gerecht werden zu können, dessen Wohl sogar absehbar zu gefährden, ihre Peerkontakte zu verlieren und nicht zu bewältigenden Schwierigkeiten in der Alltagsorganisation ausgesetzt zu sein. Aber auch junge Frauen mit geistiger Behinderung sollen durch längerfristige Einzelfallarbeit einsehen, künftig Abstand von ihrem Kinderwunsch zu nehmen. Der Simulator wird dabei vordergründig als Instrument der Vermittlung von Inhalten der Säuglingspflege und Haushaltsführung genutzt. Die Programmatik des Mediums wird aber sowohl vom Hersteller, wie auch von Vertriebsverantwortlichen sowie den MultiplikatorInnen der pädagogischen Praxis als Double-Bind-Botschaft kommuniziert und praktiziert: Die Anfor-

derungen sollen so gestellt und inszeniert werden, dass sie einerseits hohen Druck zur Bewältigung erzeugen aber andererseits keinesfalls als Bestätigung vorhandener Kompetenzen der Alltagsbewältigung mit einem Baby gedeutet werden können (vgl. Spies 2009). So wird z.B. durchaus auch ein defekter Simulator so inszeniert, als handele es sich um eine von der betreuenden Jugendlichen zu verantwortenden Kindstötung. Mit anderen Worten: Die Botschaft des Mediums ist die Abschreckung, die in Kombination mit der verbalen Botschaft des möglichen Moratoriums zum Kinderwunsch und der Prämisse ‚Kinderschutz‘ den Adressatinnen vermittelt, dass frühe Elternschaft auf unverantwortliches, individuelles Planungs-versagen zurückzuführen sei. – Eine beschämende Botschaft, die den empirischen Befunden zufolge, auch so von den Adressatinnen wahr-genommen wird.

Die lebensgroßen Simulatoren können Hunger sowie hygienischen oder emotionalen Versorgungsbedarf signalisieren, der nur mit passendem, nicht an dritte übertragbarem ID-Chip gedeckt werden kann. Ein per Steuergerät variabel einstellbares Computerprogramm regelt über Weinen und ‚Zufriedenheitsglucksen‘ die Häufigkeiten des Versorgungsbedarfs bzw. den „Schwierigkeitsgrad“ des simulierten „Kindes“. Die Versorgungsleistungen und der sachgerechte Umgang im Alltag werden wiederum vom Computerprogramm aufgezeichnet und können anschließend per Steuergerät mit absoluten und prozentualen Angaben abgelesen und rückgemeldet werden.

Die Faszination des Instruments, das meist über mehrere Tage ununterbrochen die Alltagsrealität mit einem Säugling demonstrieren will, führt zu einer bundesweit erstaunlich schnell und problemlos expandierenden Kooperationsbewegung zwischen Schulen niedrig qualifizierender Bildungsgänge, Trägern der Jugendhilfe und Institutionen des Berufsübergangs- und Rehabilitationssystems. In den ersten sechs Jahren nach der Markteinführung in Deutschland hat sich die Zahl der anwendenden Einrichtungen, Institutionen und MultiplikatorInnen jährlich verdoppelt (vgl. Spies 2008, S. 157). Medial skandalisierend verstärkt, etabliert sich damit ein Diskurs öffentlicher Sorge(n): Mit Verweis auf die, über Alter und Schichtzugehörigkeit der möglichen (!) Mutter antizipierte, mögliche (!) Unterversorgungslage eines möglichen (!) Kindes – obwohl diese sich keineswegs über das Alter der Mutter ableiten lassen und die Anteile von Geburten Minderjähriger keinen Anlass zur Dramatisierung geben. Denn nicht die tatsächlichen Fallzahlen sind gestiegen, sondern die Erhebungsmethode des Statistischen Bundesamtes wurde im Jahr 2000 von der Geburtsjahr- auf die Altersjahrmethode umgestellt. Seitdem wird der Anteil der Geburten Minderjähriger exakter erfasst, da Mütter, die im Geburtsjahr das 18. Lebensjahr vollenden, nicht mehr herausgerechnet werden. Demnach bewegt sich der tatsächliche Anteil minderjähriger Mütter in den Jahren 2000 bis 2008 zwischen 1,06% (2002) und 0,82% (2008) der gesamten Geburten (vgl. Spies 2010). Rechnet man nach der zuvor gültigen Geburtsjahrmethode liegt dieser Anteil seit 1995 konstant zwischen etwa 0,6 und 0,7 % (vgl. Spies 2008 S. 22).

2. In Sorge um die Zukunft?

Der Simulator zwingt über seine technischen Möglichkeiten zu einer relativ engen Anlehnung an die programmatischen Hersteller- und Vertriebsvorgaben, die sich sämtlich auf die Bedürfnisse und Gefährdungen eines Säuglings konzentrieren. Die kindzentrierte Vermittlung von theoretischen und praktischen Lerninhalten zu Versorgungsfragen und Schutzbedürfnissen von Säuglingen ist zugleich ein Reintegrationsdiskurs von Themen der Säuglingsfürsorge in die öffentliche Erziehung (vgl. Homfeldt/Sting 2006) und erinnert in seinen geschlechtsrollen-reproduzierenden Anteilen an Kontexte der Mädchenbildungsgeschichte (vgl. Meiners 1982). Durchsetzt mit einer Wiederbelebung des öffentlichen Strafdiskurses der sogenannten „Problem-Sexualität“ (vgl. kritisch dazu: Lautmann 2005, S. 249), beginnt der Schutz eines Kindes im Verständnis des Simulationsanliegens nicht mehr mit präventiven Maßnahmen während der Schwangerschaft, sondern bereits vor der Zeugung des Kindes und mit Verweisen auf die zuvor zu erwerbenden pflegerischen und erzieherischen Kompetenzen. Während die US-Amerikanische Programmatik dabei zugleich dem ‚Abstinence-Only‘ Gedanken verpflichtet ist, werden in deutschen Umsetzungen die erhofften Erträge zur Reflexion des Verhütungsverhaltens betont. Allerdings berichtet die Praxis überwiegend, dass dies eine eigenständige Transferleistung bleiben müsse, da eine explizite Auseinandersetzung mit Fragen der Kontrazeption entweder in anderen Unterrichtskontexten oder aber aus zeitlichen Begrenzungen nicht zum Konzept gehöre.

Der Simulator und die aktiv (Simulatorenbetreuung) oder passiv (Beobachtung und Erkundung) zu erbringenden Leistungen vermitteln die ‚Berechtigung‘ zur Familiengründung als abhängig von individuellem beruflichen Einmündungserfolg und sozialer Sicherheit. Die strukturellen Bedingungen und Schwierigkeiten des Berufsübergangs, nach denen sich die Jugendlichen aus niedrigqualifizierenden Bildungsgängen kaum noch berufliche Planungsfreiheiten zugestehen (vgl. May 2007), sind allerdings nicht in der konzeptionellen Gestaltung berücksichtigt. Während in den meisten Simulationskonzeptionen u.a. Erkundungsaufgaben zu den Lebenshaltungskosten der Säuglingsnahrung und Pflege den rechnerischen Beleg der finanziellen Überforderung zu erbringen versuchen und zeigen, mit welchem Verwaltungsaufwand der Traum von einer eigenen Wohnung verbunden wäre, fehlen z.B. Hinweise der inhaltlichen Auseinandersetzung mit Bedingungen und Möglichkeiten der Teilzeitausbildung, mit einer bewältigbaren Sicherung des Lebensunterhalts und damit, welche Möglichkeiten der Unterstützung und Ausbildungsabsicherung die Jugendhilfe im Falle einer Schwangerschaft vorhält.

Die vielschichtig problematischen Zukunftsoptionen von marginalisierten Mädchen² am Übergang von der Schule in Erwerbstätigkeit und deren Aus-

2 86% der TeilnehmerInnen sind Mädchen (vgl. Spies 2008a, S. 100). Ihre Teilnahme wird zwar als freiwillig postuliert, aber sofern es sich um Projekte mit Schulklassen oder festen

einandersetzungen mit Kinderwünschen und Familienoptionen treten im Kontext der Babysimulationen hinter einen ‚institutionellen Aktionismus‘ zurück, dem es mit jeweils hohem persönlichen Einsatz gelingt, strukturelle Hürden wie z.B. jenen zwischen den Organisationslogiken von Schule und Jugendhilfe zu überwinden. Unisono ist die Verbesserung der Situation von jungen Menschen in benachteiligenden Lebenslagen das zentrale Anliegen von allen Verantwortlichen, ungeachtet dessen, dass sich die mit früher Schwangerschaft, Armutslebenslagen und nicht-verwertbaren Bildungs-zertifikaten verbundenen hochkomplexen sozialen Strukturprobleme nicht durch eine de facto stark vereinfachende, technische Vorwegnahme lösen lassen.

Es ist bemerkenswert, wie sich über eine wirkmächtige Marketingstrategie³ die Überzeugung multipliziert, ein breitenwirksames Instrument mit universaler und biografisch nachhaltiger Wirkung gefunden zu haben und gängige Probleme der Kooperationsgestaltung zwischen Jugendhilfe und Schulen sich in nunmehr förmlich sozialräumlich ‚denkendes‘ und handelndes Engagement auf beiden Seiten verwandeln können. In den Kooperationsbeziehungen zwischen Schule und Jugendhilfe zeichnet sich im Kontext früher Elternschaft tendenziell eine Abkehr vom Einzelfall hin zum themenorientierten Gruppenangebot ab. Besonders Schulen der niedrig- bzw. nicht-qualifizierenden Bildungsgänge sind ausgesprochen flexibel bereit, den AdressatInnenzugang zur Verfügung zu stellen und sich und ihren Unterricht damit auch zum Gemeinwesen hin zu öffnen. In ungewöhnlicher Kooperationseinigigkeit zwischen sozial-pädagogischen, schul- und berufspädagogischen sowie sonderpädagogischen Fach- und Lehrkräften findet das Instrument außerdem seine Resonanz in der öffentlichen Würdigung und Finanzierung. Die überproportionale Verteilung des Instruments in ländlichen Regionen ist ebenso auffällig wie die Vielfalt der Finanzierungswege: So übernehmen durchaus auch Träger der Jugendhilfe die Kosten für schulische Projekte, ebenso wie Schulen kostenintensive Finanzierungen aufbringen und Anbieter aus der Jugendhilfe engagieren oder einzelne Fachkräfte mit privat finanzierten Simulatoren, aber im Auftrag ihrer Träger, arbeiten. Für den Einsatz der Puppen wird insgesamt ein erheblicher organisatorischer, logistischer und finanzieller Aufwand betrieben, damit Anbieter der Jugendhilfe (z.B. Beratungsstellen) an Schulen tätig werden oder die Simulatoren als Maßnahmen der schulischen (z.B. in Verantwortung von Schulsozialarbeit) bzw. (reha-)institutionellen Programmgestaltung eingesetzt werden können.

Gruppen handelt, haben sie nur die Wahl zwischen aktiver und passiver Teilnahme: Diejenigen, die keinen Simulator betreuen, werden mit dem Simulator und seinen impliziten Botschaften konfrontiert, indem sie die Simulationen über ergänzende Aufgaben begleiten und z.B. die Kosten für Babynahrung oder Erstausrüstung ermitteln.

- 3 Die Marketingstrategie von Hersteller, Vertrieb und Fortbildung basiert auf der Verknüpfung von Emotion und Profession, denn der Zugang zu Programm und Instrument ist an den Nachweis eigener Fachlichkeit gebunden und wird in erster Linie von pädagogischen Fachkräften wahrgenommen.

3. (K)ein Lernsetting der Sorge?!

Die Schülerinnen sind zunächst meist neugierig auf die Lernerfahrungen, denen sie sich mit der Frage stellen, ob sie eine ‚gute Mutter‘ sein können. Nachdem sie aber mit vielfachen Erfahrungen des Scheiterns, den computer-aufgezeichneten prozentualen Häufigkeiten der Kindeswohl-gefährdung sowie mit Stigmatisierungen durch öffentliche Blamage und Konflikten im sozialen Nahraum konfrontiert worden sind, reagieren sie mit (Ver)Schweigen, Scham oder Verunsicherung. Denn unter Ausnutzung des biografischen Orientierungsbedürfnisses Jugendlicher stehen unter dem Label der Verantwortungsvermittlung vor allem Defizit-, Versagens- und Überforderungserfahrungen im Mittelpunkt der offenen und verdeckt kommunizierten Botschaften der Abschreckung. Keinesfalls stehen Ressourcen und vorhandene Kompetenzen der Zielgruppe im Zentrum der Aufmerksamkeit, denn positive Bestätigung würde dem Ziel der Abschreckung zuwiderlaufen. Regelrecht dramatisch gestalten sich die Nachwirkungen der Simulation im Falle einer jungen Frau, die anschließend schwanger wird: Sie fühlte sich im „Elternpraktikum“ an die Puppe ‚gefesselt‘ und erlebt nun ihre Schwangerschaft in Verzweiflung und Angst. Sie ist überzeugt, ihre sozialen Kontakte zu verlieren und den Anforderungen der Mutterschaft und Säuglingspflege nicht gewachsen zu sein. Kontakte zu Hilfeinstitutionen sind für sie aber indiskutabel, denn dort müsste sie ja ihr Planungsversagen eingestehen – eine Botschaft, die auch bei jener jungen Frau angekommen ist, die sich vor dem Simulationsprojekt als selbstbewusst, kompetent und stolz auf ihre Leistungen der Lebensbewältigung präsentiert, nachdem sie mit 15 Jahren Mutter wurde. Nach der passiven Teilnahme wertet sie ihre eigene Expertise ab und kommuniziert ein negatives Selbstbild: „...also ich darf da jetzt so und so nichts sagen, denn ich bin ja selber früh Mutter geworden.“ (GD II2, 1285-1287)

Besorgniserregend und paradox scheint, dass der Simulatoreneinsatz mit der ungebrochenen Gewissheit einer Leistung zur Sicherung künftiger Eltern- und Erziehungsaufgaben der Zielgruppe verbunden wird, zugleich aber vorhandene pflegerische Kompetenzen und Reflexionen einer unbeeinträchtigten Impulskontrolle ignoriert werden. Insofern wird über die möglichst umfassende Thematisierung von Aspekten des Kinderschutzes dieser selbst letztlich unmittelbar gefährdet: Künftige Kinder mögen durch die Verunsicherung ihrer künftigen Mütter bereits pränatal im Bindungsaufbau beeinträchtigt sein (vgl. dazu Dörr/Homfeldt 2008, S. 231). Der Preis für die als Prävention gedachte Thematisierung von Kinderschutzaspekten ist zudem, dass Betroffene mit eigenen Mangel- oder Gewalterfahrungen konfrontiert werden, ohne dass eine zuverlässige Absicherung gewährleistet wird, wenn MultiplikatorInnen die Gelegenheit nutzen, „diese Traumatisierten“ (I 17, § 14) auf ihre Traumata hinzuweisen und sie aufgrund ihrer Erfahrungen als potentiell gefährdend zu stigmatisieren

(vgl. Spies 2008, S. 190ff). Leistungen junger Mütter werden zwangsläufig negiert oder entwertet – bis hin zu deren Funktionalisierung als abschreckende Beispiele:

„(...) wir haben auch ne zeitlang mal immer junge Mütter, die wir früher in der Gruppe hatten, die haben wir schon mal dazu eingeladen, um einfach mal zu berichten, weil die denen natürlich viel mehr glauben als uns, wie denn so ihre Situation war. Das war immer sehr interessant, aber ehm, die, eh, meistens sind die im Laufe der Jahre irgendwo in den Beruf rein und so, also wir können nicht mehr so einfach darauf zurückgreifen, es ist schwieriger geworden. Aber das war manchmal auch höchst interessant, weil die dann gesagt haben, boa, da sitzt ne Siebzehnjährige, die hat nen zweijährigen Sohn und erzählt uns mal, was denn da so abgegangen ist, ne. Das hat sich auch immer gut gemacht.“ (117, §74)

Das Gruppenangebot dieser Beratungsstelle wird von jungen Müttern offenbar nicht mehr wahrgenommen, denn dann bestünde ja noch die Möglichkeit, die „Elternpraktika“ weiterhin mit diesem ‚didaktischen‘ Element anzureichern. Die Vermutung liegt auf der Hand, dass sich die jungen Mütter wohl nicht mehr vorführen lassen wollen und sich nach solchen Beschämungserfahrungen von den Angeboten der Einrichtung zurückgezogen und distanziert haben. Denn sollte ihnen tatsächlich ein Berufsübergang gelungen sein, so wäre interessant zu erfahren, wie ihnen dies in ihrer schwierigen Situation überhaupt gelingen konnte – womit sie als Peers nunmehr ebenfalls eine tragende Rolle für andere bzw. mögliche künftige junge Mütter spielen könnten. Hier scheint dagegen die Inszenierung der Simulationsprojekte die professionelle soziale Praxis ebenso wie die informelle soziale Praxis dieser jungen Frauen verändert und den Kontakt zwischen Hilfeinstitution und Adressatinnen sozialer Arbeit gestört zu haben. Auch andernorts verändert sich der Zugang zu den Adressatinnen Sozialer Arbeit, wenn z.B. Schülerinnen mit Migrationshintergrund aus Aussiedler-familien sich mit dem Verweis auf die Anerkennung früher Mutterschaft von den Angeboten der Schulsozialarbeit zurückziehen und sich Mädchen mit Migrationshintergrund insgesamt über Doing-Ethnicity-Prozesse und der Gewissheit, nicht angesprochen zu sein, von der Programmatik der Elternpraktika abgrenzen (vgl. Spies, S. 253ff).

Was also auf den ersten Blick wie ein alltags- und lebensweltorientiertes, situiertes Lernsetting aussieht, entpuppt sich in der empirischen Analyse als Inszenierung der öffentlichen Blamage von herkunftsdeutschen, sozial- und bildungsbenachteiligten Mädchen, die vor Abschluss ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung Mutter werden (könnten). Die – in bester Absicht – mit dem Trainingsinstrument verbundene ‚Präventionsgewissheit‘ ist aber nicht ungebrochen, denn die Sorge um die Nachhaltigkeit der vermittelten Inhalte schwingt in mehreren Interviews mit. Entsprechende Zweifel werden allerdings von Hoffnungen auf Selbstläufigkeit überdeckt und programmkonform mit ‚Einstellungsveränderungsabfragen‘ oder auch über die Kontrolle von persönlichen Projektstagebüchern zu belegen versucht. Insofern offenbart sich uns hier insgesamt ein Lernsetting, das letztlich in vielerlei Hinsicht Sorgen macht und machen muss!

4. Schleichende Effekte

Zugunsten der Abschreckungsbotschaft werden über die aktive oder passive Projektpraxis die Überzeugungen der Mädchen bezüglich der zuvor von ihnen als sicher angenommenen pflegerischen Kompetenzen und ihrer moralischen Selbsteinschätzungen in Zweifel gezogen, während Themen mit direktem Bezug zu adoleszenten Entwicklungsaufgaben vernachlässigt werden. Die SchülerInnen möchten gerne zentrale Schlüsselthemen wie ihre komplexen Armutslebensbedingungen, Kompetenzklärungsfragen, Partnerschaftsthemen und Zukunftsverunsicherungen bearbeiten (vgl. ebd., S. 101ff.), finden diese Interessen aufgrund der Programmatik des technischen Gerätes aber nur als Argument gegen die Umsetzung von Kinderwünschen wieder. So wird z.B. Armut zwar rechnerisch belegt, aber nicht strukturell und praktisch (z.B. mit Blick auf die Kosten von Verhütungsmitteln) thematisiert.

Frühe Schwangerschaft wird dabei stets als die sozial unerwünschte, biografische Katastrophe angenommen, die sämtlichen Plänen und Wünschen ein jähes Ende setzt und gegenüber dem Kind nicht zu verantworten sei. Sie wird – jenseits einer bislang gültigen ‚Schicksalhaftigkeit‘ – nunmehr als Konsequenz sexueller Aktivität mit persönlichen Versagenetikettierungen in Vergangenheit (Verhütung), Gegenwart (Verweigerung der Orientierung an beruflich abgesicherter ‚Normalbiografie‘) und Zukunft (Vernachlässigung) kommuniziert. Als Maßnahme der frühen Elternbildung werden die scheinbar unangreifbaren Lernziele „Verantwortung“ und „Kinderschutz“ für Jugendliche zum Stolperstein ihrer ohnehin unsicheren Zukunftsgewissheit. Wenn z.B. die Simulation die Einsicht gebracht hat, im Falle einer Schwangerschaft auf die Hilfe der Eltern angewiesen zu sein, und sich der bis dahin erreichte Grad an Unabhängigkeit von den Eltern als trügerisch erweist, die im Aufbau befindlichen intimen Beziehungen ein ‚Damoklesschwert‘ der Ausgrenzung und moralischen Verurteilung bedingen und aus der Auseinandersetzung mit der eigenen körperlichen Entwicklung ein Bedrohungsszenario durch Fertilität wird – dann sind in solchen Momenten u.a. Entwicklungsaufgaben rund um die Ablösung vom Elternhaus beeinträchtigt, weil die Auseinandersetzung mit diesen Themen auf einer verdeckten, sekundären und vor allem ‚heimlich‘ und negativ demonstrierenden Ebene angesiedelt ist. Wenn zudem Kinderwünsche als Ausdruck des „Wissen(s), wer man ist und was man will“ (Bauer 2005, 34) als unerwünschte und unangemessene Orientierung entwertet, frühe Mutterschaft als Lebensstil verurteilt und die Entwicklung des eigenen Wertsystems behindert werden, wenn Normverletzung als konsequenzenreich und (fast unweigerlich) Dritte schädigendes Verhalten dargestellt wird, sind Beeinträchtigungen in Selbstorganisation und Wahrnehmung der persönlichen Fähigkeitsstruktur und die Konsequenzen der Simulationen diametral entgegen der beabsichtigten Wirkung zu erwarten. In erstaunlicher Übereinstimmung thematisieren die Schülerinnen in den Gruppen-diskussionen nach der

Simulationserfahrung Peinlichkeit und Versagen als kollektive Orientierungen dessen, was sie aus den Elternpraktika mitgenommen haben, während vor der Simulation Familienoptionen und vorhandene Kinderpflegekompetenzen die – positiv besetzten – kollektiven Bezugspunkte der Auseinandersetzung waren.

Die Themen Familiengründung und Elternschaft treffen also grundsätzlich durchaus auf Neugierde und Lernbereitschaft, denn Mädchen und auch Jungen sind motiviert, sich ebenso, wie mit ihren beruflichen Perspektiven, intensiv mit ihren privaten Lebensentwürfen, Optionen und Orientierungsfragen bezüglich ‚guter‘ Elternschaft auseinanderzusetzen. Die Simulatoren sind in ihrer ‚Ergebnisgeschlossenheit‘ ebenso wenig für die pädagogische Aufbereitung des Orientierungsbedarfs (vgl. Spies 2005) rund um das Thema Kinderwunsch im ‚Lebensplan‘ geeignet, wie Arrangements des Hauswirtschaftsunterrichts, in welchen – in familienbildnerischer Absicht – die längst überwunden geglaubten, traditionellen Geschlechtsrollen und Hierarchien fröhliche Urstände feiern und deren kritische Reflexion lediglich als selbstläufig erhofft wird:

I: (...) nachmittags 18 Uhr oder so, schieben wir dann ein, als der Vater nach Hause kommt, was passiert denn jetzt. Und da geht es dann meistens richtig in die Diskussion, weil dann viele Jungs sagen, ja, die haben den ganzen Tag gearbeitet und die sind müde und die Frau hat es noch nicht mal geschafft, das Essen zu machen, weil sie den ganzen Tag- was macht denn die den ganzen Tag und so, das sind immer heiße Diskussionen. Und die Mädchen dann sagen, weil sie dann auf einmal sehen, was sie den ganzen Tag gemacht haben mit Wickeln, (...) Die sind dann immer ja, ganz aufgeregt und sagen, ja, wie können den zum Beispiel die Männer sagen, müsst ihr mit zurecht kommen, ist doch dein Kind und ich hab den ganzen Tag schwer gearbeitet, und die Mädchen sagen dann, ja, und was haben wir gemacht. Also, da entstehen Diskussionen, wo ich denke, da wird auch so ne gewisse Rollenklischee dann näher beleuchtet, ne“ (I 17, §8, Hervorhebung A.S.).

Solche und ähnliche Doing-Gender-Effekte (vgl. Spies 2008, S. 244) führen (auch ohne szenische Betonung) parallel zur explizit postulierten Geschlechtsneutralität zur Rückkehr eines offen Geschlechtsrollen reproduzierenden Curriculums. Neben der schleichenden Reintegration der Säuglingspflege in die Lehrkontexte der öffentlichen Erziehung wird – unter dem Anliegen der (wiederum als Transfer zu erbringenden) Berufs-orientierung – sozial benachteiligten jungen Menschen die Vorbereitung auf den Beruf als unvereinbar mit Kinderwünschen vermittelt, ohne dass konkrete Hinweise zur Vereinbarkeit ebenfalls zum Gegenstand gemacht würden.

5. Fazit

Unzweifelhaft ist adoleszente Schwangerschaft ein „kritisches Lebensereignis“ (vgl. Filipp 1981). Eine Klassifizierung, die sowohl die Kompetenzen, aber auch den möglichen Unterstützungsbedarf berücksichtigt, denn das Konzept der kritischen Lebensereignisse schreibt jenen „nicht a priori eine potentiell pathogene Wirkung“ (ebd., S. 8) zu, sondern betrachtet sie als notwendige Voraussetzungen für „entwicklungsmäßigen Wandel“, die „potentiell zu persönlichem ‚Wachstum‘ beitragen“ (ebd.) können. Diese Möglichkeit wird mit dem Einsatz von Simulatoren nicht thematisiert, weil die Simulatorprojekte darauf angelegt sind, Stress und Leistungsdruck zu verursachen (vgl. Spies 2008, S. 137; 202), sich aber keineswegs dazu eignen, jungen Menschen bei der Bewältigung von Lebens- und Entwicklungsaufgaben hilfreich zur Seite zu stehen bzw. ihnen Sicherheit zu geben.

Mit dem Simulator und den mit ihm verbundenen ‚Abschreckungsstrategien‘ der willentlichen und wissentlichen Überforderung etabliert sich – ungeachtet der unterschiedlichen Handlungsrationitäten der beteiligten pädagogischen Disziplinen – sowohl innerschulisch als auch außerschulisch ein unzweifelhaft kontraproduktives Lernsetting, das, statt auf Stärkung, Ermutigung, Sicherheit und Zuversicht in eigene Kompetenzen zu setzen, zu Entmutigung, Verunsicherung, Angst und Selbstbildschwächung führen kann. Babysimulatoren und institutionell vertretene „Elternpraktika“ sind biografisch verunsichernde, riskante Komponenten einer fraglichen Sexualpädagogik, die den entwicklungsgemäßen Selbstvergewisserungs- und Suchbewegungen der AdressatInnen zuwiderlaufen und zu Kumulationen von Gegenwarts- und Zukunftsverunsicherungen führen. Sofern man die bisherige Simulationspraxis als Erprobungsphase betrachtet, innerhalb derer erstaunliche Effekte – wie z.B. jener der Überwindung institutioneller und disziplinärer Hürden zwischen Jugendhilfe und Schule angesichts eines gemeinsamen Interesses – erzielt werden konnten, wäre also nicht das Thema, wohl aber das Instrument zu verwerfen. Vielmehr wäre nun ein Szenario zu entwickeln, das frühe Schwangerschaft als Lebensentwurf entdramatisiert, die Auseinandersetzungsanliegen der Mädchen aufgreift und die hochemotionale Thementrias „Frühe Mutterschaft“ – „Kinderschutzanliegen“ – „Unabhängigkeit“ ressourcenorientiert und nach den Maßgaben des Empowermentkonzeptes zu bedienen sucht. Solche durchaus auch als Lernsettings zu konzipierenden Angebote (vgl. z.B. Spies 2008, S. 288ff.) wären an der Reflexion ihrer Angemessenheit, die Marginalisierungspraxen nicht verfestigt, und an einer fachlichen Selbstpositionierung, die Wahrnehmungsstrukturen und Sogwirkungen gründlich prüft, sowie an einer (nur bedingt erreichbaren) Sicherheit in der Gestaltung von Sorgekonzepten zu messen, die aber immer über die gängigen Alltagstheorien hinausgehen und tatsächlich die Zukunft ihrer Adressatinnen wie auch der eigenen Profession – mit all ihren Unabwägbarkeiten – im Blick haben müsste.

Literatur

- Bauer, Ullrich (2005): Das Präventionsdilemma. Potenziale schulischer Kompetenzförderung im Spiegel sozialer Polarisierung. Wiesbaden
- Dörr, Margret/Homfeldt, Hans Günther (2008): Ungeborenes Leben. In: Hanses, Andreas/Homfeldt, Hans Günther (Hg.): Lebensalter und Soziale Arbeit. Bd. 1 Einführung. Baltmannsweiler. S. 222-246
- Filipp, Sigrun-Heide (1981): Ein allgemeines Modell für die Analyse kritischer Lebensereignisse. In: dies. (Hrsg.): Kritische Lebensereignisse. München, Wien, Baltimore. S. 3 - 52
- Friese, Marianne (2008): Kompetenzentwicklung für junge Mütter. Förderansätze der beruflichen Bildung. Bielefeld
- Homfeldt, Hans-Günther/Sting, Stephan (2006): Soziale Arbeit und Gesundheit. Eine Einführung. München
- Lautmann, Rüdiger (2005): ‚Gibt es nichts Wichtigeres?‘. Sexualität, Ausschluss und Sozialarbeit. In: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank (Hrsg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Wiesbaden. S. 237 – 252
- May, Michael (2007): Jugendberufshilfe – oder der immer wieder neue Versuch, strukturellen und institutionellen Diskriminierungen pädagogisch zu begegnen. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik. 37. Jg., Heft 4/2007. S. 420 – 435
- Meiners, Karin (1982): Der besondere Weg, ein Weib zu werden. Über den Einfluß von Leitbildern auf die Entwicklung der höheren Mädchenbildung seit dem 17. Jahrhundert. Frankfurt/Bern
- Rosch-Inglehart, Marita (1988): Kritische Lebensereignisse – Eine sozialpsychologische Perspektive. Stuttgart.
- Spies, Anke (2009): Wunschkinder mit guten Müttern? – Der Babysimulator als Medium der Verunsicherung benachteiligter Mädchen In: Villa, Paula/Thiessen, Barbara (Hg): Mütter/Väter. Elternschaft zwischen medialen Inszenierungen und alltäglicher Praxis. Münster. S. 275-289
- Spies, Anke (Hrsg.) (2010): Frühe Mutterschaft – die Bandbreite der pädagogischen Perspektiven und Aufgaben angesichts einer ungewöhnlichen Lebenssituation. Reihe Soziale Arbeit Aktuell, Hohengehren, Schneider
- Spies, Anke (2005): Kinder statt Beruf? – Zukunftsoptionen benachteiligter Mädchen am Übergang von der Schule in den Beruf. In: Unsere Jugend, 57 Jg. Heft 12/2005, S. 522-532

Kindertagesbetreuung: Eine strategische Variable bei innerfamiliären und gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen

Susanne Gruber/Dieter Jaufmann

Abstracts

Die Situation und auch der Stellenwert von Kindertagesbetreuung haben sich in Deutschland in den letzten Jahren deutlich zum Positiven verändert. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Einstellungen der Bevölkerung zur außerfamiliären Betreuung von jüngeren Kindern, als auch bezogen auf die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt die real vorhandenen Möglichkeiten. Die empirische Basis des Beitrags bilden Daten aus großen Elternbefragungen zu den Themen aktueller und zukünftiger Bedarfe an Kindertagesbetreuung in verschiedenen bayerischen Landkreisen mit insgesamt fast 15.000 Fragebögen. Mit Hilfe einer Sekundär- bzw. Metaanalyse dieses umfangreichen und detaillierten Gesamtdatensatzes wird hier die Frage diskutiert, ob die derzeitigen Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung den Eltern (schon) die notwendigen Freiräume schaffen können, um sich nach ihren Vorstellungen beruflich und familiär zu engagieren. Denn als strategische Variable im innerfamiliären Diskussionsprozess um die Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ hat die reale Ausgestaltung der Familienpolitik in Form einer Zeit-Ressource zweifellos einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Geschlechterrollen, gerade auch in den Familien. Generell gilt, dass bestehenden ‚strukturellen Rücksichtslosigkeiten‘ im Bereich der Kindertagesbetreuung als einer zentralen strategischen Variablen im Rahmen von individuellen, familiären und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen mehr Beachtung geschenkt und letztlich überwunden werden müssen.

Day care: A strategic variable in the changing process of society and family

As well as its situation the significance of day care for children have clearly improved during the last years in Germany. This applies to the public's attitudes towards child care outside their families on the one hand, and to legal regulations on the other hand, and last but not least it applies to the existing facilities. This study is empirically based on data from comprehensive parent surveys on the topics of current and future need of child day care in different bavarian districts, totaling almost 15.000 questionnaires. By means of a secondary or meta analysis of this extensive and detailed data set we discuss the question whether the present facilities of child day care is sufficient to allow parents to lead their jobs and family life as they wish. The real

embodiment of family politics in the terms of a time resource is a strategic variable in the discussion process within families about the question „Who cares for the children?“ and doubtlessly has a great impact on the forming of gender roles, especially within families. In general the existing ‚structural inconsiderateness‘ regarding child day care needs more attention being a strategical variable in the context of individual, family and social change processes so that it can be overcome at last.

1. Rahmenbedingungen und Fragestellungen: Erkenntnisse aus Theorie, Praxis und Forschung

Wer bekommt in Deutschland Kinder, wann ist hierfür ein ‚guter‘ Zeitpunkt, und wer nimmt sich dann die Zeit für die Pflege und Erziehung dieser Kinder? Diese durchaus private Frage wird seit einigen Jahren auf vielen Ebenen diskutiert. In den konkreten lebensweltlichen Gestaltungen der individuellen Antworten spiegeln sich dabei sowohl Vorstellungen von Geschlechtsidentitäten, eigene Vorstellungen der Lebensplanung wie auch der beruflichen Ambitionen und gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten und Anforderungen wieder. Kindertagesbetreuung in ihren vielen Facetten hat dabei eine mehrfache Funktion: Sie kann zum Beispiel die Teilhabe von Kindern an Bildungsprozessen fördern, die sozialen Fähigkeiten von Kindern erweitern, aber auch die ‚traditionelle‘ Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern auflockern. Damit hat sie sowohl auf gesamtgesellschaftliche Veränderungsprozesse wie auch auf innerfamiliäre Realitäten große Auswirkungen.

Die Landschaft der Kindertagesbetreuung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Obwohl sie damit – gerade auch im internationalen Vergleich (vgl. z.B. UNICEF 2008; o.V. 2008; Dressel/ Cornelißen/ Wolf 2005, S. 339f.) – noch nicht als befriedigend zu bewerten ist, kann und soll gleich zu Beginn dieses Beitrages der sehr positive Trend der letzten Jahre honoriert werden.

Von einem Trend in Deutschland kann deswegen gesprochen werden, weil in – mindestens – drei gesellschaftlichen Bereichen Veränderungen zu konstatieren sind: erstens den Einstellungen der Bevölkerung zur Betreuung von (jüngeren) Kindern, zweitens den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und drittens den real vorhandenen Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Diese Voraussetzungen und Veränderungen werden wir in unserem Beitrag zunächst genauer erläutern, da sie die Basis zur Verortung der im Folgenden präsentierten empirischen Ergebnisse bilden.

In empirischer Sicht können auf der Grundlage eines in seiner Detailliertheit einmaligen Datensatzes Einblicke in die tatsächlichen Gegebenheiten und

die Bedürfnisse der Eltern gegeben werden. Es handelt sich dabei um eine Zusammenführung von schriftlichen Elternbefragungen in verschiedenen bayerischen Landkreisen, in denen jeweils der aktuelle und künftige Bedarf an Kinderbetreuung thematisiert wird. Vor dem Hintergrund der Aufgabenverteilung zwischen den Elternteilen kann mittels einer Sekundäranalyse die Frage diskutiert werden, welche Rolle die Kindertagesbetreuung als eine – entscheidende – strategische Variable innerfamiliärer Aushandlungsprozesse spielen könnte. Kurz gesagt, ist hier die Frage zu diskutieren, ob die derzeitigen Möglichkeiten der Kindertagesbetreuung den Eltern die notwendigen Freiräume schaffen können, um sich nach ihren Vorstellungen beruflich und familiär zu engagieren. Als strategische Variable im innerfamiliären Diskussionsprozess um die Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ hat die reale Ausgestaltung der Familienpolitik in Form einer Zeit-Ressource einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Geschlechterrollen, gerade auch in den Familien.

Naturgemäß können im Rahmen dieses Beitrags aus der laufenden Forschung nur einige exemplarische, aber eben typische Ergebnisse präsentiert werden.

1.1. Veränderungen der Einstellungen zur Balance der Bereiche Familie und Arbeitswelt

Vielfach wird der Übergang in einer Paarbeziehung zur Elternschaft als ein ‚kritisches‘ Lebensereignis gesehen. Aber – und das ist wichtig und stets mitzudenken – es findet dieser Übergang in zunehmendem Maße nicht mehr oder weniger zufällig, sondern sehr geplant statt. Dies schlägt sich natürlich auch in den Einstellungen der Bevölkerung zu Familie, Arbeitswelt und Kindertagesbetreuung nieder, wie die folgenden exemplarischen Ergebnisse aus bundesweiten Repräsentativ-Befragungen klar aufzeigen.

- Auf die Frage, welches Modell der Arbeitsteilung in der Familie man für das beste halte, antwortete im Frühjahr 2007 ein repräsentativer Bevölkerungs-Querschnitt: Immerhin 58% entschieden sich für die Kategorie ‚Männer und Frauen teilen sich gleichberechtigt Erwerbsarbeit, Kindererziehung und Haushalt‘, 29% votierten für ein Teilzeitarbeitsmodell für die Frauen mit Schwerpunktbezug auf der Familie und nur jede/r Zehnte wählte das ‚klassische‘ Modell mit dem Mann als einzigem Ernährer der Familie und der Frau zuhause (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 58).
- Die BRIGITTE-Studie 2008 (Basis: repräsentative Befragung von Frauen im Alter von 17 bis 19 und von 27 bis 29 Jahren) zeigte, dass hingegen nur 47% der Frauen angaben, Beruf und Kinder lassen sich leicht vereinbaren; für ‚voll und ganz vereinbar‘ entschieden sich lediglich 5% (vgl. Allmendinger 2008, S. 33f.). Bei einer Folgebefragung der gleichen

Personen im Mai 2009 geben über die Hälfte der Frauen an, ihre Arbeit ließe sich mit Kindern nicht oder nur schwer vereinbaren (vgl. Allmendinger 2009, S.51).

- Im Jahr 2007 bejahten 87% die Frage ‚Sollte der Staat das Angebot an Kindertagesstätten ausbauen, auch wenn dies einen hohen finanziellen Aufwand bedeutet?‘. Verneint wurde sie von nur 9%. Die vergleichbaren Ergebnisse auf diese Frage lauteten im Jahr 2004 noch wie folgt: 78% zu 16%. Insgesamt gesehen also eine doch deutliche Zunahme der Zustimmung auf bereits hohem Niveau (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 64).
- Stärker polarisierend wirkte die Frage danach, ob man persönlich glaube, dass der Besuch von Krippen für Kinder unter drei Jahren diesen schade oder ob sie davon profitieren würden. Die Mehrheit von 60% entschied sich zwar für ‚profitieren‘, aber immerhin auch 31% meinten, es schade ihnen (vgl. Dürr/ Supp/ Voigt 2007, S. 68). Die Befragung der jungen Frauen in der BRIGITTE-Studie ergab hingegen keine Ablehnung von Kitas und Horten (vgl. Allmendinger 2008, S. 39). Und auch die Befürchtung der Bezeichnung als ‚Rabenmutter‘ für berufstätige Frauen, die ihre Kinder im Alter von zwei Jahren in eine Krippe geben, ist inzwischen obsolet. 88% der bundesdeutschen Bevölkerung halten diesen Begriff nicht für angebracht und lehnen ihn ab; bei den Frauen sind es sogar 90%. Nur jede/r Zwanzigste findet die Bezeichnung als passend (vgl. Vorwerk 2007, S. 28).

Die skizzierten Einstellungen können als Wünsche oder Antizipationen gewertet werden. Inwieweit sie realisiert werden können, ist abhängig von verschiedenen Rahmenbedingungen: der tatsächlichen Verfügbarkeit adäquater Kinderbetreuungsplätze, der tatsächlichen innerfamiliären Aushandlungsprozesse, die – unter anderem – auf Rollenerwartungen zurückzuführen sind, aber natürlich auch der strukturellen Möglichkeiten. So ist ein Teil der Mütter, die mit einem hohen Ausbildungsniveau lange Familienphasen einlegen, nicht aus Überzeugung zu Hause, sondern in Ermangelung eines adäquaten Arbeitsplatzes (Pany 2009).

1.2. Veränderungen gesetzlicher Grundlagen

Mit der Veränderung der Einstellungen einher gehend – bzw. sich vermutlich auch gegenseitig bedingend –, haben in den letzten Jahren auf Bundes- wie auch auf Landesebene deutliche gesetzliche Veränderungen im Hinblick auf die Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige Raum gegriffen. Neben dem Bayerischen Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz (BayKiBiG) und dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), beide aus dem Jahre 2005, ist nunmehr zum 01.01.2009 das sogenannte Kinderförderungsgesetz (KiföG) in Kraft getreten. Es ist der (vorläufig) letzte (Bundes-)Baustein zum Ausbau der Betreu-

ung für Kinder unter drei Jahren und bedeutet eine weitere und tiefgreifende Änderung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes/ SGB VIII. Übergeordnete Zielsetzung aller drei Gesetzgebungen ist die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Chancengleichheit für Kinder von Anfang an, und damit auch die Anschlussfähigkeit Deutschlands an internationale Standards (vgl. UNICEF 2008). Insbesondere die folgenden Regelungen oder ‚Meilensteine‘ des KiföG sind für unsere weiteren Überlegungen hier von zentraler Bedeutung:

- In der ersten Phase bis Ende Juli 2013 werden erweiterte und objektiv rechtliche Verpflichtungen für die Schaffung und Bereitstellung von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige eingeführt. Einen gesicherten Platz sollen nicht nur bereits Erwerbstätige bekommen, sondern auch schon diejenigen, die Arbeit suchen, was insbesondere die Hürden für Alleinerziehende, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, deutlich absenken wird.
- Nach dem Abschluss der Ausbauphase ist ab dem 01. August 2013 dann die Einführung eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder -pflege für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vorgesehen. Dazu soll bis dahin ein bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot für 35% der Kinder unter drei Jahren aufgebaut werden. Dies bedeutet letztlich eine Verdreifachung des heutigen Krippen- bzw. Betreuungsangebots auf dann 750.000 Plätze bundesweit.
- Um die Vielfalt und Flexibilität des Angebots zu forcieren, sollen ca. 30% der neuen Plätze im Bereich der Kindertagespflege als Tagesmütter/ Tagesväter geschaffen werden. Dazu werden klare Standards festgelegt.
- Bereits im August 2007 hatten sich Bund und Länder auf die Finanzierung des KiföG geeinigt. Der Bund unterstützt den Ausbau bis 2013 mit insgesamt vier Milliarden Euro, bei Gesamtkosten von insgesamt zwölf Milliarden Euro für Neubau-, Ausbau- oder Umbau- sowie Sanierungs- und Renovierungsmaßnahmen. Der Bund hat ein Sondervermögen von 2,15 Milliarden Euro für die Bundesbeteiligung an diesen Kosten aufgrund des Kinderbetreuungsfinanzierungsgesetzes von 2007 zur Verfügung gestellt. Der Rest von 1,85 Milliarden Euro wird durch eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung zu Gunsten der Länder erbracht. Einige Länder haben schon in 2008 Bundesmittel erhalten und schaffen bereits zusätzliche Plätze für unter Dreijährige. Vorreiter sind hier Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg und Bremen.

1.3. Entwicklung der Betreuungsplätze für Kinder

„Das in Barcelona unter den EU-Staaten vereinbarte Ziel, dass die Mitgliedstaaten 2010 für mindestens 33 Prozent der Kinder unter 3 Jahren und für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten, wird nur im Osten Deutschlands, im Westen aber bei weitem nicht erreicht. Im Westen kann das Angebot an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen nicht einmal den Bedarf erwerbstätiger Mütter mit betreuungsbedürftigen Kindern abdecken. Noch weniger bietet es Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von Müttern, die gerne erwerbstätig wären, wenn sie ihre Kinder hinreichend betreuen lassen könnten“ (Dressel/ Cornelißen/ Wolf 2005, S. 340).

So der Stand Anfang 2005, wobei erschwerend häufig noch das Problem tageszeitlich unterschiedlicher Prioritäten und Verfügbarkeiten zwischen den Anbietern und den Nachfragern hinzu kam und immer noch kommt.

Die Frage ist nun, hat sich seither etwas verändert, und wenn ja, was und wie ist die Entwicklung vorangeschritten? Von besonderem Interesse für unsere Fragestellung ist hierbei natürlich die Entwicklung für die Betreuung der unter Dreijährigen in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege.

In den westlichen Bundesländern (ohne Berlin) lag die entsprechende Quote im Jahr 2006 (Stand 15.03.) bei 8,0%, stieg auf 9,9% im folgenden Jahr und erreichte 2008 12,2% (vgl. dazu und im Folgenden Deutscher Bundestag 2008, S. 3ff. und 2009, S. 3ff.). Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern waren dabei jeweils relativ groß. Die Quoten für Bayern lagen stets etwas über dem Durchschnittswert des Westens. Deutlich wird also eine kontinuierliche – wenngleich absolut gesehen langsame – Aufwärtsentwicklung bei der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf immer noch niedrigem Niveau.

Ganz anders stellt sich die Situation in den östlichen Bundesländern dar. Hier war das Ausgangsniveau im Jahr 2006 mit 39,7% bereits fast fünfmal so hoch. 2007 erfolgte dann ein weiterer, allerdings nur leichter Anstieg auf 41,0%, was immer noch dem mehr als vierfachen Wert als im Westen entsprach. 2008 wurden dann nach einer weiteren Zunahme 42,4% erreicht. Die Ergebnisse für die Bundeshauptstadt Berlin fallen stets ähnlich aus. Dem stehen letztlich 12,2% im Westen und 13,2% im Freistaat Bayern gegenüber.

Eine bundeslandspezifische Analyse der Betreuungssituation durch die Bertelsmann- Stiftung untermauert, neben diesem unterschiedlichen Platzangebot in den einzelnen Bundesländern, auch einen differierenden Qualitätsunterschied (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2009b).

Einen darüber hinaus gehenden weiteren Unterschied in der Versorgungslage mit Kinderbetreuungsplätzen ergab eine im Sommer 2008 durchgeführte repräsentative Stichprobenerhebung bei 180 Jugendämtern. Dabei zeigten sich auch innerhalb von Regionen und Bundesländern starke Unterschiede in

der Platz-Kind-Relation zwischen kreisfreien Städten (höhere Werte) und Landkreisen (niedrigere Werte), was im Übrigen sowohl für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen als auch für die Tagespflege galt (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2008, S. 15f.). Allerdings ist die Ausbaudynamik in den Landkreisen im Vergleich über die Jahre hinweg höher.

2. Zwischenfazit zu den Debatten

Die Geschlechter- und Familienrollen im Kontext der aktuellen Gesellschaftsordnung verschieben sich. Die innerfamiliäre Aufgabenteilung hinsichtlich der materiellen Sicherung, wie auch der Aufgabenbereiche der Sorge und der Edukation, wird zum Konkretisierungspunkt individueller Aushandlungsprozesse, innerhalb derer sich die Konstruktion der eigenen Geschlechtsidentität wie auch der Geschlechtsidentität des Partners manifestiert.

Vorhandene strukturelle Rahmenbedingungen vor Ort stellen eine der Grundlagen dieser Aushandlungsprozesse dar. Im edukativen Bereich manifestieren sie sich insbesondere in öffentlich zugänglichen, privat oder institutionell organisierten Formen der Kinderbetreuung. Qualität (konkret umgesetzt in Konzeptionen, räumlicher und personeller Ausstattung, aber auch in Öffnungszeiten) und Quantität (in Form buchbarer Plätze) dieser kommunalen Strukturen beeinflussen die innerfamiliären Aushandlungsprozesse, indem sie z.B. auf den Zeitpunkt des Wiedereinstiegs von Frauen ins Berufsleben nach der Geburt eines Kindes beschleunigend oder aber retardierend wirken können. Hierbei gilt es verschiedene Aspekte in den Blick zu nehmen: Zentral ist die Existenz verschiedener Angebote. Ebenso wichtig erscheint jedoch auch die Kompatibilität der Öffnungszeiten der Einrichtungen zu den Arbeitszeiten, die Wartezeiten vor dem Eintritt in die jeweilige Einrichtung wie auch der Zeitpunkt, zu dem den Eltern ein Platz zugesichert werden kann. Diese – für die Eltern nur schwer oder mittelbar – beeinflussbaren Rahmenbedingungen stecken für die Organisation und Koordination des familiären Alltags, der familiären – gerade auch erwerbswirtschaftlichen – Perspektiven und damit für die partnerschaftlichen Auseinandersetzungen als feststehende Größen den Rahmen der Möglichkeiten ab.

Das am 01. August 2005 in Kraft getretene Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) setzte in Bayern in mehrerlei Hinsicht neue Maßstäbe. Damit ging insbesondere eine Abkehr von der gruppenbezogenen Förderung hin zur kindbezogenen Förderung, die Festschreibung von Bildungszielen und Bildungsinhalten im Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplan, aber auch die Konzentration von Planungs- und Finanzierungsaufgaben auf kommunaler Ebene einher. Die bisherige Aufgabe der Planungsver-

antwortung nach § 79 SGB VIII wird also für den Bereich der Kindertagesbetreuung nunmehr direkt den Kommunen übertragen. Diese müssen dafür sorgen, dass – unter expliziter Beteiligung der betroffenen Eltern – die künftig benötigten Einrichtungen und Plätze auf der örtlichen Ebene rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

Zur Umsetzung dieser Planung notwendig ist die frühzeitige und ergebnisoffene Beteiligung der betroffenen Eltern, die diesen die Möglichkeit gibt, ihre Bedürfnisse an Kindertagesbetreuung zu artikulieren. Dies kann u.a. durch direkte Befragungen geschehen. Viele Kommunen und Landkreise bedienen sich hierzu der Unterstützung des sozialwissenschaftlichen Instituts SAGS (vgl. z.B. Landkreis Freising 2006; Landkreis Kelheim 2008). Über einen längeren Zeitraum hinweg konnte dadurch ein in seiner Differenziertheit einzigartiger Datensatz generiert werden, der nicht nur Auskunft gibt über die Betreuungswünsche der Eltern, sondern indirekt ebenso auch über aktuelle Geschlechterarrangements. Einige Ergebnisse einer übergreifenden Auswertung dieses Datensatzes sollen im Folgenden präsentiert werden. Der Fokus aller Auswertungen liegt dabei auf den aktuellen und den gewünschten Rollenverteilungen innerhalb der Familie, sowie auf den benötigten strukturellen Rahmenbedingungen, die die innerfamiliäre Frage „Wer sorgt für die Kinder?“ am besten und sinnvollsten unterstützen können.

3. Methodische Perspektiven

Für den vorliegenden Beitrag wurden aus neun verschiedenen bayerischen Landkreisen die Daten zur Erhebung des Betreuungsbedarfes für Kinder unter drei Jahren zusammen geführt und einer neuen, übergreifenden Auswertung unterzogen. Es handelt sich also um eine Sekundäranalyse (Metaauswertung) vorliegender, für einzelne Auftraggeber generierter Erhebungen von Betreuungsbedarfen.

Die Auswertung erfolgt auf zwei verschiedene Aspekte hin: Zum einen kann der aktuelle Status-Quo der familiären Arbeitsteilung im Hinblick auf materielle (Grund-)Sicherheit und Übernahme der edukativen Aufgaben empirisch fundiert dargestellt werden. Dem gegenüber kann perspektivisch das Wunschscenario der Eltern nachgezeichnet werden. Im Vordergrund steht dabei insbesondere die Frage, welche Betreuungsmöglichkeiten aus der Sicht der Eltern in welcher Familienphase als förderlich für die individuelle Konkretisierung der Work-Life-Balance wie auch der Konkretisierung der eigenen Geschlechtsidentität gewünscht und erwartet werden. Die Datensätze ermöglichen es also festzustellen, welche gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen – konkret hier Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder

– notwendig sind, um individuelle Aushandlungsprozesse zu ermöglichen. Die Spezialisierung auf die Kinder unter drei Jahren erlaubt es dabei, die Geschlechterarrangements im Übergang von der Partnerschaft zur Familie genauer zu betrachten.

Die Auswertung der Daten erfolgte – neben der Landkreisebene – auch auf der Ebene sogenannter Gemeindegrößenklassen (Cluster). Es handelt sich hierbei um jeweils landkreisintern festgelegte Zuordnungen aller Gemeinden zu eher ländlich strukturierten, kleineren Gebietseinheiten bzw. zu eher städtisch orientierten, großen Gemeinden. Diese Ebene der Gemeindegrößenklassen ist zugleich eine valide Basis, die Daten aus den verschiedenen Landkreisen miteinander zu vergleichen. Natürlich kann im Folgenden in der Kürze des Beitrags hierzu lediglich ein kurzer Überblick gegeben werden. Einschränkung muss auch angemerkt werden, dass die Befragungen natürlich auf die jeweilige Situation der Auftraggeber, also der einzelnen Landkreise zugeschnitten waren, und somit nicht bei jeder Frage die Daten aller Landkreise einbezogen werden können.

4. Familienarrangements und Bedürfnis nach Betreuung in Familien mit Kindern unter drei Jahren

Insgesamt konnte bei 14.742 Fragebögen eine Metaauswertung durchgeführt werden. Bei Landkreisen, die lediglich eine Stichprobe der Eltern befragt haben, wurden die Zahlen über Gewichtungsfaktoren im Nachhinein auf die jeweilige Gesamtgruppe der Eltern von unter Dreijährigen ‚hochgerechnet‘. Die Basis aller Prozentangaben, die im Folgenden ausgeführt werden, stellt die jeweilige potenzielle Anzahl der Antwortenden und nicht die Grundgesamtheit dar. Der Unterschied resultiert dabei aus der oben beschriebenen unterschiedlichen Gestaltung der zugrunde liegenden Einzelerhebungen.

4.1. Zur Struktur der Befragten und den Ergebnissen

In einer ersten Näherung stellt sich die Frage, mit wem man es zu tun hat, wenn Familien gefragt werden, welche Betreuungsmöglichkeiten künftig vorgehalten werden sollen. Sofern diese Frage gestellt wurde, waren es deutlich über 80% Frauen, die die Fragebögen bearbeitet haben, weitere knapp 5% der Fragebögen wurden von Müttern und Vätern gemeinsam ausgefüllt. Allein von Vätern wurden gut 10% der Fragebögen bearbeitet.

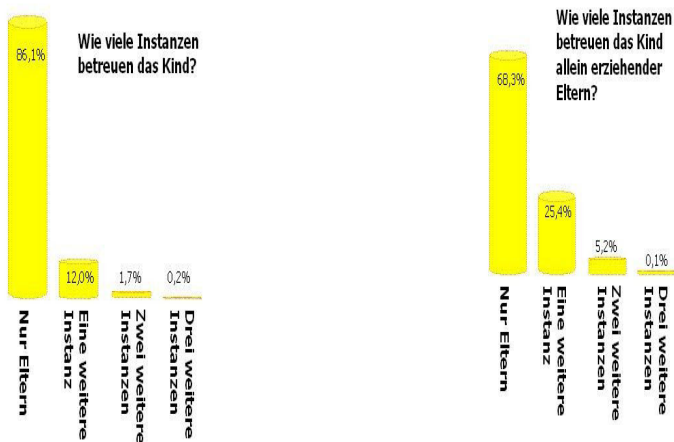
Bei insgesamt 38% der Familien handelte es sich bei dem Kind, das im

Mittelpunkt der Befragung steht, um das erste Kind. Diese Zahl differiert über die Landkreise hinweg sehr deutlich zwischen 31% und 44%. Dieses Gefälle findet sich landkreisspezifisch auch in den Gemeindegrößenklassen wieder, während über alle Landkreise hinweg kaum mehr eine Differenzierung im Anteil der Einzelkinder nach Gemeindegrößenklassen in den Blick gerät. Der Anteil der Erstgeborenen bzw. der Einzelkinder schwankt also weniger stark nach der Größe der Wohngemeinde (ländlich vs. städtisch) als nach der Wohnregion, also dem Landkreis der Eltern. Praktisch heißt dies, dass in kinderreicheren Landkreisen die Anteile der Erstgeborenen oder Einzelkinder auch in städtisch strukturierten Wohngebieten deutlich niedriger liegen. Dies kann als ein deutlicher Hinweis darauf gewertet werden, dass die strukturellen Bedingungen, die in Wohnregionen mit gleicher politischer Administration ähnlich sind, sehr deutliche Auswirkungen auf die Familiensituation und die Familienplanung haben.

In einer speziellen Lage hinsichtlich der individuellen Geschlechter- und Familienrollen sind Haushalte mit einem allein erziehenden Elternteil. Insgesamt knapp 6% der befragten Eltern sorgen als allein erziehender Elternteil für ihr/e Kind/er. Auch dieser Anteil variiert sehr stark zwischen knapp 4% und gut 10% - je nach Landkreis und Gemeindegrößenklasse. Dabei steigt im Allgemeinen der Anteil der allein erziehenden Elternteile mit der Größe der Wohngemeinde an, wobei die Differenz zwischen den einzelnen Werten sehr unterschiedlich ausfällt. In den Haushalten leben also zumeist (in 90% der Fälle) zwei Erwachsene, in 5,5% der Fälle sind es drei oder mehr Erwachsene.

Für die weitere Analyse steht die aktuelle Situation im Hinblick auf materielle (Grund-)Sicherung wie auch bezogen auf die Übernahme erzieherischer Aufgaben im Vordergrund. Die Frage, von wem die Kinder aktuell betreut werden, wurde leider nur von wenigen Landkreisen gestellt. Die Auswertung zeigt hier, dass – natürlich neben der eigenen Betreuungsleistung – die meisten Eltern zusätzlich durch Großeltern oder Verwandte unterstützt werden. Die älteren Kinder werden zudem häufig bereits in Kindergärten betreut. In Krippen werden hingegen nur wenige Kinder betreut; in städtisch geprägten Gegenden sind dies mehr, in ländlich geprägten Gegenden eher weniger Kinder. Dies spiegelt sich auch in bundesweiten Ergebnissen wieder, wie z.B. der DJI-Kinderbetreuungsstudie (vgl. Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006). Insgesamt greifen mehr als 10% der Eltern auf mindestens eine Unterstützung zur Betreuung ihrer Kinder zurück – seien dies nun die Großeltern, Tageseltern, eine Krippe oder der Kindergarten. Der Anteil fällt bei allein erziehenden Elternteilen deutlich höher aus. Hier benötigen mehr als 5% sogar zwei weitere Instanzen, um ihren Alltag gut zu organisieren. Auf diese Art und Weise werden Betreuungskonstellationen geschaffen, die für Kinder – und Eltern – sehr aufwändig sind und damit auch störanfällig. Dabei sind es

vor allem allein erziehende Elternteile, die auf eine größere Anzahl von ‚Einzelsäulen‘ zurückgreifen müssen.



4.2. Künftige Bedarfe an Kindertagesbetreuung

Die wichtigste Planungsgröße für die Kommunen stellt der künftige Bedarf der Eltern dar. In diesem Bedarf konkretisiert sich aber auch die Vorstellung der Eltern, wer für die Kinder sorgen sollte: Wird die Betreuung von einem Elternteil allein übernommen, oder auf öffentliche Ressourcen zurück gegriffen, die damit den beruflichen Wiedereinstieg des zuvor betreuenden Elternteils ermöglichen?

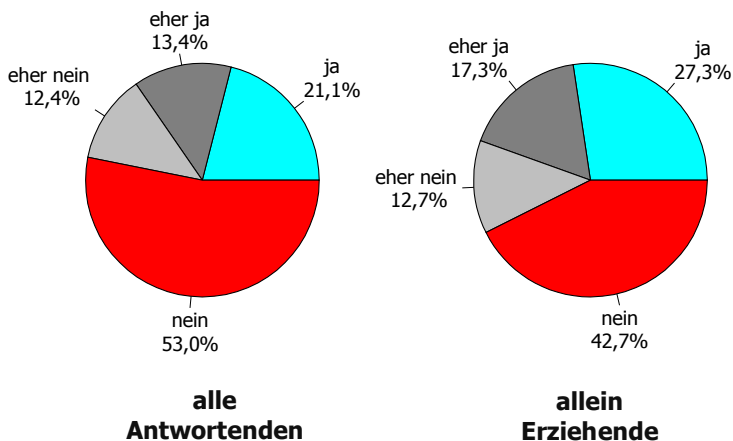
Dabei geht es in den Erhebungen um einen zeitnahen Betreuungsbedarf, also bevor das entsprechende Kind drei Jahre alt wird oder in den Kindergarten geht. Gerade diese Zeitspanne ist für die individuellen Aushandlungsprozesse und Aufgabenverteilungen von besonderem Interesse. Stehen keine öffentlichen Institutionen zur Verfügung, so übernehmen die Mütter einen großen Teil der Kinderbetreuung, auch wenn sie berufstätig sind. Dies kann für die Mütter zu großen Belastungssituationen mit entsprechenden gesundheitlichen Einbußen führen. Andererseits schließt dieser Mangel an Betreuungseinrichtungen Mütter mit geringen Einkommenschancen systematisch

von der potenziellen Erwerbstätigkeit aus (vgl. Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006).

Etwas mehr als jede fünfte in unseren Erhebungen befragte Familie signalisiert einen zeitnahen Betreuungsbedarf, weitere gut 13% sind noch nicht gänzlich entschieden, gehen aber in der Tendenz von einem Betreuungsbedarf aus. Damit sind rund ein Drittel aller Familien wahrscheinlich oder sicher zukünftig auf ein Betreuungsangebot angewiesen, um ihre beruflichen Verpflichtungen und familiären Aufgaben zu koordinieren bzw. ihnen nachkommen zu können. Dies entspricht in etwa auch der durch den gesetzlich initiierten Ausbau angestrebten Betreuungsquote von 35%.

Differenziert man diese Frage nach den Familienformen der Eltern, so liegt der Betreuungsbedarf bei allein erziehenden Elternteilen deutlich höher als bei Nichtalleinerziehenden – gut 27% der allein erziehenden Elternteile haben sicher einen Bedarf an Betreuung für ihr Kind und weitere 17% tendenziell. Beide Anteile fallen in städtisch geprägten Wohngebieten höher aus.

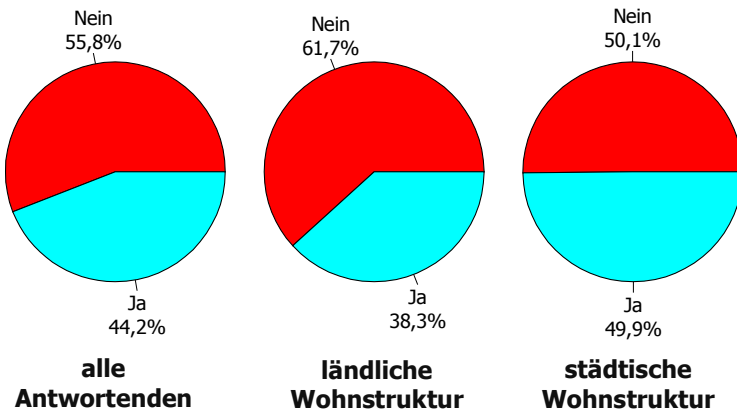
Betreuungsbedarf VOR dem Kindergarten



4.3. Zur Frage der Balance der Lebensbereiche

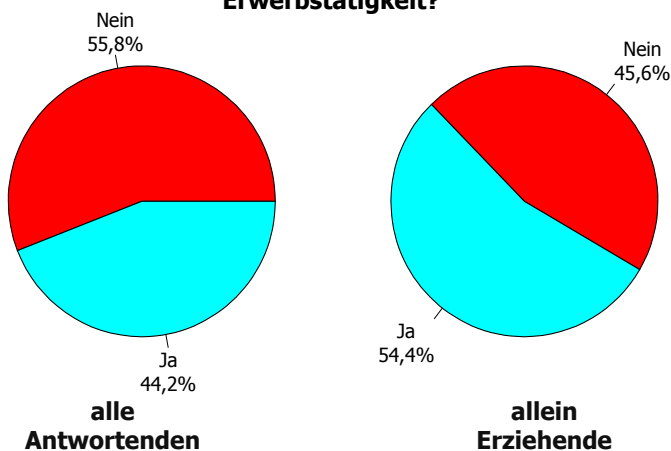
Um die Frage der Balance der Lebensbereiche Arbeit und Familie in ihrer tatsächlichen und in ihrer gewünschten Form zu klären, können neben dem Wunsch nach Betreuungsmöglichkeiten weitere Anhaltspunkte angeführt werden. Dazu gehört die Frage, ob die Betreuungsangebote, die zur Verfügung stehen, die angestrebte Erwerbstätigkeit beider Eltern ermöglichen. Hierbei wurden nur die Antworten der Eltern einbezogen, die einen konkreten oder wahrscheinlichen Betreuungsbedarf artikuliert haben. Es handelt sich hier also um die Frage, ob die Eltern ihren beruflichen Verpflichtungen und Wünschen mit den ihnen zur Verfügung stehenden Angeboten nachkommen können, oder ob es im Hinblick auf Betreuungsformen, Dauer der Betreuung, Eintrittszeitpunkt des Kindes oder Flexibilität der Angebote etc. einen Veränderungsbedarf gibt. Das Ergebnis zeigt deutlichen Handlungsbedarf: Insgesamt deutlich mehr als die Hälfte der Eltern können ihrer Erwerbstätigkeit nicht im gewünschten Umfang nachkommen. Geht man davon aus, dass die Betreuungsleistung in den ersten Lebensjahren des Kindes hauptsächlich von den Müttern erbracht werden, so wirken sich mangelhafte Betreuungsstrukturen faktisch vor allem auf Mütter aus.

Ermöglichen die Betreuungsangebote die gewünschte Erwerbstätigkeit?



Die Auswertung nach der Familienform der Eltern zeigt hier einen sehr interessanten Zusammenhang: Alleinerziehende – vor allem aus städtischen Gebieten – geben deutlich häufiger an, dass die Betreuungsangebote ihnen die Erwerbstätigkeit im gewünschten Umfang ermöglichen, was das TAG ja auch fordert. Dies ist vermutlich auch darauf zurück zu führen, dass allein erziehende Elternteile von Einrichtungen im Allgemeinen bevorzugt Plätze erhalten, also wahrscheinlicher auf öffentlich organisierte Betreuung zurückgreifen können, während Familien mit zwei Elternteilen eventuell keinen Betreuungsplatz bekommen und damit mindestens ein Elternteil seinen beruflichen Verpflichtungen oder seiner gewünschten beruflichen Tätigkeit nicht (mehr) nachgehen kann. Die Kindertagesbetreuung übt hier also einen sehr starken Einfluss auf die tatsächliche Aufgabenverteilung innerhalb einer Familie aus.

Ermöglichen die Betreuungsangebote die gewünschte Erwerbstätigkeit?



Mehr als ein Viertel der Befragten wünscht sich insofern eine (zusätzliche) Betreuung der Kinder, um im gewünschten Umfang ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können. Diese Zahl ist für alle Gemeindegrößenklassen konstant. Ein enger Zusammenhang zwischen dem Wunsch nach Erwerbstätigkeit in der Familie und der Struktur der Wohngemeinde ist damit nicht absehbar.

5. Fazit und Ausblick

Als eine wesentliche – wenn auch eher überraschende – Erkenntnis der Datenauswertung ist Folgendes fest zu halten: Die günstigste strategische Variable zur individuellen Festlegung innerfamiliärer Geschlechterarrangements bei Eltern jüngerer Kinder bzw. die meisten Optionen haben allein erziehende Elternteile in städtisch geprägten Wohnregionen. Hier ist das Angebot am breitesten gefächert und dieser Personenkreis wird zusätzlich durch die Festsetzungen des TAG prioritär behandelt. Ob oder inwieweit allein erziehende Elternteile innerfamiliäre Geschlechterarrangements aushandeln können, ist – an anderer Stelle – zu diskutieren. In ländlichen Wohnregionen, sowie für nicht allein erziehende Eltern, sieht die Situation der Befragten deutlich anders/ schlechter aus. Es ist davon auszugehen, dass ein defizitär ausgebautes Kinderbetreuungssystem vor allem die Mütter durch einen erschwerten (Wieder-)Einstieg benachteiligt. Durch diese Rahmenbedingung werden konservative Geschlechter- und Berufsrollenbilder weiter verfestigt und individuelle Aushandlungsprozesse zumindest erschwert.

Diesen Befunden konträr gegenüber steht der Wunsch der meisten Frauen, nach der Geburt bald wieder zu arbeiten. Um diesen Wunsch zu ermöglichen, und damit nicht nur der Umsetzung individueller Lebensentwürfe zu entsprechen, sondern volkswirtschaftliche Ressourcen sinnvoll einzusetzen, sind – natürlich neben den Betrieben selbst – insbesondere in zwei Bereichen Veränderungen erforderlich: Essentiell notwendig und zentral aus der Sicht der Frauen ist das Vorhandensein ausreichender, sinnvoller und entlastender Betreuungskonstellationen (vgl. BMFSFJ 2009, S. 36f.). Ein bedarfsgerechter Ausbau würde hier in den alten Bundesländern eine Verdoppelung bzw. zum Teil eine Verdreifachung des aktuellen Platzangebotes für die unter 3-Jährigen bis zum Jahr 2020 bedeuten (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2009, S. 17).

Eine deutliche Veränderung ist zudem zu erwarten von einer langsam aufscheinenden schicht- und generationenspezifischen Verhaltensänderung von Männern. Eine Entlastung der Frauen, die in hohem Maße die Doppelbelastung der Vereinbarkeit von familiären und beruflichen Verpflichtungen tragen, dient dabei zweifelsohne auch als ‚Kitt der Beziehung‘. Die Feststellung „Frauen können um so höher springen, je mehr Männer sich ihrerseits bewegen. Dies betrifft hauptsächlich deren Engagement in der Familie.“ (Allmendinger 2008, S. 102) ist sicherlich richtig und findet – zumindest verbal – breite Zustimmung. Offen muss allerdings bleiben, ob und inwieweit die Einen sich in der Realität bewegen und die Anderen ‚springen‘ werden.

Die aktuellen Tendenzen bei den Männern sind hier durchaus ambivalent zu beurteilen. Viele, auch die sogenannten ‚modernen Männer‘, fürchten (wohl vielfach nicht gänzlich zu Unrecht) einen Karrierestopp bei stärkerem

Engagement (vgl. z.B. Volz/ Zulehner 2009, S. 84ff.). Ihr Anteil hat in den letzten zehn Jahren von 17% auf 19% leicht zugenommen. Auch die sogenannten ‚Suchenden‘ (also Männer, die ihren Platz zwischen hohem Engagement im Beruf und in der Familie noch finden wollen) stiegen in diesem Zeitraum leicht um ein Prozent auf nunmehr 30% an (vgl. ebda., S. 35ff.). Zusammen also rund die Hälfte der Männer, die veränderungswillig und –bereit ist oder schon Veränderungen vorgenommen hat, ein Ergebnis, das in etwa auch andere empirische Studien zeigen (vgl. z.B. Vorwerk 2008, S. 13ff.). Dass diese Veränderungen allerdings nicht in allen Schichten gleich angekommen sind, wird bei genauerer Betrachtung deutlich: Mehr als zwei Drittel der Abiturienten streben eine egalitäre Arbeitsteilung in der Familie an, bei den Männern mit Hauptschulabschluss halten hingegen 70% weiterhin eine traditionelle Männerrolle für gut, also weitestgehend männlicher Alleinverdiener mit allenfalls einem Zuverdienst der Partnerin (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2009a).

Ausgehend von einem niedrigen Niveau ist der in den letzten Jahren sich vollziehende stetige Ausbau in der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige im Westen Deutschlands sicherlich positiv zu würdigen. Die Realität kann dabei allerdings mit den gesetzlichen Vorgaben und den Bedarfen der Eltern noch keinesfalls Schritt halten. Fraglich ist zudem, ob die angestrebte Quote von 35% der Kinder ausreichend sein wird. Wie unsere breiten empirischen Erhebungen zeigen, benötigt bereits jetzt ungefähr ein Drittel der Eltern in den untersuchten Landkreisen einen Betreuungsplatz für ihr Kind, bevor dieses drei Jahre alt ist. Diese höhere Inanspruchnahme könnte als ein weiter beschleunigender Motor für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung und zunehmende Einstellungsveränderungen fungieren, was wiederum eine höhere Inanspruchnahme bewirken könnte. In der Konsequenz: Es erscheint fraglich, ob und wie lange es dann ausreichend ist, für – lediglich – 35% der unter 3-Jährigen Plätze in einer Betreuungseinrichtung bzw. in Tagespflege vorzuhalten.

Des Weiteren soll und darf über den sicherlich wichtigen Überlegungen eines quantitativen Ausbaus niemals die qualitative Komponente und deren Ausbau übersehen oder gar vergessen werden. Notwendige Voraussetzung hierfür ist auch die hochwertige Ausbildung einer angemessenen Anzahl von Fachkräften, um überhaupt die entsprechende Anzahl an Kindern pädagogisch sinnvoll bilden und betreuen zu können. Diese – in Deutschland wohl-gemerkt noch nicht-akademische – Ausbildung dauert fünf Jahre. Die Zeit wird knapp!

Dabei darf auch nicht aus dem Blick geraten, dass Kinderbetreuung natürlich öffentliche, aber auch private Kosten verursacht. Können die privaten Kosten – bei entsprechender Einkommens- und/oder Geschwistersituation – ganz oder teilweise auch vom zuständigen Jugendamt übernommen werden, so muss sich die Aufnahme einer Berufstätigkeit bei gleichzeitiger Inan-

spruchnahme von Betreuung sicherlich auch finanziell lohnen – vor allem und gerade auch für allein erziehende Elternteile, die besonderer Entlastung bedürfen. Ein nahezu Nullsummenspiel als Ergebnis dürfte die Motivation zur (Wieder-)Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in jeglicher Familienkonstellation jedenfalls nicht substanzial steigern (vgl. dazu auch Bien/ Rauschenbach/ Riedel 2006).

Was unser Beitrag auch verdeutlichen sollte, ist die Vielschichtigkeit und Dimensionalität von Kindertagesbetreuung als einer zentralen strategischen Variable im Rahmen von individuellen, familiären und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Insofern gibt es auch viele Ansatzpunkte und Maßnahmen im weitesten Sinne, an denen angesetzt werden kann und die ihren Beitrag hierzu leisten könnten und müssten, worauf wir ebenfalls kurz eingegangen sind. Ihnen allen innewohnend müsste es sein, strukturelle Benachteiligungen von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern (unter drei Jahren) zu verbessern und diese ‚Rücksichtslosigkeiten‘ letztlich zu überwinden. Gefragt ist zukünftig hier mehr ‚strukturelle Aufmerksamkeit‘!

Literatur

- Allmendinger, Jutta (2008): Frauen auf dem Sprung. Die BRIGITTE-Studie 2008, Hamburg
- Allmendinger, Jutta (2009): Frauen auf dem Sprung. Die BRIGITTE-Studie 2009, Hamburg
- Bertelsmann-Stiftung (Hg.) (2009a): Null Bock auf Familie?, Gütersloh
- Bertelsmann-Stiftung (2009b): Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2009. <http://laendermonitor.de/#id=0>, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Bien, Walter/Rauschenbach, Thomas/Riedel, Birgit (Hrsg.) (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim
- Deutscher Bundestag (2008): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2007, BT-Drs. 16/9049
- Deutscher Bundestag (2009): Bericht der Bundesregierung über den Stand des Ausbaus für ein bedarfsgerechtes Angebot an Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren für das Berichtsjahr 2008, BT-Drs. 16/12268
- Deutsches Jugendinstitut, BMFSFJ (Hg.) (2008): Untersuchung zum Stand des Ausbaus der Kindertagesbetreuung für Kinder im Alter von unter drei Jahren – 2008. Repräsentative Stichprobenerhebung bei 180 Jugendämtern, München, Berlin
- Dressel, Christian/Cornelißen, Waltraud/Wolf, Karin (2005): Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Cornelißen, Waltraud (Hg.): Gender-Datenreport, München, S. 294-341

- Dürr, Anke/Supp, Barbara/Voigt, Claudia: Der Familienkrach, in: Der Spiegel, Heft 9/ 2007, S. 52-72
- Landkreis Freising (Hg.) (2006): Jugendhilfeplanung im Landkreis Freising. Kindertagesbetreuung im Landkreis Freising (Teilplan Kindertagesbetreuung)
- Landkreis Kelheim (Hg.) (2008): Jugendhilfeplanung im Landkreis Kelheim. Kindertagesbetreuung im Landkreis Kelheim (Teilplan Kindertagesbetreuung)
- o.V. (2008): EU-Bericht deckt Versorgungslücken im Bereich der Kinderbetreuung auf, IP/08/1449, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>, Brüssel, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Pany, Thomas (2009): Mama zuhause: „Leer laufende Erwachsenenenergie“, <http://www.heise.de/tp/blogs/6/146190>, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hg.) (2009): Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 3: Auswirkungen auf Kindertagesbetreuung und Schülerzahlen im Bund und in den Ländern, Wiesbaden
- UNICEF (Hg.) (2008): The childcare transition. Innocente Report Card 8, Zürich. http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/Report_Card_08__Child_Care_Transition/rc8.pdf, letzter Zugriff am 24.11.2009
- Volz, Rainer/Zulehner, Paul M. (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland, Baden-Baden
- Vorwerk & Co. KG (Hg.) (2007): Vorwerk Familienstudie 2007. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Wuppertal
- Vorwerk & Co. KG (Hg.) (2008): Vorwerk Familienstudie 2008. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Familienarbeit in Deutschland, Wuppertal

Tagungsberichte

„Doing family – doing difference“: Das Reflexivwerden von Mutter-, Vater- und Elternschaft im globalen Kapitalismus

Bericht zur Internationalen Konferenz „Mütter/Väter. Elternschaft zwischen medialen Repräsentationen und alltäglichen Praxen“, 4. bis 6. Oktober 2007 an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Was ist Familie zu Beginn des 21. Jahrhunderts? Was kann und soll sie sein? Wie werden Mutter-, Vater- und Elternschaft derzeit alltäglich gelebt? Wie werden sie medial repräsentiert? Und welche (sozial)politischen und ökonomischen Kräfte wirken angesichts der offensichtlich werdenden Konsequenzen des globalen Kapitalismus und des demographischen Wandels auf sie ein? Diese Fragen bildeten den Ausgangspunkt der von Barbara Thiessen und Paula-Irene Villa veranstalteten internationalen Konferenz „Mütter/Väter. Elternschaft zwischen medialen Repräsentationen und alltäglichen Praxen“, die vom 4. bis 6. Oktober 2007 an der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) München stattfand und mit etwa 150 Teilnehmerinnen und einigen Teilnehmern sehr gut besucht war. Ziel der beiden Veranstalterinnen war es, die Familien-, Bildungs- und Geschlechterforschung, aber auch die Kultursoziologie um die mediale Dimension auf die Elternschaft zu erweitern und zugleich die zeitgenössischen medialen und politischen Debatten über Familie um empirische Bezüge zu sozialen Praxen zu bereichern. So sollten Ambivalenzen, Vielfalt, Dynamiken und Beharrungstendenzen von Mutter-, Vater- und Elternschaft in medialen Inszenierungen sowie Alltagspraxen entlang sozialer, geschlechtlicher, ethnischer und sexualitätsbezogener Differenz und bezogen auf historische Konstellationen inter- und transdisziplinär sowie multimedial sichtbar gemacht und diskutiert werden.

Das ambitionierte Tagungskonzept umfasste sieben, vornehmlich international besetzte Plenarvorträge, die elf Workshops mit durchschnittlich drei Beiträgen einrahmten und ergänzt wurden durch hochschul- und landespolitische Statements sowie einen öffentlichen Roundtable zum Thema „Mütter zwischen Mythen und Minutenzählen“, der thematisch an die Hannoveraner Tradition der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung anknüpfte. Die etwa 50 Referentinnen (und einige Referenten) kamen nicht nur aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, sondern auch aus Australien, Großbritannien, Norwegen und der Slowakei. Neben etablierten Vertreter-

innen (und Vertretern) sowie jüngeren Forscherinnen (und Forschern) aus verschiedenen sozial- und kulturwissenschaftlichen Disziplinen präsentierten auch einige Frauen und Männer aus Medien, Ministerien bzw. öffentlicher Verwaltung, Verbänden und der Kunst ihre Thesen.

Das Themenspektrum der Plenarvorträge war weit gefächert und bündelte in gelungener Form die vielfältigen Facetten auf mediale Repräsentationen und soziale Praxen von Elternschaft, die in den Workshops theoretisch und empirisch vertieft wurden. Eingangs unternahmen *Elisabeth Klaus* und *Martina Thiele* (Salzburg) aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive einen Streifzug durch den Sachbuchmarkt zum Themenkomplex „Demographischer Wandel und Feminismus“. Am Beispiel des von der Journalistin Eva Herman 2006 hoch medienwirksam ausgerufenen „Eva-Prinzips“ zeigten sie, dass sich das Spektrum des öffentlich über die Geschlechter Sagbaren in eine fundamentalistische Richtung verschoben und eine mediale Suche nach einer heilen Familie ausgelöst hätte, bei der der Feminismus zum Feindbild avanciert sei. Die soziale Praxis im Blick explizierte die Sozialarbeitswissenschaftlerin *Sue White* (Lancaster) die Bedeutung der professionellen Kulturen und des Story-Tellings von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern in der Fallkonstruktion. Die professionelle Praxis sei immer auch eine moralische Aktivität, in die Geschlechterzuschreibungen bei den Bewertungen von Mutter-, Vater- und Elternschaft einfließen. *Raewyn Connell* (Sydney) fragte aus soziologischer Sicht danach, welche Auswirkungen die weltweite neoliberale Transition auf Familien hätte. Unter Bezugnahme auf internationale empirische Studien arbeitete sie vier Dynamiken dieses Wandels heraus: die Ökonomisierung der sozialen Reproduktion (*commodification of social reproduction*), die Unterbrechung von Elternschaft (*interruption of parenting*), die Re-Vergeschlechtlichung des Marktes (*market regendering*) und die marktförmige Restrukturierung von Elternschaft (*market restructuring of parenthood*). Sie schlussfolgerte, dass der neoliberale Umbau der Familien neue Muster des Patriarchats mit sich brächte und sich ausdrücklich gegen die Interessen von Frauen richtete.

Einen weiteren Schwerpunkt der Plenarvorträge bildete die Auseinandersetzung mit Männern, Vätern und Vaterschaft. Die Sozialarbeits- und Sozialpolitikforscherin *Brid Featherstone* (Bradford) zeichnete in Bezug auf die Vaterschaft zwei besondere Mediendiskurse aus Großbritannien nach, nämlich den Diskurs über Väter als Rollenmodelle und den Diskurs über Väter als egalitäre Eltern und konfrontierte diese autoritativen Diskurse mit eigenen empirischen Forschungsergebnissen, die von den diskursiven Konstruktionen abwichen. In der Realität zeigte sich, anders als in medialen Inszenierungen, dass sich an der (geringen) Beteiligung der Väter an der Kindererziehung kaum etwas geändert hätte. Auch die Soziologin und Demographin *An-Magritt Jensen* (Trondheim) beschäftigte sich mit Männern als (potenziellen) Vätern. Sie erläuterte, dass in Norwegen bereits 1993 die Elternzeit einge-

führt worden sei, um Väter stärker in die Kindererziehung zu integrieren. Das Modell hätte einen hohen symbolischen Erfolg, scheitere aber in der Praxis, denn Kindheit sei in Norwegen nach wie vor feminisiert und der Anteil der kinderlosen Männer steige – obwohl das Land mit einer Geburtenrate von 1,9 Kindern pro Frau (2006) mit an der Spitze der europäischen Geburtenraten liege. In der Diskussion wurde folglich auf den gegenwärtig prominenten familienpolitisch nach *best practice* suchenden Blick in die nordischen Staaten hingewiesen und gefragt, was aus diesem Beispiel für Deutschland gelernt werden könnte.

Schließlich analysierte der Zeithistoriker *Thomas Etzemüller* (Oldenburg) den demographischen Diskurs und legte dar, dass in diesem die demographische Frage seit hundert Jahren als Problem (nur) der Frauen identifiziert würde: Sie seien entweder zu traditionell, wie in den Entwicklungsländern, wo sie die Überbevölkerung durch eine hohe Geburtenrate beförderten, oder zu emanzipiert, wie in den Industrieländern, wo sie durch eine niedrige Geburtenrate die Unterbevölkerung verursachten. Männer hingegen seien im demographischen Diskurs nur als dessen Autoren präsent. Die Historikerin und Soziologin *Barbara Duden* (Hannover) warf noch einen anderen Fokus auf die Verantwortung der Frauen für die demographische Entwicklung: Mithilfe einer Rekonstruktion der Geschichte des Verantwortungsbegriffs skizzierte sie für das 20. Jahrhundert drei Stationen, an denen die Frauen zunehmend dazu gebracht worden seien, die Verantwortung für die Schwangerschaft zu übernehmen. Bis weit in die 1950er Jahre hätte die Schwangerschaft als grundlegend unberechenbar gegolten, seit den 1960er Jahren werde sie medikalisiert und jüngst als persönlich von den Frauen zu bewerkstellendes Risikomanagement beispielsweise in Gestalt von Pränataldiagnostik verstanden.

Ähnlich heterogen und doch die in den Plenarvorträgen gelegten Fäden aufgreifend und neu verknüpfend waren die diese Vorträge flankierenden inhaltlich fokussierten Workshops, in denen jeweils themengebundene Forschungsergebnisse zu medialen Inszenierungen und sozialen Praxis von Elternschaft zur Diskussion gestellt wurden. Die Themenbereiche umfassten Leitbilder I bis III (Selbstkonzepte und Institutionen, Politik und diskursive Praxis, Selbstkonzepte und Idealisierungen), die Frage nach „queerer“ Elternschaft und der Möglichkeit, der Heteronormativität zu entkommen, mediale Repräsentationen von Kinderlosigkeit, Mutterschaft und des Kindlichen, Trans-Formationen von Mutter- und Vaterschaft, Phantasmen und Szenarien der Demographie, Eltern-Arbeits-Zeit, die Figur des Ungeborenen in Bildern und Projektionen, Mutter-Kunst-Bilder und die Problematisierung des Kinderwunsches aus den Perspektiven von Männern, kinderlosen Frauen und sozial benachteiligten Mädchen.

Trotz der breiten inhaltlichen, transdisziplinären und multimedialen Zugriffe auf die Thematik hatte das Konferenzprogramm auch Leerstellen: So

wurde die nach wie vor gerade auch in sozialen Praxen der Mutter-, Vater- und Elternschaft wirkende Ost-West-Differenz, sowohl auf den nationalen als auch auf den internationalen (postsozialistischen) Kontext bezogen, in den Beiträgen nur sehr randständig aufgegriffen, und auch die ethnische Differenz verbunden mit Fragen der Migration geriet nur sehr vereinzelt in den Blick. Zu kurz kam schließlich auch die Perspektive des Kindes bzw. der Kinder, die ja gewissermaßen die andere Seite der Elternschaft darstellt und erst in der Verknüpfung mit dieser die Familie bildet. Weitgehend unhinterfragt und möglicherweise auch unbeabsichtigt wurde in vielen Beiträgen das westdeutsche bzw. kapitalistische Familienleitbild wie auch die damit verbundene Alltagspraxis als die Mutter-, Vater- und Elternschaft begründende Norm gesetzt. Dies mag medialen Inszenierungen, hegemonialen Diskursen und Leitbildern, aber auch schlicht vorhandenen Forschungsdefiziten in Theorie, Methodologie und Empirie geschuldet sein. Deutlich wird daran, wie tief verankert das mit dem Aufstieg der modernen Gesellschaft etablierte Leitbild der bürgerlich-kapitalistischen Familie, bestehend aus einem heterosexuellen, verheirateten Paar mit idealer Weise zwei Kindern und einer als funktional verstandenen Arbeitsteilung von *female housemaker* und *male breadwinner* doch auch noch in Wissenschaft und Medien zu sein scheint – selbst in der Geschlechterforschung. Spannend hätte zudem sein können, die untersuchten medialen Repräsentationen und sozialen Praxen von Elternschaft in Zusammenhang mit den unterschiedlichen wohlfahrtsstaatlichen Regimes zu bringen und so den Blick noch stärker auch auf politisch-normative Fragen zu lenken, wie dies etwa am norwegischen Beispiel partiell geschah. Auch die sich gegenwärtig zumindest in medialen Inszenierungen ebenso wie in der sozialen Praxis abzeichnende soziale Polarisierung zwischen Familien und Kinderlosen (Singles wie Paaren) waren zwar auf der Konferenz allgegenwärtig, wurden jedoch nur in ganz wenigen Beiträgen explizit behandelt.

Diese Hinweise auf offen gebliebene Fragen schmälern aber keineswegs den Erfolg der in jeder Hinsicht inspirierenden und gelungenen Konferenz, sondern bestätigen die Qualität ihres anspruchsvollen international und transdisziplinär orientierten Konzepts, das das Nach-Denken über Elternschaft in verschiedene Richtungen weitete: Deutlich wurde, dass Mutter-, Vater- und Elternschaft im globalen Kapitalismus ihre Fraglosigkeit verloren haben. Sie sind reflexiv geworden und werden in medialen Inszenierungen wie in alltäglichen sozialen Praxen reproduziert und produziert und dabei sukzessiv auch verändert. Dabei korrespondieren die medialen Inszenierungen nicht unbedingt mit der sozialen Realität: Selbst wenn das Leitbild der bürgerlichen Familie nach wie vor diskursive Wirkungsmacht beansprucht, so hat sich auf der Konferenz auch gezeigt, dass *doing family* in der sozialen Praxis nicht jenseits von sozialer, geschlechtlicher, ethnischer und sexualitätsbezogener Differenz erfolgt, sondern mit den verschiedenen Differenzen eng verschränkt

ist und darin von den medialen Repräsentationen abweicht bzw. abweichen kann. Das in dieser Erkenntnis liegende analytische, auch gesellschafts- und kulturkritische Potenzial ist allerdings noch kaum systematisch begriffen. Die inzwischen erschienene Publikation der Konferenzergebnisse (Villa/Thiessen 2009) bildet die Tagungsbeiträge und -diskussionen in ihrer Vielfalt adäquat ab und stellt zugleich eine Vorarbeit für ein noch näher in Theorie, Methodologie und Empirie zu konturierendes transdisziplinäres Forschungsprogramm zu den aufgeworfenen Fragen dar. Daran, dass die wissenschaftliche Untersuchung der medialen Inszenierung und sozialen Praxis von Mutter-, Vater- und Elternschaft vielfältig anregende Erkenntnisse weit über die bisherigen Zugriffe der Familien-, Bildungs- und Geschlechterforschung, aber auch die Kultur- und Medienwissenschaften hinaus zu Tage fördern kann, besteht nach dieser Konferenz kein Zweifel mehr.

Heike Kahlert

Literatur

Villa, Paula-Irene/Thiessen, Barbara (Hg.) (2009): Mütter – Väter. Diskurse, Medien, Praxen. Münster: Westfälisches Dampfboot

Who Cares? Betreuung und Pflege in Österreich - eine geschlechterkritische Perspektive".

*Forschungskonferenz der Interfakultären Forschungsplattform
Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck*

Who Cares? Diese Frage stellte ein interdisziplinärer und internationaler Kreis von WissenschaftlerInnen im Rahmen einer Forschungstagung vom 14. – 15. Mai 2009 an der Universität Innsbruck, welche die Pflege- und Betreuungsthematik aus einer geschlechterkritischen Perspektive betrachtete.

Die Forschungskonferenz richtete sich an Forscherinnen und Forscher unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen (z.B. soziologische, politikwissenschaftliche, erziehungswissenschaftliche, psychologische, ökonomische, rechtswissenschaftliche und historische), die an einem Forschungsprojekt zu dieser Thematik arbeiten bzw. ein Forschungsvorhaben dazu planen. Sie fungierte als inhaltlicher wie theoretischer start-up und sollte einerseits zu einer Bestandsaufnahme bzw. einem gemeinsamen Erarbeiten von Forschungsdesiderata im Bereich von Betreuung und Pflege beitragen. Zum anderen wollte ein Forum eröffnet werden, um individuelle und / oder gemeinsame Forschungsvorhaben zu planen, zu bündeln und zu vernetzen.

Im Fokus standen Bedingungen und Formen institutioneller Betreuung und Pflege in privaten Betrieben, in Non-Profit- und staatlichen Einrichtungen, in mobilen Diensten so wie Bedingungen und Formen von Betreuung wie Pflege im Privathaushalt durch Professionelle wie Angehörige. Mehrere Beiträge beleuchteten die Arbeitsbedingungen von selbständig und unselbständig tätigem Betreuungs- und Pflegepersonal ebenso wie jene der betreuenden und pflegenden Angehörigen.

Aus interdisziplinärer Perspektive wurden unterschiedlichsten Aspekte der Betreuungs- und Pflegethematik diskutiert – von der Finanzierung, über Organisation und Management, Bildung, Politik und Recht bis hin zu neuen Konzeptionen der Care-Ökonomie und Theoretisierungen von Cultures of Care. Diese disziplinären Auseinandersetzungen mit Care wurden konsequent von Fragen der Beteiligung der Geschlechter an Betreuung und Pflege bzw. Fragen nach der gerechten Verteilung der Vorteile und Lasten durchkreuzt.

In mehreren Beiträgen wurde der historisch-gesellschaftliche und aktuell-politische Kontext, in den Betreuung und Pflege jeweils eingebunden sind, untersucht: Gefragt wurde nach den Bedingungen der Möglichkeit der Vereinbarkeit von Sorgearbeit und Beruf ebenso wie nach den Nachwirkungen geschichtlicher Weichenstellungen sowie den Wechselwirkungen mit

aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Demographie, Ökonomie, Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis.

Im ersten Teil der Tagung wurde das „Geschlecht der Pflege“ thematisiert und diskutiert. Im zweiten Teil lag der Focus der Analysen auf ausgewählten „AkteurInnen und Handlungsfeldern von Betreuung und Pflege“ – den Familien wie den staatlichen und privaten Einrichtungen. Ein dritter Bezugspunkt der Auseinandersetzungen waren die ökonomischen und politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen von care im österreichischen Wohlfahrtsstaat der Gegenwart.

Die Beiträge markierten wiederholt die auffallend starke gesellschaftliche Ungleichverteilung von unbezahlter wie bezahlter Sorgearbeiten zwischen Frauen und Männern so wie die Konservierung dieser Arbeitsteilung (privater Patriarchalismus) durch die Arbeitsteilung zwischen Sozialstaat und Frauen (öffentlicher Patriarchalismus), die Institutionalisierung der tradierten Geschlechterdifferenz in Care-Institutionen, die nachhaltige Vergeschlechtlichung von Erziehung & Bildung und von Care-Kulturen im Öffentlichen wie Privaten, die historischen Kontinuitäten von Politics and Cultures of Care sowie die notwendige Konzeptionalisierung einer Care-Ökonomie, welche Care als gesellschaftlich notwendige Arbeit berechnet. Nicht zuletzt wurde die Frage aufgeworfen, welches (möglicherweise unterschiedliche) Verständnis von Care den unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich derzeit mit der Care-Thematik befassen, zugrunde liegt und die Notwendigkeit einer Klärung, bzw. Verständigung projiziert.

Ausgesorgt? Angesichts der aktuellen Finanzkrise sowie eines anwachsenden Verarmungsrisikos im Alter wurde im Rahmen der Forschungskonferenz als öffentliche Auftaktveranstaltung der Forschungstagung „Who Cares?“ eine Podiumsdiskussion über die Qualität der Altenbetreuung in Tirol organisiert. Geladen waren Tiroler LandespolitikerInnen und im Pflegebereich Tätige. Diese Diskussion machte deutlich, dass die in diesem Bereich notwendigen Änderungen weniger an der Einsicht in die Lage der Dinge scheitern, sondern wesentlich am politischen Willen, der in einer unproduktiven Konkurrenz politischer Positionen aufgerieben wird.

Erna Appelt, Maria A. Wolf

Literatur

Erna Appelt/Maria Heidegger/Max Preglau/Maria A. Wolf (Hrsg.): Who Care's? Betreuung und Pflege in Österreich. Studienverlag 2010

Links:

Homepage der Forschungstagung „Who Cares? Pflege und Betreuung in Österreich – eine geschlechterkritische Perspektive“: <http://www.uibk.ac.at/news/who-cares/>
Homepage der Interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung: <http://www.geschlechterforschung.at>

„Gender: Regulation and Resistance in Education“

*Bericht zur 7. Tagung der Gender and Education Association,
25. - 27. März 2009, London, UK*

Die Gender and Education Association wurde 2002 als Interessengemeinschaft für feministische Forscher*innen im Bereich Bildung und Geschlecht in London gegründet (www.genderandeducation.com). Sie unterstützt neben verschiedenen Workshops, Forschungsprojekten und einer Frauenbibliothek in London auch die seit 1997 zweijährlich stattfindende Gender and Education Konferenz. Im Jahr 2009 wurde die Konferenz von Jessica Ringrose in Zusammenarbeit mit dem Institute for Education, University of London, organisiert und trug den Titel *Gender: Regulation and Resistance in Education*, der die Kategorie Macht ins Zentrum der Thematisierung von Geschlecht und Bildung stellte. An drei Tagen gab es in jeweils sieben parallelen Sitzungen rund 280 Präsentationen sowie drei Plenarsitzungen. Die Teilnahme an der Tagung war international, wobei aus dem deutschsprachigen Raum lediglich drei Präsentationen zu verzeichnen waren.

Die Plenarsitzungen spiegelten sowohl die theoretische Tiefe in Geschlechterforschung und Erziehungswissenschaften wider als auch die Bedeutung intersektioneller, antirassistischer und rassismuskritischer Forschung. In der ersten Plenarsitzung diskutierten *Suki Ali* (London), *Heidi Mirza* (London) und *Ann Phoenix* (London) über *Intersektionalität* und die Bedeutung des *Schwarzen Feminismus*, den sie nicht lediglich als eine Teilrichtung von Geschlechterforschung verstanden wissen wollten, sondern als Haltung und Denkweise, die grundlegend für intersektionale Forschung und Politiken der Verortung sei. Im Vorlauf der zweiten Plenarsitzung wurde den Teilnehmer*innen überdeutlich vor Augen geführt, wie sehr eine solche Tagung in geopolitische Prozesse eingebunden ist. Einer der Sprecherinnen, *Grace Livingston* (Washington), wurde von den Einwanderungsbeamten am Flughafen Heathrow die Einreise verweigert. Ihr Einwand, dass sie in ihrer Rolle als erfahrene Wissenschaftlerin eingeladen sei, wurde mit wahrscheinlich rassistisch motivierten unbegründeten Visa-Anforderungen entwertet. Grace Livingston wurde ausgewiesen, ohne ihren Vortrag halten zu können. Die Intervention der Tagungsleitung genügte nicht, die Einwanderungsbeamten zu überzeugen. Grace Livingston war trotz dieses höchst problematischen Vorfalles bereit, ihren Vortrag per Videoübertragung zu halten. Sie zeigte in beeindruckender Weise Interdependenzen zwischen curricular verankertem

Wissen und sozialen Bewegungen und die Funktion von „re-memory“, dem Wieder-Erinnern, in kritischer Pädagogik. Livingston verband die wissenschaftliche Kritik an der Nicht-Erinnerung Schwarzer Kulturen und Theorien mit eigenem Gesang von Liedern der bereits zu Lebzeiten aus den Archiven der Kultur gelöschten Soulgruppe *Funk Brothers*.

Livingstons Vortrag war Teil einer Plenarsitzung zur Problematisierung von Zentrums-Rand-Verhältnissen, in welcher als nächstes *Bagele Chilisa* (Gaborone, Botswana) die Indigenisierung von Methoden durch Anerkennung von Gedichten, Mythen und Liedern als Wissensformen vorschlug. *Sylvia Grinberg* (Santa Cruz, Argentinien) diskutierte die Produktion von Videodokumentationen über argentinische *Shantytowns* (improvisierte Siedlungen in extremer Armut) als Form der Forschung, in welcher der Problematik von Armut Raum gegeben und zugleich eine viktimisierende Perspektive auf die Betroffenen vermieden wird. In der dritten Plenarsitzung lieferte *Raewyn Connell* (Sydney) den Tagungsteilnehmer*innen ein beeindruckendes Bild der historischen und globalen Verflechtungen von Pädagogik und Erziehungswissenschaften. Mit Verweis auf das UN ‚millennium goal‘, bis spätestens 2015 die Geschlechterdisparität in der Bildung weltweit zu eliminieren, betonte Connell die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit in der Bildung.

Im Folgenden möchten wir anhand einiger Beispiele die thematische und theoretische Fülle der Beiträge wiedergeben, die wir unter die Schwerpunkte ‚Regulierung/Widerstand‘, ‚Intersektionalität und Schwarzer Feminismus‘, ‚Methodologie‘, ‚Sexualität‘ und ‚Didaktik‘ zusammenfassen.

Die Komplexität von Macht wurde in Beiträgen deutlich, die sich auf die im Konferenztitel enthaltenen Begriffe *Regulierung* und *Widerstand* bezogen. In vielen Präsentationen stand die Regulierung von Subjektivitäten durch Geschlecht im Mittelpunkt, wobei teilweise auch Interdependenzen von Geschlecht mit anderen Kategorien, insbesondere Sexualität und Ethnizität thematisiert wurden. *Nataša Bijelić* (Zagreb) berichtete über die politischen Auseinandersetzungen um das erste sexualpädagogische Curriculum für kroatische Schulen (GROSZD). Dessen von dem starken Einfluss der katholischen Kirche gekennzeichneten Positionen (rigide Geschlechtertrennung, Ablehnung von Selbstbefriedigung und Schwangerschaftsverhütung, Kontrolle weiblicher Sexualität) wurden von einer Koalition verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen kritisiert, die wiederum auf Widerstand bis auf Ministerialebene stieß. *Bijelić* hinterfragte die in der öffentlichen Debatte über das Programm vorherrschende Gleichsetzung von Säkularität mit liberalen Werten und Religiosität mit sexualfeindlichen Werten. Sie verwies dabei auch auf Umfragen, in denen auch religiöse Jugendliche eine Ablehnung zu den in GROSZD proklamierten Werten zeigten. *Alice Pitt* (Toronto) erläuterte anhand ihrer Analyse einer Studie zu Gewalt und sexuellen Übergriffen in Schulen in Toronto, wie eine konservative Positionierung solcher Berichte produktive Auseinandersetzungen in den Schulen einschränkt. In dem analy-

sierten Fall wurden Lehrer*innen von der Lösungsfindung ausgeschlossen und Disziplin als pädagogisches Mittel aufgewertet.

Heather Sykes (Toronto) untersuchte die erzählten Erfahrungen von transgender Schüler*innen im Sportunterricht und diskutierte hier den Zusammenhang von Normen der Heterosexualität und Zweigeschlechtlichkeit mit der Orientierung des Sportunterrichts an autonom beweglichen und idealgewichtigen Körpern. In der Analyse u.a von mehrfachen Coming Outs (z.B. als bisexuell *und* transgender), Ko- und Monoedukation und (Nicht-)Anerkennung von Intergeschlechtlichkeit wurden nicht nur „Attacken auf die Subjektivität“ (assaults on subjectivity) von transgender Personen deutlich, sondern auch die Eigenart ihrer Narrationen: Nicht so sehr die häufig produzierte Erzählung vom Dasein im falschen Körper war in den Interviews zu finden, vielmehr fand sie Erzählungen zu spezifischen Aspekten wie Gebäuden, Umkleiden, die mit einem je spezifischen Körperverständnis zusammenhingen. Zum Schluss ihrer Präsentation verdeutlichte sich, dass eine Bewertung von Regulierung als negativ (und damit einhergehend eine Forderung nach der freien Entwicklung von Sexualität und Geschlecht) nicht der Funktionsweise von Macht entspricht. Vielmehr muss bei aller Kritik an Ausschlüssen und Hierarchien letztlich die Frage gestellt werden, welche Regulierungen (z.B. von schulischen Einrichtungen) wünschenswert sind. So forderte Sykes schließlich, den Ausschlüssen von transgender und anderen normüberschreitenden Körpern und Subjektivitäten durch „Architekturen der Verletzlichkeit und Sensibilität“ zu begegnen.

Ebenso wie das Konzept der *Regulierung* bot der Begriff *Widerstand* verschiedene Anknüpfungspunkte. *Joanne Cassars* (Malta) Forschung zu Kritzeleien in Mädchentoiletten an maltesischen Schulen zeigte die (auch problematische) Produktivität von Repressionen auf: In den von ihr untersuchten Schulen, in welchen es keine Sexualaufklärung innerhalb des Schulunterrichts gab, tauschten Mädchen auf Toilettenwänden Informationen und Ratschläge zu Fragen über Sexualität aus, wobei sie sich einerseits in heteronormative Muster einarbeiteten, andererseits in Diskussionen über Möglichkeiten, sexuelle Lust zu erleben, über derartige Muster hinaus gingen. *Suryia Nayak* (Salford) nutzte psychoanalytische Ansätze, um ihre Erfahrungen in der universitären Lehre über Rassismus zu reflektieren. Sie begreift Rassismus als ‚phobisches Objekt‘, dem Studierende mit verschiedenen Formen der Abwehr und des Widerstandes begegnen, wie z.B. ‚Hypervigilance‘ (Übervorsicht), emotionaler/physischer Rückzug und Verfolgungs-/Bedrohungsgefühle. Aus dieser Perspektive hinterfragte Nayak kognitivistische Lehrmethoden und schlug ein Modell zur Thematisierung von Rassismus vor, welches der doppelten Rolle der Dozentin als Lehrkraft und „emotional container“ gerecht werde. *Lisa Mazzei* (Manchester) schlug eine durch die Arbeit von Gilles Deleuze inspirierte Verschiebung des Verständnisses von Schweigen über Rassismus vor: nicht die Ängste, die zu Schweigen führen, sollten erforscht

werden, sondern das Begehren, zu schweigen und die Produktivität dieses Begehrens.

Auch die Forderung nach vertiefter Untersuchung der *Interdependenzen unterschiedlicher Machtverhältnisse* wurde in einigen der Tagungssitzungen deutlich. Ein Beispiel für die Anwendung intersektioneller Ansätze fand sich in der Präsentation von *Lindsay Garrat* (Dublin), die sich als weiße irische Forscherin mit dem Körperverständnis von mehrfach ethnisierten Jungen in Dublin beschäftigte. Sie analysierte, wie ihre Forschungsteilnehmer ihre Zugehörigkeit rechtfertigen müssen und gezwungen sind, den eigenen Körper als „anders“ zu begreifen. Diese Regulierungen der Positionen von Jungen müssten für die Migrationspolitik Irlands berücksichtigt werden. *Lance McCready* (Toronto) berichtete aus seiner Forschung in Schulen für Schwarze und Latino Jungen in sieben monoedukativen Schulen in den USA. Hier stand die Regulierung der Jugendlichen im Vordergrund, die an der Schule eine an Mittelschichtnormen orientierte Charaktererziehung erfahren. McCready bezeichnet dies mit Raewyn Connell als ein spezifisches Curriculum der Männlichkeitsproduktion, welches den jugendlichen Techniken der Bildung männlicher Identität vermittele. *Mary Hames* (Kapstadt) diskutierte die Situation Schwarzer lesbischer Frauen in Südafrika, die unter anderem Diskriminierungen wie „korrigierende“ Vergewaltigung oder dem Vorwurf, unafrikanisch zu sein, ausgesetzt sind. Hames hob hervor, dass diese Diskriminierungen nicht reduzierbar auf entweder Rassismus oder Heteronormativität sind, da sie spezifisch gegen Schwarze Lesben gerichtet sind. Hames betonte zudem auch die teils problematische Rolle südafrikanischer und internationaler Forschung, die oft sehr eingeschränkte Darstellungen Schwarzer Lesben in Südafrika re-produzierten.

In vielen der *methodologischen Diskussionen* standen die potenziellen Hierarchien zwischen Forschenden und Forschungsteilnehmer*innen im Vordergrund. So diskutierte *Eva Nyström* (Umeå) das feministische Potenzial in der Aktionsforschung, verwies aber auch darauf, dass Demokratie in der Forschung immer auch von den Forschungsteilnehmer*innen mitbestimmt werde. Die gerade in der Handlungs- und Aktionsforschung praktizierte Partizipation von Forschungsteilnehmenden (z.B. durch Offenlegung des Vorhabens oder Ermöglichung der Kommentierung der Ergebnisse) wurde auch problematisiert. Die (gerade in der Handlungs- und Aktionsforschung übliche) Unterstellung der ungebrochen vorhandenen Fähigkeit zur autonomen Entscheidung der Forschungsteilnehmer*innen gehe, so *Dominique Riviere* (Toronto), oft damit einher, dass die Zusage der Teilnahme an Forschung zu einer generellen Zusage zum Beforscht-werden werde. Diese Objektivierung von Forschungsteilnehmer*innen sei gerade auch in der gegenwärtigen Standardisierung von Datenschutz- und Ethikprozessen problematisch. Stattdessen müsse, so Riviere, Vertrauensbildung und Einwilligung als kontinuierlicher Prozess verstanden werden. Für die von ihr analysierte ethische Evaluation von

Forschungsprojekten bedeute dies, detaillierte Informationen über den Vertrauensbildungsprozess über formale Einwilligungserklärungen hinaus einzuholen.

Aufgrund unserer eigenen Arbeitsschwerpunkte nahmen wir vor allem an Sitzungen zu Sexualität und Sexualerziehung teil. Dort fanden sich insbesondere Analysen zur Wirkung (hetero-)sexueller Normen in pädagogischen Settings, wobei vielfach die Ambivalenz des Einschlusses sexueller Minoritäten auf Basis nationaler Imaginationen oder Logiken der Identität und Repräsentation thematisiert wurde und das Schweigen vieler antihomophober Strategien über die Institution der Heterosexualität als Problem formuliert wurde. *Eva Reimers* (Linköping) wie auch *Janne Bromseth* (Stockholm) benutzten den Begriff der Homotoleranz, um sich dieser Problematik für den schwedischen Kontext zu widmen. Dort geschehe ein symbolischer Einschluss von schwulen, lesbischen, bisexuellen und transgender (lsbt) Positionen in eine Fantasie der toleranten Nation, in welcher jedoch die Realitäten von Homosexualität wie auch von Homophobie abwesend bleiben. Letztere werde auf als heterosexuell konstruierte Migrant*innen verschoben, denen damit zugleich die nationale Zugehörigkeit verweigert wird. Homosexualität habe weiterhin eine prekäre und begrenzte Position, indem sie bspw. im schulischen Rahmen als gelebte Realität meistens nur von Erwachsenen sichtbar werde. Dem entsprachen die Zwischenergebnisse der Studie von *Emily Gray* (Lancaster) über die Situation von homo- und bisexuellen Lehrer*innen in Großbritannien. Diesen sei in der pädagogisch bedeutsamen Thematisierung ihrer Sexualität Grenzen gesetzt, in deren Bearbeitung sie innerhalb ihrer Institutionen selten Hilfe erhalten. Überraschend waren die Ergebnisse der Schulbeobachtungen von *Mark McCormack* (Bath) an einer Schule in Brighton. Dort begegnete er vielen anti-homophoben Haltungen und Praktiken bei heterosexuellen Jugendlichen, denen beispielsweise der Mangel an lsbt Lehrer*innen an ihrer Schule negativ auffiel. Unbeantwortet blieb die kritische Nachfrage, welche Grenzen dieser Haltung zu sexueller Vielfalt gesetzt seien und wie sich z.B. die Jugendlichen zu gleichgeschlechtlichem Begehren verhielten.

Unter *didaktischen* Gesichtspunkten war der Beitrag von *Laraine Wallowitz* (Garden City, NY) interessant, die Methoden zum Einbringen queeren Denkens an US-amerikanischen High Schools vorstellte. Jenseits der Erziehung zu Toleranz ging es ihr darum, die Funktionsweisen bspw. von Labelling oder Performativität zu thematisieren. So bekamen Schüler*innen die Aufgabe, eine Person zu beobachten und die Frage zu beantworten, welche der Aktionen, Bewegungen etc. der betreffenden Person ihnen Anlass zu Rückschlüssen auf Unbekanntes (bspw. das Geschlecht der Person) gibt. In der anschließenden Diskussion wurde vorgeschlagen, zusätzlich zu diesen erfahrungsorientierten Methoden das vielfältige und umfangreiche Wissen, das über Sexualität in den Kulturwissenschaften angehäuft worden ist, auch in der Schule zu lehren. *Mary Lou Rasmussen* (Melbourne) diskutierte die Rolle

und Funktion von Begehren in der Sexualerziehung sowie die Einbettung von Sexualerziehung in normativ-moralische Diskurse. Werde Sexualerziehung als reine Vermittlung von Information verstanden, würden performative Aspekte von Begehren übergangen. Rasmussen plädierte auch für eine Hinterfragung der Wahrnehmung von Sexualerziehung als notwendigerweise befreiend, solange die "messyness of desire", die über die in der Sexualerziehung übliche Beschränkung auf heteronormative Sexualität hinausweist, nicht hinreichend eingebunden werde. *Sol Haring* und *Anita Moerth* (Graz/Berlin) zeigten ihm Workshop *Teaching with beard*, wie performative Mittel produktiv in der Lehrer*innen-Fortbildung eingesetzt werden können, um die kritische Hinterfragung von Geschlechternormen erlebbar zu machen. Sie stellten Ausschnitte ihrer Arbeit mit österreichischen Lehrer*innen vor, in der sie Mittel des Drag einsetzten. Gleichzeitig hatten auch die Teilnehmer*innen am Londoner Workshop die Gelegenheit, mit ihrem ganz persönlichen Bart und einfachen Körperübungen diese Herangehensweise zu erarbeiten.

In dem vor der Konferenz angebotenen Workshop „Writing for Publication and The Press“ wurden die Teilnehmer*innen von den Wissenschaftlerinnen *Rebecca Boden* und *Debbie Ebstein* (Cardiff University) sowie der Journalistin *Adi Bloom* vom ‚Times Education Supplement‘ über Wege zur Publikation insbesondere in ‚Journals‘ informiert. Von der Analyse ausgehend, dass die meisten Wissenschaftler*innen von einer Kombination von „low self-esteem“ und „compulsory overachievement“ gekennzeichnet seien, stand die Fähigkeit zur Konzentration auf eigene Projekte und zum selbstbewussten Vorstellen derselben im Mittelpunkt des Workshops. In der Diskussion zeigte sich unter anderem, dass im angloamerikanischen Raum zunehmend akademische Leistungen anhand des Rankings der Journals bewertet werden, in welchen die betreffenden Personen publiziert haben.

Zu der Erfahrung einer Tagungsteilnahme gehören auch die Erlebnisse außerhalb des wissenschaftlichen Programms. Die Tagungsorganisator*innen boten den Teilnehmer*innen eine Reihe von Abendveranstaltungen, darunter ein Drag-King-Performanceabend. Wir nutzten außerdem die Gelegenheit, eine Performance des US-amerikanischen transgender Künstlers *Lynne Breedlove* (Autor des Romans *Götterspeed*) zu besuchen. *Breedlove* zeigte hier seine Fähigkeiten als Stand-Up Comedian, die uns – nicht zuletzt aufgrund der darin enthaltenden beißenden Kritik an zweigeschlechtlichen Normativitäten – auf eine bis dahin ungeschehene Weise berührte.

Die 7. Tagung der Gender and Education Association „Gender: Regulation and Resistance in Education“ war in der Gesamteinschätzung höchst erfolgreich und bot einen umfassenden Einblick in die Vergeschlechtlichung von Lern- und Bildungsprozessen. Besonders die vielen Versuche intersektionalen Denkens waren bereichernd. Dass die meisten Arbeiten qualitative Me-

thoden verwendeten und sich dementsprechend auf eng umgrenzte Stichproben bezogen, unterstützte diese Bereicherung: Die Analyse von Macht bedarf eines genauen Blickes und des Bewusstseins um lokale Besonderheiten, um der Nivellierung von Differenzen und dem Ausblenden von Widersprüchen vorzubeugen.

Allerdings gab es – dies fiel uns vom Standpunkt der Performanceabende auf – nur wenige Momente des Bewegt-werdens und Berührt-seins. Das in queeren Kontexten übliche Durcheinanderwirbeln gewohnter Denkweisen und eine ironische Perspektive auf die allseits bekannten Prozesse des (un-)doing gender fand wie so häufig in akademischen Strukturen auch auf dieser Konferenz wenig Platz. Einen Raum dafür zu schaffen, wäre sicherlich nicht nur aufgrund des Unterhaltungseffektes wertvoll, sondern würde dazu beitragen, dass erziehungswissenschaftliche Geschlechterforschung und geschlechterreflektierende Pädagogik auch während und nach ihrem Marsch durch die Institutionen ihren kritischen Stachel behalten.

Thomas Viola Rieske, Irina Schmitt

„Care und Migration“

Internationale Konferenz des Cornelia Goethe Centrums an der Goethe-Universität Frankfurt

Was geschieht, wenn sich Frauen mehr und mehr in den Arbeitsmarkt integrieren, traditionelle familiäre Strukturen hingegen erhalten bleiben? „Wer sorgt für Kinder, ... [Menschen mit Behinderung,] ältere Menschen, für alle, die für eine gewisse Zeit oder auf Dauer Hilfe im Alltag brauchen? Wer kauft ein, kocht, putzt?“¹

Das Problem „Who Cares?“ lösen auch im deutschen Kontext Familien zunehmend mit der illegalen Anstellung von Migrantinnen – häufig aus den ärmeren, osteuropäischen Nachbarländern –, die durch die Übernahme von Haushalts- und Pflegeaufgaben in westeuropäischen Familien dazu in der Lage sind, ihre Familien in den Herkunftsländern finanziell zu versorgen. Die Auswirkungen zu beleuchten, die diese „neue Migration“ in den Her- und Ankunftsändern nach sich zieht und die sich daraus entwickelnden Konsequenzen im europäischen Kontext zu diskutieren, war Ziel der Tagung, die vom 23.- 30. April 2009 mit ca. 100 TeilnehmerInnen auf dem IG-Farben Campus der Goethe-Universität Frankfurt vom Cornelia Goethe Centrum veranstaltet wurde. Durch ein breit gefächertes thematisches Spektrum und die Mischung von englisch- und deutschsprachigen Beiträgen schafften es die Veranstalterinnen ein Publikum anzusprechen, welches nicht lediglich aus wissenschaftlichen Kontexten, sondern auch aus politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen an der Frage „Who cares“ interessiert war. Das zweitägige Tagungskonzept beinhaltete neben einem einführenden, deutschsprachigen Panel „Care Debatten, Care Ökonomie. Transnationale Problemstellungen“ am Donnerstagnachmittag zwei weitere Panels „Citizenship, Care and Migration“ und „Care chains, care drain. Transnational relations“ am Freitag, die durch den Abendvortrag der prominenten Diskurse um Care prägenden, US-amerikanischen Soziologin Arlie Russell Hochschild abgerundet wurden. Dem Wunsch der Veranstalterinnen, die Tagung nicht lediglich als Ort des wissenschaftlichen Austauschs, sondern auch als Ort der politischen Debatte zu begreifen, kam der Round table zum Thema: „Policy-Probleme im Bereich Care und Migration“, welcher den Abschluss der Veranstaltung markierte, im Besonderen nach. Durch ihre vielschichtige Beschreibung der Debatten um Care und den von ihnen ausgehenden unterschiedli-

1 Cornelia Goethe Centrum (2009): Care und Migration. Tagungsprogramm.

chen Definitionen des Begriffs, gelang es Margit Brückner (Frankfurt a.M.) mit ihrem Vortrag: „Entwicklungen der Care-Debatte – Wurzeln und Begrifflichkeiten“ einen Einstieg in die Tagung zu gestalten, der es allen Teilnehmenden ermöglichte die darauf folgenden Beiträge im historischen und diskursiven Kontext zu sehen. Anhand der Beschreibung der unterschiedlichen Diskursstränge, ausgehend von den englischen und italienischen Debatten der späten 1970er Jahren und den US-amerikanischen Diskursen der frühen 1980er Jahre, beschreibt Brückner einen neuen, dritten Diskussionsstrang. Während die frühen Debatten weitestgehend differenz- theoretisch und frauenpolitisch ausgerichtet seien und Fragen nach der Entlohnung von Hausarbeit (Englisch/Italienisch) und einer weiblichen Fürsorgemoral (US-amerikanisch) in den Mittelpunkt stellten, gehe die „neue Debatte“ häufig von einem dekonstruktivistischen Ausgangspunkt aus und nehme die politische Forderung nach der Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse in den Fokus.

Im weiteren Verlauf rückte Karin Jurczyk (München) die Verknüpfung von Familie und Care in den Mittelpunkt. Familie sei laut Jurczyk „die andere Seite von Markt und Wohlfahrtsstaat“, in der die Privatheit der Beziehungen – die, so lautet ihre starke These, marktlich nicht herzustellen sei – als notwendige Bedingung für die Entwicklung und den Erhalt von Bindungen und der Subjektwerdung zu verstehen ist. Anhand des Begriffs der doppelten Entgrenzung beschrieb sie die Auflösung der fordistischen Arbeitsteilung im Bereich von Familie und Erwerbsarbeit, die beide von einer Entgrenzung der Geschlechterverhältnisse durchzogen seien und die Organisation familialer Fürsorgetätigkeiten vor neue Schwierigkeiten stelle. Hierdurch entstünden Care-Gaps, die in der Regel durch individuelles Handeln kompensiert würden und dadurch Überforderung und Erschöpfung bei Familienmitgliedern hinterließen. Eine gesellschaftliche Antwort auf die Frage nach dem Entwurf eines neuen Reproduktionspaktes ist für sie bisher jedoch nicht in Aussicht.

Mit der Frage, inwiefern sich die Finanzkrise auf die soziale Reproduktion auswirke, beendete Brigitte Young (Münster/Paris) das erste Panel und zeigte mit ihrer Antwort: „Wir wissen es nicht!“ ein theoretisches Defizit der Theorien zur feministischen Ökonomie auf. So würde weder die Beeinflussung des Weltmarktes durch die Geschlechterbilder, noch im Gegenzug die Auswirkungen des Marktes auf die Festschreibung von Gender, Class und Ethnizität ausreichend beforscht. Das die Kategorie Geschlecht in den globalen Finanzmärkten eine Rolle spielt zeige sich nicht nur durch die, häufig an biologistischen Männer- und Frauenbildern orientierten, wissenschaftlichen, medialen und politischen Diskurse, sondern auch durch die statistische Verteilung von Männern und Frauen in wirtschaftlichen Führungspositionen. Mit ihrem Abendvortrag: „Global Traffic, Female Services and Emotional Life“ beschloss Arlie Russel Hochschild zum einen den ersten Konferenztag und eröffnete zum anderen die Cornelia Goethe Colloquien, die im Sommerse-

mester 2009 thematisch in direkter Verbindung zur Tagung standen und – auch unter dem Titel Care und Migration – zu fünf Abendvorlesungen einladen. Mit ihrem Beitrag leistete Russel Hochschild eine plastische Darstellung der Zusammenhänge von Care und Migration und machte anhand von Fallbeispielen die organisatorischen, politischen und emotionalen Schwierigkeiten der betroffenen Frauen deutlich. Hochschild orientierte sich in ihrer Darstellung an zwei gegensätzlich verlaufenden Wegen für die Inanspruchnahme weiblicher Fürsorgedienstleistungen, die durch die häufige Verknüpfung mit Migrationsprozessen auch zwei entgegengesetzt verlaufende Migrationsströme entstehen ließen. Während Menschen aus ärmeren Regionen der Welt in Industrieländer migrieren, um ihre Familien in den Herkunftsländern versorgen zu können, wandern gerade viele ältere Menschen aus den Industrienationen in Schwellen- oder Entwicklungsländer aus, um sich dort eine bessere Versorgung im Alter leisten zu können.

Ute Gerhard (Bremen/ Frankfurt a.M.) und Ursula Apitzsch (Frankfurt a.M.) starteten mit dem Panel zum Thema: Citizenship, Care und Migration in den zweiten Konferenztag. Während Ute Gerhard die Debatten um Care und Citizenship miteinander verband, um Möglichkeiten für ein Modell männlicher und weiblicher Bürgerschaft zu entwerfen, das sowohl Bürgerinnen, als auch Bürger als ArbeitnehmerInnen und Sorgende versteht, diskutierte Ursula Apitzsch „the nature of emerging gendered care chains“ und „migrant womens' networks“.

Im Anschluss stellte Helma Lutz (Frankfurt a.M.) gemeinsam mit Ewa Palenga-Möllnbeck (Frankfurt a.M.) Ergebnisse ihrer Studie: „Landscapes of Care Drain. Care Provision and Care Chains from the Ukraine to Poland and from Poland to Germany“ vor, die zum einen das „Care Management“ von polnischen Familien betrachtet, deren Mütter in deutschen Haushalten tätig sind, und zum anderen die Familien ukrainischer Migratinnen in den Blick nimmt, die die polnischen Familien unterstützen. So konnten Sie drei Konzepte der Bewältigung von Care-Aufgaben in den zurückgebliebenen Familien beobachten: „single-father care“, „care-sharing“ und „withdrawal from caring“. Deutlich zu erkennen sei die mangelnde öffentliche Unterstützung der zurückgebliebenen Familien. Schließlich standen die, in diesem Themenspektrum geführten, öffentlichen Diskurse im Zentrum, die vor allem durch zwei Extreme gekennzeichnet werden: von absoluter Stille hin zur Skandalisierung der Abwesenheit der Mütter.

Im letzten Tagungsbeitrag analysierte Helen Schwenken (Kassel) lokale, regionale und globale Organisationen von und für Care-Arbeiterinnen, und leistete mit ihrem Beitrag einen gelungenen thematischen Übergang zum abschließenden Round Table. Schwenken betonte, dass sowohl regionale, als auch lokale Aktivitäten – natürlich in unterschiedlicher Ausprägung – vorhanden seien, erkennt jedoch ein Defizit in globalen Aktivitäten und Organisatio-

nen, was gerade im Hinblick auf die weltweiten Migrationsströme von immenser Wichtigkeit sei.

Den Round Table eröffnete Maria Rerrich (München) mit ihrer Darstellung von vier politischen Debatten im Themenspektrum um Care in Deutschland. Sie problematisierte, dass diese stets von unterschiedlichen AkteurInnen in unterschiedlichen Kontexten geführt würden, was zum Resultat habe, dass die Debatten um Care – trotz ihrer zentralen Gemeinsamkeiten – stets kleinteilig wahrgenommen und trivialisiert würden.

Maria Kontos (Frankfurt a.M.) bezog sich in ihrem Statement auf die politischen Reaktionen zum deutschen Care Defizit. Die getroffenen Regelungen, im Rahmen von Mini Jobs, Haushaltsschecks und der legalen Anwerbung von Migrantinnen hält Kontos jedoch für wenig erfolgreich, seien diese doch lediglich Interventionen im Bereich einer professionalisierten, legalen Erbringung von „Care-Leistungen“, die außer acht ließen, dass es bereits Migrantinnen gäbe, die illegal in diesem Sektor tätig seien, und deren Arbeit, auf Grund des Mangels von professionellen Kräften und deren hohen finanziellen Kosten, unabdingbar wäre. Ursula Apitzschs Aufforderung zur Diskussion, wie mit diesem Wissen umzugehen sei und welche politischen Schritte möglich wären, kam Gabriele Wenner vom Frauenreferat der Stadt Frankfurt a.M. leider nicht nach. Sie begrenzte sich auf die Beschreibung der, für den Themenkomplex relevanten, Tätigkeiten und Projekte unterschiedlicher Frankfurter Ämter. Hier wurde deutlich, dass der Gruppe der illegalen Care-Arbeiterinnen keine besondere Relevanz zugeschrieben wird, richten sich die Projekte doch in der Regel an „legale Migrantinnen“ oder an Menschen ohne Aufenthaltsstatus aus anderen Kontexten.

Im letzten Statement ging Juliane Karakayli (Berlin/Frankfurt a.M.) auf die Probleme ein, die aus der Legalisierung der irregulären Arbeitsverhältnisse entstünden und stellt heraus, dass Legalisierungspraktiken bei weitem nicht immer zu einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse führen würden.

Leider ließ der enge Zeitplan nur noch wenig Raum für die Debatte im Plenum und sah keine Zeit vor, um sich in kleineren Gruppen oder Workshops vertiefend mit Aspekten auseinander zusetzen und Perspektiven und Handlungsoptionen zu erarbeiten. Dies schmälert jedoch keineswegs den Erfolg der Konferenz, die durch die durchdachte Auswahl der Dozentinnen dem Facettenreichtum der Debatte gerecht werden konnte. Deutlich wurde, dass all die unterschiedlichen Diskussionsstränge, die sich um den Themenkomplex von Care und Migration ranken nicht als Einzelaspekte verstanden werden dürfen, sondern dass es in Zukunft einer stärkeren Verknüpfung der unterschiedlichen Disziplinen, von Politik und Wissenschaften bedarf. Denn, wie bereits Karin Jurczyk zu Beginn der Tagung sinngemäß anmerkte, „eine gesellschaftliche Antwort auf die Frage nach dem Entwurf eines neuen Reproduktionspaktes ist noch nicht in Aussicht“.

Rezensionen

Heitkötter, Martina; Jurczyk, Karin; Lange, Andreas; Meier-Gräwe, Uta (Hg.) (2009): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen/ Farmington Hills: Buderich

Eines ist den sechzehn Beiträgen des Sammelbandes „Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien“ gemeinsam: Während aktuelle gesellschaftspolitische Bemühungen, beispielsweise die Verlängerung von KiTa-Öffnungszeiten und der Ausbau der Betreuung von unter dreijährigen Kindern, momentan darauf abzielen, Familien(-leben) arbeitsmarktkompatibel zu gestalten, wird in den hier versammelten Beiträgen die Notwendigkeit deutlich, gemeinsame (Alltags-) Zeit als Grundbedingung des Familienlebens anzuerkennen und damit auch auf eine Aufwertung der „Arbeit des Alltags“ bzw. „Familienarbeit“ - die nach wie vor der Erwerbsarbeit untergeordnet ist - hinzuwirken. Die aktuell starke Fokussierung auf betriebswirtschaftliche Zeitinteressen sei zwar legitim, besäße aber keinerlei Monopolanspruch, so der inhaltliche Konsens. Folglich rücken die HerausgeberInnen Zeit als konstitutives Element von Familie in den Fokus, „denn Beziehungen brauchen Zeit, damit in Partnerschaften, Familien und sozialen Netzen emotionale Bindungen, Vertrauen und wechselseitige Fürsorge entstehen und aufrecht erhalten werden können“ (S. 13).

Viele Beiträge des Sammelbandes basieren auf der Darstellung und Interpretation verschiedener qualitativer und quantitativer Zeitstudien, die sich schwerpunktmäßig mit Familienkonstellationen, Familienphasen und Familienaktivitäten befassen, die von einem besonderen Zeitdruck gekennzeichnet sind. Dazu gehören beispielsweise Themen wie „Familiale Betreuungszeiten“, „Medien“ oder „Beköstigung“, die gerade auch gesellschaftlich zum Teil sehr undifferenziert diskutiert werden. Die „kulturpessimistischen“ Rhetoriken zu diesen Themen sollen an dieser Stelle nicht erneut bemüht werden, denn interessanter ist, dass die AutorInnen anhand empirischer Ergebnisse zeigen können, dass sie schlichtweg nicht stimmen:

Karin Jurczyk kann, neben anderen empirischen Entwicklungen, für das Thema familiäre Betreuungszeiten aufzeigen, dass diese nicht ab- sondern zugenommen haben (S. 53), Andreas Lange zeigt auf, dass jugendliche (hoch)engagierte PC-Nutzer nicht weniger, sondern vielmehr signifikant häufiger in sportliche Aktivitäten involviert sind als Jugendliche, die sich weniger mit dem PC beschäftigen (S. 151f.) und Christine Küster stellt fest, dass es nach

wie vor „häusliche Familienmalzeiten“ (S. 172) zu festen Tageszeiten, in der Regel morgens, mittags, abends (S. 177), gibt, zu denen gegessen wird.

Diese Auffächerung der „Unterstellungen“ und die Begegnung mit den „rhetorischen Suggestionen und Unbestimmtheiten“ des öffentlichen Diskurses um Familie und Zeit (Einleitung) kann als eine weitere gemeinsame und durchaus sehr gelungene Anstrengung der verschiedenen AutorInnen verstanden werden. Den Sammelband systematisieren die HerausgeberInnen in vier Themenbereiche:

1. Problemanalyse von Zeitnot und entwerteter Zeit
2. Zeiten in der Familie
3. Zeitliche Verschränkung verschiedener Lebensbereiche
4. Zeitpolitik

Die ersten drei Beiträge nehmen eine Problemanalyse von Zeitnot und entwerteter Zeit vor. Ausgehend von einer engen Verwobenheit des Systems Familie mit gesellschaftlichen Strukturen beschreibt Karin Jurczyk unter dem Topos „Doing Family“, wie sich Familie „sowohl in alltäglicher als auch in biographischer Perspektive“ (S. 39f.) konstituiert. Sie zeigt auf, wie das Wegbrechen von gesellschaftlich vorgegebenen, starren Zeitstrukturen von den Menschen ein alltägliches Vereinbarkeits- und Balancemanagement verlangt, welches den Umgang mit zeitlicher Offenheit, Flexibilität und Beschleunigung einschließt. Eine besondere Bedeutung bemisst sie den interpersonalen, emotionalen und oft körpergebundenen Prozessen zwischen Eltern und Kindern, die sich beiläufig und im „vermischten Tun“ vollziehen. Folglich sei „Zuwendung im Minutentakt kaum möglich und auch nur bedingt funktional“ (S. 43). Zeit für ungeplante Interaktionen zwischen Eltern und Kindern erscheint demnach als zentral, übrigens eine Erkenntnis, zu der auch Andreas Lange in seinem Beitrag kommt. Interessant ist, dass diese Erkenntnisse etwas anders gelagert sind als z.B. die der 2007 erschienen World Vision Kinderstudie, nach welcher nicht die Quantität sondern die Qualität an gemeinsamer (Familien-)Zeit aus Sicht der Kinder ausschlaggebend ist. Hier ist es sicherlich angezeigt, qualitativ ausgerichtete Forschungsprojekte anzusiedeln, die die Perspektive der Kinder berücksichtigen.

Die beiden folgenden Schwerpunktbeiträge spitzen das Thema Zeit zu, indem die jeweiligen AutorInnen Zeit in zwei strukturell benachteiligten Familienformen beleuchten. Benedikt G. Rogge stellt in seinem Beitrag, unter Bezugnahme auf unterschiedliche (inter-)nationale Forschungsergebnisse, die Heterogenität des alltäglichen Lebens von Erwerbslosen in Familien und Partnerschaften dar. Ausgehend von der Annahme, dass Erwerbsarbeit in modernen Gesellschaften nach wie vor der wichtigste Produzent von Zeitordnungen ist, charakterisiert er die Alltagszeit in erwerbslosen Familien „einerseits als eine aus den Zeitordnungen der Erwerbsarbeit entbundene und andererseits in die Zeitordnungen der Familie eingebundene Zeit“ (S. 69). Das Risiko der Entwertung der Alltagszeit und die dadurch zum Tragen kommen-

den Mechanismen der Exklusion und Stigmatisierung hebt er hervor. Mit der Zeitsituation von erwerbstätigen alleinerziehenden Eltern befassen sich Uta Meier-Gräwe und Irene Kahle in ihrem Beitrag. Sie können die enge Verwobenheit der materiellen und zeitlichen Situation von alleinerziehenden Eltern deutlich machen, die sich für männliche Alleinerziehende (die eher Vollzeit erwerbstätig sind) weniger prekär gestaltet als für alleinerziehende Mütter (die viel seltener einer Vollzeiterwerbstätigkeit nachgehen).

Der zweite Schwerpunkt des Buches beschreibt und analysiert die Zeitenverwendung in und von Familie aus ganz unterschiedlichen Perspektiven: Karl Lenz betrachtet das Phänomen der Zeit in und für Zweierbeziehungen, Andreas Lange geht in seinem Beitrag der Frage nach, wie Kinder und Eltern ihre gemeinsame Zeit gestalten. Aus einer wissenssoziologischen Perspektive, die sich u.a. dadurch auszeichnet, familiäre und individuelle Zeitprobleme nicht (allein) als fehlende Kompetenzen von Individuen sondern als strukturelle Widersprüche der Moderne zu verstehen, beleuchtet Lange ausgewählte Facetten des Umgangs mit Zeit. Anhand des „doing time“ stellt der er, analog zum ‚doing family‘ von K. Jurczyk heraus, wie sich Familien durch Routinen, gemeinsame Aktivitäten und „gegenseitige Beeinflussungsprozesse“ (S.141) konstituieren und welche Bedeutung die verschiedenen Familienzeiten für die Akteure haben. Dass er dabei über die Elternperspektive hinaus auch die Perspektive der Kinder und Jugendliche berücksichtigt, ist ein besonderer Pluspunkt des Beitrags.

Mit dem auf diskursiver Ebene populären Thema des Essens in Familien eröffnen Christine Küster (Ernährungsmuster von Familienhaushaltstypen) und Uta Meier-Gräwe (Choreographien des Essalltags) eine weitere Perspektive auf die Zeitverwendung in Familien. Michael Meuser ist unter dem Titel: „Keine Zeit für die Familie? Ambivalenzen involvierter Vaterschaft“ ein äußerst lesenswerter Artikel gelungen, in dem er einleitend den aktuellen Vaterschaftsdiskurs auch vor dem Hintergrund aktueller (inter-)nationaler Forschungsergebnisse skizziert. Er zeigt auf, dass zwar eine Abkehr vom traditionellen Vaterschaftsverständnis zu verzeichnen ist, dieses jedoch nicht zu einer Veränderung der Praxis von Vaterschaft führt. In seinen Beschreibungen von männlichen Lebensentwürfen im Spannungsfeld zwischen Familie und Erwerbsarbeit wird deutlich, wie beharrlich und „selbstverständlich“ sich das traditionelle bürgerliche Verständnis von Vater- und Muttersein bei den Partnern selbst erweist und sich aber auch in den Haltungen von Arbeitgebern und Kollegen widerspiegelt.

Die Analyse der zeitlichen Verschränkungen von verschiedenen familiären Lebensbereichen bildet den dritten thematischen Abschnitt des Sammelbandes. Frank Bauer stellt, übrigens als einziger Autor in diesem Sammelband, einen internationalen Vergleich zwischen der Zeitverwendung von Paarhaushalten in Deutschland und in Großbritannien an und fokussiert die sich für die Geschlechter ergebenden Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Christine Klennert und Svenja Pfahl nehmen anhand zweier unterschiedlicher Datentypen eine umfassende Analyse der Arbeitszeiten von Müttern und Vätern vor. Besonders gelungen in diesem Beitrag ist der inhaltliche Exkurs, welcher die Erwerbstätigkeit von Eltern aus Kinderperspektive beschreibt. Ausgehend von der Forderung an in Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Tätige, Arbeitszeiten im Rahmen eines geschlechtergerechten Zweiverdienermodells (um-)zustrukturieren, ziehen die Autorinnen ein pointiertes Fazit, dessen dezidierte und überzeugende Lösungsvorschläge zum Nachdenken und Diskutieren anregen.

Sabine Geiss und Sybille Picot analysieren die Daten des Freiwilligen-survey von 1999 und 2004 vor der Frage, ob Familien Zeit für freiwilliges Engagement bleibt und wie sich die dafür aufgebrauchten Zeiten zwischen den Geschlechtern, den Generationen und Ost-/Westdeutschland unterscheiden. Die Geographin Caroline Kramer fokussiert in ihrem Beitrag die Formen familialer Zeitverwendung für Mobilität und wie sich diese nach Geschlecht unterscheiden.

Alle vier Beiträge basieren vornehmlich auf der Auswertung empirisch-quantitativer Studien - der Themenschwerpunkt ist daher etwas „zahlenlastig“. Dafür erhält die/der interessierte Leser/in aber auch einen umfassenden Einblick in aktuelle Forschungen und deren Ergebnisse.

Der letzte Schwerpunkt „Zeitpolitik“ bildet einen in sich nachvollziehbaren Abschluss des Sammelbandes. Jürgen Rinderspachers dichter Beitrag zu den konzeptionellen Grundlagen von Zeitpolitik wäre wegen seines eher allgemeinen und nicht nur auf Familie zugeschnittenen Inhalts als Einführung in den Themenschwerpunkt etwas besser platziert gewesen. So ist er zwischen den Beiträgen von Ulrich Mückenberger und Martina Heitkötter verortet, die auf unterschiedliche Art und Weise zentrale Konzepte zeitpolitischen Handelns vorstellen und diskutieren. Dazu greifen beide AutorInnen unterschiedliche vorangegangene bedeutsame Erkenntnisse, wie beispielsweise der starke Einfluss der zeitlichen Strukturen der Erwerbsarbeit auf die vielfältigen Lebenslagen der Menschen, auf und formulieren Visionen für mehr Zeitsouveränität für Familien. In beiden Beiträgen wird deutlich, dass Zeitpolitik nicht als eine „Luxusbeschäftigung“ einzelner Kommunen verstanden werden darf, sondern dass die Verbesserung der zeitlichen Lebensqualität von Familien als System aber auch der einzelnen Familienmitglieder ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein sollte.

Die in dem HerausgeberInnenband vorgenommenen Analysen der unterschiedlichen Zeitstudien verweisen insgesamt auf die Wirkmächtig- und Beharrlichkeit traditioneller Geschlechterrollen. Diese Erkenntnis überrascht die in der Geschlechterdebatte involvierten Personen sicherlich nicht, belehrt aber diejenigen eines Besseren, die davon ausgehen, dass Frauen im Jahr 2009 trotz Kind(er) ihre Karriere verfolgen können und dass Männer die Betreuung, Versorgung und Erziehung ihrer Kinder partnerschaftlich überneh-

men. Familienleben, Kindererziehung und die „Arbeit des Alltages“ unter der Perspektive von Zeit zu betrachten, zeichnet ein aus gendertheoretischer Perspektive zum Teil desillusionierendes Bild. So ergeben die Analysen von Christine Küster hinsichtlich der zeitintensiven Beköstigungsarbeit beispielsweise, dass diese nach wie vor in der Regel hauptverantwortlich von Frauen geleistet wird, und das auch, wenn Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Für den Osten Deutschlands könne für den Beköstigungsbereich sogar von einer „Retraditionalisierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilungsmuster gesprochen werden“ (S. 175). Die klassische Arbeits- und Rollenverteilung findet sich zudem auch bei Mädchen und Jungen wieder; die Zeiteile, die Mädchen für haushaltsnahe Tätigkeiten aufbringen, liegen höher als die der Jungen. Auch die Analysen des neuen Vaterschaftsdiskurses von Michael Meuser fallen bisher eher desillusionierend aus, weil sich auch hier die Beharrlichkeit und vor allem auch die Selbstverständlichkeit von traditionellen bürgerlichen Vorstellungen von Vater- und Muttersein zeigt, die bisher eine Veränderung in der Praxis von aktiver Vaterschaft verhindert. Um zukünftig die unterschiedlichen Zeitinteressen in einen (geschlechter)gerechten Ausgleich bringen zu können, gilt es, die Einflussgrößen auf die zeitlichen Handlungsoptionen für Familien zu identifizieren und zu analysieren.

Insgesamt ist den HerausgeberInnen ein spannender, theoretisch ambitionierter Sammelband gelungen, dessen Lektüre WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen und Studierenden gleichermaßen zu empfehlen ist. Geboten wird denjenigen, die im weitesten Sinne zur zeitlichen Verfasstheit von Familien arbeiten und forschen, eine differenzierte, empirisch gesättigte Analyse der zeitlichen Alltagbedingungen von Familien und darüber hinaus interessante (zeitpolitische) Lösungsmöglichkeiten, wie die „rush-hour-of-life“ entschleunigt werden könnte. Zudem lassen sich in vielen Beiträgen Impulse und Inspirationen für eigene Forschungsvorhaben finden, da, wie die HerausgeberInnen anfangs betonen, das Begriffspaar *Zeit* und *Familie* noch längst nicht erforscht ist. Aufgrund seiner klaren Systematik und der thematischen Vielschichtigkeit eignet sich der Sammelband auch sehr gut für den Einsatz in Lehrveranstaltungen. Gerade auch die von den AutorInnen vorgenommene kritische Reflexion der Ambivalenzen und Rhetoriken des Themas *Familie* sowie dessen Betrachtung unter dem Aspekt der Zeitgestaltung bietet die Möglichkeit, mit Studierenden jenseits von normativ und (hoch) idealisierten Argumentationen in die Diskussion zu kommen.

Vera Müncher

Literatur

World Vision (2007): *Kinder in Deutschland 2007*. 1. World Vision Kinderstudie. Frankfurt/Main

Hünersdorf, Bettina (2009): Der klinische Blick in der Sozialen Arbeit. Systemtheoretische Annäherungen an eine Reflexionstheorie des Hilfesystems. Wiesbaden: VS

Der Titel der dieses Jahr erschienene Habilitationsschrift von Bettina Hünersdorf mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen. Wenn die Leserin oder der Leser mit ihren zahlreichen Publikationen oder Vorträgen vertraut ist, dann ahnt sie resp. er, dass es Hünersdorf beim ‚klinischen Blick‘ weniger um Medizin oder um die klinische Sozialarbeit, vielmehr um eine systemtheoretische Reformulierung der Termini gehen wird. Derartige „Redescriptionen“ (17) sind paradigmatisch für die gesamte, äußerst voraussetzungsreiche Arbeit, wobei das vorwiegend systemtheoretische Vokabular wie „Einheit von Differenz“ eher gesetzt wird oder vermächtnishafte geisteswissenschaftlich geprägte Begrifflichkeiten wie „Wohl und Wille“ ohne Neukonturierung wiederbelebt werden. Das mag das systemtheoretisch weniger geschulte Ohr und Auge stutzig machen – oder eben erfrischen, indem diese bestehende Sichtweisen herausfordern, das allzu Selbstverständliche entfremden und Reflexion provozieren.

Unter dem ‚*klinischen Blick*‘ wird in der Arbeit aus einer systemtheoretischen Perspektive die „Selbstbeschreibung eines Funktionssystems“ mit dem Anspruch, eine Reflexionstheorie zu sein, verstanden (12). Ausgehend davon, dass professionelle Praxis Reflexion voraussetzt, charakterisiert Hünersdorf *Hilfeplanung* als ein den kommunikativen Dienstleistungsvollzug reflexiv steuerndes, „eigenes Interventionssystem“ (13) und bestimmt *Sozialpädagogik* als „Reflexionstheorie der Intervention“ (14). Unter *Sozialarbeit* wird der „Hilfsvollzug zwischen der Leistungs- und der Publikumsrolle“ (ebd.) sowie unter *Sozialer Arbeit* die „Einheit der Differenz von Sozialpädagogik und Sozialarbeit“ (ebd.) subsumiert, ohne auf die verwendeten Begrifflichkeiten spezifischer einzugehen. Neben den Bestimmungen der zentralen Termini wird in der Einleitung die Aufbau-logik der Habilitation plausibilisiert. Die Kernfrage: ob und wie sich das Hilfesystem als autopoietisches System beschreiben lässt, kristallisiert sich durch die Darstellung des Vorgehens heraus.

Die für die Argumentationslogik wesentliche, buchstäblich an Luhmann angelehnte Klärung systemtheoretischer Kernterminologien, wie Kommunikation, soziale und psychische Systeme, binäre Codierung etc., werden im ersten Kapitel auf dreizehn Seiten vorgenommen. Die Differenz zwischen Erleben und Handeln (23) erscheint hier besonders relevant, da die Autorin von einer „Handlungstheorie im systemtheoretischen Sinne“ (94) spricht, welche eine Reformulierung des Begriffs voraussetzt. In Abgrenzung zu durch fremdreferentielle Attribuierung gekennzeichnetes ‚Erleben‘ sei ‚Handeln‘ dem

System selbst zugerechnet und demnach selbstreferentiell. Dementsprechend wird ‚Handeln‘ in der Sozialen Arbeit den Sozialarbeitern sowie den Sozialpädagogen zugeschrieben (24).

Kapitel zwei geht der Frage nach, wie das Hilfesystem als autonomes Funktionssystem möglich sei, wenn das Vorhandensein eines eigenen Kommunikationsmediums als Autonomiekriterium gelte und darüber das Hilfesystem nicht verfüge. Hünersdorf rekonstruiert aus einer systemtheoretisch orientierten historischen Perspektive die Bedeutung der „symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien“ (33), der der Familie zugeordneten ‚Liebe‘ sowie der das politische System kennzeichnenden ‚Macht‘ für das Hilfesystem. Sie zeigt erstens am Beispiel der *Pflegschaft* vernachlässigter Kinder auf, wie sich das Hilfesystem aus der Familie ausdifferenzierte (41ff). Zweitens expliziert sie in Anlehnung an Foucault auf Basis des wohlfahrtstaatlich konstituierenden Nationalstaats, wie das Modell der Disziplinarmacht (47f) in der *staatlichen Ersatzerziehung* übernommen und durch die Verknüpfung von Macht und Wissen (54f) aus weiteren Funktionssystemen (Gesundheitssystem) die Ausrichtung auf Prävention und dadurch die Kooperation des ‚Publikums‘ ermöglicht wurde. Weiter mit Foucault argumentiert die Autorin, dass das Scheitern des Gefängnisses das „Gesetz der Norm“ samt „Normalisierungsrichtern“ in Form von Ärzten, Pädagogen und Sozialarbeitern“ (62) mit dem Ziel der „Erziehung zum Bürgertum“ (64) hervorgebracht habe. Da insbesondere das zweite Kapitel aus weiteren Publikationen eingefügte Stellen beinhaltet, stellt dieses anregende Exkurse, wie zum Beispiel über das Phänomen der Liebe (36-40), dar, wiewohl die Einbindung in den Gesamtzusammenhang recht lose erscheint. Die Relation von Gesundheitssystem und Gesundheitsfürsorge sowie deren Etablierung als „systemspezifische Umwelt des Gesundheitssystems“ (69) zeigt das Kapitel „Wissen und Macht“ historisch auf. Am Beispiel der Tuberkulosefürsorge (70) legt Hünersdorf die soziale Bedeutung von Gesundheit dar und thematisiert die Differenz zwischen dem panoptischen und medizinisch hervorgebrachten sozialhygienischen Blick, wobei letzterer auf Prävention und dadurch auf „das Leben, das zivilisiert werden soll“ (72), ausgerichtet ist. Damit verbunden sind Konsequenzen für den Aspekt des Fürsorgesystems gegenüber dem politischen System.

In den folgenden Kapiteln wird die lebensweltorientierte Sozialpädagogik (Kapitel 4) sowie die geisteswissenschaftliche Tradition (Kapitel 5) systemtheoretisch reformuliert. Vielversprechend hinsichtlich der Entwicklung einer sozialpädagogischen Reflexionstheorie scheint der lebensweltorientierte Ansatz, da in diesem jedes Verhalten, auch das abweichende, als potentielle Lebensbewältigungsform angesehen und der Fokus demnach auf selbstreferentielle Attribuierung gerichtet wird (94ff). Durch die Selbstreferentialität könne sich der Adressat ‚Handeln‘ zuschreiben (96), was bei Hünersdorf mit Aktivierung, Kontextarrangement sowie Selbstverantwortung – quasi mit

„Wille“ – einhergeht. Quasi-private, inszenierte moralische Kommunikation zwischen dem Sozialpädagogen und dem Adressaten, welche durch den schauspielhaften Charakter Distanz gewährt und ins Ästhetische übergeht, fungiert bei der Autorin als Ermöglichung der Selbstreferentialität. Der Rückgriff auf die geisteswissenschaftliche Pädagogik ohne kritische Auseinandersetzung mit Flitner, Nohl und den von ihnen verwendeten Terminologien im Kapitel „Erziehungswirklichkeit“ gründet in der sozialpädagogischen Anschlussfähigkeit des „pädagogischen Bezugs“. Hünersdorf zeigt auf, wie die Autonomie des Jugendlichen (und dazu komplementär des Sozialpädagogen) in der Differenz zwischen abweichendem, ja widerständigem Verhalten und sozialer Erwartungshaltung konstituiert. Im anschließenden Kapitel wird am Beispiel der Jugendfürsorge dargelegt, wie Bildungswirklichkeit im Rahmen eines individualisierten Unterrichts die Einheit der Differenz von Wohl und Wille stiftet. Die Autonomie des Jugendlichen zeige sich hier in der Abweichung vom Hilfeempfängerstatus, die des Professionellen von der Leistungsrolle. Die Relevanz des Wechselspiels zwischen Bildungs- und Hilfewirklichkeit sowie der durch Bildungswirklichkeit konstituierte Individualität wird im Kapitel sieben auf knapp vier Seiten thematisiert. In einem riskanten Bezug auf evolutionstheoretische Semantiken der Variation, Selektion sowie Restabilisierung im Sinne Luhmanns thematisiert die Autorin die potentielle „Evolution der Jugendfürsorge“ (143) zu einem autonomen Hilfesystem.

Als Kriterien dafür, dass sich im Hilfesystem ein Bildungssystem ausdifferenzieren kann, nennt Hünersdorf auf der strukturellen Ebene einerseits die Entwicklung der Sozialpädagogik als empirische Wissenschaft, andererseits akzentuiert sie die Bedeutung der Organisation als Garant der Ausdifferenzierung. Die folgenden Kapitel diskutieren die beiden Aspekte. Der methodisch-methodologische Zugang erfolgt mittels ethnographischer Forschung in einem Altenpflegeheim, wobei es eher die Methode der teilnehmenden Beobachtung ist, die besondere Berücksichtigung erfährt. Ein zweiseitiger Protokollauszug einer Frühstücksszene wird sequenzanalytisch präzise rekonstruiert, wodurch einzelne Analyseschritte transparent gemacht und die Nachvollziehbarkeit der Interpretation verstärkt werden. Die Fragen, in wie weit die Beobachterin das pädagogische Setting mit konstituiert sowie welche Differenzen die Beobachtung selbst erst hervorbringt, erfahren in der theoretischen Auslegung sowie in der Analyse kaum Berücksichtigung. Bei der Kombination ethnographischer Forschung mit der Systemtheorie Luhmann'scher Prägung bleiben Fragen nach der Kompatibilität offen: Inwieweit wird die Potentialität des der Methode der teilnehmenden Beobachtung inhärenten induktiven Vorgehens eingeschränkt, wenn ein so massiv auf Differenz angelegter Ansatz den Blick präformiert? Kapitel zehn zeigt auf, wie das Bildungssystem bzw. die Kulturalisierung des Hilfesystems durch Organisation sichergestellt werden kann. Als Beispiel hierfür fungiert Hilfeplanung als Interventionssystem im Sinne

eines individualisierten Unterrichts mit dem Zweck, durch Kontraktmanagement und Wettbewerbsorientierung zur Flexibilisierung der Jugendhilfe beizutragen. Rekurriert wird auf die klassischen Phasen der Hilfeplanung: Anamnese, Diagnose, Intervention und Evaluation, welche in der Analogie im Sinne von Erziehungswirklichkeit, Bildungswirklichkeit, Hilfewirklichkeit sowie Restabilisierung sozialpädagogischer Wirklichkeit entfaltet werden. Allerdings bleibt die Autorin an der Stelle der Frage schuldig, aus welchen Gründen die Analyse eines Protokollsatzzugs aus dem Kontext Alterspflegeheim als empirisches Beispiel fungiert, wo dieser Kontext sich von der Jugendhilfe auf mehreren Ebenen unterscheidet und wie Hünersdorf selbst anmerkt, über keine behördlich organisierte Hilfeplanung verfügt (203). Eine teilnehmende Beobachtung in der Hilfeplansituation hätte die idealisiert anmutende Konstruktion des Settings relativiert werden können.

In dem abschließenden Kapitel wird resümierend betont, dass das Hilfesystem als autopoietisches System durch die Komplementarität des ‚klinischen Ortes‘ und ‚klinischen Blickes‘ ermöglicht werde. Als ‚klinischer Ort‘ zeichnet sich die Hilfeplanung als Interventionssystem des Hilfesystems aus, welcher im Rückgriff auf die Reflexionstheorie des Hilfesystems (Sozialpädagogik als „klinischer Blick“) reflexiv steuert sowie das Hilfesystem strukturell sichert. Diese organisierte Praxis konstituiert den Adressaten als autonomen Bürger, der Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung zu Trotz.

Eine Habilitationsschrift mit dem Titel „Sozialpädagogik als Reflexionstheorie des Hilfesystems“ (14), die in der Arbeit entfaltet wird, würde womöglich genauso viel Aufmerksamkeit finden wie „Der klinische Blick in der Sozialen Arbeit“. Allerdings wäre da die Möglichkeit des Hinterfragens, des Jonglierens mit entfremdeten Terminologien kaum in dieser Form gegeben wie hier. Im Rahmen der Arbeit wird mit divergenten Theorien (Systemtheorie, Machttheorie, Performativitätstheorien, Konstruktivismus) agiert, ohne das Verhältnis der Ansätze zueinander zu klären. Verwendet werden systemtheoretisches Vokabular sowie machttheoretische Semantiken als sich gegenseitig ergänzend, ohne die Frage nach der Kompatibilität zwischen der Systemtheorie Luhmann’schen couleur und Foucault’s Machttheorie, die den Text eher implizit aber unübersehbar durchwebt, zu stellen. Der Umgang mit divergenten Theorien und Termini erscheint dadurch recht harmonisierend und nivellierend. Da zudem die Angemessenheit der Systemtheorie kaum hinterfragt und der Luhmann’sche Ansatz meist unkritisch rezipierend übernommen wird, als sei dieser Zugang mittlerweile common sense, entzieht sich der Ansatz der Legitimation und die Autorin einer kritischen Positionierung. Um der Argumentation näher zu kommen, scheint das Lesen der Fußnoten unerlässlich, wenngleich sie sich mancherorts über drei Seiten erstrecken (92) und nicht nur weiterführende (Parallel-)

Diskurse, sondern konzeptionelle Klärungen sowie die Erörterung zentraler Kategorien und Verhältnisse (48, 94, 129) beinhalten.

Die wesentliche Relevanz der Systemtheorie insbesondere im (sozial-) pädagogischen Kontext könnte primär darin begründet liegen, dass diese eine nüchterne, ja klinische, analytisch kategorisierte Systematik bietet, welche ohne Normativitätsbezug, ohne Wertung und moralische Aufladung auskommt. Es stellt sich die Frage, in wie weit diese Möglichkeit eingeschränkt, wenn nicht untergraben wird, wenn mit den normativen Kategorien von „Wohl und Wille“ argumentiert wird. Die Arbeit zeigt innovativ auf, welche neue Sichtweisen, Fragestellungen und Blickwechsel entstehen, wenn Erziehungswirklichkeit im Spannungsfeld von Ethnographie und Systemtheorie untersucht wird.

Veronika Magyar-Haas

Claudia Bruns (2008): Politik des Eros. Der Männerbund in Wissenschaft, Politik und Jugendkultur (1880-1934). Köln: Böhlau

Michel Foucaults Gouvernementalitäts- und Raewyn Connells Hegemonie-theorie bilden die theoretische Grundlage, auf der sich Claudia Bruns den Diskursen und Praxen nähert, die während des Kaiserreiches und der Zwischenkriegszeit um den Topos „Männerbund“ kreisten. Im Mittelpunkt ihrer Betrachtung steht dabei Hans Blüher und seine Interpretation des „Wandervogels“ als homoerotischem Bund, in dem „Männerhelden“ mit ihrem sie liebenden Jünglings-Gefolge das Modell einer neuen Gesellschaftsordnung legen. Die entsprechenden Männlichkeitsentwürfe zeichnet insbesondere eine feindliche Übernahme weiblicher Attribute aus: In der ganzheitlichen Persönlichkeitssynthese der hypervirilen Männerbundler sollte sich eine „omnipotente Androgynie“ (S. 397) verwirklichen, die Frauen als komplementäre (Sexual-)Objekte überflüssig machen sollte. „Eros“ und „Logos“ fänden im Männerhelden zusammen, (sublimierte) Homosexualität stiftete den Zusammenhalt.

Die bündische Gemeinschaft kam nicht ohne Feindbilder aus: Propagierter Blüher zunächst antifeministische Vorstellungen, so schwenkte er, spätestens als er selbst aufgrund seiner Positivierung der Homosexualität und seiner Bezugnahmen auf Psychoanalyse und Sexualwissenschaft als „verjudet“ angegriffen wurde, zum Antisemitismus um. Der 'Jude' erschien ihm als Gestalt des geschlechtlich Widersprüchlichen, Gespaltenen und damit als das Gegenteil der ganzen und heilen „Männerhelden“. Blühers Feindschaft gegen die „Tanten“, d.h. als effeminiert wahrgenommene Homosexuelle, bildete gemeinsam mit der hinter dem Antifeminismus liegenden Misogynie aber eine Konstante seines Denkens. Das diskursive Um- und Vorfeld dieses maskulinistischen Männlichkeitsentwurfes leuchtet Bruns gründlich und materialreich aus. Neben Bachofen und Schurtz nimmt sie sich dabei u.a. auch Sigmund Freud vor und legt überzeugend dar, dass auch die psychoanalytische Theorie maskulinistische Gedanken aufgenommen hat.

Unterbelichtet bleibt dabei allerdings, dass Blühers Denken in seinem „Zurückgehen auf die eigene romantische Natur“ und die „Hinführung zum ‚wahren‘ Ich“ (S. 271) der Psychoanalyse widerspricht. Letztlich endet es in einer mystischen Metaphysik, die den „Eros“ als Ort der „tiefsten Wahrheiten des Individuums“ (S. 361) ausmacht. Angesichts des Bemühens der *Psychoanalyse*, die Gewordenheit und Widersprüchlichkeit der Subjekte zu erkunden, lässt sich dagegen „Freuds Sexualtheorie als eine der ersten ‚queer studies‘ betrachten“ (Quindeau 2008, 11), die identitäre ‚Wahrheiten‘ grundlegend in Frage stellte. Bis auf diesen Punkt ist Bruns Darstellung aber

in ihrer Ausführlichkeit und Komplexität rundum gelungen. Ihr (kurzer) Ausblick auf die weitere Diskursentwicklung hin zum Nationalsozialismus fällt leider hinter dieses Niveau zurück und es haben sich hier auch ein paar Ungenauigkeiten eingeschlichen: Alfred Baeumler war nie „Beauftragter des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ (S. 459). Die SS als männerbündische Organisation einzuordnen (S. 463) ist zweifelhaft (vgl. z.B. Schwarz 1997, 17ff). Entsprechende Literatur nimmt Bruns nicht zur Kenntnis.

Bruns Buch beschränkt sich nicht auf die Ideengeschichte. Sie will vielmehr getreu ihrer theoretischen Herangehensweise die Ebenen von „Macht, Wissen und Subjektkonstitution“ (S. 9) in ihrer wechselseitigen Durchdringung analysieren. Dies gelingt zunächst sehr überzeugend, lädt aber auch zum Weiterdenken ein: Bruns fasst „Subjektkonstitution“ und „Subjektkonstruktion“ (S. 418) – beide Begriffe benutzt sie synonym – als Selbstdeutung im Spiegel der Diskurse, die es ermöglicht, Erlebnisse nachträglich in sinnhafte Erfahrung umzuwandeln. Bruns hebt dabei die affektive Qualität der so generierten Erfahrungen, z.B. die „affektive Besetzung von Exklusionsstrategien gegen Frauen und Juden“ (S. 329) hervor. Diese „affektive Besetzung“ macht sie anhand der Biographie Blüchers deutlich, indem sie zeigt, wie (affektive) Kindheits- und Jugenderlebnisse in den Männerbunddiskursen und -praxen ihren Ausdruck fanden. Dies ist problemlos anschlussfähig an die sozialpsychologische Forschung zur subjektiven Aneignung von Diskursen als Affekt-Container. Bruns selbst geht diesen Schritt aber nicht und verzichtet damit auf eine genauere Analyse des affektiven Gehalts. Die *Konstitution* des Subjekts, mit der die *Konstruktion* im Wechselspiel steht, bleibt unbeleuchtet. *Was* wird hier männerbündisch verarbeitet?

Durch das Verbleiben auf der Konstruktionsebene gelangt nur das Manifeste an den untersuchten Diskursen in den Blick, das ihnen unbewusst, aber unabtrennbar Unterliegende (etwa die Angst vor und das Attrahiertwerden von Weiblichkeit oder die narzisstische Wut, die den Mangel der Eingeschlechtlichkeit nicht akzeptieren will) wird in seiner Genese und subjekt-konstituierenden Wirkung nicht untersucht. Hier hätte es weitergeholfen, die Psychoanalyse nicht nur als Objekt der Forschung zu betrachten, sondern sie – selbstverständlich kritisch – auf ihre Erklärungspotentiale hin zu befragen.

Claudia Bruns anregendes Buch verbleibt mit Michel Foucault und Raewyn Connell auf der schon seit etlichen Jahren in den Geschichtswissenschaften prosperierenden, i.w.S. diskursanalytischen Ebene, liefert aber zugleich auch Ansätze, diese Perspektive um eine subjekttheoretische zu ergänzen.

Sebastian Winter

Literatur:

Quindeau, Ilka (2008): Psychoanalyse, Paderborn: UTB

Schwarz, Gudrun (1997): Eine Frau an seiner Seite. Ehefrauen in der „SS-Sippengemeinschaft“, Berlin 2001: Aufbau

Homfeldt, Hans-Günther; Schrör, Wolfgang; Schewpe, Cornelia (Hg.) (2008): Soziale Arbeit und Transnationalität. Herausforderungen eines spannungsreichen Bezugs. Weinheim/München: Juventa

„In der Logik des Nationalstaates gilt ein Leben mit zwei oder gar mehr Heimatn immer noch als ein Problemfall“ – das schreiben Ursula Aplitzsch und Irini Siouti in ihrem Aufsatz „Transnationale Biographien“ (S. 97ff.) und konkretisieren die im vorliegenden Band nachzulesenden Reflexionen auf Transnationalität, Transnationalisierung und Transkulturalität aus der Perspektive der Biographieforschung, indem sie zeigen, dass eine solche Defizitperspektive wesentlich zu kurz greift, wollen wir die Dynamiken von Transmigrationsprozessen verstehen. Wie alle anderen AutorInnen der thematisch breit angelegten Edition verdeutlicht auch dieser Text, welche Erkenntnispotentiale wir gewinnen, wenn wir die genannten Konzepte – in Anlehnung an Wolfgang Welsch – als eine Brille benutzen, um „dem heutigen Weltzustand und seiner Komplexität gerecht zu werden“ (S. 235). Dann gelangen supranationale Organisationsprozesse der Sozialen Arbeit ebenso in den Blick wie das Verhältnis von globalen und lokalen AkteurInnen und Zugehörigkeiten, pluri- und translokale Räume werden sichtbar und Kultur wird generell zu einem Geflecht hybrider Identifizierungen, die Wolfgang Welsch vor dem Hintergrund seiner Kritik an völkischen Konstruktionen von Kultur auf den Punkt bringt, wenn er schreibt „Wir sind kulturelle Mischlinge“.

Fragen wir mit diesem Blick „Wer sorgt für wen?“ entsteht ein ebenso komplexes Bild von Transmigrationsprozessen, lokalen und globalen Beziehungsdynamiken und Unterstützungsnetzwerken, verbunden mit der Eröffnung neuer Freiräume auf der einen Seite, aber auch der Herausbildung neuer, transnationaler „Zonen der Verwundbarkeit“ (Castel) auf der anderen Seite. Dies wird schon im Einleitungsbeitrag der HerausgeberInnen deutlich, wenn sie – nach einer ersten Begriffsklärung und Einordnung des Konzepts Transnationalität – auf „Transnationale private Dienstleistungen und Familien“ und „Transnationale communities und Selbstorganisationen im Kontext von Transmigration“ reflektieren (S. 11ff.). Dabei wäre es ebenso treffend, wenn nicht sogar treffender von „Transnationalen privaten Dienstleistungen und Geschlechterverhältnissen“ zu sprechen, denn die „global care chains“ (Hochschild, zitiert auf S. 12), verstanden als eine Reihe von persönlichen Verbindungen von Personen weltweit, die bezahlte oder unbezahlte Arbeit leisten, sind eingebettet in die jeweiligen Geschlechterordnungen der verschiedenen gesellschaftlichen Kontexte, in denen sich TransmigrantInnen

bewegen. Diese Dynamik wirft spannende Fragen nach dem transnationalen Wandel von Geschlechterverhältnissen im Zusammenhang von Sorgearbeit und Migration auf: Ist care einerseits immer noch weiblich konnotiert, gelangen Frauen andererseits zunehmend in die Rolle der Familienernährerin, was aber wiederum nicht damit verbunden sein muss, dass die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, beispielsweise bei der Versorgung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen, sich verändert. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob Care nicht „weiblich“ bleibt und wir es einfach nur mit der transnationalen Reorganisation der Arbeitsteilung zwischen Frauen (und zwischen Männern) zu tun haben, die eher zur Restrukturierung von Geschlechterhierarchien beitragen als diese zu erschüttern oder zu verändern.

Die Frage, wieso Weiblichkeit und Sorge so hartnäckig miteinander verflochten sind, diskutiert Margrit Brückner in ihrem Beitrag „Kulturen des Sorgens (Care) in Zeiten transnationaler Entwicklungsprozesse“ und kontextualisiert so ihre anschließenden Ausführungen zum „besonderen Verhältnis von Care und Migration“. Hierbei verknüpft Brückner Erkenntnisse zur transnationalen Abschöpfung der Sorgkapazitäten von Frauen mit grundsätzlichen Fragen nach dem Verhältnis von sozialer Ungleichheit, Ungerechtigkeit und einer „Kultur des Sorgens in einer sozial verantwortlichen Welt“ (S. 180). Dass diese Welt schon lange nicht mehr den Logiken des Nationalstaates folgt und die Herausbildung einer solchen Kultur auch eine transnationale ist, versteht sich nach der Lektüre des sehr lesenswerten Sammelbands von selbst.

Mechthild Bereswill

Über die AutorInnen

Appelt, Erna, Prof. Dr., Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck, Leiterin der Interfakultären Forschungsplattform Geschlechterforschung an der Universität Innsbruck, Initiatorin der Forschungsgruppe CARE. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Gleichstellungspolitik, Europapolitik.

Bereswill, Mechthild, Prof. Dr., Professur für Soziologie sozialer Differenzierung und Soziokultur am Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel. Arbeitsschwerpunkte: feministische Theorien, Männlichkeitsforschung, soziale Kontrolle, Devianz und Geschlecht, qualitative Methodologien, Längsschnittforschung.

Brumlik, Micha, Prof. Dr., Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Goethe Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Pädagogik, Ethik, Theorie und Empirie moralischer Sozialisation, Religionsphilosophie.

Camus, Celine, D.E.A. in Soziologie an der Universität Tours/Frankreich. 2006 Doktorandin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main mit dem Dissertationsprojekt »Frauen an der Universität und die „gläserne Decke“: Vom Paritäts-Argument zu einer Re-Interpretation von Diskriminierung.« und Stipendiatin des Graduiertenkollegs »Öffentlichkeiten und Geschlechterverhältnisse. Dimensionen von Erfahrungen«. Arbeitsschwerpunkte : Geschlecht, Ungleichheit, Universitäten.

Friese, Marianne, Prof. Dr. phil., Professorin für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Berufspädagogik am Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: Berufliche und vorberufliche Bildung, Berufsbildungsgeschichte, Personenbezogene Dienstleistungsberufe, Kompetenz- und Qualitätsentwicklung sowie Professionalisierung, Benachteiligtenförderung, Beruf und Geschlecht, Work-Life-Balance, Modellversuchsforschung und Theorie-Praxis-Transfer.

Gruber, Susanne, Diplom-Sozialpädagogin (FH) und Diplompädagogin, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Augsburg und am Institut SAGS (Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik). Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfeforschung, Jugendhilfeplanung, Gender Mainstreaming und Familienfreundlichkeit.

Huxel, Katrin, M.A., promoviert derzeit an der Goethe-Universität Frankfurt zum Thema Männlichkeit und Migration in biographischen Erzählungen junger Männer mit Migrationshintergrund und arbeitet als Lehrkraft für besondere Aufgaben in der Arbeitsstelle Interkulturelle Pädagogik der Universität Münster. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechterforschung, Interkulturelle Pädagogik, Biographieforschung.

Jaufmann, Dieter, Dr. rer. pol., Diplom Volkswirt und Soziologe, Mitbegründer und Leiter von SAGS (Institut für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik) in Augsburg. Arbeitsschwerpunkte: Kinder- und Jugendhilfeforschung und -planung, Ursachen- und Kostenstrukturanalysen, Seniorenpolitische Gesamtkonzepte auf Landkreisebene, Methoden- und Umfrageforschung, sozialräumliche Analysen und Evaluationsforschung.

Kahlert, Heike, Dr. rer. soc., Projektleiterin am Institut für Soziologie und Demographie der Universität Rostock. Arbeitsschwerpunkte: Transformationen des Wissens in der Moderne, Geschlechterverhältnisse und sozialer Wandel im Wohlfahrtsstaat, Soziologie der Bildung und Erziehung, Gleichstellungsbezogene Organisationsentwicklung im Public-Profit-Bereich.

Kunstmann, Anne-Christine, Dr. phil., Krankenschwester und Diplom Pädagogin, Wissenschaftliche Angestellte an der Universität Bielefeld, Fakultät für Erziehungswissenschaft, AG 7 Pädagogische Diagnose und Beratung. Arbeitsschwerpunkte:
Beratung im Kontext familialer Altenfürsorge, gesellschaftliche und familiäre Generationen- und Geschlechterbeziehungen.

Macha, Hildegard, Prof. Dr., Professorin für Pädagogik mit Berücksichtigung der Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugendbildung an der Universität Augsburg; seit 2008 Direktorin des Gender Zentrums Augsburg. Arbeitsschwerpunkte: Weiterbildung und Lehrerfortbildung, Gender Mainstreaming an Hochschulen, Familienforschung.

Magyar-Haas, Veronika, M.A., wissenschaftliche Assistentin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Zürich, Lehrstuhl Allgemeine Pädagogik. Arbeitsschwerpunkte: Erziehungs- und Bildungsphilosophie, anthropologische Ansätze in der Erziehungswissenschaft, philosophische Anthropologie, Theorien zu Körperlichkeit/Leiblichkeit, körpersociologische Ansätze, Methoden qualitativer Sozialforschung, insbesondere Videoanalysen.

Moser, Vera, Prof. Dr., Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Heil- und Sonderpädagogik. Arbeitsschwerpunkte: Sonderpädagogische Historio-

graphie, Sonderpädagogische Professionsforschung, erziehungswissenschaftliche Theoriebildung, Differenztheorien, Geschlechtertheorien

Müncher, Vera, Dipl.-Pädagogin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Bielefeld in der AG 1 Allgemeine Erziehungswissenschaft. Arbeitsschwerpunkte: Frühkindliche Bildung und Betreuung, Elternbildung, Familienforschung, pädagogische Professionalität, qualitative Forschungsmethoden.

Noddings, Nel, Lee L. Jacks Professor of Education, Emerita, an der Stanford University. Nach der Emeritierung lehrte sie an der Columbia University in New York und der Colgate University in Hamilton/New York. Arbeitsschwerpunkte: Sozialphilosophie, Theorien von Erziehung und Bildung, Care Ethik.

Paul, Laura-Nina, stud. phil., studiert Diplompädagogik mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik an der Goethe Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Kindheitsforschung, Geschlechterforschung, historische Sozialpädagogik, Institutionenforschung.

Pinhard, Inga, Dr. phil., wissenschaftliche Assistentin am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Theorien von Bildung und Erziehung, historische Geschlechterforschung, ästhetische Bildung und Erziehung, Kindheitsforschung.

Rieske, Thomas Viola, Dipl.-Psych., Doktorand an der Universität Potsdam - Arbeitstitel des Promotionsvorhabens: ‚Pädagogische Handlungsmuster in der Jungenarbeit‘. Arbeitsschwerpunkte: pädagogischen Arbeit mit Jungen und geschlechterreflektierende Pädagogik, Diskurse über Bildungsbenachteiligung von Jungen, MultiplikatorInnenfortbildung zu lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgeschlechtlichen Lebensweisen.

Schmitt, Irina, Dr.phil., Post-doc am Centre for gender studies, Universitet Lund, Schweden. Arbeitsschwerpunkte: Gender, Sex und Sexualität in der Jugend-, Bildungs- und Migrationsforschung mit Bezug auf queerfeministische, anti-rassistische und postkoloniale Theorien, laufendes Projekt zur Rolle non-heteronormativer Sexualitäten in Schule und Schul-policy, methodologische Auseinandersetzungen mit der Rolle non-heteronormativer Forscher_innen in der Forschung.

Spies, Anke, Prof. Dr. phil., Juniorprofessorin am Institut für Pädagogik, Universität Oldenburg. Arbeitsschwerpunkte: Benachteiligtenförderung, Über-

gänge, biografische Risiken, Schulsozialarbeit/Kooperation Schule-Jugendhilfe.

Toppe, Sabine, Dr. phil., derzeit Vertretungsprofessorin für Allgemeine Pädagogik an der Universität Flensburg. Arbeitsschwerpunkte: Familie und Kindheit, Geschichte und Theorien von Bildung und Erziehung, Historische Sozialpädagogik, Bildung und soziale Ungleichheit, Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft, Armut und Sozialer Ausschluss, Gender und Soziale Arbeit.

Tuider, Elisabeth, Dr. phil., Professorin für Diversity Education an der Universität Hildesheim. Arbeitsschwerpunkte: Gender-Studies, Migrationsforschung, Interpretative Sozialforschung (insbes. Diskursanalyse und Biografie-forschung), Lateinamerikaforschung, Queer-Theory.

Winter, Sebastian, M.A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Leibniz Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Geschlechtergeschichte der völkischen Bewegung, Antisemitismusforschung, Geschlechtertheoretische Sozialisationstheorie, Psychoanalytische Sozialpsychologie.

Wolf, Maria A., Professorin am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Innsbruck, Sprecherin der Forschungsgruppe CARE. Arbeitsschwerpunkte: Sozialtheorie, Sozialisationstheorie, Geschlechter- und Familienverhältnisse, familiäre Erziehung und Bildung.

Zum Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft

Die Sektion Frauen- und Geschlechterforschung in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft bietet in ihren Jahrestagungen, Kongress-Symposien und Publikationen ein Forum für theoretische, empirische und praxeologische Beiträge aus allen Teildisziplinen der Erziehungswissenschaft sowie aus interdisziplinären Kontexten. Sie hat damit zur Etablierung der Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft beigetragen.

Diesen Impuls greift das Jahrbuch Frauen- und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft auf. Es soll neue Erkenntnisse und Befunde zugänglich machen, Kritiken und Anregungen formulieren und so in der Erziehungswissenschaft der Perspektive der Geschlechterforschung Gewicht verleihen. Es soll die produktive Auseinandersetzung unterschiedlicher Ansätze und Positionen innerhalb der Geschlechterforschung unterstützen und Differenzen verdeutlichen, um sie produktiv zu machen. Es soll zudem NachwuchswissenschaftlerInnen die Möglichkeit geben, ihre Forschungsarbeiten und Qualifizierungsprojekte zur Diskussion zu stellen.

Die einzelnen Bände des Jahrbuchs enthalten Beiträge zu einem Schwerpunktthema, Berichte aus laufenden Forschungsprojekten, Tagungsberichte und Rezensionen. In jedem Band soll es darüber hinaus die Möglichkeit geben, eine direkte Kritik oder Replik auf einen Artikel des vorangegangenen Bandes zu veröffentlichen. Zu jeder dieser Rubriken können Beiträge bei den Herausgeberinnen des jeweils nächsten Bandes eingereicht werden.

Die Jahrbücher werden neben den wechselnden Herausgeberinnen der einzelnen Bände von einem Beirat und einer Redaktion betreut. Es ist nach den üblichen Regeln für Peer-Review-Zeitschriften konzipiert. Für jeden Band wird zwei Jahre vorher ein Call for papers bekannt gemacht, mit der Einladung, Exposés für Beitragsvorschläge einzureichen. Die Auswahl der Exposés wird von den HerausgeberInnen des jeweiligen Bandes auf der Basis folgender Kriterien getroffen: Themenbezug, Qualität und Originalität des Ansatzes, theoretische Relevanz der Fragestellung, Kenntnis des Forschungsstandes und begriffliche bzw. methodologische Fundierung der Argumentation. Der Auswahl der Exposés folgt die Aufforderung zur Einreichung. Jeder dann eingereichte Beitrag wird anonymisiert von je einem Mitglied aus Redaktion und Beirat begutachtet. Bei abweichenden Gutachten wird ein drittes Gutachten angefordert. Unser Ziel ist die Aufnahme in den Social Science Citation Index (SSCI).

Wir möchten interessierte LeserInnen ermuntern, uns Vorschläge für Schwerpunktthemen, Beiträge und auch für Rezensionen einzureichen – es bleibt keine Einsendung unbeantwortet.

Die Herausgeberinnen

Ankündigung

Jahrbuch Band 7

Mit Geschlecht, ohne Geschlecht

Der Geschlechtswiderspruch in den Theorien des Humankapitals

Analysiert man die Argumentationsfiguren, die in den letzten Jahren zur Begründung und im Kontext internationaler vergleichender Leistungstests sowie zur Legitimation bildungspolitischer Steuerungsmaßnahmen verwendet werden, gewinnt man den Eindruck, dass das Bildungssystem sowie die Erziehungsinstitutionen einem permanenten Reformdruck unterliegen. „Bildung als Investition“ oder „Aufstieg durch Bildung“ sind nicht nur als populistische Ausdrücke einer Dauerwahlkampagne zu deuten. Sie weisen eher auf ein organisches Entwicklungsmodell hin, das konform mit Analysen der Chicago School of Economics nicht mehr nur Investitionen in das materielle Kapital, sondern vor allem in das Humankapital für ökonomisch produktiv hält.

Für die pädagogische Geschlechterforschung ist eine kritische Auseinandersetzung mit den Theorien des Humankapitals und mit von solchen Ansätzen inspirierter neoliberaler Politik vor allem auf Grund ihrer widersprüchlichen Geschlechtertheorie und Geschlechterpolitik von Bedeutung, die eng mit zentralen pädagogischen Fragen verknüpft sind. Bei den Analysen des Humankapitals im Anschluss an Theodore W. Schultz, Jacob Mincer und Gary S. Becker stellt das weibliche Geschlecht angesichts seiner Fortpflanzungsfähigkeit einerseits eine bedeutende Ressource dar: Der Gesundheitszustand der Frauen, der Bildungsgrad der Mütter und eine funktionierende häusliche Arbeitsteilung werden als entscheidende Indikatoren für die Qualitätsentwicklung einer Bevölkerung angesehen (vgl. z.B. O. Galor, K.S. Moe, D.N. Weil, L. Edlund, N.P. Lagerlöf). Unter diesen Prämissen werden traditionell zur privaten Sphäre gehörende Bereiche wie die Früherziehung der Kinder oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu einer öffentlichen Angelegenheit. Andererseits implizieren die Analysen der Vertreter der Chicago School, die sich auf Chancengleichheit und Wettbewerb auf dem Markt beziehen, eine Neutralisierung der Geschlechtskategorie: Das einzige legitime Kriterium, das soziale Ungleichheit in der Gesellschaft legitimieren dürfe, sei Leistung, gemessen mit einem „geschlechterneutralen Produktivitätstest“, wie Gary S. Becker und Guity N. Becker betonen. Wenn der Gegensatz zwischen der Festbeschreibung und Naturalisierung des Geschlechts auf der einen Seite sowie Neutralisierung des Geschlechts auf der anderen Seite zuerst theoretischer Natur ist, sind dessen Folgen erst auf einer politischen und gesellschaftlichen Ebene feststellbar. Dazu zählen einerseits eine Reihe von politischen Maßnahmen in der Familienpolitik, die auf die Wiedergeburt der traditionellen

Familienwerte gerichtet zu sein scheinen, andererseits gehören dazu unterschiedliche Interventionen zur Steigerung des Produktivitätspotentials und der Wettbewerbsfähigkeit von Frauen (und Männern), die die ganze Lebensspanne der Individuen – von der frühen Kindheit bis ins Alter – umfassen.

Im geplanten Band soll dieser scheinbare, aber augenfällige Widerspruch von Neokonservatismus und liberalem Individualismus, von der die aktuelle bildungspolitische und familienpolitische Debatte und Praxis geprägt ist, analysiert werden. Erwartet werden sowohl Beiträge, die sich mit der kritischen Rekonstruktion der Theorien des Humankapitals in Bezug auf den Geschlechterwiderspruch beschäftigen, als auch Beiträge, deren Gegenstand eine feministische Analyse der aktuellen europäischen Familien- und Erziehungspolitik und ihrer pädagogischen Konsequenzen ist.

Rita Casale und Edgar Forster sind als Herausgeberin und Herausgeber für den Band verantwortlich.

Kontakt: casale@uni-wuppertal.de, edgar.forster@sbg.ac.at

Ankündigung

Jahrbuch Band 8

Riskante Leben? Geschlechterordnungen in der Reflexiven Moderne

Nachdem nicht nur die empirische Bildungsforschung, sondern insbesondere auch die Sozialpädagogik den Begriff des ‚Risikos‘ (wieder-)entdeckt hat, lohnt es sich, ihn auch aus der Perspektive der Geschlechterforschung genauer in den Blick zu nehmen:

Nach der Beckschen Diagnose einer Risikogesellschaft sind westliche Gesellschaften inzwischen durch Individualisierungsprozesse gekennzeichnet, die von jeder einzelnen Person zu leisten sind, wobei die damit verbundenen Risiken auch je individuell zu tragen sind. Die Verteilung von ökologischen und sozialen Risiken entsprechen dabei nicht mehr zwangsläufig der Logik der Reichtumsverteilung: Risiken werden definiert als ‚globale Gefährdungen‘, die irreversible Schäden freisetzen, nicht sinnlich erfassbar sind, standortspezifisch, aber klassen- bzw. schichtunabhängig auftreten (Beck 1986). Mit der Diagnose ‚Risikogesellschaft‘ wird aber zugleich auch ein Anwachsen von gesellschaftlichen Institutionalisierungen und Standardisierungen beobachtet (ebd., 208ff.). Was bedeutet dies nun für die Geschlechterordnungen?

Während auf der einen Seite die so genannte ‚Freisetzung des Subjekts‘ voranschreitet, gehen Geschlechterpolaritäten nicht zwangsläufig mit verloren. Allein ein Blick in das Angebot von Konsumgütern zeigt erstaunlich deutliche Geschlechterstereotypen: Stehen für kindliche Lebenswelten auf der einen Seite noch Prinzessinnen, Pferde und Kätzchen und auf der anderen Seite Piraten, Autos und Weltraumkrieger zur Verfügung, so finden sich für weibliche bzw. männliche Erwachsene Push-Ups und Kosmetik im Automobilösdosenformat während Prothesenhaftcremes und Kreuzfahrten weitgehend ungeschlechtlich daherkommen. Lassen also die Geschlechterstereotypen mit wachsendem Lebensalter nach oder werden sie lediglich so habitualisiert, dass sie nicht mehr deutlich gezeigt werden müssen? Andererseits werden ‚geschlechtersensible Pädagogik‘ und ‚Gendermainstreamingprozesse‘ allorten propagiert, von denen aber immer unklarer wird, auf was genau sie zielen: auf ein ‚anything goes for everybody‘ oder auf die Unterstützung der Ausbildung spezifischer Geschlechtsidentitäten? Oder auf etwas dazwischen?

Welche Geschlechterauffassung und welche Geschlechterverhältnisse, so lässt sich damit zusammenfassend fragen, bringt eine Individualisierungsgesellschaft hervor? Mit den Individualisierungsprozessen steigt offenbar auch der Bedarf an Orientierung – wie tragen Institutionen zur Konkretisierung und Stabilisierung dieser Geschlechterauffassungen bei? Die Verteilung und die Kompensation der gesellschaftlichen Risiken ist nicht unabhängig vom

Geschlecht (hier verweist z.B. die empirische Bildungsforschung auf deutliche Differenzen) – entstehen hier neue Strukturen oder werden die überkommenen nur variiert, modifiziert und dadurch verdeckt?

Das Jahrbuch Frauen-und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft 2012 (Band 8) wird max. 8 Beiträge zu diesem Schwerpunkt enthalten und umfasst Aufsätze (bis 35tsd. Zeichen) und Diskussions- bzw. Forschungsbeiträge (bis 20tsd. Zeichen), die nach einem Peer-Review-Verfahren ausgewählt werden. Erwünscht sind auch Tagungsberichte, Rezensionen und Sammelrezensionen zu Veröffentlichungen aus unterschiedlichen Kontexten der Frauen-und Geschlechterforschung in der Erziehungswissenschaft, die sich vorzugsweise, aber nicht ausschließlich mit dem Schwerpunkt dieses Bandes beschäftigen. Wir laden Sie herzlich ein, sich mit einem Beitrag an unserem Schwerpunktheft zu beteiligen und bitten Sie, Ihr Exposé, das nicht mehr als 3.000 Zeichen enthalten soll, bis spätestens 30. September 2010 an die Herausgeberinnen zu schicken. Die Einladung an die Autorinnen und Autoren erfolgt Ende November 2010. Die ausgearbeiteten Beiträge müssen dann bis Mitte Juni 2011 vorliegen, damit genügend Zeit für das Review-Verfahren bleibt. Der Band erscheint im Frühjahr 2012.

Als Herausgeberinnen sind für den Band verantwortlich: Barbara Rendtorff und Vera Moser, Kontakt: Barbara.Rendtorff@uni-paderborn.de; Vera.Moser@erziehung.uni-giessen.de.